

Blätter für deutsche und internationale Politik

**30 Jahre Einheit:
Die zweite Chance
für Europa**
Jürgen Habermas

**Vom Ku-Klux-Klan
zu Donald Trump**
Sarah Churchwell

**USA vs. China:
Der Kampf des Jahrhunderts**
Adam Tooze

**Roosevelts New Deal:
Vorbild und Verheißung**
Steffen Lehndorff

**Die Zukunft nach Corona:
Für eine sozial-ökologische Wende**
Jörg Hofmann

**Die »Carbon Bubble«:
Finanzwirtschaft am Kipppunkt?**
Jörg Haas und Barbara Unmüßig

Israel: Feministinnen für den Frieden
Alexandra Senfft



DIE DOPPELTE DEUTSCHE EINHEIT: 1870/71 – 1990 – 2020

Auf fünf Veranstaltungen von Oktober 2020 bis Februar 2021 wollen wir uns der «doppelten Einheit» widmen und dabei 150 Jahre erste und 30 Jahre zweite deutsche Einheit zur Gegenwart in Beziehung setzen. Im Mittelpunkt stehen frappierende historische Verbindungen und gravierende Unterschiede – von der *longue durée* bis zum politischen und kulturellen Tagesgeschäft. In der Veranstaltungsreihe kommen Wissenschaftler, Journalisten und Künstler zu Wort, Bild und Ton.

«AUFRECHTER GANG AUF BEWOHNBARER ERDE» (BLOCH) AUFTAKTVERANSTALTUNG

**1. OKTOBER 2020, 19:30 UHR | MÜNZENBERGSAAL
FRANZ-MEHRING-PLATZ 1, 10243 BERLIN**

MIT

Sandra Buschow
Achim Engelberg
Albrecht von Lucke
Kathrin Röggl
Hans-Eckardt Wenzel

Übertragung per Livestream.
Es stehen aber auch einige
Plätze zur Verfügung.

MODERATION

Albert Scharenberg

ANMELDUNG

dagmar.rubisch@rosalux.org

WEITERE INFORMATIONEN

www.rosalux.de

Medienpartner:

 **blaetter.de**

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift
65. Jahrgang
Heft 9/2020

Herausgeberkreis

Katajun Amirpur
Seyla Benhabib · Peter Bofinger
Ulrich Brand · Micha Brumlik
Dan Diner · Jürgen Habermas
Detlef Henschel · Rudolf Hickel
Claus Leggewie · Ingeborg Maus
Klaus Naumann · Jens Reich
Rainer Rilling · Irene Runge
Saskia Sassen · Karen Schönwälder
Friedrich Schorlemmer · Gerhard Stuby
Hans-Jürgen Urban · Rosemarie Will

Begründet von

Hermann Etzel · Paul Neuhöffer
und Karl Graf von Westphalen
Weitergeführt von
Karl D. Bredthauer

Verlag

Blätter Verlagsgesellschaft mbH
Berlin

INHALT

9'20

REDAKTION

Anne Britt Arps
Daniel Leisegang
Albrecht von Lucke
Annett Mängel
Steffen Vogel

BESTELLSERVICE

Tel: 030/3088 - 3644
E-Mail: abo@blaetter.de

WEBSITE

www.blaetter.de

KOMMENTARE

- 5 **Die neue Protestwelle oder:
Wer gehört zum Wir?**
Albrecht von Lucke

- 9 **Verdörft und vernutzt:
Das Drama des Waldes**
Heike Holdinghausen

- 13 **Die machtlose WHO:
Der Wettlauf um den
Corona-Impfstoff**
Marco Alves

- 17 **Orbán's Durchmarsch,
Europas Verantwortung**
Moritz Elliesen und
Maximilian Pichl

- 21 **Berg-Karabach:
Durch Eskalation aus der
diplomatischen Sackgasse?**
Maximilian Riegel

- 25 **Kuba und Nicaragua:
Die Revolution in den
Zeiten von Corona**
Gerhard Drekonja-Kornat

- 29 **Mosambik: Vom Terror
zum Bürgerkrieg?**
Andreas Bohne und
Fredson Guilengue

DEBATTE

- 33 **KSK oder: Bundeswehr ohne
Innere Führung?**
Klaus Naumann

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

- 41 30 Jahre danach: Die zweite Chance**
Merkels europapolitische Kehrtwende und
der innerdeutsche Vereinigungsprozess
Jürgen Habermas
- 57 Der amerikanische Faschismus:
Vom Ku-Klux-Klan zu Trump**
Sarah Churchwell
- 69 Der Kampf des Jahrhunderts**
Washington, Peking und das Revival der
Großmachtkonkurrenz
Adam Tooze
- 83 Vorbild und Verheißung:
Roosevelts New Deal**
Steffen Lehndorff
- 94 Corona oder: Die Krise als Chance
für eine sozial-ökologische
Transformation**
Jörg Hofmann
- 101 Die »Carbon Bubble«:
Finanzwirtschaft am Kipppunkt?**
Wie Umweltbewegung und BlackRock die
Klimakrise bekämpfen könnten
Jörg Haas und Barbara Unmüßig
- 115 Feministinnen für den Frieden:
Der Kampf gegen Netanjahu**
Alexandra Senfft

KOLUMNE

- 37 Die Verteidigung der Wildnis –
mit ökonomischem Profit**
Robert Watson

AUFGESPIESST

- 114 Söders Zerstörung
der CDU**
Jan Kursko

BUCH DES MONATS

- 121 Der amerikanische
Leviathan**
Heiner Müller

EXTRAS

- 39 Kurzgefasst**
124 Dokumente
**125 Chronik des Monats
Juli 2020**
128 Zurückgeblättert
**128 Impressum und
Autoren**



Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

in Kooperation mit

detektor.fm

Blätter-Podcast

Zu jeder neuen »Blätter«-Ausgabe – Autor*innen und
Redakteur*innen in der Debatte: www.blaetter.de/podcast

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Wieder erhältlich!
3. Auflage

Hans-Günter Thien (Hrsg.)
Klassen im Postfordismus
Nachdruck der 2., korr. Auflage
2020 – 381 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-781-2

Der insgesamt gelungene Sammelband bietet einen gerafften Überblick über die aktuelle Debatte über Klassen vor allem im deutschsprachigen Raum, der ältere Beiträge, eher konventionelle Ansätze und innovative Vorstöße – sowohl in konzeptioneller wie empirischer Hinsicht – vereint.

Dieter Boris – Z.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Albrecht von Lucke

Die neue Protestwelle oder: Wer gehört zum Wir?

Vor jetzt fünf Jahren, am 5. September 2015, setzte in Ungarn mit dem Marsch der Tausenden auf der Autobahn Richtung Deutschland die große Fluchtbewegung aus Syrien und den Anrainerstaaten in die Bundesrepublik ein. Was innenpolitisch folgte, war der Aufstieg der AfD und der Absturz der Kanzlerin; aus „Mutti“ wurde die „Volksverräterin“. Heute ist Merkel wieder die mit Abstand beliebteste deutsche Politikerin, steht die Union wieder bei ihren Werten von vor der Krise, mit klarem Vorsprung vor der Konkurrenz. Und die AfD ist auf dem besten Wege, sich selbst zu zerlegen. Also alles wieder „in Ordnung“, alles wie vor der großen Flucht, dank Corona als dem großen *gamechanger*?

Keineswegs. Der Diskurs in Deutschland ist nachhaltig vergiftet, das haben die vergangenen Monate eindrucksvoll bewiesen, in denen wir erneut eine große Debatte über Gewalt von Migranten erlebten.

Drei spezifische Ausprägungen von Protest und Aufruhr prägten diesen heißen Sommer: die Hygienedemos „besorgter Bürger“, vulgo: Coronaleugner, gegen die Regierungspolitik,¹ die Antirassismusproteste nach der Ermordung von George Floyd in den USA und die diversen Ausschreitungen feiernder Jugendlicher gegen die Polizei.

Vor allem die spontanen Krawalle auf dem Stuttgarter Schlossplatz und auf dem Opernplatz in Frankfurt am Main wurden umgehend zu einem Problem der Migranten, ja sogar der

Flüchtlinge erklärt. Dabei hatte selbst die Stuttgarter Polizei die dortige „Party- und Event-Szene“ für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht. Offensichtlich hatte sich bei denen, die wegen Corona schon länger nicht mehr feiern konnten, der angestaute Frust auf die Obrigkeit entladen. Beobachter und Experten kamen zu dem Schluss, dass es sich bei den hauptsächlich männlichen Tätern, in der Regel Jugendliche oder junge Erwachsene, etwa um ein Drittel sogenannte Biodeutsche, ein Drittel Deutsche mit Migrationshintergrund und ein Drittel Geflüchtete gehandelt habe.²

Dennoch wurde die Debatte in Richtung der Flüchtlinge kanalisiert, insbesondere durch einen parteiübergreifenden offenen Brief der süddeutschen Bürgermeister Richard Arnold (Schorndorf), Matthias Klopfer (Schwäbisch Gmünd) und Boris Palmer (Tübingen).³ Obwohl die Autoren darin zu Recht feststellen, dass „zweifelsohne [...] die Mehrheit der Krawallbrüder in Stuttgart keine Geflüchteten waren“, richtete sich das Hauptaugenmerk ihrer Intervention fast ausschließlich auf die jungen Flüchtlinge.

Hier manifestiert sich ein fatales Erbe. Bereits 2018, und ausgerechnet nach den rechtsradikalen Ausschreitungen von Chemnitz, hatte Bundesinnenminister Horst Seehofer die Migration als die „Mutter aller Probleme“ bezeichnet. Eine ungeheure Aussage

1 Vgl. Albrecht von Lucke, Widerstand 2020: Wer reitet die Corona-Welle, in: „Blätter“, 6/2020, S. 5-8.

2 Siehe etwa Rüdiger Soldt, Die Zerstörungswut einer Partymeute, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 21.6.2020.

3 Im Wortlaut dokumentiert u.a. in der Rhein-Neckar-Zeitung, www.rnz.de, 21.7.2020.

(genau wie Seehofers Unwort von der „Herrschaft des Unrechts“), weil sie Ursache und Wirkung radikal verkehrt. Nicht die Migration ist das ursächliche Problem, sondern es sind die Umstände, die – wie in Syrien – die Menschen zur Migration zwingen. Doch indem die Migration als solche angeprangert wird, werden faktisch sämtliche Migranten stigmatisiert und völlig undifferenziert zum Problem erklärt.

»Echte« oder »unechte« Deutsche?

Diese Abwertung wendet sich auch gegen die zweite an den Protesten beteiligte Gruppe, die sogenannten Deutschen mit Migrationshintergrund. Bereits die landläufige, inzwischen fast schon eingebürgerte Unterscheidung zwischen angeblichen „Biodeutschen“ und Deutschen mit Migrationshintergrund ist hoch gefährlich, da sie den Eindruck erweckt bzw. verfestigt, wir hätten es (immer noch) mit zwei Sorten von Deutschen zu tun – eben „biologisch echten“ (um nicht zu sagen „reinen“) und „unechten“ Deutschen, als Bürgern zweiter Klasse. Wie gefährlich eine derartige Deklassierung ist, sollte eigentlich bereits die Mordserie des NSU gezeigt haben, aber auch – für all jene, die diese bereits vergessen haben – die tödlichen Schüsse von Hanau im Februar dieses Jahres mit insgesamt zehn Opfern – außer der Mutter des Täters alles Menschen mit Migrationshintergrund, die eben gerade deshalb zu Mordopfern wurden.

Das aber verweist auf ein fundamentales Problem im innerdeutschen Vereinigungsprozess: Drei Jahrzehnte lang wurde der gesamte Einheitsdiskurs primär als eine Debatte zwischen West- und Ost-Deutschen geführt.⁴ Und fatalerweise hat die Dominanz der Pegida- und AfD-Debatte der vergangenen fünf Jahre unter ihrem Leitmo-

tiv „Integriert doch erst mal uns“ (Petra Köpping) diese Fokussierung auf die „biodeutschen“ Bürger noch zusätzlich verstärkt.

Wer dagegen bis heute keine adäquate Stimme im öffentlichen Einheitsdiskurs hat, sind die Millionen von Menschen mit Migrationsgeschichte, die in der 75jährigen bundesrepublikanischen Geschichte längst zu Deutschen geworden sind. Auch mangels eigener Lobby kommen sie in der Debatte kaum vor. Dabei ist der Migrationshintergrund in weiten Teilen Deutschlands längst der Normalfall. Laut der jüngsten Erhebung des Statistischen Bundesamts hatten im vergangenen Jahr gut 21 Millionen Menschen und somit 26 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund.⁵ Speziell in Großstädten liegt der Anteil gerade bei der jüngeren Generation sogar deutlich über 40 Prozent. Die meisten von ihnen sind gut integriert und tragen mit ihrer Arbeit zum Wohlstand des Landes bei. Migration und ihre Folgen sind hier also nicht das Problem, sondern die Realität – aber leider immer noch keine Normalität in den öffentlichen Debatten.

Dreißig Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit brauchen wir offensichtlich eine grundlegende Verständigung über die Frage, wer heute mit dem „Wir sind das Volk“ gemeint ist.

Eine solche Debatte müsste aber schon bei den Begriffen ansetzen – und bei der folgenreichen Einteilung in Bio- und sonstige Deutsche. „Betroffenheit reicht längst nicht mehr“, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble nach den Anschlägen von Hanau. Gefordert sei in erster Linie „Aufrichtigkeit“. Das aber würde bedeuten, zuerst einmal anzuerkennen, dass wir es heute mit einer völlig anderen Gesellschaft als vor 75 oder auch noch vor 30 Jahren zu tun haben – und dass wir eine gänzlich andere Ant-

4 Zur kritischen Historisierung des Einheitsprozesses siehe auch den Beitrag von Jürgen Habermas in dieser Ausgabe.

5 Vgl. die Pressemitteilung vom 28. Juli 2020 unter www.destatis.de.

wort auf die aktuellen Probleme geben müssen als „Die Migration ist schuld“.

Woher kommt die Gewalt?

Eine Funktion erfüllt „der Migrant“ als Sündenbock nämlich allemal. Er exkulpiert die Mehrheitsgesellschaft – und erspart ihr die eigentliche, schmerzhafteste Frage: Woher kommt die Gewalt, die sich heute regelmäßig gegen die Polizei entläßt?

So richtig es daher ist, auch nach den familiären Hintergründen der Kra-wallmacher zu fragen – mit Stamm-baumforschung den Migrationshintergrund noch in der dritten Generation zu suchen und auszuleuchten, wird der Sache nicht gerecht. Allein die Herkunft gibt noch keine Antwort auf die Frage nach dem Ursprung der Gewalt.

Zu einfach ist es allerdings auch, die teils massive Gewalt gegen die Polizei – und damit auch implizit gegen das Gewaltmonopol des Staates – einfach als unpolitisch abzutun. Denn faktisch haben wir es hier mit einem spiegelbildlichen Phänomen zu tun: Ähnlich wie mit „der Migrant“ wird hier ebenfalls ein Kollektivsingulär – „die Polizei“ – zum Sündenbock für das eigentlich kritisierte gemacht.

Allerdings stammt das infame Kürzel ACAB – „All cops are bastards“ – in aller Regel gerade nicht von Flüchtlingen. Von diesen wird der deutsche Staat aufgrund ganz anderer eigener Gewalterfahrungen in den Herkunftsstaaten oft eher als zu schwach empfunden, weshalb sie die Polizei in Teilen nicht ernst nehmen. Die jüngste Popularität des gerade in Antifa-Kreisen gängigen ACAB rührt dagegen eher aus der völlig unverhältnismäßigen Gleichsetzung der deutschen mit der US-amerikanischen Polizei, speziell nach der Ermordung von George Floyd.

Was den Protest von Deutschen mit Migrationshintergrund anbelangt, gilt es zugleich jedoch etwas anderes anzuerkennen – dass nämlich wei-

ße und schwarze, genauer: nicht-weiße Deutsche höchst unterschiedliche Erfahrungen mit der Polizei machen. Wenn daher etwa Markus Söder im ZDF-Sommerinterview pauschal erklärt, „Polizisten sind in Deutschland die Guten“,⁶ dann bringt dieser Persilschein für die Ordnungshüter gleich dreierlei zum Ausdruck: erstens reinen Populismus, weil der CSU-Chef ganz genau um die enorme Zustimmung der Bevölkerung zur Polizei weiß, gerade angesichts der massiven Randalereien.

Zweitens aber widerspricht die Aussage den Erkenntnissen der zurückliegenden Wochen, wonach allein innerhalb der hessischen Polizei mehr als 70 Verdachtsfälle auf Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren ermittelt wurden.⁷ Und drittens geht sie an der Erfahrung vieler Menschen mit Migrationsgeschichte fundamental vorbei, die Polizisten keinesfalls nur als „die Guten“ erleben.⁸

Doch so wie von Geflüchteten genauso wie von allen Deutschen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, erwartet werden kann, dass sie das staatliche Gewaltmonopol akzeptieren, so kann auch von „Biodeutschen“ erwartet werden, dass sie endlich zur Kenntnis nehmen, dass People of Colour zum Teil ganz anders von Polizeigewalt betroffen sind als sie selbst. Denn ohne Respekt vor der Lebensrealität von Menschen mit Migrationshintergrund werden wir deren Respekt vor dem Rechtsstaat nicht befördern.

Zu Recht wurde in der Gewaltdebatte auf Parallelen zu den Halbstarkenprotesten der 1950er Jahre hingewiesen. Erstens haben wir es in beiden Fällen mit jugendlicher und männlicher Gewalt zu tun. Und genau wie heute handelte es sich auch damals um einen Kampf um Anerkennung. Stärker noch

6 Vgl. www.zdf.de, 19.7.2020.

7 Vgl. Matthias Bartsch, „Das ist so widerwärtig, da dreht sich einem der Magen um“, www.spiegel.de, 29.7.2020.

8 Vgl. dazu Marvin Oppong, Ganz normal in Deutschland: Rassismus in der Polizei, in: „Blätter“, 7/2020, S. 89-96.

als für die berühmten Schwabinger Krawalle von 1962, die teilweise schon ein Protest aus studentischem Überdruß an den „bürgerlichen Verhältnissen“ und damit ein Vorschein von '68 waren, gilt dies für die Ausschreitungen der 1950er Jahre. Die seither eindeutig negativ konnotierten Halbstarcken entstammten vor allem der Arbeiterklasse, die weder über hinreichend Wohnraum noch über einschlägige „Locations“ verfügte, weshalb sich das private Leben der Heranwachsenden stark im öffentlichen Raum abspielte. Doch aus der damaligen „marginalisierten Generation“⁹ wurden anschließend, wenn nicht gleich Verfassungspatrioten, so doch mit Sicherheit durchaus rechtschaffene Bürger, Familienväter und Steuerzahler.

Hier zeigt sich: Ein Rechtsstaat genießt nur so viel Anerkennung, wie er tatsächlich Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt stiftet – und vor allem die Chance zu sozialem Aufstieg. Genau das leistete die Bundesrepublik in bemerkenswerter Weise nach 1945. Nach 1989 gelang dies auf den Osten bezogen schon weniger, und heute stehen wir vor der dritten und vielleicht größten Herausforderung – der Integration all jener, die nicht familiär seit Generationen zu Deutschland gehören.

Genau hier liegt heute das Problem: Solange Deutsche mit Migrationshintergrund nicht über vergleichbare Chancen wie „Bio-Deutsche“ verfügen, wird auch ihre Zustimmung zu diesem Staat nicht dieselbe sein.

Dieser Kampf um Anerkennung hat jedoch nicht nur eine materielle Seite, sondern auch – und vielleicht wichtiger noch – eine immaterielle, demokratische. Wie weit Deutschland an dieser Stelle noch immer zurück liegt und in seinem „biodeutschen“ Selbstverständnis befangen ist, demonstriert die Tatsache, dass eine schwarze Vizekanzlerin wie Kamala Harris bei

uns wohl noch immer undenkbar wäre; von einem schwarzen (oder auch türkischen) Kanzler wie Barack Obama ganz zu schweigen. Um diesem Zustand endlich Abhilfe zu schaffen, muss man nicht einmal, euphemistisch aufgeladen, von einer multikulturellen Gesellschaft sprechen. Im Gegenteil: Es geht heute gerade nicht um die Förderung der Multikulturalität als einer Gesellschaft der unterschiedlichen, im schlimmsten Fall identitär abgeschotteten Kulturen, sondern vielmehr um die Anerkennung eines universalistischen Erbes: Jeder Mensch, egal welcher Abstammung und Herkunft, muss als Bürger dieses Landes alle demokratischen Möglichkeiten in Anspruch nehmen können.

Der ehemalige Migrant oder Flüchtling verkörpert aber noch einen weiteren universalistischen Anspruch: nämlich das „Recht [eines jeden], Rechte zu haben“ (Hannah Arendt) – auch das Recht, nicht aus seiner Heimat vertrieben zu werden. Der Migrant als Bote der globalen Verheerungen reißt uns damit aus unserem lieb gewonnenen nationalen Biedermeier und konfrontiert uns mit den globalen Realitäten. Denn er macht deutlich, dass die Probleme der Welt, ob Kriege oder Klimakrisen, längst auch unsere, ja sogar die von uns erzeugten Probleme sind. Dieser Ausbruch aus unserer alten, „biodeutschen“ Übersichtlichkeit ist zweifellos ungemütlich; und vielleicht ist das ja der eigentliche Grund, warum sich viele „den Migranten“ und seinen oft brutalen Überlebenshintergrund bis heute am liebsten vom Leibe halten – weil er uns nämlich mit unserer wirklichen Verantwortung konfrontiert, die weit über nationale Befindlichkeiten und Identitätsfragen hinausgeht. Sich dieser Verantwortung zu stellen, verlangt daher auch, die längst real existierende deutsche Diversität endlich auch politisch anzuerkennen und in den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen wie in der Öffentlichkeit angemessen zu repräsentieren.

9 David Bebnowski, *Generation und Geltung: Von den „45ern“ zur „Generation Praktikum“*, Bielefeld 2012, S. 58.

Heike Holdinghausen

Verdörnt und vernutzt: Das Drama des Waldes

Die jüngsten Dürresommer mit ihren verheerenden Folgen für die Natur haben die hiesigen Wälder wieder in den Fokus öffentlicher Debatten gerückt. Dabei zeigt sich immer mehr: Der deutsche Wald befindet sich in einem gleich zweifachen Dilemma. Das erste zeigt sich symbolhaft an den Supermarktkassen. Dort haben die Handelsketten die vom Verbraucher als Problem erkannten Plastikbeutel großflächig durch Papiertüten ersetzt. Allerdings sind auch sie nicht umweltfreundlich, ganz im Gegenteil. Nicht nur jede Menge Energie und Wasser sind nötig, um die Einmaltragetaschen herzustellen, sondern neben Altpapier auch jede Menge frisches Holz. Würden für die Plastebeutel die „unterirdischen Wälder“¹ ausgebeutet, sind es nun wieder die oberirdischen. Die Umkehr zur Papiertüte lässt sich nämlich auch als Rückkehr deuten; nach einer außerordentlich kurzen Phase von etwa 300 Jahren, in der die Menschheit in den Industrie- oder sich industrialisierenden Ländern massenhaft fossile Rohstoffe wie Kohle, Erdöl und Gas nutzte, um ihren Bedarf an Energie und Material zu decken, kehrt sie jetzt zum historischen Normalzustand zurück. In diesem war der Wald die mit Abstand wichtigste Rohstoffquelle: Er lieferte Energie, Baumaterial sowie Nahrung für Mensch und Vieh, war also Kraftwerk, Apotheke und Supermarkt. Das könnte der Wald auch hierzulande perspektivisch wieder werden. Allerdings: Eine Rückkehr in den Normalzustand einer Jahrtau-

sende langen Nutzung des Waldes als primäre Rohstoffquelle passt nicht zusammen mit den Konsum- und Produktionsgewohnheiten des fossilen Zeitalters, in denen sich die Industriegesellschaften daran gewöhnt haben, dass allein ihre Nachfrage das Angebot bestimmt. Der zunehmende Nutzungsdruck einer postfossilen und um Klimaneutralität bemühten Wirtschaft auf die Wälder zeigt sich schon jetzt.

Schon lange scharren die Lobbyisten einer „Bioökonomie“ mit den Hufen. Sie sehen etwa den Holzbestandteil Lignin als einen möglichen Ersatz für Erdöl in der chemischen Industrie; eine Nutzung in großem Maßstab bleibt aber vorerst Zukunftsmusik, sind doch die Wälder schon jetzt der steigenden Nachfrage – etwa durch die immense Nachfrage nach Papier – nicht gewachsen. Erst kürzlich wiesen Wissenschaftler des Gemeinsamen Forschungszentrums der EU-Kommission im italienischen Isprain in der Zeitschrift „Nature“ darauf hin, dass Europa großflächig Wald verliert. Durch die steigende Nachfrage nach Holz seien bereits rund 69 Prozent der Biomasse verlorengegangen. Die Forscher warnen vor negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Bodenerosion und die Wasserregulierung.² Europa folgt damit einem weltweiten Trend – auch Brasilien, Nordamerika, Russland, Mosambik und der Kongo verzeichneten in den vergangenen Jahren zum Teil dramatische Waldverluste.³

1 Rolf Peter Sieferle, „Sonne und Feuer – Energieregimes in historischer Perspektive“, München 2009.

2 Guido Ceccherini, Gregory Duveiller u.a., „Abrupt increase in harvested forest area over Europe after 2015“, www.nature.com, 1.7.2020

3 Vgl. www.globalforestwatch.org.

Eine Rolle dabei spielen Abholzungen und Rodungen, aber auch Dürren und Brände. Darin liegt das zweite Dilemma der Wälder: Just in dem Moment, in dem sie wieder als wichtige Rohstoffquelle in den Fokus rücken, sind sie in eine ernste Bedrohungslage geraten. In Deutschland zeigt sich das an kahlen oder braunen Hängen im Harz oder abgebrannten Flächen in Brandenburg. Wer einen Blick für gesunde Wälder hat, entdeckt lichte Kronen und kranke Bäume aber nicht nur im Extremen: Nach der aktuellsten Waldzustandserhebung der Bundesregierung weisen nur ein Fünftel aller Bäume in Deutschland keine Kronenverlichtung auf – das erste Signal für ernsthaften Trockenstress.

Lange war das Waldsterben der 1980er Jahre in Mitteleuropa für viele Liberale und Konservative nur für müde Scherze gut. Es galt ihnen als Symbol des überkandidelten Umweltbewusstseins einer deutschen Bevölkerung im Katastrophenmodus. Im besten Fall diente es als ein Beleg für die Auffassung, dass sich Umweltprobleme mit technischen Mitteln lösen ließen: Schließlich hatten die kahlen Hänge der Mittelgebirge zu deutlich schärferen Vorschriften zur Luftreinhaltung geführt und die Abgase aus den Schloten der Fabriken und Auspuffen der Autos sauberer gemacht. Das hat sich inzwischen gründlich geändert. Das Waldsterben ist zurück, und gerade unter den mehrheitlich konservativen Waldbesitzern und Förstern ist das Entsetzen darüber groß, was sie in ihren Forsten beobachten müssen. Die Wucht und die Schnelligkeit, mit der der Klimawandel samt seinen vermehrten Hitze- und Dürreperioden nicht nur Monokulturen aus Nadelhölzern, sondern auch als widerstandsfähig geltende Buchen- und Eichen-Mischwaldbestände absterben lässt, führt nun zu einer großen Ratlosigkeit in der Forstbranche.

Der Zustand der Forste ist dabei so verheerend wie die ökonomischen Aus-

sichten der Forstbetriebe: Laut Statistischem Bundesamt mussten sie 2019 mit 32 Mio. Kubikmetern fast dreimal so viel Schadholz durch Insektenfraß einschlagen wie im Jahr zuvor. Die durch Hitze, Dürre und Stürme geschwächten Bäume haben Borkenkäfern und Co. nichts mehr entgegensetzen. Folglich liegt inzwischen der Anteil des Schadholzeinschlags an der gesamten Holzernte bei knapp 68 Prozent – vor zehn Jahren waren es nicht einmal 20 Prozent.⁴ Mit den Wäldern brechen die Kalkulationen und Geschäftsmodelle der Waldbesitzer zusammen – seien sie privat, kommunal oder staatlich. Weil die in der Vergangenheit wenig innovativen Sägewerke nun auf Bergen von minderwertigem Fichtenholz sitzen, sind die Preise auf dem Holzmarkt ins Bodenlose gefallen, Finanzplanungen für die nächsten Jahre haben keine Grundlage mehr.

Ratlosigkeit in der Forstwirtschaft

Was die Waldbesitzer besonders verunsichert, ist nicht nur die monströse Höhe der Schäden, sondern der Mangel an Zukunftskonzepten. Förster denken ja nicht in Jahren, sondern eher in Jahrzehnten oder Jahrhunderten. Bäume, die sie heute setzen, benötigen gute Wachstumsbedingungen für die nächsten 80 oder, im Fall von Laubbäumen, teilweise für die nächsten 200 Jahre oder länger. Berechnungen darüber, ob schon in den nächsten 60 oder 70 Jahren die Temperatur wohl um 1,5 Grad oder um 4 Grad Celsius ansteigt, müssen bei Waldbesitzern daher Panik auslösen. Schließlich macht das womöglich den Unterschied zwischen „Buche“ oder „Zeder“, zwischen Wald oder Steppenlandschaft. Die Patentrezepte der vergangenen Jahrzehnte – also einen forcierten Waldumbau der Fichtenmonokulturen hin zu Laub-Mischwäldern mit den dominierenden Baumarten

4 PM N 041, 27.7.2020, www.destatis.de.

ten Buche und Eiche – bewähren sich nicht. Auch sie leiden unter Klimastress und erweisen sich als beinahe genauso wenig resilient, also krisenfest, wie die schon lange kritisierten Nadelforste aus Fichten und Kiefern.

Insofern wird in der Forstwissenschaft und in den Förstereien derzeit heftig über die richtige Reaktion auf die Krise der Wälder diskutiert. Die Reaktionsmöglichkeiten sind durchaus vielfältig: Sie gehen von großangelegten und kostspieligen Wiederaufforstungsprogrammen mit trockenoleranten Bäumen – etwa der nordamerikanischen Douglasie oder bestimmten Eichenarten – bis hin zur Sukzession, bei der die Besitzer auf die natürliche Regenerationsfähigkeit ihrer Wälder setzen. Umstritten ist auch die Frage, wie mit dem Schadholz umgegangen werden soll: Lässt man es im Wald, als schützende Decke, unter der neues gedeihen kann (Waldbäume wachsen schlecht auf Kahlfeldern, die der Sonne und dem Wind ausgesetzt sind), oder räumt man es raus, damit die Borkenkäfer nicht noch mehr Brutplätze und Nahrung finden? Und was ist mit dem Käfer selbst – hat er sich so vermehrt, dass die Förster entgegen ihrer Tradition auch im Wald zur Giftspritze greifen sollten? Gestritten wird so erbittert, dass sich die Forstwissenschaftler gegenseitig offene Briefe schicken und um eine Versachlichung der Debatte bitten.

Dabei ist die Rat- und Konzeptionslosigkeit der Fachleute erst einmal die einzig angemessene Reaktion auf die Aufgabe, die der Klimawandel ihnen stellt. Je nach Szenario könnten in Deutschland klimatische Bedingungen herrschen wie heute in den Mittelmeerländern, wenn eine jetzt gepflanzte Eiche gerade erst aus ihrer Jugendzeit herauswächst. Es könnte aber natürlich auch ganz anders kommen.

Es wird daher nicht „die“ eine Antwort geben, die Förster und Waldbesitzer auf dieses Dilemma finden; die Lösungen werden nicht alleine von forstwissenschaftlichen Ratschlägen ab-

hängen, sondern auch von den finanziellen Mitteln, der Notwendigkeit, mit dem Forst auch mittelfristig Geld zu verdienen, von klimatischen Mikrobedingungen, möglichen neuen Anwendungen – Stichwort Bioökonomie – mit einer potentiell neuen Nachfrage nach anderen Baumarten und so weiter. Klar ist allein, dass die Waldbesitzer in den nächsten Jahren ohne umfangliche staatliche Hilfeleistungen nicht auskommen werden. Die rund 800 Mio. Euro Nothilfen, die Bund und Länder im vergangenen Jahr beschlossen haben, können nur ein Anfang sein.

Das »Anti-Naturschutz-Ressort«

Von klugem Regierungshandeln wären zwei Dinge zu erwarten: Erstens, die Betroffenen – Förster, Kommunen, Privatwaldbesitzer – möglichst unbürokratisch in die Lage zu versetzen, jeweils angemessene Lösungen für ihre Probleme zu finden. Und zweitens alles in ihrer Macht Stehende dafür zu tun, damit Natur und Menschen hierzulande Zeit gewinnen, sich an die klimatischen Veränderungen anzupassen, und diese möglichst gering zu halten. Das heißt, engagierte Klimapolitik machen, die Stromwende vorantreiben, Emissionen im Verkehr senken, schnell für deutlich mehr Effizienz beim Heizen sorgen – und so weiter. Es heißt aber auch, einen sinnvollen Rahmen für Anpassungsmaßnahmen an die klimatischen Veränderungen zu setzen. Also beispielsweise das zunehmend knapper werdende Wasser in der Landschaft zu halten: Moore wieder zu vernässen, Flusswasser mehr Zeit zu geben, durch die Landschaft zu mäandern, Rückzugsflächen zu schaffen, in denen die Natur Antworten auf den menschengemachten Klimawandel finden kann, auf die Planer und Wissenschaftler nicht kommen.

Vorausschauende Forstpolitik kann nur engagierte Klima- und Naturschutzpolitik heißen. Womit wir zum

Kern des Problems vordringen. Denn das zuständige Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unter Julia Klöckner ist geprägt von einem Selbstverständnis als „Anti-Naturschutz-Ressort“ und steht damit stets verlässlich an der Seite der Agrarindustrie, der Lebensmittelkonzerne, großen Agrargenossenschaften und Chemieunternehmen, die ihr Geld mit Dünger, Ackergiften und Saatgut verdienen. Auch Waldpolitik bedeutet für das Ministerium nichts anderes, als Geld für den Wiederaufbau eines möglichst schnell ökonomisch nutzbaren neuen Forstes bereitzustellen – große Papierfabriken und Sägewerke sollen verlässlich ihren Rohstoffbedarf auf global organisierten Märkten decken können. Das Ministerium unterstützt mit seinen Nothilfen den „Abtransport von Schadholz, Wiederaufforstungen und die Fortführung des Umbaus zu klimaangepassten Mischwäldern“ – als gäbe es die Ratlosigkeit und die Debatten innerhalb der Forstwirtschaft und -wissenschaft über den angemessenen Umgang mit der Krise gar nicht.

Statt inezualten und Fragen nach dem richtigen Weg zu stellen, wünscht sich die Ministerin „viele Menschen, die die Ärmel hochkrepeln und zusammenarbeiten“.⁵ Das ist eine Rhetorik die so tut, als ließen sich die Folgen der Klimakrise durch den Einbau von ein paar Schadstofffiltern ausmerzen. Als sei nicht eine tiefgreifende Transformation nötig, die den Wandel unseres Produzierens, Konsumierens, Arbeitens, Reisens – kurz: unseres gesamten Lebensstils voraussetzt. Solch eine Transformation aber liegt außerhalb der Vorstellungskraft der Strateginnen und Strategen im seit Jahrzehnten entweder schwarz oder rot geführten Landwirtschaftsministerium. Die Ministerin weist sogar die ambitionierten Vorhaben der EU-Kommission nach mehr Biodiversitätsschutz in

den Agrarlandschaften zunehmend brüsk mit dem Argument zurück, die Kernaufgabe der Landwirte bestünde nicht in der Landschaftspflege, sondern in der Produktion von Nahrungsmitteln.⁶ Und als das BMEL im längst vergessenen Klimakabinett der Bundesregierung im Frühjahr 2019 Maßnahmen vorstellen sollte, um die Klimaziele in der Land- und Forstwirtschaft zu erreichen, versagte das Haus kläglich. Mitten im Dürresommer 2019 schrieb eine Gruppe von Umweltverbänden und ökologisch orientierten Forstwissenschaftlern schließlich verzweifelt einen offenen Brief an Umweltministerin Svenja Schulze, damit diese die Blockadehaltung des Landwirtschaftsministeriums durchbreche und sich in die aktuelle Waldpolitik einmische. Doch Schulze ist inhaltlich schwach, schlecht vernetzt und hat sich gegen ihre forsche Kollegin im Agrarressort auch in diesem Punkt nicht durchgesetzt. Damit erweist sich das Umweltministerium in den zentralen Punkten als entmachtet: Für alle entscheidenden Sektoren – Verkehr, Land- und Forstwirtschaft sowie Energie – ist es nicht zuständig.

Der Herausforderung, die Zielkonflikte im Wald zu lösen – also die notwendige vermehrte, aber nachhaltige Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz mit dem Schutz alter Wälder zum Erhalt ihrer Biodiversität und Speicherkapazitäten für Kohlendioxid in Einklang zu bringen –, zeigt sich die Bundesregierung derzeit nicht gewachsen. Diese drängende Aufgabe liegt in einem Ministerium und in den Händen einer Ministerin, die nicht einmal den Stand der Diskussion der Waldbesitzer und Forstwissenschaft nachvollzogen haben. Der Mangel an Bereitschaft zu produktiver Ratlosigkeit bei den entscheidenden politischen Akteuren – dies ist derzeit wohl das größte Dilemma des deutschen Waldes.

5 BMEL, Massive Schäden – Einsatz für die Wälder, www.bmel.de, 11.8.2020.

6 Klöckner: „Wunschkonzerte mach' ich nicht mit“, www.topagrar.com, 27.6.2020.

Marco Alves

Die machtlose WHO: Der Wettlauf um den Corona-Impfstoff

Die Covid-19-Pandemie versetzte der Welt den wahrscheinlich gravierendsten Schock der jüngeren Geschichte. Selbst in reichen Ländern sind Gesundheitssysteme mitunter völlig kollabiert. Welche dramatischen Folgen die Pandemie hingegen für ärmere Länder zeitigt, beginnen wir erst langsam zu begreifen: So warnt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits vor einer Hungerpandemie. Längst sind Impfprogramme zusammengebrochen, die vor allem Kinder vor Infektionskrankheiten schützen, für die es vor Ort keine adäquaten Behandlungsmöglichkeiten gibt.¹ Und schon jetzt ist absehbar, dass die reduzierten oder gar eingestellten Präventions- und Behandlungsprogramme zu steigenden Infektionszahlen mit Malaria, HIV/Aids, Tuberkulose und anderen lebensbedrohenden Krankheiten führen werden. Jahrzehntelang hart erkämpfte Erfolge drohen zu zerfallen, verstärkte Armut, Leid und Tod könnten für viele die Folge sein.

Angesichts dessen fanden sich bereits Anfang Mai Regierungen aus der ganzen Welt virtuell zusammen, um ein Zeichen globaler Solidarität zu setzen. Gemeinsam mit der WHO riefen sie eine Plattform namens ACT-A (Access to Covid-19 Tools Accelerator) ins Leben, die die Forschung und Entwicklung, Produktion und Verteilung von

Impfstoffen, Tests und Medikamenten voranbringen soll. Milliardenbeträge an öffentlichen Geldern wurden bereitgestellt. Bundeskanzlerin Angela Merkel und viele andere sprachen davon, dass Impfstoffe, Tests und Medikamente gegen Covid-19 globale öffentliche Güter sein und allen Menschen weltweit zugutekommen müssten. Die Zielsetzung schien ganz klar: Nur, wenn auf der ganzen Welt in ausreichender Menge bezahlbare Impfstoffe, Tests und Medikamente für alle zugänglich sind, kann die Abwärtsspirale aufgehalten, Not gemindert und können Leben gerettet werden. Nur so lässt sich der Weg in eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Normalität ebnen.

Von globaler Solidarität keine Spur

Ein globales öffentliches Gut für alle? Echte globale Gerechtigkeit? Die Initiative signalisierte eine der Situation angemessene Kehrtwende bei der Art, wie Forschung, Entwicklung, Preissetzung und Verteilung von Arzneimitteln heute funktionieren – und es ist deshalb umso fataler, dass es sich wiederum nur um Worthülsen handelte. Inzwischen ist man zum Business as usual zurückgekehrt – zum Leidwesen der Armen.

Denn Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, die USA und andere, die es sich leisten können, vereinbarten bereits Vorabkäufe mit Pharmafirmen, um sich die knappen Medikamentenbestände und zukünftige Impfstoffe zu sichern. Dabei übernimmt die öffentliche Hand sogar das vollstän-

1 Vgl. zur Bedeutung von Impfungen: Overcoming barriers so vaccines can save lives, www.msf.org, 29.4.2020; zur problematischen Situation unter Corona: WHO and UNICEF warn of a decline in vaccinations during COVID-19, www.who.int, 15.7.2020, und Continuing essential medical services during COVID-19, www.msf.org, 28.5.2020.

dige Risiko bei noch nicht als wirksam erwiesenen Impfstoffen. Phantasia-Preise, die intransparent und sehr wahrscheinlich völlig unabhängig von den tatsächlichen Forschungs- und Entwicklungskosten sind, werden dabei von den Firmen aufgerufen und von den wohlhabenden Staaten zugesichert. Alle anderen müssen sich hinten anstellen.

Obwohl es nötig ist, Impfstoffe, Medikamente und Tests so rasch wie möglich im globalen Maßstab in ausreichender Menge zu produzieren, gibt es keinen verpflichtenden Austausch von Forschungsergebnissen mit Ländern, die über Produktionskapazitäten im globalen Süden verfügen. Erfolgreich warb die WHO mit einem Solidarity Call to Action für einen Covid-19-Technologiepool – unterstützt wurde dieser hauptsächlich von Ländern des globalen Südens. Von Solidarität ist nichts mehr zu spüren: Anstatt dafür zu sorgen, dass der globale Bedarf so schnell wie möglich gedeckt wird, können Pharmafirmen auch weiterhin durch Patentmonopole und weitere Exklusivrechte Impfstoffe, Tests und Medikamente künstlich verknappen.

So schloss die Firma Gilead beispielsweise im Fall des Medikaments Remdesivir ganz Südamerika aus einer Belieferung mit günstigeren Generika aus. Wohlhabende Staaten kaufen sich in Firmen mit vielversprechenden Impfstoffkandidaten im eigenen Land ein. Sie stellen Milliarden an Fördergeldern für Forschung und den Ausbau von Produktionskapazitäten im eigenen Land bereit, ohne jegliche Bedingungen beispielsweise hinsichtlich der Preissetzung daran zu knüpfen. Auch die im Frühjahr affekthafte aufgestellten Exportverbote für medizinische Schutzausrüstung offenbaren, wie trotz schöner Worte eine Art Medizinprodukte-Nationalismus vor globale Solidarität gestellt wird.

Einmal mehr zeigt sich derzeit, dass das medizinische Innovationssystem dabei versagt, das Menschenrecht auf

Gesundheit zu verwirklichen: Immer wieder werden wichtige Medikamente und Impfstoffe künstlich verknappt, sind lebensrettende Behandlungen für Patient*innen weltweit unbezahlbar. Und immer wieder wird die Forschung zu Krankheiten vernachlässigt, deren Behandlung als nicht rentabel gilt.

Alles für Profit: Der Fehler im System

Begründet werden die hohen Preise mit enormen Forschungskosten. Unter den Tisch fallen dabei gern die Milliardensummen öffentlicher Forschungsförderung, die den Firmen zufließen. Das zeigt das Beispiel des Tuberkulosemedikaments Bedaquilin der Firma Johnson&Johnson: Dort lag der Anteil öffentlicher Gelder an der Medikamentenentwicklung sogar deutlich über dem der Hersteller. Und dennoch verlangte Johnson&Johnson zunächst einen Preis, der für 80 Prozent der Erkrankten unbezahlbar war. Erst in Folge einer weltweiten Kampagne von Ärzten ohne Grenzen hat Johnson&Johnson den Preis deutlich gesenkt, wenngleich nicht alle Länder diesen erhalten.²

Dass die horrenden Preise rein gar nichts mit den tatsächlichen Forschungs- und Entwicklungskosten zu tun haben, sondern danach gesetzt werden, was der Markt hergibt, offenbart auch ein Bericht der WHO zu Krebsmedikamenten.³ Längst sind exorbitante Medikamentenpreise nicht mehr nur ein Problem im globalen Süden: Selbst in Europa wird etwa der Zugang zum Hepatitis-C-Medikament Sofosbuvir in manchen Ländern rationiert, weil es zu teuer ist. Die Firma Gilead brachte das Mittel, das zwölf Wochen eingenommen werden muss, in den USA zu einem Preis von 84 000

2 Vgl. TB-Medikament: Preissenkung für Bedaquilin ist erster wichtiger Schritt – Jedoch mehr Länder müssen davon profitieren, www.aerzte-ohne-grenzen.de, 6.7.2020.

3 Vgl. Improving affordability and effectiveness of cancer medicines, www.who.int.

US-Dollar auf den Markt. Dabei sind die 1000 Dollar pro Pille weder durch die Produktionskosten von unter einem Dollar noch durch die Entwicklungskosten gerechtfertigt.

Ebenso wacker wie der Mythos der notwendig hohen Preise hält sich die Vorstellung, allein exklusive Patentmonopole könnten dafür sorgen, dass Impfstoffe, Diagnostika und Medikamente tatsächlich auch entwickelt werden: Die Patentinhaber sind für 20 Jahre die alleinigen Anbieter auf dem Markt, können völlig frei Preise setzen und andere Hersteller daran hindern, bezahlbare Generika zu produzieren – alles im Sinne der Profitmaximierung. Das aber führt nicht nur zu vielerorts unbezahlbaren Preisen, sondern auch dazu, dass vor allem jene Medikamente in den Fokus der Forschung rücken, mit denen sich die größten Einnahmen erzielen lassen. Die medizinischen Bedürfnisse der Menschen rücken dabei in den Hintergrund, Ineffizienzen und massive Forschungslücken sind die Folge.

So gab es im Jahr 2014 noch keine Medikamente oder Impfstoffe gegen die Ebola-Pandemie, obwohl eine klinische Studie bereits zehn Jahre zuvor einen wirksamen Impfstoffkandidaten gegen das Virus hervorgebracht hatte, der tausende Menschenleben hätte retten können. Der Grund für dieses Versäumnis: Ein Impfstoff versprach zu wenig Umsatz. Auch an der Entwicklung von Coronavirus-Impfstoffen gab es in den Jahren vor der aktuellen Pandemie kein gesteigertes kommerzielles Interesse – mit der Folge, dass wir nun weniger gut vorbereitet sind, als wir es hätten sein können.

Längst schlägt die WHO auch auf einem anderen Feld Alarm – dem der Antibiotika, dem Grundpfeiler der modernen Medizin. Antibiotika verlieren nach und nach ihre Wirksamkeit, weil Antibiotikaresistenzen entstehen – das ist ein bekanntes und natürliches Phänomen. Dennoch steigen Pharmafirmen seit Jahren aus diesem Forschungsbereich aus; die Entwicklung

neuer Antibiotika bleibt auf der Strecke. Obwohl der medizinische Bedarf und die gesellschaftliche Bedeutung riesig sind, steuert die Welt angesichts dessen in ein gefährliches post-antibiotisches Zeitalter.⁴

Hier zeigt sich: Massive Forschungslücken und horrend Preise sind ein globales systemisches Problem. Kommerzielle Interessen stehen im Widerspruch zum gesellschaftlichen Interesse an effektiven Arzneimitteln zu bezahlbaren Preisen – doch sie behaupten sich nach wie vor. In der Covid-19-Pandemie zeigt sich nun einmal mehr, dass dieses System dringend geändert werden muss.⁵

Doch auch wenn die Regierungen in vielen Ländern bereit waren, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zur Bekämpfung von Covid-19 radikal herunterzufahren, sind sie nicht zu radikalen Änderungen bereit, um die Gesundheitsbranche nachhaltig so zu verändern, dass sie den medizinischen Bedürfnissen von Menschen weltweit unmissverständlich Priorität einräumt. Selbst bei der jüngst gegründeten ACT-A-Plattform, in die Milliarden öffentlicher Gelder fließen, verzichteten die Staaten darauf, gemeinsame Prinzipien aufzusetzen. Damit hätten sie festlegen können, dass vollständige Kosten- und Preistransparenz hergestellt wird, dass Firmen mit öffentlichen Geldern entwickelte Präparate zum Selbstkostenpreis anbieten und global gerecht nach dringendstem Bedarf verteilen müssen; dass öffentlich geförderte Covid-19-Technologien automatisch in einen Pool eingespeist werden müssen, um weltweit zum Vorteil aller rasch produziert werden zu können. Selbst der von der WHO er-

4 Vgl. MSF response to global launch of: 'A New Pharma Initiative takes on the Antibiotic Innovative Challenge', www.msfacecess.org, 9.7.2020; vgl. auch Annett Mängel und Maria Rossbauer, Riskante Resistenzen: Die Antibiotikakrise, in: „Blätter“, 1/2015, S. 17-20.

5 Vgl. dazu auch: Dieter Lehmkühl, Gewinn vor Gesundheit. Das fatale Geschäft der Pharmaindustrie, in: „Blätter“, 2/2018, S. 99-107.

stellte Equitable Allocation Framework, der eine gerechte globale Verteilung von Covid-19-Arzneimitteln organisieren soll, ist weder bindend noch durchsetzbar. Durch die Vorabkäufe und andere Maßnahmen der reichsten Länder wird der Mechanismus konterkariert und droht deshalb wirkungslos zu verpuffen.

Private kontrollieren, WHO stärken

Die WHO ist als Institution der Vereinten Nationen die einzige neutrale globale Instanz, die über das global legitimierte Mandat, die Expertise und die Erfahrung verfügt, adäquate Maßnahmen zum Wohle aller zu ergreifen – gerade in einer Pandemie. Dennoch erhielt sie fatalerweise von vornherein keine übergeordnete koordinierende Rolle in der globalen Antwort auf Covid-19. Stattdessen haben philanthropische Organisationen, multilaterale Akteure wie die globale Impfstoffallianz GAVI, die Koalition für Innovationen in der Epidemievorbeugung CEPI oder die Non-Profit-Produktentwicklungspartnerschaft für Diagnostika FIND die Federführung inne. Gleichwohl deren Expertise wie Erfahrung wichtig und das immense Vermögen privater Stiftungen insbesondere für die gesundheitliche Versorgung im globalen Süden derzeit unverzichtbar ist, sollten sie doch als einzelne Akteure zwingend von unabhängiger Stelle koordiniert und kontrolliert werden – und nicht selbst in einer global fundamentalen Frage koordinieren. Die dafür alleinzuständige Instanz ist die WHO.

Der Umstand, dass weniger als ein Viertel ihres Budgets aus verpflichtenden Zahlungen der Mitgliedstaaten besteht, der Großteil der Mittel freiwillige, oft zweckgebundene Beiträge sind und die Bill & Melinda Gates Stiftung die größte Geberin ist, zeigt jedoch, wie abhängig die WHO ist. Es ist fahrlässig, dass Regierungen Fragen der globalen

Gesundheit dem Gutdünken Einzelner überlassen. Die Antwort darauf kann aber nur sein, die WHO staatlicherseits ausreichend finanziell auszustatten und sie als unabhängige Institution zu stärken. Das hilft nicht nur dabei, völlig abwegige Verschwörungserzählungen zu vermeiden, sondern auch dabei, die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für die Menschen weltweit sicherzustellen.

Immerhin hat die derzeit starke öffentliche Aufmerksamkeit, die die Entwicklung von Covid-19-Arzneimitteln erfährt, bislang verhindert, dass einzelne Firmen die globale Pandemie vollends zu ihrem finanziellen Vorteil ausschachten können. Viele Länder des globalen Südens verschärfen derzeit ihre Kritik an geistigen Eigentumsrechten, insbesondere an den Patenten. Die im Welthandelsrecht mögliche Erteilung sogenannter Zwangslizenzen, um Generikaherstellern auch gegen den Willen von Patentinhabern die Produktion eines Medikaments zu ermöglichen, hilft bei Impfstoffen kaum weiter – weil sie schwieriger herzustellen sind und bisweilen sogar neue klinische Studien erfordern. Notwendig wären daher ein komplettes Außerkraftsetzen von Patenten und anderen Exklusivrechten bei Covid-19 sowie ein vollständiger Technologietransfer – doch das wird gegen die reichen Länder wohl nicht durchzusetzen sein.

Damit offenbart die Coronakrise einmal mehr, wie unzulänglich die bisherigen politischen Maßnahmen zur Entwicklung, Produktion und global gerechten Verteilung der benötigten Arzneien sind. Das muss sich dringend ändern: Kein einzelner Staat und keine einzelne Firma sollte darüber entscheiden können, wer eine notwendige gesundheitliche Versorgung erhält und wer nicht. Es dauerte rund zehn Jahre, bis lebensrettende HIV-Medikamente endlich auch den globalen Süden erreichten. Das darf sich bei Covid-19 auf keinen Fall wiederholen.

Moritz Elliesen und Maximilian Pichl

Orbán's Durchmarsch, Europas Verantwortung

Als einen „großen Sieg“ feierte Viktor Orbán die Einigung des EU-Gipfels Ende Juli. Die Auszahlung von Haushaltsmitteln werde auch künftig nicht an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gekoppelt, verkündete der seit 2010 amtierende ungarische Ministerpräsident nach den fast 90stündigen Verhandlungen über den EU-Haushalt. Er habe den ungarischen Nationalstolz verteidigt und eine „große Menge Geld“ für sein Land herausgeholt. Alle Versuche, Ungarn zu „erniedrigen“, seien gescheitert.

Seit Jahren fordern europäische Politikerinnen und Politiker, EU-Gelder an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien wie einer unabhängigen Justiz zu binden, bisher jedoch ohne Erfolg. Ob der Europäische Rat mit dem jüngsten Gipfelbeschluss nun einen solchen Rechtsstaatsmechanismus auf den Weg gebracht hat, ist zwischen den Mitgliedstaaten umstritten. Selbst Ratspräsident Charles Michel räumte ein, dass es noch keine „vollständige Klarheit“ über das weitere Verfahren gebe.¹

Tatsächlich einigten sich die Mitgliedstaaten auf einen Passus, der finanzielle Sanktionen bei Rechtsstaatsverstößen erstmals in den Bereich des Möglichen rückt. Gemäß der im Abschlusspapier festgehaltenen „Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts“ kann die EU-Kommission bei Verstößen künftig Maßnahmen vorschlagen, die vom Rat mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden müssen. Einem früheren Entwurf zufolge sollten die finanziellen Sank-

tionen greifen, sofern keine qualifizierte Mehrheit dagegen stimmt. Das Verfahren wurde somit auf den Kopf gestellt: Nun müssen die Befürworter von Sanktionen eine Mehrheit unter den Staats- und Regierungschefs organisieren und nicht mehr die Gegner – was die Durchsetzung solcher Maßnahmen deutlich schwieriger macht.

Zahlreiche Europaabgeordnete kritisierten den Kompromiss. Die meisten Aussagen zum Rechtsstaat blieben vage, monierte etwa die stellvertretende Europaparlamentspräsidentin Katarina Barley (SPD).² Das EU-Parlament lehnte den Ratsbeschluss am 23. Juli 2020 ab und rief zu Neuverhandlungen auf, auch weil das Paket in Zukunftsfragen wie dem Klimaschutz zu wenig ambitioniert sei. Doch selbst wenn Sanktionen für Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit ein wichtiger Schritt sind, so werden sie nicht in der Lage sein, den autoritären Kurs in Ungarn aufzuhalten. Denn die Machtfülle von Orbán und seiner Partei Fidesz hat viele Gründe – und auch die EU trägt dafür eine Verantwortung.

Zwei Schritte nach vorn, einen Schritt zurück

Seit ihrem Regierungsantritt im Jahr 2010 höhlt Fidesz systematisch und gezielt den Rechtsstaat in Ungarn aus, wie unter anderem der Sargentini-Report des Europaparlaments detailliert darlegt.³ So wurde mit dem neuen

1 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 25.7.2020.

2 „Süddeutsche Zeitung“, 23.7.2020.

3 Europäisches Parlament, Report, 2017/213 (INL).

Grundgesetz von 2011 das Verfassungsgericht in wichtigen Rechtsfragen wie dem Steuerrecht entmachtet. Außerdem wurde der Verfassung eine völkische Präambel vorangestellt, die Orbán in alltäglichen politischen Auseinandersetzungen nutzt, um Verschwörungsmythen zu verbreiten, wie eine angebliche Invasion Europas durch Muslime. Per Gesetz hat die Regierung zudem die Wissenschaftsfreiheit beschnitten und Instrumente zur Kriminalisierung von Menschenrechtsorganisationen geschaffen.

Die europäischen Mechanismen zum Rechtsstaatsschutz, etwa die Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) oder ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des Vertrags von Lissabon, konnten diesen systematischen Staatsumbau unter der Fidesz bisher nicht stoppen. Neben den politischen Kräfteverhältnissen in der EU liegt das auch am strategisch klugen Vorgehen von Orbán. Jüngstes Beispiel ist die Corona-Notverordnung, die seine Regierung zu Beginn der Pandemie durchs Parlament brachte und mit der sie am Parlament vorbeiregieren konnte. Nachdem die Verordnung international scharf kritisiert wurde, deutsche Medien sprachen von einem „Ermächtigungsgesetz“,⁴ nahm Orbán sie Ende Mai wieder zurück. Allerdings erließ die Regierung vorher zahlreiche Dekrete, die weiter Bestand haben: Mit der Errichtung von Sonderwirtschaftszonen entzog sie etwa einer von der Opposition regierten Kleinstadt die Gewerbesteuererinnahmen.⁵ Darüber hinaus verabschiedete die Regierungsmehrheit ein neues Gesetz, demzufolge Orbán auf Vorschlag der obersten Amtsärztin eine „medizinische Gefahrenlage“ ausrufen kann, die es ihm ermöglicht, per Dekret zu regieren.⁶

4 Unter anderem in „Die Zeit“, Deutsche Welle und der „tageszeitung“.

5 Vgl. Keno Verseck, Kontroverse um Ungarns Notstandsgesetz, www.dw.com, 13.5.2020.

6 Vgl. Keno Verseck, Nach dem Notstand ist vor dem Notstand, www.dw.com, 17.6.2020.

Nach dem Motto „zwei Schritte nach vorn, einen Schritt zurück“ normalisiert Orbán so peu à peu seine autoritäre Politik.

Neurechte Metapolitik

Mit den nun diskutierten finanziellen Sanktionsmechanismen hätte die EU-Kommission ein wirksameres Instrument in der Hand, um gegen solche autoritären Maßnahmen vorzugehen. Denn der Entzug von Geldern bedroht Orbáns Machtsystem: Er ist auf diese Gelder angewiesen, um die Vorhaben der ihm treuen Oligarchen und einer nationalen Unternehmerschicht zu finanzieren.⁷

Allerdings lässt die Debatte über europäische Sanktionsmechanismen häufig außer Acht, dass das Regierungsprojekt von Fidesz sich nicht im Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz sowie der Repression gegen unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen erschöpft. Trotz der internationalen Kritik genießt die Partei großen Rückhalt in der Bevölkerung. Das zeigte sich zuletzt bei den Parlamentswahlen im Jahr 2018: Knapp die Hälfte der Wähler stimmte für die Fidesz-KDNP-Koalition. Zweitstärkste Kraft wurde mit knapp 20 Prozent die rechtsextreme Jobbik. Damit sind fast 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Ungarn dem rechten bis extrem rechten Lager zuzuordnen.

Diese Mehrheiten sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind auch das Resultat einer Strategie, die man heute als neurechte Metapolitik kennt. Spätestens seit Anfang der 2000er Jahre versucht Fidesz, im vorpolitischen Raum, also in Medien, Kultur, Zivilgesellschaft und im Alltag, eine nationalistisch-völkische Ideologie zu verankern. Die Konturen dieser metapoliti-

7 Vgl. Kristóf Szombati, Ungarn. Victor Orbáns autoritäres Regime, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Die Radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa, S. 17.

schen Strategie waren bereits während der ersten Regierungszeit von Fidesz zwischen 1998 und 2002 klar erkennbar. So ließ Orbán die Krone des heiligen Stephan – des ersten ungarischen Königs – ins Parlament bringen, um an reaktionäre Geschichtsmythen über das sogenannte magyarische Reich anzuknüpfen. Auch der Abbau demokratischer Verfahren war damals schon im Gange: Gesetzentwürfe wurden kaum noch diskutiert, Fidesz verwandelte das Parlament in eine Akklamationsinstanz für die Regierung.⁸

An zentralen Schaltstellen

Nach der Wahlniederlage im Jahr 2002 organisierte Fidesz ihre Strategie neu. Die Partei richtete in der Opposition die sogenannten Bürgerkreise ein, in denen sich klassen- und milieuübergreifend Menschen zusammenfanden und die ein Ausgangspunkt waren, um die völkisch-nationalistische Ideologie der Partei in der ungarischen Gesellschaft zu verbreiten.⁹ Martin Sellner, Leiter der neurechten Identitären Bewegung aus Österreich, bezieht sich heute positiv auf diese Strategie.¹⁰

Seit der Regierungsübernahme im Jahr 2010 setzt Fidesz diesen Kurs fort, etwa wenn die Regierung die Genderwissenschaften an den Universitäten abschafft, Denkmäler von reaktionären ungarischen Politikern aufstellt oder die Museen auf eine nationalistische Geschichtsschreibung verpflichtet. Orbán ist es gelungen, in zentralen Schaltzentralen von Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kultur die Ideologie der Fidesz zu verbreiten. Daran würden auch finanzielle Sanktionen nichts ändern.

8 Vgl. Paul Lendvai, *Orbáns Ungarn*, Wien 2016, S. 54.

9 Vgl. Béla Greskovits, *Rebuilding the Hungarian Right through Civil Organization and Contention: The civic circles Movement*, in: EUI Working Papers, 2017/37.

10 Vgl. Martin Sellner, *Von Ungarn lernen*, www.sezession.de, 1.2.2016.

Zudem geraten bei der Sanktionsdiskussion oft die politischen und wirtschaftlichen Ursachen für den Aufstieg der Fidesz aus dem Blick – für die auch die EU eine Mitverantwortung trägt. Denn zum einen hat die neoliberale Politik der EU während der Osterweiterung sowie nach der Wirtschaftskrise ab 2007 entscheidend zur kulturellen und politischen Hegemonie der Fidesz beigetragen.

Nach dem Ende des Realsozialismus hatten große Teile der Ungarn gehofft, mit dem EU-Beitritt werde sich ihr Lebensstandard an die westeuropäischen Nachbarländer angleichen. Tatsächlich erhielten sie durch die Integration des Landes in den EU-Binnenmarkt zwar die Freizügigkeit innerhalb Europas, aber der neoliberale Rahmen der EU-Osterweiterung sorgte dafür, dass viele von ihnen wirtschaftlich nicht profitieren konnten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Austeritätsvorgaben von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise in Ungarn 2008 zu einem massiven Kahlschlag in der sozialen Infrastruktur führten.

Das Versagen von Europas Christdemokraten

Orbán nutzte dies und inszenierte sich in seiner Wahlkampagne von 2010 als Gegner des neoliberalen Spardiktats aus Brüssel. Er forderte lautstark, IWF und ausländische Banken aus Ungarn zu vertreiben. Erfolg hatte er mit dieser Rhetorik auch, weil er die Enttäuschung über das nicht eingelöste Zukunftsversprechen nach dem Ende des Realsozialismus aufgreifen konnte. Bis heute stellt sich Orbán als Verteidiger der nationalen Interessen gegen die Brüsseler Bürokraten dar. Und auch wenn es in Budapest proeuropäische Bewegungen aus der Zivilgesellschaft gibt, findet die Regierung mit dieser Rhetorik durchaus Anklang.

Gleichzeitig sorgten vor allem die Mitglieder der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) für eine europapolitische Integration der Fidesz und ihres Vorsitzenden. Ausgerechnet der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl, der vielen als großer Europäer gilt, lud Orbán im Jahr 2000 zum Übertritt in die EVP ein – also zu einer Zeit, in der die nationalistisch-völkischen Positionen von Fidesz schon erkennbar waren. Der Rückhalt der EVP-Fraktion half Orbán in der Vergangenheit, Kritik aus dem Europaparlament als parteipolitisch motivierten Angriff abzutun. Inzwischen bröckelt der Rückhalt jedoch. Seit März 2019 ist Fidesz offiziell suspendiert und nach dem Erlass der Corona-Notverordnungen forderten 13 Mitgliedsparteien sogar den Ausschluss aus der EVP. Nicht dabei waren die deutschen Unionsparteien, die wie schon in der Vergangenheit auch jetzt wieder beharrlich schweigen.

Orbán weiß, was er an den deutschen Konservativen hat. Häufig bezieht er sich positiv auf Kohl, etwa wenn er im aktuellen Streit die EVP kritisiert. So sagte er bei einer Rede in der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest, er wolle „an der Seite der Ideale Helmut Kohls und seiner Parteienfamilie ausharren“ und dabei helfen, die EVP zu ihren „christdemokratischen Wurzeln zurückzuführen“. Darunter versteht Orbán unter anderem als „Kapitän von Grenzburgen“, die „südliche Grenze Europas und damit auch Deutschland vor der Ankunft von täglich etwa zwölftausend Migranten“ zu beschützen.¹¹

Ein wichtiges Signal

Trotz dieser Einwände gilt aber: Innerhalb Europas würden strenge finanzielle Sanktionsmechanismen immerhin deutlich machen, dass die EU den

11 Viktor Orbán, Budapest Europa-Rede. Erinnerungen an Helmut Kohl, Budapest 16.6.2018.

autoritären Kurs Orbáns nicht länger akzeptiert. Doch um geeignete Rezepte gegen den rechten und autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft in Ungarn zu finden, müssen die politischen Ursachen des Erfolgs der Fidesz diskutiert werden. Dazu müsste die EU offensiv gegen den völkischen Nationalismus vorgehen und gleichzeitig die eigenen Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufarbeiten. Die neoliberale Verfassung des Binnenmarktes und der rigide Sparkurs vieler EU-Mitgliedstaaten, nicht zuletzt in der Coronakrise, untergraben letzten Endes das europäische Projekt – und geben Politikern wie Orbán innenpolitischen Auftrieb.

Zudem müssen sich auch die Konservativen klar gegenüber neurechten Parteien und Bewegungen positionieren. Dass die europäischen Konservativen hierbei keine klare Grenze ziehen, hat auch die Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ in Österreich oder die Wahl Thomas Kemmerichs zum Ministerpräsident von Thüringen mit Stimmen von CDU, FDP und AfD gezeigt. Auch deswegen gilt Orbáns Regierungspolitik mittlerweile als Blaupause für neurechte Akteure in ganz Europa. Seine europapolitische Isolation wäre daher ein wichtiges Signal an Konservative, die mit dem Gedanken spielen, die eigene politische Macht durch Kooperationen mit der Neuen Rechten abzusichern.

Wichtig ist dabei, dass die EU den Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Ungarn nicht von oben ordnet. Es gibt im Land noch kritische zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Medien, die sich gegen den autoritären Kurs des Fidesz stellen, auch wenn ihre Zahl aufgrund der Repressionen abnimmt. Menschenrechtsorganisationen wie das Ungarische Helsinki-Komitee, promigrantische Bündnisse und investigative Journalistinnen und Journalisten sind Pfeiler einer demokratischen Transformation, die die EU wirksam unterstützen sollte.

Maximilian Riegel

Berg-Karabach: Durch Eskalation aus der diplomatischen Sackgasse?

Als am 12. Juli Schüsse an der aserbaidisch-armenischen Grenze fielen, richtete sich das mediale Interesse kurzzeitig auf die Konfliktregion Kaukasus. Bei den militärischen Auseinandersetzungen, die bis zum 23. Juli anhielten, starben auf aserbaidischer Seite zwölf Menschen, darunter ein General; vier Armenier*innen kamen zu Tode.¹ Seither beschuldigen sich beide Seiten gegenseitig, die Attacke begonnen zu haben. Nach armenischen Angaben hat ein aserbaidischer Jeep versucht, den armenischen Grenzposten zu durchbrechen, woraufhin die dort stationierten Soldaten das Feuer eröffneten. Daraufhin habe der Jeep kehrtgemacht, doch kurz danach hätten aserbaidische Truppen versucht, den Posten einzunehmen. Dabei sei auch Artillerie zum Einsatz gekommen. Aus Aserbaidisch hieß es hingegen, die armenische Armee habe mit dem Beschuss begonnen, um aserbaidische Stellungen einzunehmen.

Immer wieder kommt es zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken zu Auseinandersetzungen um strategisch wichtige Anhöhen. Das Grenzgebiet zwischen beiden Ländern ist gebirgig und damit schwer zu kontrollieren. Zudem weicht der faktische Grenzverlauf oft um mehrere Kilometer vom offiziell festgelegten ab. Wer die aktuelle Eskalation zu verantworten hat, lässt sich mangels neutraler Beobachter*innen kaum abschließend klären. Klar ist aber, dass auf den Zwischenfall die

heftigsten Kämpfe zwischen Armenien und Aserbaidisch seit vier Jahren folgten: Im April 2016 waren im sogenannten Viertagekrieg schätzungsweise 200 Menschen getötet worden. Damals tobten die Kämpfe rund um die Region Berg-Karabach, die völkerrechtlich zu Aserbaidisch gehört, jedoch mehrheitlich von Armenier*innen bewohnt wird. Seit 1994 wird sie komplett von der international nicht anerkannten Republik Artsach kontrolliert – und damit faktisch von Armenien. Der Streit um Berg-Karabach ist wie viele andere Konflikte im Kaukasus eine fatale Nachwirkung der sowjetischen Nationalitätenpolitik und Hauptgrund für die seit über dreißig Jahren währende Feindschaft zwischen beiden Ländern.² Der Konflikt ist in beiden Gesellschaften mittlerweile tief in das kollektive Gedächtnis eingedrungen und Teil der jeweiligen Staatsräson geworden.

Schon ein Jahr bevor beide Staaten ihre Unabhängigkeit von Moskau zurückerlangten, war es 1990 in Aserbaidisch zu Pogromen an Armenier*innen gekommen, denen 90 Menschen zum Opfer fielen. Die Hauptlast an dem Konflikt hatte im folgenden dennoch Aserbaidisch zu tragen: Sämtliche Kriegshandlungen wurden ab 1991 allein auf dessen Territorium ausgetragen. Bis zum Waffenstillstand von 1994 unter Führung der Minsker Gruppe, der nicht zuletzt die USA, Frankreich und Russland angehören, verlor Aserbaidisch über 14 000 Qua-

1 Vgl. Major clashes on Armenia-Azerbaijan border: update, www.nkobserver.com, 13.7.2020.

2 Vgl. Max Brandt, Armenien vs. Aserbaidisch: An der Schwelle zum Krieg, in: „Blätter“, 6/2012, S. 32-35.

dratkilometer seines Staatsgebietes. Nach Zahlen von 2018 sind bei Kämpfen und beidseitig verübten Massakern bis zu 40 500 Menschen getötet worden, davon bis zu 15 500 Armenier*innen und bis zu 25 000 Aserbajdschaner*innen. In den 1990er Jahren wurden zudem mehrere hunderttausend Aserbajdschaner*innen aus Berg-Karabach vertrieben, die teilweise bis 2008 in Flüchtlingslagern leben mussten. Beobachter*innen sprechen daher von einer „ethnischen Säuberung“, die Armenien in Berg-Karabach durchgeführt habe.³

Dieser blutige Teil der Geschichte wird in Armenien – ebenso wie in Aserbajdschan – bis heute kaum aufgearbeitet. Dabei hatten die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen Hoffnung auf einen Wandel geweckt: Nikol Paschinjan, durch die samtene Revolution von 2018 an die Macht gekommen, ist der erste Premierminister seit 1999, der weder aus Karabach kommt noch an den Kämpfen dort beteiligt war. 1998 musste der damalige Präsident Lewon Ter-Petrosjan zurücktreten, weil er bereit war, Aserbajdschan auf Kosten Berg-Karabachs Zugeständnisse zu machen. Seine Nachfolger Sersch Sargsjan und Robert Kottscharjan waren tief in die Kriegshandlungen verstrickt und am Massaker von Chodschali beteiligt, bei dem nach aserbajdschanischen Angaben innerhalb von zwei Tagen 613 Zivilist*innen massakriert wurden.⁴ „Leider hat sich schnell herausgestellt, dass der politische Preis für eine Veränderung des Diskurses in Armenien sehr hoch ist und Paschinjan sein politisches Kapital für andere Themen lieber eingesetzt hat“, erklärt Stefan Meister, Leiter des Regionalbüros Südkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung.

3 Eva-Maria Auch, Berg Karabach: Krieg um den „schwarzen Garten“, in: Marie-Carin von Gumpfenberg und Udo Steinbach, Der Kaukasus, München 2018.

4 Maximilian Riegel, Armenien: Der mühsame Weg in die Demokratie, in: „Blätter“, 10/2019, S. 29-32.

So führt Paschinjan den Prozess der Integration Berg-Karabachs in armenisches Gebiet konsequent fort. „Seine Politik bildet keinen Bruch mit der Politik seiner Vorgänger. Der öffentliche Druck und der Druck der Opposition auf ihn sind enorm, hier kann er sich keine Schwäche erlauben“, so Meister.⁵

Verbale Aufrüstung

Sein aserbajdschanischer Kontrpart machte sich indessen Anfang Juli öffentlich Luft. Vor Pressevertretern bezeichnete Präsident Ilham Alijew Armenien als „faschistisch“ und „Land der Kriminellen, Diebe und Korrupten“. Der Westen sei beeinflusst von einer „armenischen Lobby“. In Richtung der Minsker Gruppe sagte er: „Der Verhandlungsprozess bewegt sich nicht. Video-Konferenzen zwischen den Außenministern Armeniens und Aserbajdschans sind bedeutungslos. Es soll nur zeigen, dass die Minsker Gruppe aktiv ist. Aber das ist sie nicht. Aktiv zu sein, heißt zu handeln.“⁶

Derart harsch hatte Alijew die Diplomaten der Minsker Gruppe zuletzt im Februar und März 2016 kritisiert – kurz bevor seine Truppen Armenien angriffen. Doch Meister warnt vor voreiligen Schlüssen: „Alijew hat das Gefühl, nicht genug von der internationalen Gemeinschaft unterstützt zu werden, während Armenien Fakten schafft. Die Minsker Gruppe hat sich aus seiner Sicht in den letzten Jahren als ungeeignet herausgestellt, um Fortschritt zu schaffen. Dieses Interview hat sicher die Stimmung noch mal angeheizt, aber deshalb von einem Muster zu sprechen, ist reine Spekulation.“

Doch nicht nur der Präsident ging verbal in die Offensive. Einen Tag nach

5 Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Zitate aus Gesprächen mit dem Autor.

6 Joshua Kucera, Azerbaijani president calls into question negotiations with Armenia, www.eurasianet.org, 7.7.2020.

Beginn der jüngsten militärischen Auseinandersetzungen gab der aserbaidtschanische Botschafter in Moskau, Polad Bulbuloglu, dem Radiosender „Goworit Moskwa“ ein bemerkenswertes Interview. Er räumte zwar nicht offen ein, dass Aserbaidtschan das Scharmützel begonnen habe, erklärte aber, dies sei für ihn ein bedeutungsloses Detail. Viel entscheidender sei die Frage nach dem Warum: „Weil die Gebiete Aserbaidtschans besetzt sind. Weil ausländische Einheiten sie mit Gewalt halten. [...] Solange die Gebiete Aserbaidtschans besetzt sind, sind solche Vorfälle unausweichlich.“ Und weiter: „Verhandlungen können nicht um ihrer selbst willen geführt werden. Sie müssen Ergebnisse liefern. Wenn sie das nicht tun, dann sind militärische Aktionen selbstverständlich.“ Diese könnten auch in einen Krieg mit unabsehbaren Folgen für die ganze Region münden. Damit wich Bulbuloglu vom offiziellen aserbaidtschanischen Tenor ab, allein Armenien als Aggressor zu beschuldigen. Da das Interview auch auf einem regierungsnahen Nachrichtenportal veröffentlicht wurde, ist davon auszugehen, dass es gelesen werden sollte.⁷

In Teilen der Bevölkerung jedenfalls ist diese Botschaft auf offene Ohren gestoßen. So kam es am 14. Juli in der Hauptstadt Baku zur größten Demonstration seit Jahren. Aus einem Trauermarsch für die getöteten Soldaten entwickelte sich eine spontane Kundgebung mit 30000 Menschen, die zum Krieg gegen Armenien aufriefen.⁸ Dabei skandierten sie Slogans wie „Karabach ist unser“, „Beende die Quarantäne und beginne den Krieg“ und „Karabach oder Tod“. Auf die Straße gingen vor allem junge Menschen, die den Krieg Anfang der 1990er Jahre nicht miterlebt haben.

Für den Politikwissenschaftler Rusif Husejnow, Direktor und Mitbegrün-

der des Thinktanks Topchubasov Center in Baku, ist das ein Beleg, dass die aserbaidtschanische Identifikation mit Berg-Karabach nicht von oben oktroyiert sei. Vielmehr gebe es eine Grassroots-Bewegung, die die kollektive Erinnerung erschafft: „Die Ressourcen und die Rhetorik der Regierung folgen diesen Gefühlen, dieser Identitäts- und Mythenbildung und führen sie nicht an.“⁹ Das scheint nicht aus der Luft gegriffen, denn die militärische Eskalation fand mehrere hundert Kilometer nördlich von Berg-Karabach statt, wurde aber sofort mit diesem Konflikt in Verbindung gebracht.

Alijew Wahl-Farce

Zugleich nutzte die Regierung die Proteste, um missliebige Oppositionspolitiker*innen festnehmen zu lassen. Mehr als 70 Menschen wurden verhaftet, darunter auch unabhängige Journalist*innen.¹⁰ Dabei war der Opposition vor der vorgezogenen Parlamentswahl am 9. Februar noch eine ungeahnte Mobilisierung gelungen.

Dies lag nicht zuletzt daran, dass der autokratisch regierende Alijew die Wahl in einem Moment der Schwäche ausrufen ließ: Schon vor der Corona-Pandemie befand sich das Land in einer ökonomisch schwierigen Situation. „Alijew begreift, dass eine allgemeine Unzufriedenheit über die allgegenwärtigen Restriktionen und die alte Garde, die das Land immer noch mit Sowjetmentalität regiert, um sich greift“, erklärt der Sozialwissenschaftler Nikolaj Aserow.¹¹ „Das alte Regierungsmodell, das vor allem auf Stabilität setzt, wirkt veraltet, vor allem, wenn man es mit den politischen Dynamiken in Georgien und Armenien vergleicht.“

9 Vgl. www.facebook.com/rsf.hsnyv, 15.7.2020.

10 Joshua Kucera, After huge Baku rally, Azerbaijan rounds up usual suspects, www.eurasianet.com, 17.7.2020.

11 Aserow heißt eigentlich anders, fürchtet jedoch Repressionen des Regimes.

7 Vgl. www.haqqin.az/news/183649, 13.7.2020.

8 Vgl. Pro-war Azerbaijani protesters break into parliament, www.eurasianet.org, 15.7.2020.

Kurzzeitig war unter Oppositionellen wie in der Öffentlichkeit daher ein Hauch von Euphorie zu spüren. Es schien, als ob sich die autoritäre Regierung nicht ohne Weiteres an die Macht klammern könne. Doch die Hoffnung zerschellte an den ungleichen Bedingungen im Wahlkampf: Einzig die Regierungspartei darf Wahlwerbung im öffentlichen Fernsehen senden. „Es gibt keine Debatten zwischen den Kandidaten“, klagt Toğrul Iskenderli von der nationalliberalen Partei Republikanische Alternative. „Die einzigen Möglichkeiten, die wir haben, sind Social Media und direkte Gespräche.“ Die OSZE meldet zudem systematische Belästigungen und sogar strafrechtliche Verfolgungen von Oppositionellen.¹² Der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe, der als Wahlbeobachter für den Europarat vor Ort war, bezeichnet die Wahl als „Farce“, die seine schlimmsten Befürchtungen übertroffen habe. Am Ende fiel das Ergebnis aus wie immer: Als einziger Oppositioneller schaffte Iskenderlis Parteikollege Erkin Gadirli den Sprung ins Parlament. Aserow macht das alles jedoch nicht nur aus demokratischer Sicht Sorgen, sondern auch mit Blick auf Berg-Karabach. „Es gibt die Angst, dass der Konflikt in westlichen Medien als Krieg zwischen Demokratie und Diktatur dargestellt werden könnte.“

Segen aus Moskau und Ankara?

Zugleich jedoch wird der Konflikt nicht alleine zwischen den beiden Ländern ausgetragen: Armenien hat den russischen Segen und Aserbaidschan steht der Türkei nicht nur auf sprachlicher und religiöser Ebene nahe. Nach dem Ende der Sowjetunion war die Türkei eines der ersten Länder, das Aserbaidschan

anerkannte. Präsident Recep Tayyip Erdoğan folgte denn auch bereitwillig der aserbaidischen Argumentation und verurteilte Armenien aufs Schärfste: „Ich wünsche Allahs Gnade für unsere aserbaidischen Brüder. Wir sind besorgt, dass sich die Spannungen, die seit dem Einmarsch in Berg-Karabach in der Region herrschen, wegen der rücksichtslosen und systematischen Angriffe Armeniens in einen Konflikt verwandeln könnten.“¹³ Russland hielt sich dagegen vergleichsweise zurück. Der Kreml brachte lediglich seine ernstesten Bedenken zum Ausdruck, und Außenminister Sergej Lawrow versuchte, telefonisch zwischen beiden Seiten zu vermitteln.

Trotz der öffentlichen Zurückhaltung Moskaus stellt sich eine bange Frage: Bahnt sich hier ein neuer Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der Türkei an? In Syrien und Libyen vertreten beide Länder bereits gegensätzliche Interessen. Zwar erscheint es unwahrscheinlich, dass Russland an seiner östlichen Flanke einen Krieg ausbrechen lässt, doch wird der Kreml der Türkei auch keinen Machtgewinn zugestehen wollen. Noch hält sich Erdoğan vergleichsweise bedeckt, um Russland nicht herauszufordern, selbst wenn die Türkei anscheinend Drohnen an Aserbaidschan geliefert hat. Stefan Meister von der Böll-Stiftung erwartet daher, dass sich Moskau und Ankara abstimmen und ihre gegenseitigen Interessen ausloten werden. Mehr Engagement wünscht er sich von der EU und der internationalen Gemeinschaft. Sie würden die Lage unterschätzen und Moskau damit die Möglichkeit geben, den Konflikt zu instrumentalisieren.

Eine diplomatische Lösung rückt dadurch in weite Ferne. Damit aber bleibt die Bedrohung im Raum: Der schwelende Konflikt könnte sich früher oder später zu einem offenen Krieg auswachsen.

12 Vgl. International Election Observation Mission Page: Republic of Azerbaijan, Statement of Preliminary Findings and Conclusion, www.osce.org.

13 Vgl. „Turkey will never hesitate to stand against any attack on the rights of Azerbaijan“, www.tccb.gov.tr/en, 14.7.2020.

Gerhard Drekonja-Kornat

Kuba und Nicaragua: Die Revolution in den Zeiten von Corona

Seit Monaten wütet das Coronavirus in Lateinamerika. Von Mexiko über Brasilien bis Chile steigt die Zahl der Infizierten dramatisch – das berichten Korrespondenten in mitteleuropäischen Zeitungen. Weniger bekannt ist hingegen die Lage in Nicaragua und Kuba. In beiden Ländern sind einstige Revolutionäre oder deren Nachfolger an der Macht und reagieren gänzlich untypisch auf die Krise – allerdings mit je völlig unterschiedlichen Ergebnissen.

Eine fast schon ironische Pointe zum lateinamerikanischen Corona-Fluch liefert, wäre es nicht so dramatisch, das kleine Nicaragua mit seinen gut sechs Millionen Einwohnern. Aus der sandinistischen Revolution von 1979, gerade von uns Europäern bewundert und geliebt, wurde über die Jahre die böartige Diktatur des einstigen Revolutionsführers Daniel Ortega, unterstützt von seiner frömmelnden Gattin Rosario Murillo in ihrer Funktion als Vize-Präsidentin. Dagegen standen im Frühjahr 2018 die Kinder der seinerzeitigen Revolutionäre auf – um von Ortegas Söldnern mitleidlos totgeschossen zu werden. Ortega gewann damit den Tag. Aber das Land verharrt seither in einer Schockstarre. Alles soll wieder „normal“ funktionieren. Eine Seuche darf dabei nicht stören. Also verfügt Rosario Murillo (Gatte Daniel hält sich seit Wochen *incomunicado* in seinem Führungsbunker versteckt), es gäbe keine gesundheitliche Krise in Nicaragua! Wer eine Schutzmaske trägt, ist ein Feind der Regierung! Ja, einige Leute – darunter auch Regierungsmitglieder – seien an einer „atypischen Lungenentzündung“ gestorben. Doch

kein Grund zur Panik: Alle Schulen, Geschäfte, Sportstätten, Kirchen und Märkte bleiben offen! Und zu Ehren des sandinistischen Regimes wurden letzthin immer wieder große Demonstrationen und Aufmärsche organisiert. Kein Wunder, dass heute in der Hauptstadt Managua die Pandemie wütet.

Sergio Ramirez, Nicaraguas großartiger Schriftsteller, seinerzeit in vorderster Rolle Mitglied der sandinistischen Revolution, später aber ein zäher Gegner und Kritiker der Ortega-Diktatur, verfasste jüngst einen „Brief an meine Freunde“, publiziert in einer Internetzeitschrift. Darin wird erbarmungslos das Lügennetz der Ortega-Regierung zerrissen: „Die Ergebnisse der wenigen Tests, die man macht, werden den Patienten nicht mitgeteilt, und die öffentlichen Kliniken haben Anweisung, die entdeckten Fälle als ‚atypische Erkrankungen der Atemwege‘ zu registrieren. Den offiziellen Statistiken kann deswegen keinerlei Glauben geschenkt werden. Doch während die Krankheit für nicht existent erklärt wird, sind die Spitäler überfüllt mit Patienten – für die, wenn sie sterben, keine Totenwache abgehalten werden kann, und die ohne Begleitung ihrer Familien, wohl aber unter Polizeischutz, bestattet werden müssen. Die Angst vor der Ortega-Repression breitet sich aus, denn es kann als subversiver Akt ausgelegt werden, über das Virus zu sprechen. So ziehen es die Trauernden vor zu schweigen.“ Während also Nicaraguaner in großer Zahl elendiglich sterben, behauptet der Ortega-Clan, Nicaragua sei das einzige Corona-freie Land in Lateinamerika.

Ganz anders die kubanische Revolution: Als die Pandemie die Zuckerinsel am 11. März erreichte, verhängte die kubanische Führung sofort einen Einreisestopp. 60 000 europäische Urlauber mussten mit Sonderflügen überhastet zurückgeholt werden. All die funkelneulernen Fünf-Sterne-plus-Hotels in Havanna fanden sich nunmehr ohne Gäste wieder. Einheimische müssen sich wieder einmal vor den staatlichen Verteilzentren anstellen – aber es fehlt an allem, beispielsweise auch an Kochgas, weil die Zulieferung aus Venezuela schwächelt.

Kuba: Die Pandemie unter Kontrolle

Allerdings kommt Kuba ohne Coronapankik aus, denn die rigorose Gesundheitsverwaltung hält die Krise vorbildlich unter Kontrolle. Trotzdem starben zwischen März und Juli einige Dutzend Kubaner an der Seuche, obschon Havannas brillante Tropenmedizin über Interferon-Varianten verfügt, die die körpereigene Virenabwehr stärken und bereits in Studien an Covid-19-Patienten erfolversprechend erprobt werden. Nur können diese in Folge des US-Embargos nicht international verbreitet werden. Dennoch hält Kuba seine internationale medizinische Hilfe aufrecht: Kubanische Ärzte, zusammengefasst in den Henry-Reeve-Brigaden, schwärmten zu Dutzenden von ihren karibischen und afrikanischen Einsatzorten aus; auch Italien profitierte davon. Solche Hilfe ist gratis, während die bisherigen medizinischen Einsätze auf der Basis binationaler Abkommen Kuba enorme Devisengewinne einbrachten. Derzeit aber hängen sie in der Schwebe, auch weil Menschenrechtler zunehmend Kritik üben. Kubas Geschäft mit den Ärzten sei Ausbeutung, denn der Staat behält den Löwenanteil der Einnahmen.

Aber warum die peinigenden Engpässe bei der täglichen Versorgung der Bevölkerung, wenn Kuba die Corona-

krise doch im Griff hat? Es gibt darauf nur diese tentative Antwort: Dank der teilweisen wirtschaftlichen Öffnungen während der letzten zehn Jahre konnte sich vor allem in Havanna ein Privatsektor entwickeln, der heute in etwa 500 000 wirtschaftliche Akteure umfasst, insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich. Deren Erzeugnisse bedienten jedoch fast ausschließlich den Devisentourismus, insbesondere die immer zahlreicheren Luxushotels und -Restaurants. Die Bevölkerung konnte zwar auch davon profitieren, sie verfügt allerdings über keine Kaufkraft. So horten die Privatbauern ihre Produkte oder verhökern sie schwarz an die – für Militärs und Apparatschiks betriebenen – Exklusivtreffs. Für die einfacheren Restaurants bleiben nur kümmerliche Reste.

Miguel Díaz-Canel Bermudez, der erste Chef des „Post-Castrismus“, seit April 2018 Präsident des Staats- und Ministerrates und seit Oktober 2019 Staatspräsident der Republik, wollte eigentlich nicht als radikaler Reformert auftreten. Stattdessen nahm er zu Beginn seiner Amtszeit sogar gewisse, noch unter Raúl Castro gewährte Freiheiten wieder zurück. Sein Maximum an wirtschaftlichen Reformen lautete bisher „Aktualisierung“. Sein persönliches, auch auf Twitter verkündetes Motto: „Wir sind Kuba. Wir sind Kontinuität.“ Heute allerdings zwingt ihn die Versorgungskrise zu geradezu aufregenden Korrekturen.

Ein kurzer Blick zurück: Die von Fidel Castro initiierte Revolution erbrachte sich gewaltige Leistungen, verannte sich aber auch in folgenschwere Irrtümer. Um 1970, nach Abklingen der pharaonischen Zuckerrohrernte der „Zehn-Millionen-Tonnen“, war das Land faktisch bankrott. Nun sprach Moskau, inzwischen Pate der Revolution, ein Machtwort: Schluss mit den ideologischen Experimenten! Einschwenken auf die offizielle Linie der Sowjetunion, wirtschaftlich, politisch und kulturell!

Graue Jahre begannen, vor allem in kultureller Hinsicht. Enttäuscht verließen die letzten Revolutions-Intellektuellen (schon früh Hans Magnus Enzensberger) die Insel ihrer inzwischen versandeten Träume. Orthodoxie gewann nunmehr die Oberhand. Davon profitierte der ländliche Bereich, während Havanna, die Hauptstadt, deren Musiker, Sänger, Tänzer und Tänzerinnen, Kellner, Barbetreiber, ja auch Zuhälter, in Schweigen verfielen und sich nach Miami oder Madrid absetzten. Die kubanische Welt war auf den Kopf gestellt: Der ländliche Raum blühte in Maßen auf, während Havannas Lichter erloschen.

Die Versorgungskrise als Erbe der Revolution

Neben vielen Zweifeln bleibt die Frage: Warum hat es die Revolution nie fertiggebracht, im ausreichenden Maße Gebrauchsgüter, Handwerkszeug, Textilien, Küchengeschirr, Ventilatoren, Kühlschränke und Hygieneartikel herzustellen? Ganz zu schweigen von Nahrungsmitteln, für die Havannas Bürgerinnen und Bürger Schlange stehen oder auf den Schwarzmarkt ausweichen mussten oder die sie sich einfach „schwarz“ organisierten. Die Defizite fielen vor allem in Havanna auf, wo 80 bis 90 Prozent der Lebensmittel (gegen cash auf die Hand aus den USA) importiert werden mussten.

Die große Ausrede dafür war stets „el bloqueo“, sprich das Embargo seitens der Vereinigten Staaten. Es gibt indes auch genug interne Gründe: Auf dem besten Ackerland wird Zuckerrohr großflächig angepflanzt. Andere Agrarflächen verwilderten in den Revolutionsdekaden und fallen somit als Weiden für das Vieh oder für den kooperativen Landbau aus. Ganz entscheidend aber war: Kubas Revolution misstraute den Bauern, die sie immer als potentielle Konterrevolutionäre verdächtigte.

Das einzige Experiment einer Freigabe der bäuerlichen Erzeugung lief Mitte der 1980er Jahre – und war sensationell erfolgreich. In den besten Momenten dieser versuchsweisen Liberalisierung operierten „freie Bauernmärkte“, was die Versorgung der Bürger von Havanna erheblich verbesserte. Allerdings, inmitten des dritten KP-Parteitages im Februar 1986 muss Fidel Castro die Angst vor der Verbürgerlichung der Revolution gepackt haben. Plötzlich musste die Polizei gegen „Schlendriane, Bummler und andere asoziale Elemente“ ohne Nachsicht vorgehen. Vorbei war es mit der „Öffnung“ – weswegen Moskau die kubanische Revolution weiterhin versorgen und subventionieren musste, während die Bevölkerung von Havanna an Knappheit litt.

Als die Sowjetunion um 1990 zerfiel, stand Kuba plötzlich ohne Reserven da. Hungerrevolten brachen aus. Wer verzweifelte, baute sich mit Hilfe von Autoreifen ein Floß und ließ sich nach Florida treiben. Tausende solcher „balseros“ ertranken oder verdursteten dabei.

Von bitterer Not getrieben, fiel damals die Entscheidung, die kubanische Revolution dem Devisentourismus zu öffnen. Und die Touristen kamen – im bisher letzten Zähljahr waren es mehr als vier Millionen. Plötzlich brauchte die Revolution auch wieder die verfeimten Künstler, Sänger, Gitarristen, Tänzer, Balletteusen. Es explodierte der Son Cubano. Der Musikfilm „Buena Vista Social Club“ brachte das vergessene Erbe erneut zum Glänzen. Bald kein Staatshotel ohne Combo, Tanz, Ballett und Paradiesvögel. Natürlich hatte all dies seinen Preis. Als Schmiermittel für ein reibungsloses Funktionieren der partiellen Öffnung und zur Vermeidung einer offenen Dollarisierung wurde die Fiktivwährung des an den US-Dollar gebundenen CUC (Peso Cubano Convertible) geschaffen, denn der CUP (Peso Cubano) ließ sich nur in der Staatswirtschaft gebrauchen und war taubes Papier. Nun können Dollarüberweisungen aus den USA problem-

los in offizielle CUCs gewechselt werden, der Staat kassiert davon zehn Prozent und behält somit die Kontrolle über die vom Tourismus verursachte Geldmenge, die in den Händen der kleinen Privatunternehmer oder Kleinbauern überdies eine potentielle Gefährdung der Revolution darstellen könnte. Deswegen auch die scharfen Arbeitskontrollen und die harsche Besteuerung dieses Privatsektors, denn „das eigentliche Ziel der Revolution war nicht, Millionen von Menschen aus der Armut zu befreien. Sie sollte verhindern, dass jemand Millionen verdient“, schreibt der kundige, Kuba durchaus zugetane Autor Anthony Depalma, der damit das eigentliche Dilemma der Revolutionsführung umriss.¹

Díaz-Canel als der kubanische Gorbatschow?

Doch erst Raúl Castro öffnete mit den „lineamientos“ ab 2011 das Land vorsichtig für private Tätigkeiten. Bei aller Ungleichheit begann sich das Leben in Havanna immer bunter zu regen und sogar Luxus zu zeigen. Als dank US-Präsident Barack Obama Washington und Havanna 2014 ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufnahmen, verstaubten manche Quälereien des dekadentalen „bloqueo“. Schließlich durften sogar US-Kreuzfahrtschiffe in das riesige Hafenbecken der kubanischen Kapitale einfahren. Zwar hat dieser Frühling mit Donald Trumps Einzug in das Weiße Haus einen deutlichen Dämpfer erfahren. Die Touristenzahlen brachen dramatisch ein – und mit ihnen die Deviseneinnahmen. Doch solche Krisen hat Kuba zu meistern gelernt.

Covid-19 könnte sich nun hingegen als regelrechter Reformbeschleuniger erweisen. Jetzt wird sich zeigen, ob in Präsident Díaz-Canel nicht

doch ein „Gorbatschow“ steckt. Denn mit bescheidenen „Aktualisierungen“ der Wirtschaft lässt sich das Problem der Unterversorgung der Bevölkerung nicht mehr lösen. Und tatsächlich: Die schon lange angekündigte Zusammenführung von CUC und CUP löste sich ganz von selbst, indem der Bevölkerung der bisher verbotene US-Dollar (und auch der Euro) freigegeben wurde. Damit dürfte der CUC diskret verschwinden. Somit hat Havannas Bevölkerung, sofern devisenstark, Zugang zu allen – wenn auch teuren – Lebensmitteln. Schlange stehen gibt es derzeit nur an den Libreta-Läden, wo qualitativ schlechte Produkte billigst eingekauft werden können.

Plötzlich werden auch Privatbauern und Bauernkooperativen umworben, womit sie ihre bisher für die elitären, jetzt leeren Touristenhotels reservierten Produkte auf den Dollar-Markt werfen dürfen. Geld verdienen ist plötzlich kein Verbrechen mehr, sondern passt in das neue Reformkonzept. Starke Ernten werden inzwischen sogar im Fernsehen belobigt. Im kubanischen Jargon heißt das „Flexibilisierung des Privatsektors“. Dieser soll übrigens demnächst unabhängige Rechtsformen bekommen – womit auf eigene Rechnung vermarktet oder auch exportiert oder importiert werden könnte.

Wäre freilich Staatspräsident Miguel Díaz-Canel ein „Gorbatschow“, müsste er endlich auch das intellektuell-literarische Leben öffnen. Dafür fehlt ihm allerdings die Autorität. Charisma hat er sowieso keines. Er agiert als braver Verwalter, immer in Abstimmung mit den Kadern aus Staatsverwaltung und Armee. Das letzte Wort hat immer noch der greise Raúl Castro als Vorsitzender der Kommunistischen Partei. Und auch wenn alle wissen, dass Reformen für die Wirtschaft unabdingbar sind, regiert in der kubanischen Führung vorerst die Angst vor einer zweiten Präsidentschaft von Donald Trump. Weitere Öffnungen müssen deshalb warten – bis zur Wahl in Gringolandia.

1 Anthony Depalma, *The Cubans. Ordinary lives in extraordinary times*, New York, 2020, S. 5.

Andreas Bohne und Fredson Guilengue

Mosambik: Vom Terror zum Bürgerkrieg?

Seit drei Jahren schwelt in Mosambik ein Konflikt zwischen der Regierung in Maputo und bewaffneten Terrorgruppen in der nördlichen Provinz Cabo Delgado, der nun vollends zu eskalieren droht. Ende Mai fielen Kämpfer in die mehrere tausend Einwohner zählende Stadt Macomia ein und zwangen die Bevölkerung und die Sicherheitskräfte vor Ort zur Flucht; Augenzeugen berichten von 19 Toten. Erst als die Soldaten Verstärkung von privaten Militärfirmen erhielten, konnten sie die Kontrolle über die Stadt zurückerlangen. Laut offiziellen Angaben gehören die Angreifer dem jüngsten Ableger des sogenannten Islamischen Staats (IS) auf dem Kontinent an, der sogenannten Zentralafrikanischen Provinz des Islamischen Staats (Iscap).

Seit Herbst 2017 flammte die Gewalt in der an den Süden Tansanias angrenzenden und vorwiegend muslimisch geprägten Region immer wieder auf. Die Ziele der Attacken sind religiöse, zumeist christliche Einrichtungen, staatliche Institutionen und Banken. Doch inzwischen folgen die Angriffe immer stärker einem militärischen Vorgehen. Wurden in den vergangenen Jahren vorwiegend abgelegene Dörfer angegriffen oder Armeepatrouillen in Hinterhalte gelockt, führen die Dschihadisten nun größere Operationen durch – mit entsprechend höheren Opferzahlen: Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation *Armed Conflict Location and Event Data Project* (Acled) forderte die Gewalt in Cabo Delgado seit Ende 2017 mehr als 1200 Tote, darunter 700 Zivilisten. Mindestens 150000 Menschen sind nach Angaben der Behörden vertrieben worden.

Für die Zuspitzung des gewaltsamen Konflikts dominieren drei Erklärungen. Der erste Erklärungsansatz, der beispielsweise von der *Global Initiative Against Transnational Organised Crime* und der *United Nations Agency on Drugs and Crime* (UNODC) vertreten wird, reduziert die Gewalt auf bloßes Banditentum. Demnach seien die Aufständischen nur eine Gruppe von Banditen, deren einzige Absicht darin bestünde, Unruhe zu stiften, um illegalen Goldabbau, Handel mit Edelsteinen, Holz oder Drogen zu betreiben. Befürworter dieser Sichtweise argumentieren, dass es eine Verbindung zwischen den Bewaffneten mit solchen aus den Nachbarländern Tansania und der Demokratischen Republik Kongo gibt. Auch die Regierung in der Hauptstadt Maputo vertrat anfangs die These eines transnationalen organisierten Verbrechernetzwerks.

Der zweite Erklärungsansatz sieht die Schuld bei den im Gasgeschäft tätigen multinationalen Unternehmen. Hintergrund sind die gewaltigen Gasfelder, die der US-Energiekonzern Anadarko und der italienische Mineralölkonzern ENI vor rund zehn Jahren vor der Küste Cabo Delgados entdeckten. Seitdem erlebt Mosambik einen Zustrom ausländischer Energieunternehmen: Total, ENI, ExxonMobil, BP, Shell, China National Petroleum Corporation und viele andere hoffen auf lukrative Aufträge. Diese Unternehmen, so die Behauptung, stifteten militante Gruppen dazu an, Chaos zu schaffen, um so die unregulierte Ausbeutung der Rohstoffe zu ermöglichen. Damit würden sie zugleich der wirtschaftlichen Entwicklung Mosambiks schaden, dem damit Einnahmen verloren gingen.

Der dritte Ansatz vertritt die These, dass der sogenannte Islamische Staat (IS) hinter dem Konflikt steht. Diese derzeit offizielle Version der Regierung Mosambiks wurde kürzlich vom Nationalen Rat für Verteidigung und Sicherheit bekanntgegeben und wird auch von internationalen Akteuren wie dem US-Außenministerium geteilt. Die Interpretation wird durch zwei Aspekte gestützt: Zum einen übernahm der IS zuletzt tatsächlich vermehrt die Verantwortung für einzelne Anschläge. Auch passt es aus Sicht vieler Kommentator*innen in die Strategie einer Ausweitung von Kampffeldern des vielerorts in Bedrängnis geratenen IS. Zum anderen nennt die lokale Bevölkerung die Bewaffneten – in Anlehnung an die Terrorgruppe in Kenia und Somalia – „Al-Shabaab“.

Eine Geschichte der Marginalisierung

Allerdings reicht auch dieser Ansatz nicht aus, um der Vielschichtigkeit des Konflikts gerecht zu werden. Um ihn zu verstehen, müssen auch die historischen Prozesse der Islamisierung, Kolonisierung, der Unabhängigkeit und das internationale Interesse an den Gasvorkommen in den Blick genommen werden.

Tatsächlich war insbesondere die Provinz Cabo Delgado in ihrer Geschichte überaus wechselhaften Einflüssen ausgesetzt: So haben die arabische Expansion und die Islamisierung der Nordküste Mosambiks zwischen dem 8. und dem 16. Jahrhundert spezifische politische, soziale und kulturelle Institutionen hervorgebracht. So dominieren hier beispielsweise matrilineare Gesellschaftsformen, während in den übrigen Regionen Mosambiks patrilineare Strukturen vorherrschen. Überdies gehören der Norden Mosambiks und insbesondere Cabo Delgado bis heute zur Swahili-Welt Ostafrikas, der unter anderem Kenia, Tansania und die Komoren angehören.

Der portugiesische Kolonialismus – der mit der Ankunft des portugiesischen Seefahrers Vasco da Gama in Mosambik im Jahr 1498 begann – unternahm den Versuch, in der Region das Christentum durchzusetzen und den Islam zurückzudrängen. Überdies richtete der Kolonialstaat seine ökonomische Struktur mit der Gründung der Hauptstadt *Lourenço Marques*, dem heutigen Maputo im Süden des Landes, im Jahr 1898 stärker Richtung Südafrika aus – was eine Marginalisierung des Nordens zur Folge hatte.

Nach der Unabhängigkeit Mosambiks im Jahr 1975 versuchten dann der marxistische Staat und dessen Regierungspartei *Frente de Libertação de Moçambique* (FRELIMO) der lokalen Bevölkerung ihre Weltsicht und Institutionen überzustülpen. Um ihre Traditionen und Geschichte gegenüber der Zentralregierung zu schützen, unterstützte die lokale Bevölkerung deshalb im mosambikanischen Bürgerkrieg (1976-1992) die antikommunistische Rebellengruppe *Resistência Nacional Moçambicana* (RENAMO) gegen die FRELIMO.

Die Regierung reagierte darauf, indem sie die Belange der Provinz weitgehend ignorierte. Als der nationale Islamische Rat 1981 gegründet wurde, fand dieser Akt unter Ausschluss der muslimischen Gemeinschaften im Norden statt – die muslimischen Traditionen im Norden wurden gegenüber jenen aus dem Süden des Landes schlicht nicht als gleichwertig wahrgenommen.¹

Diese verschiedenen Einwirkungen auf die lokale Geschichte haben nicht nur die Identität der dort lebenden Menschen geprägt, sondern auch erhebliche Ressentiments gegenüber „westlich inspirierten Werten“ geschürt – und damit das Misstrauen gegenüber Regierungsinstitutionen, der christlichen Religion oder staatlichen

1 Vgl. Liazzat J. K. Bonate, *Roots of Diversity in Mozambican Islam*, in: „Lusotopie“, 1/2007, S. 129-149.

Bildungssystemen verstärkt. Der gegenwärtige Konflikt wurzelt somit in einer Geschichte der Marginalisierung und einer latenten bis offenen Gegenbewegung, die fast 150 Jahre zurückreicht. Die These, dass Religion ein alleiniger Mobilisierungsgrund für den derzeitigen Konflikt sei, negiert diese Entwicklung ebenso wie die Kontinuität gewaltsamer Konflikte, die seit dem ostafrikanischen Sklavenhandel über den antikolonialen Widerstand bis zum Bürgerkrieg reicht.

Zugleich wird damit die Rolle des globalen Kapitalismus ausgeblendet, der in Mosambik eine Modernisierung hervorgebracht hat, die vor allem auf Megaprojekte setzt, jedoch nicht zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung – etwa zur Armutsbekämpfung – beiträgt. Im Gegenteil: Lokale und internationale NGOs deckten in den vergangenen Jahren zahlreiche Fälle auf, in denen sich Konzerne Land aneigneten, um dies für Investitionen zu nutzen. Die mosambikanische Organisation *Justiça Ambiental!* beispielsweise kritisierte jüngst die Vertreibung von 550 Fischer- und Bauernfamilien in Cabo Delgado für den Bau von Anlagen, um Erdgas für den Transport zu verflüssigen. War die lokale Bevölkerung somit in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten vor allem von religiöser und politischer Marginalisierung betroffen, sieht sie sich nun verstärkt auch extremen Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung gegenüber.

Die Internationalisierung des Konflikts

Trotz der sich dramatisch zuspitzenden Lage im Nordosten des Landes sitzt FRELIMO, die seit der Unabhängigkeit das Land regiert, nach wie vor fest im Sattel. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im vergangenen Jahr gewann die Partei trotz eines immensen Schuldenskandals und der Konflikte mit der RENAMO klar – allerdings mit

Hilfe eines unsauberen Wahlkampfs. Überdies werden kritische Journalist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen immer wieder bedroht, insbesondere wenn sie kritisch über die Lage im Norden des Landes berichten. So verschwand Anfang April der Investigativjournalist Ibrahim Abu Mbaruco in Cabo Delgado. Kurz zuvor hatte er geschrieben, dass Soldaten sein Haus umzingelt hätten.

Derweil nehmen die Auseinandersetzungen in Cabo Delgado zwischen bewaffneten Gruppen auf der einen und Militär- bzw. Sicherheitskräften auf der anderen Seite immer weiter zu. Allein bei zwei jüngeren Angriffen der Armee Mitte Mai wurden mehr als 50 Angehörige der bewaffneten Gruppe getötet. Ende Mai verkündete Präsident Filipe Nyusi, dass hochrangige Anführer der Aufständischen getötet worden seien.

Zugleich droht eine Internationalisierung des Konflikts – und zwar nicht nur wegen des Einflusses des IS. Denn die mosambikanische Regierung begann im vergangenen Jahr damit, ausländische Sicherheitsunternehmer anzuheuern, die der Armee bei der Niederschlagung der Aufstände helfen sollen. Die berüchtigte russische Wagner-Gruppe zog sich jedoch Anfang dieses Jahres wieder aus Mosambik zurück, nachdem mindestens elf russische Söldner ums Leben gekommen waren.

Zusätzliche Brisanz erhält der Konflikt durch den Einsatz südafrikanischer Söldner der *Dyck Advisory Group* (DAG). Geheime Absprachen zwischen den mosambikanischen Behörden mit der DAG fanden ohne Wissen und Zustimmung der südafrikanischen Behörden statt – wofür sich nun der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa rechtfertigen muss.

Hinzu kommt, dass offenbar auch die Islamisten Kämpfer aus anderen Ländern rekrutieren. Die mosambikanische Generalstaatsanwältin Beatriz Buchili teilte dem Parlament Mitte

Mai mit, dass von den 60 beschuldigten Kämpfern, die derzeit in Untersuchungshaft sitzen, 50 Mosambikaner, sechs Tansanier, zwei Somalier und zwei Kenianer seien. Auch deshalb wächst derzeit die Sorge, dass sich der Konflikt auf das benachbarte Tansania und möglicherweise sogar bis nach Südafrika ausweiten könnte.

Drohende Eskalation

All dies zeigt, dass ein militärisches Vorgehen in Cabo Delgado kaum zu einer Beilegung des Konflikts führen wird. Vielmehr braucht es dazu auch politische, soziale und ökonomische Ansätze. Vor allem muss die mosambikanische Regierung faire und transparente Verteilungsmechanismen für die zu erwartenden Einnahmen aus der Gasausbeutung vor ihrer Küste schaffen. Denn die durch den Konflikt verstärkte soziale und ökonomische Ungleichheit zeigt sich bereits jetzt deutlich. Das *Centro de Integridade Pública* wies Ende Mai darauf hin, dass die Steuereinnahmen in Cabo Delgado allein im vergangenen Jahr aufgrund des Konflikts um mehr als 27 Prozent eingebrochen sind. Im gleichen Zeitraum wurden die Sozialausgaben in der Provinz halbiert, während die Ausgaben für Sicherheit sich mehr als vervierfachten.

Zudem gilt es, auch Mechanismen zur politischen Beteiligung der Bevölkerung im Norden des Landes zu schaffen. Daran aber scheint die Regierung in Maputo kein Interesse zu haben. Bisher zumindest sind keinerlei Initiativen der Regierung für eine friedliche Konfliktlösung bekannt.

Auch die Nachbarländer haben sich bislang nicht für eine Lösung des Konflikts eingesetzt, obwohl vor allem Südafrika eigentlich ein Interesse daran haben müsste – einerseits aufgrund der Präsenz südafrikanischer Söldner im Land; andererseits, um seine eigene politische Hegemonie in der Region zu

verteidigen. Aber aus Südafrika sind kaum diplomatische Impulse zu erwarten, das zeigen bereits die Erfahrungen aus der Mugabe-Ära. Während der 30jährigen Herrschaft des Diktators im Nachbarland Simbabwe (1987-2017) lehnte die südafrikanische Regierung stets jegliche Form der diplomatischen Einmischung ab.

Auch der nördliche Nachbar Tansania, ein historischer Verbündeter Mosambiks, müsste eigentlich ein Interesse an einer Konfliktlösung haben, denn die Bewaffneten haben bei ihren Aktivitäten nicht nur tansanisches Territorium durchquert, sondern in ihren Reihen finden sich auch tansanische Staatsangehörige. Dennoch ist über eine Zusammenarbeit zwischen den tansanischen und mosambikanischen Behörden wenig bekannt. Immerhin haben die beiden Präsidenten von Mosambik, Filipe Nyusi, und Tansania, John Magufuli, Medienberichten zufolge Anfang Juni erstmals telefonisch über den Konflikt gesprochen.

Dass die Regierung in Maputo und viele weitere Akteure gegenwärtig auf eine rein militärische Lösung setzen, wird den Konflikt nur weiter anheizen und könnte ihn am Ende sogar in einen Bürgerkrieg verwandeln, vor dem bereits heute erste Stimmen warnen. Es ist geradezu frappierend, dass unter anderem das *Tony Blair Institute for Global Change* kürzlich sogar eine Militärintervention in Mosambik ins Spiel brachte. Auch in Südafrika wird diese Option verstärkt diskutiert. Inzwischen haben Soldaten der South African National Defence Force sogar begonnen, für ein mögliches Eingreifen zu trainieren. Das zeugt nicht nur von einer völlig fehlenden Wahrnehmung der komplexen sozioökonomischen, kulturellen und religiösen Verhältnisse in Cabo Delgado. Eine Militärintervention würde auch die so dringend gebotene friedliche Konfliktlösung verhindern und konfliktverschärfende Dynamiken auslösen, deren Wirkung derzeit kaum abzuschätzen ist.

KSK oder: Bundeswehr ohne Innere Führung?

In der Diskussion über rechtsextreme Tendenzen und Strukturen in der Bundeswehr steht immer wieder das Kommando Spezialkräfte im Mittelpunkt der Kritik. Der Militärexperte und »Blätter«-Mitherausgeber **Klaus Naumann** plädiert jedoch entschieden dafür, das Grundproblem ins Visier zu nehmen: die schwächelnde Innere Führung der gesamten Armee.

Die Häufung der rechtsextremistischen Vorfälle im Kommando Spezialkräfte (KSK) hat nun endlich eine angemessen scharfe Antwort seitens der Verteidigungsministerin gefunden. Das Aufspüren von Sprengstoff, Munition und Waffen im Keller eines altgedienten KSK-Soldaten im Mai 2020 war der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. „Extremistische Tendenzen“, „toxic leadership“, ein „ungesundes Eliteverständnis“, „Abschottung“ von der Umwelt (auch innerhalb der Bundeswehr), das Verschanzen hinter einer „Mauer des Schweigens“ und „laxer Umgang“ mit Material und Munition, das sind nur einige der Kernvorwürfe, die die Ministerin aus dem Bericht der eigens eingesetzten KSK-Arbeitsgruppe vortrug.¹

Der Flurschaden in der Spezialtruppe ist beträchtlich; er reicht jedoch weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus. Denn es geht nicht allein um rechtsextreme Gesinnungen, Rechtsverstöße und Dienstvergehen; auch die Führungs- und Organisationsphiloso-

phie der Bundeswehr, die Innere Führung, hat einen wichtigen Praxistest nicht bestanden – auch wenn dies so nicht offen zugegeben wird. Vielmehr ist etwa vom Versagen der „Dienstaufsicht aller Ebenen oberhalb der Kompanien“ die Rede. Dahinter verbirgt sich jedoch eine Reihe gravierender Defizite, deren Spur sich bis in die militärischen und politischen Oberretagen verfolgen lässt.

Denn auch wenn sich die Spezialkräfte in Anforderungen, Aufgaben und Dauerbelastungen beträchtlich vom Rest der Bundeswehr unterscheiden, die Grundmuster ihrer Herausforderungen entsprechen denjenigen der gesamten Einsatzarmee. Gerade das macht die KSK zur Probe aufs Exempel der gesamten Inneren Führung. Das Negativbeispiel der KSK illustriert, was Innere Führung hätte sein sollen, aber derzeit offensichtlich nicht ist.

Innere Führung beansprucht, die Spannungen und Widersprüche, die in den Rollenkonflikten zwischen dem Soldaten, dem Staatsbürger und der Persönlichkeit unvermeidlich sind, auszuhalten und im soldatischen Selbst- und Berufsbild zu integrieren. Dabei geht es um Verfassungs- und Gesetzestreue, aber das ist nicht alles.

1 Vgl. Tagesbefehl der Verteidigungsministerin vom 1.7.2020; der „Bericht der Arbeitsgruppe Kommando-Spezialkräfte“ ist erfreulicherweise auf www.augengeradeaus.de dokumentiert worden.

Auch wenn es nicht direkt im KSK-Bericht steht, hat man es vor allem mit der politischen und militärischen Führungsaufgabe zu tun, die bewusst gewollte hohe Einsatzbereitschaft dieser Spezialtruppe mit ihrem politischen Auftragspektrum, der Bejahung der Demokratie, in Übereinstimmung zu bringen. Doch gerade weil die KSK in der öffentlichen Debatte immer wieder unter Wert gehandelt und dadurch kaum thematisiert wurde, entstand ein bewusst geduldeter, hoch gefährlicher Graubereich.

Geiselbefreiungen und das Festsetzen von Kriegsverbrechern, das mochte noch hingehen. Die Kampfaufträge gegen Talibanführer hingegen blieben vor der Öffentlichkeit, aber auch vor der Tribüne des Parlaments verborgen. Problematisch blieben auch die Grauzonen des KSK-Einsatzes im Rahmen der amerikanischen Operation Enduring Freedom (OEF), in deren Zusammenhang die Überstellung des deutschen Staatsbürgers Murat Kurmaz in amerikanischen Gewahrsam (Guantanamo) fiel.² Als der Verband schließlich in einen Dauereinsatz zum Vorfeldschutz und zur Ausbildung afghanischer Kräfte geschickt wurde, ging das am Leistungsrepertoire und der Durchhaltefähigkeit von Spezialkräften vorbei. Der Einsatz wurde zum politischen Alibi gegenüber dem amerikanischen Verbündeten, die KSK-Angehörigen fühlten sich als „Spielball der Politik“.³

Durch die offiziell betriebene Geheimhaltung dieser und anderer Einsätze wurde die KSK ins Reich der „Mythen und Legenden“ verbannt und die Tendenz zur Selbstisolierung gefördert.⁴ Im abgeschirmten Raum konn-

ten die problematischen Selbstbilder gedeihen, die heute beklagt werden.

Traditionsbildung, ein weiteres Element Innerer Führung, konzentrierte sich auf die Tugenden der Ausnahme-situation. Die Suche nach Vorbildern heftete sich an die berüchtigte Spezialtruppe der Wehrmacht, die Division „Brandenburg“. Der dritte Kommandeur der KSK, Brigadegeneral Reinhard Günzel (2000-2003), gab hier den Ton vor, und es war bezeichnend, dass er erst später zur umstrittenen Person wurde, als er sich öffentlich für einen Antisemiten stark machte.

» In der Schlussbilanz muss der KSK-Bericht nun konstatieren, dass eine unerwünschte Geisteshaltung Platz gegriffen habe.«

Kurzum, man wollte Spezialkräfte (auf Augenhöhe mit den britischen und amerikanischen Verbündeten!), aber man tolerierte ihren Sonderstatus. Die „Abschottung“ von Truppe und Gesellschaft konnte um sich greifen, weil Rekrutierung, Auswahlverfahren und Ausbildung dem Verband in Eigenregie überlassen wurde. Überlange Verwendungs- und Verweildauern, erklärlich durch den hohen Ausbildungsaufwand, trugen ein weiteres dazu bei, die Ausformung einer Subkultur zu begünstigen, deren auffallendstes Merkmal schließlich die Erziehung zu „Kadavergehorsam“ gewesen sein soll.⁵ In einer verschworenen Gemeinschaft wie der – jetzt aufgelösten – 2. Kompanie konnte es geschehen, dass der damalige – inzwischen entlassene – Hauptmann Daniel K. einen Oberstleutnant, der sich zum militärkritischen „Darmstädter Signal“ bekannte, als „Feind im Inneren“ denunzierte.

2 Vgl. dazu den Bericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, BT-Ds. 16/10650, 15.10.2008.

3 „Der Spiegel“, 41/2002.

4 Vgl. den aufschlussreichen frühen Bericht von Hans-Günther Fröhling, Das Kommando Spezialkräfte unter dem Blickwinkel der Inneren Führung, in: „Innere Führung“, 1/2008, S. 29-33.

5 So der Brief von KSK-Hauptmann Thomas J. an die Verteidigungsministerin, vgl. Matthias Gebauer, Bundeswehr-Eliteeinheit KSK: Hauptmann schickt Hilferuf an Kramp-Karrenbauer, www.spiegel.de, 12.6.2020.

In der Schlussbilanz muss der KSK-Bericht nun konstatieren, dass eine „unerwünschte Geisteshaltung“ Platz gegriffen habe. „Fehlendes Unrechtsbewusstsein“ wurde begünstigt durch „mangelnde Kenntnisse über gesetzliche Vorgaben, politische und historische Zusammenhänge, ethische Grundlagen und die besonderen Anforderungen des soldatischen Dienstes.“ Im Klartext: Es fehlte an den elementaren Grundlagen der Inneren Führung. Zusammengekommen war eine ganze Kette von Schwächen: in Legitimation und Kommunikation (Führungsversagen), bei den Organisationsstrukturen (Eigenregie), in der Dienstaufsicht (Versagen), beim Einsatzspektrum (Grauzone, Geheimhaltung) und bei den Bildungsanstrengungen (Unkenntnisse). Gefördert wurde dadurch eine „tribal culture“, in der Soldaten unwidersprochen auf Distanz zur politischen und militärischen Führung gingen, während sich eine kleine, aber wirkungsstarke radikale Minderheit schließlich über Recht, Gesetz und Eid hinwegsetzte.⁶ Wenn jetzt davon die Rede ist, man müsse sich in der „Binnenkommunikation [...] noch intensiver“ darauf konzentrieren, die Soldaten der Spezialkräfte als „mündige Staatsbürger in Uniform“ anzusprechen, so verdeckt dieser Komparativ nur verschämt, wie wenig in dieser Hinsicht – und offenbar über Jahre hinweg – geschehen ist. Der Ende Juni vorgelegte Bericht birgt vier Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, um die KSK in den Kreis der Bundeswehr „zurückzuführen“. Zunächst beeindruckt der Bericht mit 60 Einzelmaßnahmen unterschiedlicher Eingriffstiefe und Laufzeit, aber er macht auch klar, dass bisher keine Verlaufs- und Defizitanalyse über die Vorgänge in dem Kampfverband vorliegt. Dieser Mangel soll durch eine organisationspsychologische Untersuchung

behooben werden, die „dienstlichen Rahmenbedingungen und Überlastungen“ und der „vermehrten Unzufriedenheit mit dem Dienst“ nachspüren soll. Trotz anderer Verlautbarungen scheint zudem klar zu sein, dass die KSK-Vorfälle nicht völlig isoliert zu deuten sind, denn nun soll – endlich wieder – eine sozialwissenschaftliche Studie aufgelegt werden, die nach Einstellungen und Extremismuspotential in den Streitkräften insgesamt fragt.⁷

» Wie lässt sich das hochprofessionell herangezüchtete Effizienzdenken einer Spezialtruppe mit der Einsicht in die ganz anderen Funktionsmechanismen einer parlamentarischen Demokratie vereinbaren? «

Bis solche Analysen Wirkung entfalten, wird es bekanntlich dauern. Die Bundeswehr steht aber unter hohem Handlungsdruck. Daraus ergibt sich ein zweites Problem: Zur Schadenbegrenzung muss das KSK unter Kuratel gestellt werden, aber die Aufforderung zur „Selbstreinigung“ beinhaltet den Appell an die Eigenverantwortung des Verbandes und seiner Soldaten. Das Hauptgewicht der Maßnahmen liegt erst einmal auf einer Stärkung der Dienstaufsicht aller irgendwie beteiligten Instanzen. Aufsichtsgremien werden eingerichtet, Inspektionen vorgenommen und Beobachtungen verabredet. Man wird darauf achten müssen, dass die vielen Köche nicht den Brei verderben; und darauf, dass die Eigeninitiative nicht zu kurz kommt.

Um die „Mauer des Schweigens“ im Verband zu durchbrechen, ist ein weiteres Problem zu lösen: Man muss mit den Soldaten ins Gespräch kommen, sie ermutigen, ihre Erwartungen,

6 Vgl. Sönke Neitzel, Die Bundeswehr wird nicht als Kampftruppe anerkannt, in: „Die Bundeswehr“, 8/2020, S. 10f.

7 Zu den empirischen Erkenntnislücken vgl. Klaus Naumann, Nicht ganz dicht am rechten Rand? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Probleme der Bundeswehr, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 16-17/2020, S. 25-30.

aber auch ihre Vorbehalte zu formulieren und sich mit den Extremisten und ihren Parteigängern in den eigenen Reihen, also letztlich mit ihren Kameraden, auseinanderzusetzen.⁸ Dafür bietet der Bericht dreierlei Instrumente an. Die Öffnung des Verbandes durch Personalaustausch und Rotationsmaßnahmen; die Verbesserung der psychologischen Betreuung und Coaching-Angebote; und schließlich die Bildungsmaßnahmen des Zentrums für Innere Führung der Bundeswehr, die dem mangelnden Kenntnis- und Reflexionsstand abhelfen sollen.

Die Zielformulierung ist allerdings defensiv. Die KSK-Soldaten sollen gegen „extremistische sowie im Bereich der Menschenführung radikale Tendenzen bzw. Neigungen immunisiert“ werden. Doch wenn es darum geht, „Verständnis“ und das „Handeln aus Einsicht“ zu fördern, ist mehr angesagt als eine Schutzimpfung. Das nämlich ist zu guter Letzt der entscheidende Punkt der ganzen aufwändigen Veranstaltung. Denn das vierte Grundproblem lautet: Wie lässt sich das hochprofessionell herangezüchtete Effizienzdenken einer Spezialtruppe mit der Einsicht in die ganz anderen Funktionsmechanismen einer parlamentarischen Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft vereinbaren? „Aushalten“, hatte Annegret Kramp-Karrenbauer kürzlich empfohlen.⁹ Aber gerade das verlangt Einsichten und Haltungen, die weit über Sofortmaßnahmen und schnelle Antworten hinausgehen. Weil das so ist, wurde seinerzeit die Innere Führung erfunden.

„Aushalten“ wird übrigens auch kaum die Devise sein können für den Rest der Truppe, die mit einem chronischen Missverhältnis zwischen wachsenden Aufträgen, zögerlichem Mate-

rialzulauf und fehlenden Kräften zu kämpfen hat. Da ist gute Führung verlangt, aber nach vielversprechenden Ansätzen mit dem Programm „Innere Führung – heute“ tritt die Sache auf der Stelle. Dabei liegen die Probleme offen zu Tage. Auf 41 Workshops hatten sich 770 Soldatinnen und Soldaten unmissverständlich über die Hindernisse im inneren Betrieb ausgesprochen. Deutlich wurde das „Nichtanhalten“ der höheren Führung moniert, Vertrauensverlust in die „Bundeswehrführung insgesamt“ konstatiert und das verbreitete „Gefühl einer gewissen Machtlosigkeit gegen Organisationsstrukturen“ beklagt. Einiges ist daraufhin geschehen, doch ein Abschlussbericht oder eine Zwischenbilanz, die auf die geweckten Erwartungen reagiert, steht noch immer aus. Wie es weitergehen soll, und was das Bröckeln am rechten Rand mit den Dauerklagen aus der Mitte der Truppe zu tun haben könnte, ist offen. Einmal mehr hat sich eine merkwürdige Zweiteilung breit gemacht: Die aktuelle Krisenintervention (KSK) läuft unter Hochdruck, die langfristige Reformagenda hingegen tragt in gemächlichem Tempo. Das ist leichtfertig!

Was tatsächlich fällig ist, lässt sich nicht besser sagen als in den Worten des ausgeschiedenen Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels: „Die Einbeziehung des Staatsbürgers in Uniform in den jetzt notwendigen Reformprozess wäre genau der richtige Ansatz, um rasch zu praktikablen, substanziellen Strukturverbesserungen zu kommen, die auch Akzeptanz finden. Die innere Reform der Bundeswehr zu einem Projekt der Inneren Führung zu machen, die Soldaten zu fragen und zu beteiligen, das wäre heute sehr moderne politische Führung.“¹⁰ Damit jetzt endlich konsequent zu beginnen, wäre zugleich die beste Extremismus-Prävention.

8 Einen Eindruck der Kommunikationsblockaden vermittelt die Reportage von Lydia Gerster, *Die fremde Welt vor der Kaserne*, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 5.7.2020.

9 „Wer das nicht will, soll zur Fremdenlegion gehen“, Interview mit der Verteidigungsministerin, www.zeit.de, 16.7.2020.

10 Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten: Jahresbericht 2019, BT-Ds. 19/16500, 28.1.2020, S. 14.

Die Verteidigung der Wildnis – mit ökonomischem Profit

Von Robert Watson

Als der Zyklon Amphan im vergangenen Mai den Golf von Bengalen heimsuchte, schien dieser erste große Sturm des Jahres in Südasien eine massive Bedrohung nicht nur für die Menschen zu sein, die in den Überschwemmungsgebieten an der Küste leben, sondern auch für die Tiere und Pflanzen – darunter viele gefährdete Arten –, die auf diese empfindlichen Ökosysteme angewiesen sind. Doch die Natur kam der Region zu Hilfe.

Die Sundarbans, der größte Mangrovenwald der Welt, bot einen besseren Schutz, als jede von Menschenhand errichtete Sturmmauer hätte bieten können. Als die knapp fünf Meter hohe Sturmflut von Amphan in diesen 4000 Quadratmeilen großen Nationalpark stürzte, haben die Mangroven ihr die Zähne gezogen, genau wie bei den beiden anderen schweren Zyklonen Aila und Sidr, die in jüngster Zeit das Land heimgesucht haben.

Auf der anderen Seite der Welt ist die natürliche Sturmabwehr am südlichen Ende von Manhattan schon lange zubetoniert. Immobilienunternehmer haben die Insel sogar bis in den New Yorker Hafen hinein ausgedehnt, wobei sie es versäumten, Sturmflutschutzanlagen zu errichten. Als der Hurrikan Irene und der Supersturm Sandy 2011 bzw. 2012 über die Stadt hinwegfegten, wurde das südliche Manhattan und damit auch der Finanzdistrikt der Stadt überflutet. Stadtplaner arbeiten seither zusammen mit der US-Regierung daran, die Stadt auf die nächste Welle von Superstürmen vorzubereiten. Doch die Kosten für die

benötigte Infrastruktur – eine einziehbare Mauer rund um den New Yorker Hafen, die mindestens 62 Mrd. US-Dollar kostet – haben die Fertigstellung der Pläne verhindert.

Die Ausweitung der Schutzzonen

Wenn wir die Weltwirtschaft nach der Covid-19-Krise wieder aufbauen wollen, muss die Erhaltung unserer verbleibenden natürlichen Ressourcen oberste Priorität haben. Wenn wir nicht handeln, laufen wir Gefahr, die Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen zu verlieren, die wir brauchen, um unsere Luft sauber, unser Wasser rein und unsere Nahrungsvorräte reichlich zu halten – ganz zu schweigen von den Mangrovenwäldern und Barriereriffen, die zwischen uns und den durch den Klimawandel immer häufiger auftretenden Superstürmen stehen.

Die Welt ist zwar zahmer geworden: Wir haben Städte gebaut und erweitert, Wälder für Ackerbau und Viehzucht abgeholzt, Feuchtgebiete für Straßen trockengelegt und Täler für Dämme überflutet. Allerdings werden die wirtschaftlichen Kosten dieser ökologischen Schäden in den seltensten Fällen beziffert. Aber sie sind unerschwinglich hoch und untergraben den Wert der Güter und Dienstleistungen, die die Natur produziert. Eine Million Arten sind heute vom Aussterben bedroht.

Glücklicherweise ist eine relativ einfache Initiative im Gange, um einige dieser Verluste einzudämmen und unsere

sich abzeichnenden Erhaltungskrisen zu lösen. Unter der Überschrift „30x30“ zielt sie darauf ab, bis 2030 dreißig Prozent der Landflächen und Ozeane unseres Planeten durch wirksame, dauerhafte Maßnahmen zu schützen. Mehr als zwanzig Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt bereits verpflichtet, dieses globale Ziel zu unterstützen.

Einem neuen Bericht zufolge, der von mehr als hundert Wissenschaftlerinnen und Ökonomen aus der ganzen Welt verfasst wurde, würde eine Ausweitung der bestehenden Schutzgebiete auf dreißig Prozent des Planeten im Durchschnitt 250 Mrd. US-Dollar zur jährlichen globalen Wirtschaftsleistung beitragen. (Der Bericht schätzt eine Spanne von 64 bis 454 Mrd. US-Dollar, da die Kosten und der Nutzen je nachdem, welche Gebiete geschützt werden, unterschiedlich ausfallen.) Darüber hinaus kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass Schutzgebiete und die naturbezogenen Aktivitäten, die sie unterstützen, zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftssektoren der Welt gehören, mit einem prognostizierten jährlichen Einkommenswachstum von vier bis sechs Prozent, verglichen mit weniger als einem Prozent in der Landwirtschaft, und einem negativen Wachstum in der Fischerei.

Der Wert der Natur

Für Länder mit großen Wald- und Mangrovenflächen würde die Initiative „30x30“ den Verlust von durchschnittlich 350 Mrd. US-Dollar an Ökosystemdienstleistungen im Jahr verhindern. Diese Kosten entstehen vor allem durch Überschwemmungen, Bodenverlust, Sturmfluten und die Freisetzung von gespeichertem Kohlenstoff, der bei der Zerstörung der natürlichen Vegetation entsteht. Indem sie Indien und Bangladesch über die Jahre hinweg geschützt haben, leisteten die Sundarbans einen

außerordentlich wertvollen Dienst. Umgekehrt hat die Umweltzerstörung im brasilianischen Teil des Amazonas-Regenwaldes zu großen, weitreichenden Verlusten geführt. Selbst die Trinkwasserknappheit, unter der São Paulo, die größte Stadt Amerikas, leidet, steht in direktem Zusammenhang mit der Abholzung des Amazonas.

Jetzt, da die Regierungen darüber nachdenken, wie sie ihre Volkswirtschaften nach dem Covid-19-Lockdown wieder öffnen können, müssen sie der Notwendigkeit einer stärkeren Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Ressourcen Rechnung tragen. Jeder Tropensturm, der stark genug ist, um benannt zu werden, sollte als Erinnerung daran dienen, was auf dem Spiel steht, wenn wir nichts tun. Angesichts der jüngsten Prognosen für eine „über den Normalwerten liegende Hurrikansaison 2020 im Atlantik“ sollte sich die Ostküste der Vereinigten Staaten bereits jetzt darauf einstellen.

Handeln vor dem Sturm

Indien und Bangladesch können sich glücklich schätzen, die Sundarbans zu haben. Aber in keinem Land der Welt fehlt es an Naturgebieten, die es wert sind, erhalten oder wiederhergestellt zu werden. Es ist nicht nur entscheidend, dass alle Länder das 30x30-Ziel übernehmen, sondern jedes Land sollte darüber hinaus nach Möglichkeiten suchen, mehr in seine Naturgebiete zu investieren.

Wenn die dortigen Regierungen die sich nun bietende Gelegenheit nutzen, können sie sicherstellen, dass sich die naturbezogenen Sektoren und Ökosystemdienstleistungen im gleichen Tempo erholen wie die übrige Wirtschaft. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt, als jetzt damit zu beginnen – bevor die nächste Sturmflut kommt.

© Project Syndicate
Übersetzung: Eva Göllner

Jürgen Habermas: 30 Jahre danach: Die zweite Chance. Merkels europapolitische Kehrtwende und der innerdeutsche Vereinigungsprozess, S. 41-56

Wie kommunizierende Röhren vollzogen sich nach dem Mauerfall die deutsche und die europäische Einigung – und beide gerieten durch den Aufstieg des Rechtspopulismus in eine fundamentale Krise. Doch die EU-Politik infolge der Coronakrise, so der Philosoph und „Blätter“-Mitherausgeber Jürgen Habermas, habe beiden Prozessen eine zweite und vielleicht letzte Chance beschert, die es unbedingt zu nutzen gelte. Nur wenn wir unsere nationalen Kräfte für den entscheidenden Integrationsschritt in Europa bündeln, werde die Europäische Union als globaler Akteur eine Zukunft haben.

Sarah Churchwell: Der amerikanische Faschismus: Vom Ku-Klux-Klan zu Trump, S. 57-68

Oft heißt es, Donald Trump regiere zwar autoritär, könne aber nicht mit den historischen Faschisten verglichen werden. Diese seien ein europäisches Phänomen der Zwischenkriegszeit, Trump hingegen sei durch und durch amerikanisch. Doch diese Sicht ist allzu bequem, warnt die Literaturwissenschaftlerin Sarah Churchwell: Auch die Vereinigten Staaten haben eine lange Tradition faschistischer Organisationen, vom Ku-Klux-Klan bis zu den US-Braun- und Schwarzhemden der 1930er und 1940er Jahre. Und deren Slogans greift Trump heute offen auf – allen voran „America First“.

Adam Tooze: Der Kampf des Jahrhunderts. Washington, Peking und das Revival der Großmachtkonkurrenz, S. 69-82

Der eskalierende Handelskrieg zwischen China und den USA weckt Befürchtungen vor einem endgültigen Bruch zwischen beiden Ländern – und gar einem neuen Kalten Krieg. Jedoch wäre dieser Konflikt so neu keineswegs, argumentiert der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze. Vielmehr könne vom Sieg des Westens nach 1989 mit Blick auf Asien keine Rede sein. Unter Führung der Kommunistischen Partei hat sich in China ein Regime gebildet, das sich radikal vom amerikanischen Modell unterscheidet und sich auf einer welthistorischen Mission sieht. Unter Donald Trump versucht Washington nun, den Rivalen aggressiv in die Schranken zu weisen. Daher sei es höchste Zeit für eine neue Entspannungspolitik.

Steffen Lehndorff: Vorbild und Verheißung: Roosevelts New Deal, S. 83-93

In Europa und den USA fordern progressive Kräfte einen Green New Deal. Sie berufen sich dabei auf ein großes historisches Vorbild: Franklin D. Roosevelts New Deal aus den 1930er Jahren. Der Ökonom Steffen Lehndorff analysiert die Erfolgsvoraussetzungen des New Deal, seine Krisen und Höhepunkte, sowie das Wechselspiel von Regierung und den damaligen Bewegungen – als hochaktuelles Lehrbeispiel für die Gegenwart.

Jörg Hofmann: Corona oder: Die Krise als Chance für eine sozial-ökologische Transformation, S. 94-100

Die Corona-Pandemie hat die Bundesrepublik in die tiefste Rezession der Nachkriegsgeschichte gestürzt. Als unumstößliche geltende – vermeintliche – Gewissheiten wurden über Nacht förmlich pulverisiert. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann analysiert die Auswirkungen der Krise in den verschiedenen Sektoren wie auch ihre Folgen für die Arbeitnehmerschaft. Und er macht Vorschläge zu ihrer Bewältigung im Sinne einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Arbeitswelt.

Jörg Haas und Barbara Unmüßig: Die »Carbon Bubble«: Finanzwirtschaft am Kipppunkt? Wie Umweltbewegung und BlackRock die Klimakrise bekämpfen könnten, S. 101-113

Immer mehr Finanzmanager ziehen sich aus Geschäften mit Kohle, Öl und Gas zurück – aus Angst, durch den Klimawandel Rendite zu verlieren. Erleben wir also einen Kipppunkt in der Beziehung zwischen Finanzwelt und fossiler Wirtschaft? Der Geograph Jörg Haas und die Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung, Barbara Unmüßig, stellen fest: Es gibt deutliche Anzeichen für eine solche Trendwende, doch könnten die aktuellen Hilfspakete das angeschlagene fossile Imperium erneut stabilisieren.

Alexandra Senfft: Feministinnen für den Frieden: Der Kampf gegen Netanjahu, S. 115-120

Seit Wochen protestieren tausende Israelis für den Rücktritt von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu – die treibenden Kräfte dabei sind Frauen. Die Islamwissenschaftlerin Alexandra Senfft portraitiert zentrale Protagonistinnen dieser neuen, feministischen Bewegung. Seit Jahren kämpfen sie für gleichen Zutritt zu den Entscheidungsebenen in der Politik und gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Denn diese geht noch immer zu Lasten von Frauen, speziell der palästinensischen Israelinnen.

30 Jahre danach: Die zweite Chance

Merkels europapolitische Kehrtwende und der innerdeutsche Vereinigungsprozess

Von Jürgen Habermas

Dreißig Jahre nach der weltgeschichtlichen Zäsur von 1989/90 könnten die schicksalhaft hereinbrechenden Ereignisse erneut eine Zäsur bilden. Das wird sich in den kommenden Monaten entscheiden – in Brüssel, aber nicht zuletzt auch in Berlin.

Auf den ersten Blick scheint es etwas weit hergeholt, die Überwindung der bipolaren Weltordnung und die globale Ausbreitung des siegreichen Kapitalismus mit dem entwaffnenden Naturschicksal einer anhaltenden Pandemie und einer dadurch ausgelösten weltwirtschaftlichen Krise von einstweilen unbekanntem Ausmaß zu vergleichen. Aber wenn wir Europäer auf diesen Schock tatsächlich eine konstruktive Antwort fänden, würde sich in einer Hinsicht eine Parallele zwischen den beiden Zäsuren anbieten. Damals waren die innerdeutsche und die europäische Einigung wie durch kommunizierende Röhren miteinander verbunden. Heute ist ein Zusammenhang beider Prozesse, der damals auf der Hand lag, zwar nicht derart offensichtlich, doch mit Blick auf den bevorstehenden, wenn auch während der drei zurückliegenden Jahrzehnte eigentümlich blass gebliebenen, Nationalfeiertag liegt folgende Vermutung nahe: Die Unwuchten des innerdeutschen Einigungsprozesses sind gewiss nicht die Ursache für die überraschende Wiederbelebung des europäischen Einigungsprozesses, aber der historische Abstand, den wir heute von diesen inneren Problemen gewinnen, hat dazu beigetragen, dass die deutsche Bundesregierung sich endlich wieder der liegengebliebenen historischen Aufgabe der politischen Gestaltung der europäischen Zukunft zuwendet.

Diesen Abstand verdanken wir nicht nur dem Druck der weltweiten Turbulenzen infolge der Coronakrise; auch innenpolitisch haben sich die Relevanzen entscheidend verändert – und zwar vor allem durch die Verschiebung der parteipolitischen Machtbalance infolge des Aufstiegs der AfD. Gerade dadurch erhalten wir dreißig Jahre nach der Zeitenwende eine zweite Chance, die deutsche und die europäische Einheit gemeinsam zu befördern.

1989/90 musste die gewissermaßen über Nacht möglich gewordene Vereinigung des vier Jahrzehnte geteilten Deutschlands eine folgenreiche Kräf-

teverschiebung herbeiführen. Diese Aussicht rief historisch begründete Ängste vor einer Wiederkehr der „deutschen Frage“ auf den Plan. Während die USA den geschickt operierenden Bundeskanzler unterstützten, waren die europäischen Nachbarn vom Gespenst der Wiederkehr eines Deutschen Reiches beunruhigt – also jener „Mittelmacht“, die seit Kaiser Wilhelm II. für die friedliche Integration in den Kreis seiner Nachbarn zu groß und für die Rolle eines Hegemons zu klein gewesen war. Dieser Wunsch, die Einbindung Deutschlands in die europäische Ordnung unumkehrbar zu machen, war, wie sich dann im Laufe der Eurokrise ab 2010 auch zeigen sollte, nur zu berechtigt.

Anders als die erschrocken zurückweichende Margaret Thatcher wählte damals François Mitterrand mutig den Weg nach vorn. Um dem nationalen Egoismus eines Nachbarn, der seine wirtschaftliche Stärke im eigenen Interesse ausreizen könnte, vorzubeugen, verlangte er Helmut Kohl die Zustimmung zur Einführung des Euro ab. Die Anfänge dieser kühnen, von Jacques Delors entschieden vorangetriebenen Initiative gehen schon auf das Jahr 1970 zurück, als die damalige Europäische Gemeinschaft mit dem Werner-Vertrag die Gründung einer Währungsunion erstmalig anpeilte. Das Projekt scheiterte letztlich an den folgenden währungspolitischen Umbrüchen und dem Ende des Bretton-Woods-Abkommens. Doch auch in den Verhandlungen zwischen Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt spielten diese Ideen dann wieder eine Rolle. Zur Wahrheit gehört freilich auch, dass Helmut Kohl – nach dem am 9. Dezember 1989 von Mitterrand herbeigeführten Beschluss des Europäischen Rates in Straßburg – aus eigener politischer Überzeugung die weitsichtige Verbindung der nationalen Einheit mit dem bahnbrechenden Vertrag von Maastricht gegen die politischen Widerstände im eigenen Land durchgesetzt hat.¹

Im Vergleich mit diesem historischen Vorgang sind es heute die ökonomischen Folgen einer Pandemie, die in den am härtesten betroffenen west- und südeuropäischen Mitgliedstaaten der EU untragbare Schulden verursachen und dadurch die Existenz der Währungsgemeinschaft handgreiflich bedrohen. Heute ist es dieses Risiko, das die deutsche Exportwirtschaft am meisten fürchtet und das die deutsche Bundesregierung gegenüber dem lange Zeit abgewiesenen Drängen des französischen Präsidenten auf engere europäische Kooperation letztlich gefügig gemacht hat. Die daraufhin von Angela Merkel und Emmanuel Macron gemeinsam unternommene Offensive für einen aus langfristigen Anleihen der Europäischen Union gespeisten Aufbaufonds, der zum großen Teil in Gestalt von nicht rückzahlbaren Zuschüssen den hilfsbedürftigen Mitgliedstaaten zugutekommen soll, hat auf dem letzten Gipfeltreffen tatsächlich zu einem bemerkenswerten Kompromiss geführt. Der Entschluss zur gemeinsamen europäischen Schuldenaufnahme, der erst durch das Ausscheiden Großbritanniens möglich geworden ist, könnte den seit Maastricht ersten wirklich bedeutenden Integrations-schub einleiten.

1 Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union*, Berlin 2016, S. 299 ff.

Auch wenn dieser Beschluss noch keineswegs in trockenen Tüchern ist, sprach Macron noch auf dem Gipfel selbst vom „wichtigsten Moment für Europa seit Gründung des Euros“. Gewiss, anders als Macron gewünscht hatte, blieb Angela Merkel auch dabei ihrem Operationsmodus der kleinen Schritte treu. Die Kanzlerin sucht keine dauerhafte institutionelle Lösung, sondern nur eine einmalige Kompensation der von der Pandemie verursachten Schäden.² Obgleich die Existenzbedrohung von der unvollständigen politischen Verfassung der Europäischen Währungsunion ausgeht, werden die gemeinsamen Kredite von den Mitgliedern nicht allein der Währungsunion, sondern der Union im Ganzen aufgenommen. Aber der Fortschritt ist bekanntlich eine Schnecke und bewegt sich auf krummen Pfaden.

Wie deutsche Einheit und europäische Einigung zusammenhängen

Wenn wir heute, angesichts der Wiederbelebung der europäischen Dynamik, über drei Jahrzehnte hinweg eine Parallele zur anfänglichen Verbindung des deutschen mit dem europäischen Einigungsprozess aufzeigen möchten, müssen wir zunächst an die retardierenden Folgen erinnern, die die deutsche Einheit für die Europapolitik gehabt hat. Auch wenn die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates mit einem folgenreichen Integrationsschub durch den Verzicht auf die D-Mark gewissermaßen erkaufte worden ist, hat sie die weitere Vertiefung der europäischen Kooperation nicht gerade befördert.

Für die politisch ganz anders sozialisierten vormaligen Bürger der DDR hatte das Europa-Thema nicht die gleiche Bedeutung und dieselbe Relevanz wie für die Bürger der „alten“ Bundesrepublik. Seit der Herstellung der nationalen Einheit haben sich aber auch die Interessenlage und das Bewusstsein der deutschen Regierungen verändert. Die Aufmerksamkeit wurde zunächst durch die beispiellose Aufgabe absorbiert, die marode Wirtschaft der DDR auf die Märkte des rheinischen Kapitalismus umzustellen und eine von der SED überwachte staatliche Bürokratie an rechtsstaatliche Verwaltungsroutinen anzuschließen. Von dieser notwendig gewordenen Selbstbeschäftigung abgesehen, haben sich die Regierungen seit Kohl aber auch wieder schnell an die „Normalität“ des wiederhergestellten Nationalstaats gewöhnt. Historiker, die diese Normalität damals rühmten, haben wohl etwas voreilig die im Westen entwickelten Ansätze zu einem postnationalen Selbstverständnis verabschiedet. Aber die selbstbewusster auftretende Außenpolitik erweckte bei skeptischen Beobachtern durchaus den Eindruck, als wolle sich „Berlin“ dank des gewachsenen ökonomischen Gewichts über die europäischen Nachbarn hinweg direkt – gewissermaßen „weltunmittelbar“ – zu den USA und China ins Verhältnis setzen. Trotzdem war die nationale Einigung nicht als solche der ausschlaggebende Grund dafür, dass sich eine zögernde

2 Noch fehlt der gemeinsame politische Wille zu einer wirklichen europäischen Gestaltungsperspektive. Zur Kritik an der Halbherzigkeit des Brüsseler Kompromisses vgl. die Vorschläge des Leiters des Kieler Weltwirtschaftsinstituts Gabriel Felbermayr, Was die EU für die Bürger leisten sollte, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 7.8.2020.

Bundesregierung bis in die jüngste Zeit an der Seite Londons eher für eine Erweiterung der Europäischen Union im Ganzen als für die überfällige institutionelle Vertiefung der Währungsgemeinschaft engagiert hat. Das hatte vielmehr wirtschaftspolitische Gründe, die freilich erst im Zuge der Banken- und Staatsschuldenkrise deutlicher hervorgetreten sind. Bis zum Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, war die EU ohnehin vor allem mit den institutionellen Folgen und gesellschaftlichen Turbulenzen der 2004 vollzogenen Osterweiterung beschäftigt.

Die Kehrtwende der deutschen Europapolitik

Schon vor der in Maastricht beschlossenen Einführung des Euro hatten die Fachleute über die dysfunktionale Struktur der geplanten Währungsgemeinschaft diskutiert; auch den beteiligten Politikern war klar, dass eine gemeinsame Währung, die den ökonomisch schwächeren Mitgliedsländern die Option zur Abwertung der jeweils eigenen Währung nimmt, die innerhalb der Währungsgemeinschaft existierenden Ungleichgewichte immer weiter verstärken muss, solange dieser die politischen Kompetenzen für ausgleichende Maßnahmen fehlen. Stabilität kann sie nur auf dem Wege einer Harmonisierung der Steuer- und Haushaltspolitiken, letztlich also nur durch eine gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erreichen. Daher ist die Währungsgemeinschaft seinerzeit von ihren Protagonisten bereits in der Erwartung eines sukzessiven Ausbaus zu einer politischen Euro-Union gegründet worden.

Das Ausbleiben dieser weiteren Reformen hat im Verlauf der 2007 ausgelösten Finanz- und Bankenkrise zu den bekannten, teilweise außerhalb des EU-Rechts konstruierten Maßnahmen geführt – und zu den entsprechenden Konflikten zwischen den sogenannten Geber- und Nehmerländern des europäischen Nordens und Südens.³ Die deutsche Exportnation hat auch in dieser Krise den Nacken steif gehalten und mit Schlachtrufen gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden jeden weiteren Integrationsschritt selbst dann noch verweigert, als Emmanuel Macron ab 2017 mit weitreichenden Plänen für die Stärkung der Union auf die nötigen Souveränitätsverzichte drängte. Daher sind es Krokodilstränen, die der Architekt der von Deutschland im Europäischen Rat durchgesetzten Sparpolitik jetzt vergießt, wenn er rückblickend beklagt: „Vor allem braucht es heute den Mut, den wir in der Krise 2010 nicht hatten, um endlich zu mehr Integration in der Eurozone zu kommen. Wir dürfen die Chance nicht wieder verpassen, sondern müssen die Disruption entschlossen nützen, um über den Europäischen Aufbaufonds jetzt die Währungsunion zu einer Wirtschaftsunion auszubauen.“⁴

Mit der „Disruption“ meint Wolfgang Schäuble die drastischen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Aber warum rufen Merkel und Schäuble heute zu dem Mut auf, der ihnen angeblich vor zehn Jahren gefehlt hat? Ist

3 Ashoka Mody, *Eurotragedy*, Oxford 2018.

4 Wolfgang Schäuble, *Aus eigener Stärke*, in: FAZ, 6.7.2020.

es allein die ökonomisch begründete Furcht vor dem definitiven Scheitern des europäischen Projekts, die bestehende Relevanzen so verändert, dass sie zur Erklärung dieses unvorbereiteten Kurswechsels ausreicht? Oder sind es die Gefahren einer doch schon länger veränderten geopolitischen Weltlage, die die demokratische Lebensform und das kulturelle Selbstverständnis der Europäer auf die Probe stellt?

Kurzum: Was erklärt die plötzliche, fast verstohlene Akzeptanz einer jahrelang verteufelten Schuldenvergemeinschaftung? Bei aller Chuzpe ob dieser Volte kann Schäuble immerhin auf die eigene europafreundliche Vorgangeneheit zurückblicken. Aber angesichts einer zutiefst pragmatisch eingestellten, konsequent auf Sicht fahrenden, stets demoskopiegeleitet handelnden Politikerin wie Angela Merkel bleibt eine derart radikale und unvermittelt vollzogene Kehrtwende doch rätselhaft. Bevor sie sich zu ihrem Entschluss, in Brüssel auf die Rolle des Anführers der „Sparsamen“ zu verzichten, aufraffte, mussten nicht nur die Umfragen stimmen. Nein, wie schon in früheren Fällen musste eine Verschiebung der innenpolitischen Machtbalance auch die näher liegenden Relevanzen und damit Entscheidendes verändert haben. Auffällig war ja in der Tat das Verstummen der sonst reflexhaft einsetzenden innerparteilichen Kritik am Einlenken Merkels. Dabei hatte sie sich quasi über Nacht zu einer nahtlosen Kooperation mit Macron entschlossen und einem historischen Kompromiss zugestimmt, der das Tor zu einer bis dahin versiegelten Zukunft der Europäischen Union einen Spalt weit öffnet. Wo aber blieb der Widerspruch der starken Riege der europakritischen Bedenkenträger in den eigenen Reihen – der des lautstarken Wirtschaftsflügels der CDU, der wichtigen Wirtschaftsverbände, der Wirtschaftsredaktionen der Leitmedien?

Was sich innenpolitisch in jüngster Zeit geändert hat – und dafür hatte Merkel schon immer eine Spürnase –, ist der Umstand, dass sich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik rechts von der Union eine erfolgreiche Partei etablieren konnte, die die Europakritik mit einem bisher unbekannt radikalen, nicht länger verstohlenen, sondern nackt auftretenden, ethnozentrisch gefärbten Nationalismus verbindet. Bis dahin hatte die CDU-Führung stets dafür gesorgt, dass sich der deutsche Wirtschaftsnationalismus in eine europafreundliche Rhetorik einkleiden ließ. Doch mit der Verschiebung der parteipolitischen Machtbalance hat gleichzeitig ein Protestpotential seine Sprache gefunden, das sich im innerdeutschen Einigungsprozess lange aufgestaut hatte.

Die AfD an der Nahtstelle des europäisch-deutschen Einigungsprozesses

Die AfD ist zunächst von einer nationalkonservativen Gruppe westdeutscher Ökonomen und Verbandsvertreter gegründet worden, denen der europapolitische Kurs der Bundesregierung auf dem Höhepunkt der Banken- und Staatsschuldenkrise 2012 die deutschen Wirtschaftsinteressen nicht ausreichend zu schützen schien. Hinzu kam so etwas wie eine Abspaltung des heute

noch in Alexander Gauland verkörperten nationalkonservativen Dregger-Flügels der CDU. Zu einem Lackmustest für die Intensität der Konflikte im Wiedervereinigungsprozess entwickelte sich diese Partei freilich erst, als sie ab 2015 – auch dank ihrer in der alten Bundesrepublik verwurzelten, gegen den Geist von '68 mobil gemachten Mentalität – unter der Führung von Frauke Petry und Jörg Meuthen in den ostdeutschen Ländern stärker Fuß fasste und sich dort mit den autochthon entstandenen Motiven einer inzwischen verbreiteten Kritik an der Vereinigungspolitik verband. Die Europakritik diente bei dieser, nun zusätzlich durch Flüchtlingskrise und Fremdenhass beschleunigten Amalgamierung von west- und ostdeutschen Protestwählern als Katalysator. Daher konnte sich der Konflikt zwischen CDU und AfD in jenem Augenblick verdichten, als sich der Europaabgeordnete Meuthen am 8. Juli 2020 im Straßburger Parlament erhob und der Kanzlerin – bei ihrer Vorstellung des Plans eines europäischen Aufbaufonds – die Argumente entgegenschleuderte, mit denen sie selbst ein Jahrzehnt lang die Krisenagenda von Schäubles Sparpolitik begründet hatte.

Damit berühren wir die Nahtstelle, an der sich heute der europäische und der innerdeutsche Einigungsprozess erneut treffen. Denn in solchen Veränderungen des parteipolitischen Spektrums spiegeln sich tiefer liegende Verschiebungen in den politischen Mentalitäten einer Bevölkerung. Nach meiner Vermutung drückt sich in Merkels europapolitischer Kehre außer ihrer politischen Klugheit auch der größer gewordene historische Abstand aus, der uns heute vom glücklichen Moment der wiedererlangten staatlichen Einheit und dem knirschend verlaufenden Prozess der innerdeutschen Einigung trennt.⁵

Es wäre zu einfach, eine solche Historisierung an der Flut der pünktlich zum Jubiläum erschienenen historischen Untersuchungen, journalistischen Reportagen und mehr oder weniger persönlich gefärbten Rückblicke abzulesen – diese Publikationswelle ist sehr viel eher selber Ausdruck einer politisch-kulturellen Veränderung im innerdeutschen Verhältnis. Dass sich eine größere Distanz zu den Folgeproblemen der deutschen Einheit angebahnt hat, führe ich nämlich auf eine aktuelle Polarisierung der politischen Einstellungen zu diesem Geschehen zurück. Die politische Regression, die in Gestalt der AfD auftritt, hat ein verwirrend ambivalentes Gesicht: sie hat auf der einen Seite einen gesamtdeutschen Charakter angenommen, andererseits trifft sie in Ost und West auf andere Nachkriegsgeschichten und andere Mentalitäten. Sie rückt uns aus dem gewachsenen historischen Abstand beides deutlicher vor Augen: die Gemeinsamkeit des parteipolitisch zugespitzten Konflikts und das, worauf dieser ein schärferes Licht wirft – die getrennten politischen Mentalitäten, die sich im Kontext von vier Jahrzehnten Bundesrepublik bzw. DDR herausgebildet haben.

5 Welche Sentiments damals auch sonst noch im Spiel gewesen sein mögen, die Westdeutschen (entsprechenden Alters) können die üblich gewordene Formel vom „glücklichen“ Umstand der Wiedervereinigung schon deshalb auch aus persönlichen Gründen im Munde führen, weil sie dieses Ereignis an den schieren Zufall ihres Geburtsortes erinnert und lebensgeschichtliche Vergleiche hervorgerufen hat, die sie mit tiefer Genugtuung darüber erfüllen mussten, dass ihre weniger begünstigten Landsleute nun wenigstens die Chance zu einer ausgleichenden Gerechtigkeit erhalten würden.

Die Verwerfungen im politischen Verhältnis zwischen dem Westen und Osten Deutschlands, die vor allem in den Ereignissen von Chemnitz und Erfurt bundesweit manifest geworden sind, haben den gesamtdeutschen Charakter des inzwischen eingetretenen Klärungsprozesses zu Bewusstsein gebracht. Dafür war insbesondere das Drama symptomatisch, das sich nach der Thüringer Landtagswahl abspielte. Die ersten schroffen Stellungnahmen gegen den Tabubruch der Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten mit Hilfe der gemeinsamen Stimmen von CDU und AfD stammten aus dem Mund von Angela Merkel und Markus Söder, einer Ostdeutschen und eines Bayern; die normative Klinge beider Äußerungen war von überraschender Schärfe. Die Bundeskanzlerin sprach von einem „unverzeihlichen Vorgang, der rückgängig gemacht werden muss“; und ihrer Unnachgiebigkeit verlieh sie durch die Entlassung des Ostbeauftragten der Bundesregierung noch zusätzlich Nachdruck. Das war schon eine andere Reaktion als die bloße Erinnerung an Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Bis dahin hatten sich die politischen Führungen um die „besorgten Bürger“ bemüht; nun sollten sie den fatalen Flirt mit den angeblich irregeleiteten Bürgern beenden. Angesichts der unübersichtlichen politischen Gemengelage in der thüringischen Parteienlandschaft und des wankelmütigen Verhaltens der lokalen CDU-Kollegen sollte mit den Zweideutigkeiten der bis dahin verfolgten Strategie der Umarmung Schluss sein. Die damit faktisch vollzogene politische Anerkennung einer Partei rechts von der Union ist etwas anderes als die bloße Existenz einer solchen Partei. Sie bedeutet den Verzicht auf die opportunistische Eingemeindung eines Wählerpotentials jenseits der eigenen programmatisch gezogenen Grenzen – und zugleich das Bekenntnis zu einer Praxis, wonach Wähler, die den gestiefelten nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen ihre Stimme geben, Anspruch darauf haben, als demokratische Mitbürger ernst genommen, das heißt, schonungslos kritisiert zu werden.

Der Schock von Erfurt als gesamtdeutsches Problem

Was sich in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg manifestiert, ist freilich kein ostdeutsches Problem. Einträchtig hatten die Behörden schon bei der Verfolgung des NSU bundesweit versagt – bei einer Serie von Verbrechen, deren Umfeld die Justiz bis heute nicht aufgeklärt hat. Der rechtsradikale Aufruhr vor zwei Jahren in Chemnitz und die auffällig umwegige Entlassung eines auf dem rechten Auge blinden Bundesverfassungsschutzpräsidenten gaben dann den ersten Anstoß zu einem gesamtdeutschen Lernprozess. Wie das zögerliche Vorgehen gegen rechtsradikale Netzwerke in Bundeswehr, Polizei und Sicherheitsbehörden zeigt, sind die ersten Anzeichen für Kristallisationskerne einer Unterwanderung des Rechtsstaates keine Sache des Ostens allein.

Tatsache ist allerdings auch, dass dieser aktuellen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern eine Häufung von rechtsradikalen Gewaltausbrüchen, unbehinderten Naziaufmärschen und beunruhigenden Fällen einer poli-

tisch befangenen Strafverfolgung vorangegangen war. Die brutalen und oft lebensgefährlichen Fälle von rechter Gewalt – beispielsweise die „Hetzjagd von Mügeln“ auf eine Gruppe von Indern im Jahre 2007, oder im nächsten Jahr die Exzesse der Kameradschaft „Sturm“, die in und um Dresden „national befreite Zonen“ schaffen wollte, oder ein Jahr vor dem Ende des NSU die Brandanschläge und Verfolgungsjagden der Schläger von Limbach-Oberfrohna, oder 2015 die Angriffe von mehr als tausend zusammengerotteten Personen gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Heidenau, oder die ähnliche Enthemmung eines fremdenfeindlichen Mobs in Freital und Clausnitz –, all diese Fälle waren selbst schon schlimm genug. Aber schlimmer noch waren die Reaktionen von staatlicher Seite – eine Polizei, die Opfern rät, keine Anzeige zu erstatten; ein tendenziöses Gericht, das zwischen Angreifen und Opfern keinen Unterschied erkennt; ein Landesverfassungsschutz, der feinsinnig zwischen „asylkritischem“ und „asylfeindlichem“ Verhalten unterscheidet; eine Staatsanwaltschaft, der die Generalbundesanwaltschaft einen skandalösen Fall entziehen muss, weil sie trotz des offensichtlichen Gruppenzusammenhangs der Feierabendterroristen nur Einzeltäter feststellen konnte; oder die Dienststelle, die zu den angemeldeten Demonstrationen so schwache Polizeikontingente abordnet, dass die zu erwartenden Ausschreitungen gar nicht erst gehandelt werden können. Wenn ich dann noch lese, dass sich in diesen Regionen des Ostens eine „stillschweigende Akzeptanz rechter Gewalt“ ausbreitet, fühle ich mich in der Tat an Weimarer Verhältnisse erinnert.⁶

Eine Frontlinie, zwei Perspektiven

Aber die Thüringer „Affäre“ hat nicht nur zur Klärung einer politischen Frontlinie beigetragen, die quer durch die Bevölkerungen jeweils innerhalb des Ostens und des Westens verläuft; komplementär zu dieser neuen Gemeinsamkeit hat die Affäre auch die verschiedenen Perspektiven deutlich gemacht, aus denen der gemeinsame Konflikt aufgrund der verschiedenen Geschichten, politischen Erfahrungen und Bildungsprozesse in Ost und West jeweils anders wahrgenommen wird. Das war allerdings auf der einen Seite klarer ausgeprägt als auf der anderen.

Während sich vor Ort die Vorstellungen über die politische Substanz des „Bürgerlichen“ erst noch sortieren mussten, spiegelte sich in den Reaktionen des Westens ein aus der alten Bundesrepublik mitgeschlepptes Erbe. Dass sich die thüringische Regierungskrise auch nach dem Rücktritt des von Gnaden der AfD gewählten Ministerpräsidenten noch wochenlang hinzog,

6 Siehe dazu das beeindruckende Buch „Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört“ (Berlin 2020), S. 61, 72f., 135ff., 145ff., 166ff., 209ff. Darin berichtet der Journalist Michael Kraske über die Details solcher Fälle ohne einen Anflug von westdeutscher Arroganz. Er würdigt den Mut der ostdeutschen Landsleute, die sich aus eigener Kraft von einem repressiven Regime befreit haben, auch die Zumutungen und Kränkungen, mit denen sie seit der Wende konfrontiert waren. Er vergisst auch nicht den Hinweis darauf, dass das Führungspersonal der rechten Kader, das der einheimischen Szene erst ihr Organisationspotential verschafft hat, aus dem Westen stammt.

war nämlich die Farce einer Beziehungsfalle, in der die CDU-Fraktion des Landtages nur deshalb festsah, weil sie von ihrer saarländischen Bundesvorsitzenden fortgesetzt auf die Unvereinbarkeit einer Koalition sowohl mit der linken wie mit der rechten Seite festgenagelt wurde. Wie sollte Mike Mohring dem linken Minderheitenkabinett in den Sattel helfen, ohne sich durch Verletzung der geforderten „Äquidistanz“ die Hände schmutzig zu machen? Die designierte Kanzlerkandidatin Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich mit ihrem gebetsmühlenartig wiederholten, aber angesichts der Person von Bodo Ramelow, des biederen christlichen Gewerkschafters aus Hessen, völlig unrealistischen „Weder-noch“ ihr eigenes Grab geschaufelt. Es war im wahrsten Sinne ein „starkes Stück“ Geschichte des Westens, das damit auf die Gegenwart des Ostens traf.

Der West-CDU, die auf ihren Wahlplakaten schon seit den ersten Bundestagswahlen Herbert Wehner und die SPD mit dem Slogan „Alle Wege führen nach Moskau“ denunziert hatte, fiel immer noch der längst überfällige Abschied von einer moralisierenden Diskriminierung der Linken – als dem vorsorglich entlastenden Gegenbild zur historisch abgewerteten Rechten – schwer. In der alten Bundesrepublik war für die CDU eine symmetrische moralische Abwertung von rechten und linken Orientierungen (die zu Zeiten des Kalten Krieges in Gestalt der Totalitarismustheorie sogar akademische Weihen erhalten hatte) ein wichtiger programmatischer Baustein auf dem Wege zur strukturellen Mehrheitspartei gewesen. Denn in der geopolitischen Konstellation des Kalten Krieges benutzte Adenauer die antikommunistische Frontstellung dazu, die alten NS-Eliten, die in fast allen Funktionsbereichen ihre alten Positionen hatten behalten oder wieder einnehmen können, mit dem Gefühl, schon immer auf der richtigen Seite gestanden zu haben, einzubinden.⁷ Tatsächlich hat der Antikommunismus damals in großen Teilen einer Bevölkerung, die Hitler mit überwältigender Mehrheit bis zum bitteren Ende unterstützt hatte, das Ausweichen vor einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit den eigenen Verstrickungen erleichtert. Das „kommunikative Beschweigen“ des eigenen vergangenen Verhaltens hat eine äußerlich kooperationsbereite Anpassung an die neue demokratische Ordnung gefördert – einen Opportunismus, der freilich bei wachsendem Wohlstand und unter dem nuklearen Schirm der USA nur umso leichter fiel.

Dieser zweifelhafte Erfolg saß so sehr in den Genen der Partei, dass der Generalsekretär Peter Hinze auch nach Jahrzehnten, zur Bundestagswahl 1994, die antikommunistische Karte noch einmal ausgespielt hat, in Form seiner heute fast legendären „Rote-Socken-Kampagne“. Eine Wählerschaft, die gegenüber der SED-Herrschaft immer schon überwiegend skeptisch eingestellt gewesen war, sollte so bei der Stange gehalten werden. Aber da war die revolutionäre, gegen die Parteidiktatur gerichtete Parole „Wir sind das Volk“ längst in die Parole „Wir sind ein Volk“ umgeschlagen. Schon bei der ersten freien Volkskammerwahl vom 18. März 1990, als die Marktplätze der DDR aus dem Westen mit Massen von makellos schwarz-rot-goldenen

7 Axel Schildt, Antikommunismus von Hitler zu Adenauer, in: Norbert Frei und Dominik Rigoll (Hg.), *Der Antikommunismus in seiner Epoche*, Göttingen 2017, S. 186-203.

Fahnen überflutet wurden, hatte sich das nationale Motiv in den Vordergrund gedrängt. Schon damals franste die emanzipatorische Bürgerbewegung an den Rändern, angespornt durch die aus dem Westen angereisten neonazistischen Kader, nach rechts aus.⁸ Während der vierzig Jahre eines von oben diktierten Antifaschismus hatte es nämlich in der DDR jene Art von öffentlichen Diskussionen nicht geben können, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der alten Bundesrepublik hindurchgezogen haben.

Vergangenheitspolitik in der alten Bundesrepublik

Erst diese schrillen, zwischen den Generationen oft unfriedlich geführten Auseinandersetzungen erklären, warum sich in der „Bonner Republik“ die zunächst verbreitete opportunistische Anpassung an die von den Siegermächten eingeführte politische Ordnung im Laufe der Jahrzehnte mehr oder weniger zu einer prinzipienfesten Bindung an die Grundsätze von Rechtsstaat und Demokratie gewandelt hat. Auch im Westen waren freilich die immer wieder aufflackernden Auseinandersetzungen über eine „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (Ernst Nolte) alles andere als Selbstläufer. Sie hatten sich zwar unmittelbar nach dem Ende der NS-Zeit an den in Nürnberg verhandelten Menschheitsverbrechen und Büchern wie denen von Eugen Kogon oder Günther Weisenborn entzündet, waren dann aber infolge der schnellen Rehabilitierung der alten Nazi-Eliten und einer vom antikomunistischen Zeitgeist entlasteten Bevölkerung erst einmal verstummt. So mussten sie gegen den Sog einer verbreiteten Mentalität der Verdrängung und der Normalisierung immer wieder von den oppositionellen Rändern her neu angestoßen werden.

Nach einem Jahrzehnt der Stille setzen die ersten Initiativen zur „Aufarbeitung der Vergangenheit“ (Adorno) Ende der 50er Jahre ein – in Ludwigsburg wird die Zentralstelle zur Verfolgung von Naziverbrechen eingerichtet, nachdem in Ulm der erste dieser Prozesse stattgefunden hat; zur gleichen Zeit organisieren SDS-Studenten, übrigens im Widerspruch zur Führung ihrer Partei, eine Ausstellung zur „Ungesühnten Nazijustiz“, die bereits Kontroversen auslöst; aber erst der von Fritz Bauer vorbereitete Frankfurter Auschwitz-Prozess findet in der Presse bundesweite Aufmerksamkeit. Trotz der milden Urteile kam nun niemand mehr an Auschwitz vorbei. Rückblickend stellt Ulrich Herbert in einem der seltenen emphatischen Sätze seiner „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“ fest: „Dass trotz Millionen von Opfern der nationalsozialistischen Politik die Angehörigen der NS-Eliten und selbst die Massenmörder aus Sicherheitspolizei und SD zu einem großen Teil beinahe ungeschoren davonkommen und sogar als angesehene Bürger in zum Teil hohen Positionen leben sollten, war ein allen Vorstellungen von politischer Moral so grundlegend widersprechender Skandal, dass er nicht ohne schwerwiegende und lang wirkende Folgen für diese Gesellschaft, ihre innere

8 Kraske, a.a.O., S. 57.

Struktur wie ihr außenpolitisches Ansehen bleiben konnte. Jahrzehntlang und bis in die Gegenwart das 21. Jahrhunderts hinein wirkte er trotz aller demokratischen Stabilisierungserfolge wie ein Kainsmerkmal der Republik.“⁹

Die Konzentration auf die Justiz war nur der Kern einer intellektuellen Aufarbeitung der Vergangenheit, die die empörten oder widerstrebenden Teile der Bevölkerung in aufeinander folgenden Wellen ergreifen werden; diese Kontroversen ziehen immer weitere Kreise, bis das internationale Echo auf Willy Brandts Warschauer Kniefall dem Thema im Jahre 1970 eine neue, eine staatspolitische Dimension verschafft und das emotional inszenierte Schicksal der Familie Weiß mit dem 1979 auch in Deutschland aufgeführten Holocaust-Film eine vielstimmige Resonanz auslöst. Diese erhebliche Resonanz am Ende des im Inneren politisch unruhigsten Jahrzehnts der alten Bundesrepublik war natürlich durch den Studentenprotest vorbereitet worden, der sich seit 1967 auch in der Bundesrepublik zugespitzt hatte. Im internationalen Zusammenhang entstanden, hatte er hier eine spezifische Note dadurch angenommen, dass sich die jüngere Generation zum ersten Mal offen mit ihren Nazi-Eltern auseinandersetzte und die Verstrickungen des in Amt und Würden zurückgekehrten Nazi-Personals öffentlich anprangerte. Doch auch „1968“ hatte bereits eine Vorgeschichte gehabt; inzwischen lenken Historiker die Aufmerksamkeit auch auf die vielfältigen politischen Debatten und Initiativen, die sich seit den späten 50er Jahren im Zusammenhang mit den Protestbewegungen gegen die atomare Aufrüstung und gegen die Notstandsgesetze entwickelt hatten.¹⁰ Allerdings hätte sich dieser in Stichworten erinnerte rote Faden der immer wieder erneuten Anläufe „gegen das Vergessen“ kaum zum Gewebe einer inzwischen selbstverständlich gewordenen Erinnerungskultur, ja zum offiziellen politischen Selbstverständnis der Republik verdichtet, der Faden wäre vermutlich mit jenem Geschehen der erregten 70er Jahre, das Marcuse ironisch „Revolte und Gegenrevolution“ genannt hat, abgerissen, wenn es nicht nach dem Regierungswechsel von 1983 gelungen wäre, der von Helmut Kohl im Zeichen einer „geistig-moralischen Wende“ forcierten Geschichtspolitik entschieden entgegenzutreten.

Kohls Versuche einer „Deaktualisierung der NS-Zeit“ (Ulrich Herbert) erschöpften sich nicht in den symbolträchtigen Treffen mit Mitterrand in Verdun und mit Reagan in Bitburg, nicht in seinen ebenso ungeschickten Versuchen, die amerikanischen Pläne für das Holocaust-Museum in Washington im Sinne des „nationalen deutschen Interesses“ zu beeinflussen;¹¹ vielmehr sollten die vielfältigen Initiativen endlich auch in der Bevölkerung eine stolze, der nationalen Geschichte im Ganzen bewusste Identität stiften. Aber die Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag der Wiederkehr des Kriegsendes machte einen Strich durch diese Rechnung. Jedenfalls war eine breite Öffentlichkeit beeindruckt von dem Zusammenhang, den der Bundespräsident zwischen der schonungslos detaillierten Nennung der einzelnen in den Konzentrationslagern ermordeten Opfergruppen einerseits und der

9 Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2017, S. 667.

10 Michael Frey, *Vor Achtundsechzig*, Göttingen 2020, S. 199 ff.

11 Jacob S. Eder, *Holocaust-Angst*, Göttingen 2020.

Definition des 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ andererseits herstellte. Diese Umdefinition stand in vorsätzlichem Kontrast zu dem, wie die Masse der Zeitgenossen diesen Tag subjektiv erfahren hatte.

In den beiden darauffolgenden Jahren entzündete sich an dem Versuch von Ernst Nolte, mit Hinweis auf die Stalinschen Verbrechen den Holocaust zu relativieren, der sogenannte Historikerstreit. Vor dem Hintergrund der Kohlschen Geschichtspolitik ging der Streit letztlich um zwei Dinge: um den Stellenwert, den „Auschwitz“ und der Mord an den europäischen Juden im politischen Gedächtnis der deutschen Bevölkerung einnehmen sollte; und um die Relevanz dieser selbstkritischen Erinnerung für die anhaltende Identifizierung der Bürger mit der Verfassung ihres demokratischen Rechtsstaates sowie überhaupt mit einer liberalen, durch die gegenseitige Anerkennung des Rechts auf Anderssein geprägten Lebensform. Ob sich dieses Bekenntnis als Kern des Selbstverständnisses der Bundesrepublik verfestigen würde, war aber damals noch nicht entschieden.

Die feste Verankerung dieses Bewusstseins in der Zivilgesellschaft, die sich heute in den Worten und in der Haltung eines Bundespräsidenten wie Frank-Walter Steinmeier vorbildlich ausdrückt, verdankt sich erst den erregten vergangenheitspolitischen Auseinandersetzungen der 90er Jahre. Ich beziehe mich dabei auf die nicht abreißende Kette der öffentlichen Reaktionen: auf das provokative Buch von Daniel Goldhagen über gewöhnliche Deutsche als willige Vollstrecker des Holocaust; auf Martin Walsers Friedenspreisrede und den spontanen Widerspruch des damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignaz Bubis; auf die von Jan-Phillip Reemtsma Institut organisierte Wanderausstellung zu den bis dahin weitgehend verleugneten Verbrechen der Wehrmacht im Vernichtungskrieg gegen den „jüdischen Bolschewismus“ und schließlich auf die inzwischen von Helmut Kohl selbst betriebene Errichtung des Berliner Holocaust-Denkmal. Diese Diskussionen waren in Wucht und Reichweite unvergleichbar mit allem, was vorangegangen war; sie haben noch einmal tiefe Gräben aufgerissen, waren aber in einer Hinsicht von abschließendem Charakter: Bis heute wird in staatlichen Gedenkfeiern das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat nicht bloß abstrakt beschworen, es wird vielmehr zeremoniell als Ergebnis eines schwierigen Lernprozesses bekräftigt – als das wach gehaltene selbstkritische Eingedenken der Menschheitsverbrechen, an denen wir als nachgeborene deutsche Staatsbürger keine Schuld haben, für die wir aber haften und die historische Verantwortung tragen (wie Karl Jaspers schon 1946 (!) seinen Landsleuten in „Die Schuldfrage“ unmissverständlich erklärt hatte).

In anderer Hinsicht bilden jene Diskussionen allerdings keinen Abschluss: Angesichts einer ganz neuen Situation muss der Lernprozess weitergehen, weil sich eine Unterstellung, die sich die alte Bundesrepublik noch leisten konnte, in den letzten Jahren als falsch herausgestellt hat. Jene Überzeugungen und Motive, von denen auch das NS-Regime gezehrt hat, gehören nicht mehr einer in Jahreszahlen wohl umschriebenen Vergangenheit an, sie sind mit dem radikalen Flügel der AfD – bis in den Wortlaut hinein – in den demokratischen Alltag zurückgekehrt.

Nach den vergangenheitspolitischen Debatten der 60er, der 70er und der 80er Jahre hatten die letzten Auseinandersetzungen schon in das erste Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung hineingereicht – und waren doch mehr oder weniger eine Sache des Westens geblieben.¹² Das gilt für die Initiatoren, die öffentlichen Sprecher und die Teilnehmer dieser Debatten und lässt sich unter anderem an der geographischen Verteilung der Städte ablesen, in denen die Wehrmachtsausstellung zwischen 1995 und 1999 etwa 900 000 Besucher angezogen hat. Diese selektive Teilnahme bedarf angesichts des 40 Jahre lang verordneten Antifaschismus keiner Erklärung; erst recht bietet sie wegen der ganz anders verlaufenden Mentalitätsgeschichte der DDR-Bevölkerung keinen Grund zu Kritik. Damals musste die Bevölkerung im Osten zudem mit tief in die tägliche Existenz eingreifenden Problemen fertig werden, von denen der Westen kaum Notiz nahm und selbst keine Ahnung hatte.

Die fehlende politische Öffentlichkeit in der DDR – und danach

Trotzdem erwähne ich diese Asymmetrie, weil sie auf einen relevanten Umstand aufmerksam macht: Die ostdeutsche Bevölkerung hatte weder vor 1989 noch nachher Zugang zu einer eigenen politischen Öffentlichkeit, in der konfligierende Gruppen hätten eine Selbstverständigungsdebatte führen können. Weil sich 1945 an die eine Diktatur eine andere angeschlossen hat (wenn auch eine Diktatur ganz anderer Art),¹³ konnte in den Jahrzehnten danach eine spontane, aus eigener Kraft geführte, mühsam selbstkritische Klärung eines verschütteten politischen Bewusstseins nicht in ähnlicher Weise wie in der Bundesrepublik stattfinden. Das ist ein unverschuldetes Defizit, dessen Folgen ich nicht einschätzen kann. Ich kann ebenso wenig beurteilen, auf welche Teile der Bevölkerung die Erklärungen der Psychotherapeutin Annette Simon, der Tochter von Christa Wolf, zutreffen, wenn sie andererseits davon spricht, dass das von der Partei angebotene antifaschistische Selbstverständnis eine starke Wirkung gehabt habe, „weil sie umfassende Schuldentlastung von den deutschen Verbrechen bot. [...] Alles, was nach 1945 an psychischen Dispositionen, an Anfälligkeit für Unterordnung, an autoritärem Denken, Verachtung des Fremden und Schwachen weiter internalisiert war, wurde außer in der Kunst und Literatur nicht öffentlich bearbeitet. In den Institutionen und in den Familien gab es das gleiche Schweigen wie anfänglich im Westen. So wurde zugedeckt, was denn vor 1945 konkret an einer bestimmten Universität oder in einem bestimmten Krankenhaus oder in dieser oder jener Familie geschehen war. Die ostdeutsche Großgruppe wurde von den russischen Siegern und ihren Erfüllungsgehilfen in Pankow bzw. Wandlitz in eine

12 Das gilt vermutlich nicht im selben Ausmaß für die Asylrechtsdebatte im Anschluss an den Balkankrieg. Im Kontext der damals im Westen wie im Osten brennenden Asylbewerberheime war die zusammenbrechende Illusion „Wir sind kein Einwanderungsland“ der Gegenstand des Streites.

13 Unter normativen Gesichtspunkten der Rechtsstaatlichkeit ist für die Unterscheidung der beiden Systeme eine soeben erschienene Untersuchung interessant: Inga Markovits, Diener zweier Herrn. DDR-Juristen zwischen Recht und Macht, Berlin 2019; vgl. die Rezension von Uwe Wesel, in: FAZ, 28.7.2020.

Ideologie gezwungen. Wenn man diese Ideologie, die anfangs mit wirklichem Terror, später mit Diktatur einherging, diesen Doppelknoten aus Sozialismus und Antifaschismus annahm, konnte man sich scheinbar von Schuld befreien und aus der deutschen Identität lösen.“¹⁴

Diese Analyse betrifft zunächst das Fehlen einer bis 1989 vorenthaltenen Öffentlichkeit, welche erst eine konfliktreiche Selbstverständigung über die NS-Vergangenheit hätte ermöglichen können. Anders verhält es sich mit einem weiteren und gut nachvollziehbaren sozialpsychologischen Symptom, für das Annette Simon weitere Untersuchungen zitiert – die nachträgliche Scham über eine Anpassung an Erwartungen und Zumutungen des kommunistischen Systems, denen man aus Schwäche nachgegeben hat. Das betrifft die fehlende Öffentlichkeit nach 1989. Denn damals hat sich zwar die Öffentlichkeit der Bundesrepublik für ihre neuen Bürger geöffnet, diesen blieb aber eine eigene Öffentlichkeit verwehrt. So fehlte ein abgeschirmter Raum für die überfällige Selbstverständigung, die nicht präjudiziert würde von einer „drüben“ herrschenden Meinung, die es immer schon besser weiß: „Diese alte, oft unbewusste und verdrängte Scham aus der DDR-Zeit, in der man sich Zwängen mehr als notwendig gebeugt hatte, wird jetzt in vielfältiger Weise ans Licht gezerrt. Und im grellen Licht der Öffentlichkeit und der Westscheinwerfer wird sie zu einer neuen Beschämung und zur Entwertung. Als ein Beispiel dafür kann der Umgang mit dem DDR-Antifaschismus dienen, der häufig als teilnahmsloser Antifaschismus gedeutet wurde.“¹⁵

In diesem Fall ist es schon der Wiedervereinigungsprozess selbst, der die Presse und das Fernsehen im Osten nicht etwa nur liberalisiert, sondern an die Infrastruktur der westdeutschen Öffentlichkeit angeschlossen hat. Die Bürger der ehemaligen DDR sind nicht in den Genuss einer eigenen Öffentlichkeit gelangt. Man würde sagen, sie wurden ihrer eigenen Medien „enteignet“, wenn es denn bis dahin eine freie Öffentlichkeit gegeben hätte. Das gilt nicht nur für die schnell aufgekauften Unternehmen, sondern auch für das Personal, ohne das eine „eigene“ Öffentlichkeit nicht funktionieren kann. Die westdeutsche Presse besorgte nämlich die Abwicklung der ostdeutschen Schriftsteller und Intellektuellen, in deren Worten sich bis dahin die DDR-Alltagserfahrungen hatten artikulieren und widerspiegeln können. In der alten Bundesrepublik waren sie noch literarisch gewürdigt und sogar gefeiert worden, aber in der wiedervereinigten galten jetzt Stefan Heym, Christa Wolf, Heiner Müller und all die anderen nicht mehr nur als die Linken, die sie waren, sondern als die intellektuellen Wasserträger des Stasi-Regimes, die sie nicht gewesen waren. Ebenso wenig haben die oppositionellen Intellektuellen aus den Reihen der Bürgerrechtler deren Platz einnehmen können.

Klaus Wolfram, der 1977 aus seiner akademischen Stellung entfernt und in die Fabrik geschickt worden war, gehörte später zur Führung des Neuen Forums und scheiterte mit der Gründung der kritischen Zeitung „Die Andere“. In seiner Rede vom November 2019, mit der er die Ost- und Westmitglieder der Berliner Akademie der Künste scharf polarisierte, beklagt auch er die

14 Annette Simon, Wut schlägt Scham, in: „Blätter“, 10/2019, S. 43f.
15 Ebd., S. 43.

unverzüglich eingeleitete „Zerstörung der eigenen medialen Öffentlichkeit. [...] Zwei Jahre nach 1990 bestand in Ostdeutschland keine TV-Station, keine Rundfunkanstalt und kaum eine Zeitung mit gewachsener Leser-Blatt-Bindung mehr, die nicht von einer westdeutschen Chefredaktion geleitet worden wäre. Die Generalaussprache, das politische Bewusstsein, die soziale Erinnerung, alle Selbstverständigung, die sich eine ganze Bevölkerung gerade eben erobert hatte, verwandelte sich in Entmündigung und Belehrung.“¹⁶

Was immer noch fehlt – und was gegenwärtig zählt

Was auf den ersten Blick nur wie ein Teilaspekt der Umstellung der Wirtschaft auf kapitalistisch wettbewerbsfähige Strukturen erscheint, trifft in Wahrheit den Nerv einer aus der NS-Zeit mit einem völlig anderen Profil hervorgegangenen politischen Kultur. In der bestenfalls gedankenlosen „Übernahme“ dieses empfindlichen kommunikativen Gewebes hat sich die Naivität jener Annahme verraten, von der sich eine in ihrem Antikommunismus triumphierend bestätigte Bundesregierung allgemein leiten ließ. Ihren juristischen Ausdruck fand diese Naivität in der Wahl des verfassungsrechtlichen Weges einer „Wiedervereinigung“ mit den (als solche noch gar nicht existierenden) Ost-„Ländern“ über Artikel 23 GG. Dieser Artikel war ursprünglich auf den Beitritt des Saarlandes zugeschnitten, das 1949 erst seit vier Jahren abgetrennt war, so dass man damals, wie sich dann auch gezeigt hat, einen „gewachsenen“ nationalen Zusammenhang zwischen beiden Seiten unterstellen durfte. Dass man Jahrzehnte später im Falle der Wiedervereinigung von derselben Unterstellung ausging, war der Reflex einer vielleicht verständlichen, aber irreführenden Welle von nationalen Gefühlen – ganz abgesehen davon, dass dieser Beitrittsmodus den Bürgern in Ost und West die Möglichkeit genommen hat, durch den traditionsbildenden Akt einer nachholenden gemeinsamen Verfassungsgründung das nachwirkende politische Bewusstsein eines gewollten Zusammenschlusses auszubilden.

Es war das Zusammentreffen von Kohls Zwölf-Punkte-Plan mit dem Willen der Mehrheit der DDR-Bevölkerung, das mit dem Ergebnis der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 die – auch aus außenpolitischen Gründen naheliegende – Entscheidung für eine möglichst schnelle Wiedervereinigung unumkehrbar gemacht hat. Der Runde Tisch mit der Initiative für einen anderen Modus der Vereinigung ist eben nicht nur vom Westen abgeräumt worden.

Inzwischen gibt es eine große Literatur über die Fehler, die beim robusten Stil der Übernahme der Organisationsgewalt in allen Lebensbereichen der DDR durch westliche Funktionseliten gemacht worden sind.¹⁷ Die bekannte Tatsache der nach drei Jahrzehnten noch immer fehlenden Repräsentanz ostdeutscher Fachleute in Wirtschaft, Politik und Verwaltung ist dafür sympto-

¹⁶ „Berliner Zeitung“, 6.4.2020.

¹⁷ Zwei in ihrer Art sehr verschiedene historische Beiträge aus jüngster Zeit: Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Mark Tändler, *Zur rechten Zeit*, Berlin 2019; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Die Übernahme*, München 2019.

matisch. Aber so oder so war mit der Entscheidung für den „schnellen Weg“ eine „robuste“ Umstellung auf die gesellschaftlichen Funktionssysteme der alten Bundesrepublik unausweichlich geworden. Damit waren die DDR-Intellektuellen und der Teil der Bürgerrechtler, der das SED-Regime mit dem vagen Ziel des Aufbaus einer anderen und „besseren“ DDR stürzen wollen,¹⁸ ins Abseits geraten. Natürlich hätte es auch unter den Bedingungen des demokratisch gewählten „Anschlusses“ von westlicher Seite ein größeres Maß an reflektierter Zurückhaltung geben können. In jedem Fall hätte die Bevölkerung der DDR größere Spielräume für selbstverantwortetes Handeln verdient gehabt – und sei es auch nur, damit sie eigene Fehler hätte machen können. Vor allem fehlte der unbesetzte öffentliche Raum für eigene politische Selbstverständigungsprozesse.

Aber das sind kontrafaktische Überlegungen, die allein die vertanen Chancen der Vergangenheit betreffen und damit heute politisch ins Leere gehen. Allerdings bietet die gegenwärtige Ausnahmesituation, aus deutscher Sicht betrachtet, eine neue Chance zur doppelten Einheit, auf deutscher wie auf europäischer Ebene. Denn in der Bundesrepublik finden, wie gezeigt, zwei komplementäre Entwicklungen statt: In Ost und West sind die reziproke Empfindlichkeit und das Verständnis für die nicht selbst gewählten historischen Unterschiede in der Prägung der politischen Mentalitäten gewachsen. Gleichzeitig ist die politische Bedeutung einer nun auch von der politischen Mitte nicht nur ernst genommenen, sondern angenommenen Auseinandersetzung deutlich geworden: Die AfD schürt einen Konflikt, der sich zwar an den asymmetrischen Folgekosten der innerdeutschen Einigung entzündet hat, den sie nun aber spiegelbildlich zu ihrer Ablehnung der europäischen Einigung in einer nationalistischen und rassistischen Sprache neu inszeniert. Dieser ins Völkische verschobene Konflikt hat heute, weil er nicht mehr entlang der geographischen Grenzen historischer Schicksale, sondern entlang von Parteipräferenzen verläuft, einen gesamtdeutschen Charakter angenommen. Je klarer sich die gesamtdeutschen Konturen dieses Konflikts ausprägen, umso mehr befördert die nun endlich in ganz Deutschland betriebene politische Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus den ohnehin gewachsenen historischen Abstand von den Versäumnissen des Vereinigungsprozesses. Und damit ebenso das Bewusstsein, dass zunehmend andere Probleme in den Vordergrund rücken, die wir angesichts einer autoritärer und unfriedlicher gewordenen Welt sowohl innerhalb Deutschlands als auch in Europa nur gemeinsam lösen können.

Diese innenpolitische Verschiebung der Relevanzen können wir als Chance verstehen, den Prozess der deutschen Einigung zu vollenden, indem wir unsere nationalen Kräfte für den entscheidenden Integrationsschritt in Europa bündeln. Denn ohne europäische Einigung werden wir weder die einstweilen unabsehbaren ökonomischen Folgen der Pandemie noch den Rechtspopulismus bei uns und in den anderen Mitgliedstaaten der Union bewältigen.

18 „Diese Reise hin zu etwas, das wir noch finden wollten“, beschwört und betrauert heute Thomas Oberender, Empowerment Ost, Stuttgart 2020.

Der amerikanische Faschismus: Vom Ku-Klux-Klan zu Trump

Von Sarah Churchwell

In Kampfmontur und gepanzerten Fahrzeugen donnert seit Wochen vielerorts in Amerika eine militarisierte Polizei in friedliche Demonstranten. Schon zu Beginn der Black-Lives-Matter-Proteste stieg der Präsident aus einem Bunker unter dem Weißen Haus und ließ seine Bürger mit Tränengas einnebeln, um zu einer Kirche zu gelangen, die er niemals besucht hatte, während er eine Bibel hielt, die er niemals gelesen hatte. Vielen kommt da eine berühmte Wendung in den Sinn, die oft fälschlich dem Roman „Das ist bei uns nicht möglich“ von Sinclair Lewis aus dem Jahr 1935 zugeschrieben wird: „Wenn der Faschismus nach Amerika kommt, wird er sich in die Fahne hüllen und ein Kreuz tragen.“ Da Lewis' Roman unter den vielen Warnungen vor einem amerikanischen Faschismus aus der Zwischenkriegszeit am besten im Gedächtnis geblieben ist, wird ihm diese Mahnung neuerdings zugerechnet. Aber die Worte stammen nicht von ihm.

Vielmehr wurde das Diktum wahrscheinlich von James Waterman Wise geprägt, dem Sohn des bedeutenden amerikanischen Rabbis Stephen Wise. Er gehörte zu den vielen Stimmen, die seinerzeit die Amerikaner drängten, den Faschismus als eine ernste innere Bedrohung anzuerkennen. „Das Amerika von Macht und Reichtum“, warnte Wise, ist „ein Amerika, das den Faschismus braucht“. Der amerikanische Faschismus könne aus „patriotischen Vereinigungen wie der American Legion und den Daughters of the American Revolution [hervorgehen ...] und eingehüllt in die amerikanische Flagge oder eine Zeitung des Hearst-Verlages zu uns kommen“. In einer anderen Rede formulierte er es etwas anders: Der amerikanische Faschismus wäre wohl „eingehüllt in die amerikanische Flagge und würde als Appell für die Freiheit und die Bewahrung der Verfassung angekündigt“.

Ein amerikanischer Faschismus würde definitionsgemäß amerikanische Symbole und amerikanische Slogans verwenden. „Erwarten Sie nicht, dass die das Hakenkreuz hochhalten“, warnte Wise, „oder irgendeine der populären Formen des Faschismus“ aus Europa einsetzen. Denn ultranationalistisch wie der Faschismus nun mal ist, versucht er, sich zu normalisieren, indem er auf vertraute nationale Gebräuche zurückgreift und darauf beharrt,

* Deutsche Erstveröffentlichung eines Textes, der unter dem Titel „American Fascism: It Has Happened Here“ auf der Website der „New York Review of Books“ (www.nybooks.com) erschienen ist. Übersetzung: Steffen Vogel. Alle Fußnoten sind Erläuterungen der Redaktion.

bloß politisches Business as usual zu betreiben. So erklärte 1934 der Führer der spanischen faschistischen Falange, José Antonio Primo de Rivera, jeder Faschismus müsse lokal und einheimisch sein: „Italien und Deutschland [...] wandten sich wieder ihrer eigenen Authentizität zu, und wenn wir ebenso verfahren, wird die Authentizität, die wir finden, ebenfalls die unsere sein: Es wird nicht die von Deutschland oder Italien sein, und daher werden wir, wenn wir die Leistung der Italiener oder Deutschen nachvollziehen, spanischer sein, als wir es jemals waren. [...] Im Faschismus lassen sich, wie in Bewegungen aller Zeitalter, unter den lokalen Charakteristiken bestimmte Konstanten finden. [...] Wir brauchen ein totales Gefühl für das Erforderliche: ein totales Gefühl für das Vaterland, das Leben, die Geschichte.“

Dennoch hat sich Samuel Moyn jüngst dagegen ausgesprochen, Trumps Politik mit dem Faschismus zu vergleichen, da seine Regierung „Ziele verfolgt, die tief in der amerikanischen Geschichte verwurzelt sind. Es bedarf keiner Analogie zu Hitler oder dem Faschismus, um diese Ergebnisse zu erklären.“ Das aber setzt voraus, dass der Faschismus nicht selbst tief verwurzelt in der amerikanischen Geschichte sei. Die Annahme, dass alles einheimisch Amerikanische nicht auch faschistisch sein könnte, ist fragwürdig – um nicht zu sagen: exzeptionalistisch. Damit bestreitet man die Frage nach dem amerikanischen Faschismus nicht, sondern wirft sie eher auf. Faschismus-Experten wie Robert O. Paxton, Roger Griffin und Stanley G. Payne argumentieren seit langem, dass der Faschismus seinen Anhängern niemals fremd erscheinen könne. Seine Behauptung, für „das Volk“ zu sprechen und die nationale Größe wiederherzustellen, bedeutet, dass jede Version des Faschismus ihre eigene lokale Identität haben muss. Wer glaubt, eine nationalistische Bewegung sei nicht faschistisch, weil sie einheimisch sei, versteht überhaupt nicht, worum es geht.

Historisch gesehen waren faschistische Bewegungen zudem von Opportunismus geprägt, einer Bereitschaft, nahezu alles zu sagen, was sie an die Macht bringt. Dadurch werden die Definitionen noch unklarer. Es hat sich als unmöglich herausgestellt, den Kern, das unteilbare faschistische Atom, zu identifizieren. Uns bleibt nur, was Umberto Eco die „Verschwommenheit“ des Faschismus nannte und andere als dessen „unklare und synthetische Doktrinen“ beschrieben haben. Es gibt gute Argumente gegen den Versuch, mithilfe einer Taxonomie so etwas wie ein „faschistisches Minimum“ zu etablieren, ganz so, als könne eine Checkliste den Faschismus qualitativ von anderen autoritären Diktaturen unterscheiden. Einige halten Antisemitismus für einen Lackmustest, andere Völkermord. Zählt Kolonialismus? Das bejahten Aimé Césaire, C.L.R. James und Hannah Arendt – neben vielen anderen bedeutenden Denkern, die die ersten Faschismen durchlebten – und argumentierten, der europäische Faschismus bringe über weiße Körper, was koloniale und Sklaverei-Systeme in der Heimsuchung schwarzer und brauner Körper perfektioniert hatten.

Laut Robert O. Paxtons einflussreicher Argumentation bestimmt sich der Faschismus über seine Praxis. Dennoch teilen dessen jeweilige Ausprägungen erkennbar einige auffällige Züge miteinander, darunter die Nostalgie

nach einer reineren, mystischen, oft ländlichen Vergangenheit; Kulte der Tradition und kulturellen Erneuerung; paramilitärische Gruppen; die Delegitimierung politischer Gegner und die Dämonisierung von Kritikern; die Verallgemeinerung von einigen Gruppen als authentisch national, während alle anderen Gruppen entmenschlicht werden; Intellektuellenfeindlichkeit und Angriffe auf die freie Presse; Anti-Modernismus; fetischisierte patriarchale Maskulinität; sowie ein verzweifeltes Opfergefühl und kollektiver Groll. Faschistische Mythologien enthalten oft eine Vorstellung von Säuberung, eine ausschließende Verteidigung gegen ethnische oder kulturelle „Verunreinigung“ und damit verbundene eugenische Vorlieben für bestimmte „Blutlinien“. Der Faschismus macht Identität zur Waffe, erhebt das „Herrenvolk“ und setzt alle anderen herab.

»Hitler lernt von Amerika«

Die Amerikaner der Zwischenkriegszeit konnten nicht vorhersehen, was in Europa geschehen würde, waren sich aber dennoch einer Sache sehr bewusst, die wir heute aus den Augen verloren haben: Jeder Faschismus ist definitionsgemäß einheimisch. „Der Faschismus muss ein Eigengewächs sein“, mahnte ein amerikanischer Redner 1937, „den Worten Benito Mussolinis folgend, dass der Faschismus nicht importiert werden kann“, sondern „besonders an unser nationales Leben angepasst werden muss“. Logischerweise würde daher „das Anti-Neger-Programm“ einen „sehr plausiblen Schlachtruf für amerikanische Faschisten“ bilden, so wie der Antisemitismus für die Deutschen. Andere erkannten, dass die tiefen Wurzeln des antisemitischen evangelikalen Christentums einem amerikanischen Faschismus ähnlich plausible Schlachtrufe bieten würden. Bald darauf erlaubten der Patriotismus der Kriegszeit und der Triumph der Alliierten es den Amerikanern, den Faschismus als fremde und eindeutig europäische Pathologie zu betrachten. Aber „der Mann zu Pferde“, der Despot, der reaktionäre populistische Energien für seinen Aufstieg zur Macht nutzen konnte, verkörperte ein Gespenst in der amerikanischen Politik, und zwar schon mindestens seit der Präsidentschaft von Andrew Jackson in den 1830er Jahren.

Einer der letzten, und schrecklichsten, Lynchmorde in Amerika ereignete sich im Oktober 1934 im Florida Panhandle, wo sich eine Menge von 5000 Menschen versammelte, um mitanzusehen, was Stunden zuvor in der Lokalpresse angekündigt worden war. Die Folterer verbrannten Claude Neals Haut, kastrierten ihn und stopften ihm seine Genitalien in den Mund. Dann zwangen sie ihn zu sagen, dass er den Geschmack genieße. Nachdem man ihn schließlich hinter einem Wagen zu Tode geschleift hatte, urinierte die Menge auf seinen verstümmelten Körper, bevor man ihn am Gerichtsgebäude von Marianna aufhängte. Die deutsche Presse, die gerne Kapital aus amerikanischen Lynchmorden schlug, verbreitete Fotos von Neal, dessen schrecklichen Tod sie mit „scharfen Kommentaren dahingehend versahen, dass Amerika vor seiner eigenen Haustür kehren solle“, bevor es andere

Regierungen für den Umgang mit ihren Bürgern tadele. „Stoppt das Lynchen von Negern“, lautet der Nazi-Konter gegenüber amerikanischen Kritikern“, titelte der „Courier“ aus Pittsburgh über einem Bericht, der sich mit den deutschen Darstellungen der rassistischen Gewalt in Amerika befasste.

Der „Courier“ war eine von vielen afroamerikanischen Zeitungen, die nicht nur Affinitäten zwischen Nazi-Deutschland und dem Amerika der Jim-Crow-Ära¹ sahen, sondern auch kausalen Verbindungen nachspürten: „Hitler lernt von Amerika“, erklärte der „Courier“ 1933. Die Zeitung berichtete, dass die Universitäten im Dritten Reich ihre Ideen erklärtermaßen von „den amerikanischen Wegbereitern Madison Grant und Lothrop Stoddard“² bezogen und dass der „ethnische Irrsinn“ in Amerika Nazi-Deutschland „ein Modell für die Unterdrückung und Verfolgung seiner eigenen Minderheiten“ liefere. Die afroamerikanische „Age“ aus New York fragte sich ganz ähnlich, ob Hitler „unter Anleitung“ der Führer des Ku-Klux-Klans gelernt habe, vielleicht als „untergeordneter Kleagle“³ oder etwas in der Art“.

Die Nazis selbst sahen eine klare Verwandtschaft. Jüngste Forschungen haben gezeigt, dass sich Hitler systematisch auf amerikanische Rassengesetze stützte, als er die Nürnberger Gesetze entwarf. Das Dritte Reich warb im Jim-Crow-Süden auch aktiv um Unterstützer, obschon die politischen Führer des weißen Südens sich größtenteils nicht revanchierten. Aber die Beziehung zwischen beiden Systemen war zu jener Zeit vollkommen offensichtlich, auf beiden Seiten des Atlantiks. Ein Nazi-Generalkonsul in Kalifornien versuchte sogar, den Klan zu kaufen, um einen amerikanischen Putsch zu planen. Doch sein Preis war zu niedrig – wenn der Klan eines war, dann geldgierig. Als die Geschichte 1939 ans Tageslicht kam, nannten Journalisten einen weiteren Grund: Der Klan konnte es sich nicht leisten, ausländisch zu erscheinen. „Um wirkungsvoll zu sein“, musste er seine nativistische Agenda „im Namen des Amerikanismus“ verfolgen.

Der KKK als Vorgeschmack auf den europäischen Faschismus

Im Jahr 1935 organisierten Afroamerikaner im ganzen Land Massenproteste gegen Mussolinis Massaker an Äthiopiern. „Der amerikanische Faschismus hat schon Neger“, erklärte der jamaikanisch-amerikanische Journalist und Historiker Joel Augustus Rogers. Der schwarze Dichter Langston Hughes stimmte zu: „Gebt Franco eine Kapuze und er wäre ein Mitglied des Ku-Klux-Klans, ein Kleagle. Faschismus ist das, was der Ku-Klux-Klan errichten wird, wenn er sich mit der Liberty League⁴ verbindet und Maschinengewehre und

1 Die sogenannten Jim-Crow-Gesetze begründeten die Segregationspolitik in den US-Südstaaten nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg und galten zwischen den 1870er Jahren und 1965. Sie benachteiligten systematisch schwarze Bürger im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben.

2 Madison Grant wurde auch in Deutschland mit eugenischen Büchern bekannt, darunter „Der Untergang der großen Rasse“ von 1916. Lothrop Stoddard verfasste mehrere einflussreiche rassistische und antisemitische Werke, darunter „Der Kulturumsturz. Die Drohung des Untermenschen“ von 1922.

3 Ein Kleagle ist im KKK v.a. mit der Mitglieder-Rekrutierung in einer bestimmten Region betraut.

4 Die American Liberty League bestand von 1934 bis 1940, ihr gehörten Mitglieder der Wirtschaftselite und zumeist konservative Politiker an, die gegen den New Deal Front machten.

Flugzeuge statt ein paar Meter Seil benutzt.“ „In Amerika muss man Negern nicht erklären, was der Faschismus in der Praxis bedeutet“, sagte Hughes bei anderer Gelegenheit: „Wir wissen das.“

Im selben Jahr veröffentlichte W.E.B. Du Bois „Black Reconstruction in America“. Dieses Grundlagenwerk der afroamerikanischen kritischen Geschichtsschreibung erschien inmitten des Tumults, den die Verfolgung der Scottsboro Nine⁵ ausgelöst hatte. Kurz darauf gewann der afroamerikanische Leichtathlet Jesse Owens bei den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin vier Mal Gold – was ebenso als Streich gegen Hitler wie als Ermahnung an das Jim-Crow-Amerika gesehen wurde. Es ist also alles andere als ein Zufall, dass Du Bois in seiner Studie mehr als einmal andeutet, der White Supremacism, die Idee von der weißen Vorherrschaft, des Jim-Crow-Amerika könne in der Tat als „Faschismus“ betrachtet werden. Ein halbes Jahrhundert später formulierte Amiri Baraka diesen Gedanken von Du Bois in einem wenig beachteten, aber bemerkenswerten Essay explizit aus. Er argumentierte, das Ende der Reconstruction-Periode 1877 habe „Afroamerika in den Faschismus geworfen. Es gibt keinen anderen Begriff dafür. Der Sturz demokratisch gewählter Regierungen und die Herrschaft durch unmittelbaren Terror, durch die am meisten reaktionären Elemente des Finanzkapitals [...] Durchgeführt mit Mord, Einschüchterung und Raub, durch die erste Sturmabteilung – erneut der Hitlersche Prototyp – den Ku-Klux-Klan, der direkt vom nördlichen Kapital finanziert wurde.“ Die weiße amerikanische Geschichtsschreibung benötigte ein weiteres gutes Jahrzehnt, um das Argument aufzugreifen: 2004 beobachtete Paxton in „Anatomie des Faschismus“, dass einiges dafür spräche, den ersten Ku-Klux-Klan in den Südstaaten nach dem Bürgerkrieg als die erste faschistische Bewegung der Welt zu begreifen: „[Der erste KKK] war eine alternative zivile Instanz, die parallel zum rechtmäßigen Staat bestand, der in den Augen der Klan-Gründer nicht länger die legitimen Interessen ihrer Gemeinschaft vertrat. Mit seiner Uniform (weiße Robe und Kapuze), ebenso wie mit seinen Einschüchterungstechniken und seiner Überzeugung, dass Gewalt im Namen des Schicksals seiner Gruppe gerechtfertigt sei, war die erste Version des Klans im besiegten amerikanischen Süden wohl eine bemerkenswerte Vorschau darauf, wie faschistische Bewegungen im Europa der Zwischenkriegszeit funktionieren würden.“

Nachdem der KKK 1915 wiederbelebt wurde, machte er schon Mitte der 1920er Jahre nicht weniger als fünf Millionen Mitglieder geltend – damit kam in Amerika auf drei oder vier weiße protestantische Männer je ein Klansman. Als Mussolini 1921 auf die Weltbühne platzte, erkannten viele Amerikaner im ganzen Land sein Projekt sofort wieder, weil Zeitungen von Montana bis Florida ihren Lesern erklärten, dass „die ‚Fascisti‘ als der Ku-Klux-Klan bekannt sein könnten“ und dass „der Klan [...] den Fascisti von Amerika entspricht“. Vergleiche zwischen dem heimischen Klan und dem italienischen

5 1935 hob der Oberste Gerichtshof zum zweiten Mal die Verurteilung von neun schwarzen Teenagern auf, die von einer rein weißen Jury in Alabama fälschlich für die Vergewaltigung zweier weißer Frauen verurteilt worden waren. Weitere Prozesse folgten, mit unterschiedlichem Ausgang. Erst 2013 wurden die letzten drei Männer der Gruppe posthum begnadigt.

Faschismus waren in der amerikanischen Presse bald allgegenwärtig. Und die Ähnlichkeit war nicht oberflächlich.

Farbhemden und Sturmtruppler: US-Faschismus der Zwischenkriegszeit

Unter den Makeln von Korruption und Sexskandalen zerfiel der zweite Klan in den späten 1920er Jahren, doch einige seiner ehemaligen Führer schnitten bald ihre blutgetränkten Tücher ab, um den neuen politischen Moden zu entsprechen. Die Mehrheit der amerikanischen faschistischen Gruppen der Zwischenkriegszeit, von denen sich mehr als nur eine selbst als faschistisch bezeichnete, gründeten sich nicht als Zweige des Nazismus, sondern als Ableger des Klans. Ihr christlicher Nationalismus ließ sich nicht von ihrem Antisemitismus trennen, führte aber auch zu einem Sektierertum, das die Bildung stärkerer Allianzen verhindert haben dürfte.

Viele dieser Gruppen teilten die Vorliebe ihrer europäischen Pendants für Uniformen aus „farbigen Hemden“, um eine organisierte Kraft und militaristische Macht zu behaupten, um einzuschüchtern und auszuschließen. Dazu zählten der Order of Black Shirts aus Atlanta; die White Shirts, militante „Feldzügler für Wirtschaftsfreiheit“, gegründet von George W. Christians, der einen Zahnbürsten-Schnurrbart und eine flatternde Hitler-Locke kultivierte; die Gray Shirts, die sich offiziell The Pioneer Home Protective Association nannten und im ländlichen Teil New Yorks gegründet wurden; die Khaki Shirts (auch: US Fascists); die Silver Shirts, die William Dudley Pelley nach Vorbild von Hitlers „Elite-Nazi-Korps“ schuf; und die Dress Shirts. Ende 1934 machten sich amerikanische Journalisten über diese wachsende Liste lustig. „Grauhemden machen Amerika zur Nr. 1 unter den Hemdnationen“, lautete eine sarkastische Schlagzeile. Im Artikel hieß es, solange andere Länder nicht zu schummeln begönnen, indem sie Farben kombinierten, „wird man uns unmöglich über-hemden können“.

Andere jedoch nahmen die Bedrohung ernster. James Waterman Wise erklärte wiederholt, „die verschiedenen Farbhemdenorden – die ganze Kurzwarenbrigade, die Gruppenvorurteile bespielt“ würde in den Vereinigten Staaten „die Saat des Faschismus säen“. Die Black Legion beispielsweise war ein Ableger des Klans, der im Mittleren Westen gedieh. Ihr Führer sprach davon, Washington in einem revolutionären Staatsstreich einzunehmen, nannte den New Deal eine jüdische Verschwörung, „um die Nichtjuden auszuhungern“, und trat dafür ein, die amerikanischen Juden zu vernichten, indem man an Jom Kippur Giftgas in die Synagogen leitete. Ein weit verbreiteter Leitartikel warnte 1936, jeder, der sich frage, „wie der Faschismus in diesem Land aussehen würde“, solle sich die Black Legion ansehen, mit ihrem „Geruch nach Hitlerismus“, ihrem „anti-katholischen, anti-jüdischen, Anti-Neger- und Anti-Arbeiter-Programm, ihren Peitschen, Knüppeln und Gewehren, ihrer dreisten Missachtung von Recht und Gesetz und den rechtsstaatlichen Verfahren der Demokratie“. Und weiter: „Das sind die Haltungen und die Ausstattung des Faschismus.“

Die kurzlebige Organisation Friends of the Hitler Movement wandelte sich 1933 schnell in die akzeptablere Friends of New Germany, bevor aus ihr der Bund hervorging. Er organisierte mehrere Massenkundgebungen im New Yorker Madison Square Garden, darunter 1939 die „Massendemonstration für wahren Amerikanismus“. Dort wurde ein gigantisches Banner von George Washington von Hakenkreuzen flankiert und zwölfhundert „Sturmtropper“ standen in den Gangreihen und zeigten den Hitlergruß; Bildmaterial von der Kundgebung wurde 2019 restauriert und zum Kurzfilm „A Night at the Garden“ verarbeitet. 1940 machte der Bund 100 000 Mitglieder geltend und hatte Sommercamps im ländlichen New York, in New Jersey und auf Long Island etabliert, in denen er die amerikanische Nazi-Jugend ausbildete. Der Bund-Propagandist Gerhard Kunze berichtete damals, „das Hakenkreuz ist nicht ausländisch, sondern hundertprozentig amerikanisch. Die Indianer haben es immer benutzt.“ Das Emblem einer anderen Gruppe, The American National-Socialist Party, war „ein amerikanischer Indianer, der den Arm zum Gruß ausgestreckt hat, vor dem Hintergrund eines schwarzen Hakenkreuzes“. Diese Gruppe gab zu, den Nazismus einbürgern zu wollen, indem sie eine Blutsverwandtschaft mit amerikanischer Symbolik suchte.

Dann gab es noch Father Coughlin. „Ich nehme die Straße des Faschismus“, sagte er 1936, bevor er die Christian Front bildete, deren Mitglieder sich selbst als „Braunhemden“ bezeichneten. Sein giftig antisemitisches Radioprogramm, das regelmäßig Behauptungen aus den erfundenen „Protokollen der Weisen von Zion“ verbreitete, erreichte zu Hochzeiten nahezu 30 Millionen Amerikaner – so viel wie kein anderes Radioprogramm weltweit zu dieser Zeit. Diese Hörer schalteten Ende 1938 ein, als Coughlin die Gewalt der Reichspogromnacht rechtfertigte, da sie „Vergeltung“ an den Juden übe, die angeblich 20 Millionen Christen ermordet hätten und Milliarden Dollar an „christlichem Eigentum“ zerstört hätten. Der Nazismus, sagte er, sei ein natürlicher „Verteidigungsmechanismus“ gegen den von jüdischen Bankiers finanzierten Kommunismus. Coughlins Wochenzeitung „Social Justice“, die zu Hochzeiten eine Auflage von 200 000 Stück hatte, wurde damals vom „Life“-Magazin als die wohl meistgelesene Stimme der „Nazipropaganda in Amerika“ bezeichnet.

Ein »amerikanischer Führer«?

Doch der amerikanische Spitzenpolitiker, dem man am häufigsten faschistische Tendenzen vorwarf, war Huey Long. Als Gouverneur von Louisiana, das er auch im Senat vertrat, verhängte Long das Kriegsrecht, zensierte die Zeitungen, verbot öffentliche Versammlungen, besetzte Gerichte und Parlamente mit seinen Kumpanen und machte seine 24jährige Geliebte zur Ministerin. Long war ein Gangster, aber mit seinem „Share Our Wealth“-Programm verbesserte er die Lebensbedingungen vor Ort, sorgte für den Bau von Straßen und Brücken, investierte in Krankenhäuser und Schulen und schaffte die Kopfsteuer ab. Sein ökonomischer Populismus basierte zudem

nicht auf der Vertiefung rassistischer, ethnischer oder religiöser Spaltungen; er ordnete seinen White Supremacism seiner Umverteilungsbotschaft unter. „Wir lynchen nur gelegentlich einen Nigger“, erklärte er munter, als er ein Gesetz gegen das Lynchen ablehnte. Dennoch erkannte er an, dass „man armen weißen Menschen nicht helfen kann, ohne Negern zu helfen“ und war also bereit, die steigende See alle Boote anheben zu lassen. Als Long eine Präsidentschaftskandidatur für 1936 ins Auge fasste, war Amtsinhaber Franklin D. Roosevelt alarmiert genug, um seinen Botschafter in Deutschland zu informieren: „Long plant, ein Präsidentschaftskandidat vom Schläge Hitlers zu sein“ und werde bis 1940 versuchen, sich als Diktator einzusetzen.

Roosevelt stand mit seiner Furcht, dass Long ein „amerikanischer Führer“ sein wolle, keineswegs alleine da. Longs politische Karriere lieferte eine Menge Gründe, an seiner demokratischen Aufrichtigkeit zu zweifeln. Sinclair Lewis ließ sich von ihm zu seinem fiktiven Präsidenten-Diktator Buzz Windrip in „Das ist bei uns nicht möglich“ inspirieren, der den Amerikanern 5000 Dollar im Jahr verspricht, wenn sie ihn wählen, so wie es Long getan hatte. Aber der Name Windrip verweist auch auf Reverend Gerald B. Winrod, den „Kansas-Hitler“, der die Defenders of the Christian Faith anführte und seit den späten 1920er Jahren durchs Land tourte, um über die millenaristische Rolle von Hitler, Stalin und Mussolini in der biblischen Prophezeiung zu sprechen. Dass auch Lewis den Klan als faschistische Bewegung betrachtete, geht aus einer ausgiebigen Anklage hervor, mit der sein Roman beginnt und in der Lewis durch eine Genealogie amerikanischer profaschistischer Tendenzen fegt, darunter Antisemitismus, politische Korruption, Kriegshysterie, Verschwörungstheorien und evangelikales Christentum. Er endet mit den „Night-riders aus Kentucky und der wilden Freude, die viele unter uns über einen Lynchmord empfinden“. „Ach nein, das kann hier nicht passieren! Wann in der Geschichte war je ein Volk so reif für eine Diktatur wie unseres!“

Präsident Windrip ist „vulgär, beinahe analphabetisch, ein leicht zu überführender öffentlicher Lügner und in seinen ‚Ideen‘ fast schon idiotisch.“ Sein faschistisches Regime, das von christlichem Nationalismus und dem Wunsch nach ethnischer Homogenität angetrieben wird, macht Afroamerikaner und Juden zu Staatsfeinden, indem es dekretiert, dass alle Bankiers jüdisch seien. „Das ist bei uns nicht möglich“ behauptet, dass die gefährlichsten Unterstützer des Faschismus in Amerika jene wären, die „das Wort ‚Faschismus‘ verleugnen und die Versklavung an den Kapitalismus im Namen der verfassungsmäßigen und traditionellen einheimischen amerikanischen Freiheit predigen“. Es wäre eine „Regierung der Profite, durch die Profite, für die Profite“. In Amerika wird der Faschismus, mit seiner krebsartigen Version des Nationalismus, stets amerikanische Frömmeleien über individuelle Freiheit auf eine Realität systemischer Gier aufpfropfen und „Befreiung“ auf Flaggen drucken, die ein Werbefritze schwenkt.

Auf ähnliche Weise verdiente sich Dorothy Thompson, die gefeierte Journalistin und antifaschistische Aktivistin – und seinerzeit Sinclair Lewis' Frau – den Spitznamen „Kassandra“: Sie hatte prophezeit, dass der Faschismus in den USA bei seinem Aufkommen nur allzu vertraut amerikanisch

wirken würde. (Thompson konterte gerne, dass Cassandra am Ende immer recht behalten hatte.) „Wenn die Amerikaner an Diktatoren denken, haben sie immer ein ausländisches Modell vor Augen“, sagte sie. Doch ein amerikanischer Diktator wäre „einer von den Jungs, und er wird für alles traditionell Amerikanische stehen“. Und das amerikanische Volk, fügte Thompson hinzu, „wird ihm mit einem riesengroßen, allgemeinen, demokratischen, schafsmäßigem Geblök antworten: ‚OK, Chef! Mach es, wie Du willst, Chef!‘“ Zur selben Zeit wurde der Yale-Professor Halford Luccock in der Presse mit folgender Aussage breit zitiert: „Wenn und falls der Faschismus nach Amerika kommt, wird er kein Label ‚Made in Germany‘ tragen; er wird nicht mit einem Hakenkreuz gekennzeichnet sein; man wird ihn nicht einmal Faschismus nennen; man wird ihn selbstverständlich ‚Amerikanismus‘ nennen.“ Und Luccock fuhr fort: „Die hochtrabende Phrase vom ‚American Way‘ wird von interessierten Gruppen, denen es um Profit geht, genutzt werden, um eine Vielzahl von Sünden gegen die amerikanische und christliche Tradition zu verbergen, Sünden wie gesetzlose Gewalt, Tränengas und Schusswaffen, die Verweigerung von Bürgerrechten.“ Einige Jahre später schrieb Thompson, sie fühle sich an etwas erinnert, das Huey Long selbst ihr einmal erklärt hatte: „Der amerikanische Faschismus würde nie als eine faschistische, sondern als eine 100 Prozent amerikanische Bewegung entstehen; er würde nicht die deutsche Methode der Machtübernahme kopieren, sondern bräuchte nur den richtigen Präsidenten und das richtige Kabinett.“ Auch Roosevelts Vizepräsident Henry Wallace äußerte eine Warnung: „Der amerikanische Faschismus wird so lange nicht wirklich gefährlich sein“, schrieb er 1944 in der „New York Times“, „bis es eine entschlossene Koalition gibt zwischen den Kartellisten, den vorsätzlichen Vergiftern der öffentlichen Meinung und jenen, die für eine Demagogie vom Schlage des KKK stehen.“

Die braune Tradition von »America First«

Wallace' Warnung erfolgte, als die Roosevelt-Regierung viele dieser Figuren auf eine verfehlte Art wegen Aufwiegelung verfolgen ließ, darunter Winrod, Pelley, Elizabeth Dilling (von dem sogenannten Mothers' Movement) und James True (der eine Gruppe namens America First Inc. gegründet hatte und ein amerikanisches Pogrom forderte). Sie alle kreisten um das America First Committee von 1940 bis 1941. Dessen Galionsfigur war Charles Lindbergh, der gefeierte Flieger, der diesem verschwörerischen Antisemitismus zeitweilig einen Anschein von Legitimität verlieh, bis er im September 1941 in Ungnade fiel, nachdem er eine Rede gehalten hatte, die breit als antisemitisch und „unamerikanisch“ verurteilt wurde. Als die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg eintraten, kehrte sich die Bedeutung von „America first“ abrupt um: Es galt nun nicht mehr als patriotisch, sondern als aufwiegelnd und wurde zum Inbegriff für antisemitische Nazi-Sympathien.

Das hinderte Huey Longs früheren Stellvertreter Reverend Gerald L.K. Smith – der seine politische Karriere mit der Anprangerung mutmaßlich jüdi-

scher „internationaler Bankiers“ begründet hatte – nicht daran, 1944 als Präsident zu kandidieren und dabei zu versprechen, das „jüdische Problem“ des Landes zu beheben. Smith' Partei nannte sich „America First“.

Heute, im Jahr 2020, haben wir einem America-First-Präsidenten. Wer nun argumentiert, Donald Trump ließe sich nur im Verhältnis zur modernen konservativen Bewegung in Amerika verstehen – die sich am klarsten im Rechtschwenk unter Barry Goldwater oder in Lee Atwaters berühmter Southern Strategy zeigt⁶ –, geht von einem Bruch mit der amerikanischen Politik der Zwischenkriegszeit aus, der keineswegs offenkundig ist. So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, Goldwater während seiner Präsidentschaftskampagne von 1964 von Unterstützern wie Kritikern mehr als nur einmal ein „America First“-Politiker genannt.

Es sind auch nicht nur Trumps Kritiker, die faschistische Tendenzen in der von seiner Administration gepflegten Rhetorik erkennen, in der Gewalt glorifiziert wird und Rechtsstaatlichkeit, demokratische Prozesse und Bürgerrechte missachtet werden. Vielmehr übernehmen der Präsident und seine Anhänger regelmäßig selbst Traditionen des amerikanischen Faschismus. „America First“ war zwischen 1915 und 1941 ursprünglich der Lieblingsslogan von amerikanischen fremdenfeindlichen, nativistischen Bewegungen und Politikern. Das begann mit Woodrow Wilsons Loyalitätstest, bei dem eingewanderte „Bindestrich-Amerikaner“ beweisen sollten, dass sie für „America first“ sind. Dann wurde die Parole zum Schlachtruf, um Amerika aus dem Völkerbund herauszuhalten und es von der Ratifizierung des Versailler Vertrages abzubringen. Der spätere Präsident Warren G. Harding fuhr 1920 eine America-First-Kampagne, obwohl sich der zweite Klan da schon den Slogan angeeignet hatte, ihn bei Aufmärschen regelmäßig auf Bannern trug und ihn für Rekrutierungsanzeigen nutzte. Im Kongress wurde die Parole 1924 von Unterstützern des nativistischen und eugenischen Immigration Act benutzt. Dann nahmen die selbsternannten amerikanischen faschistischen Gruppen der 1930er den Slogan auf, darunter der German-American Bund und die giftig antisemitische America First, Inc. Zwischen 1940 und 1941 griff ihn schließlich das America First Committee auf, als Lindbergh die Amerikaner überzeugen wollte, dass „jüdische Interessen“ die Vereinigten Staaten durch Manipulation zum Eintritt in einen europäischen Krieg zu bewegen versuchten.

Trump selbst hat die „nordizistische“ Rhetorik der Klansmen und amerikanischen Faschisten der Zwischenkriegszeit aufgegriffen, als er sagte, er hätte lieber mehr Einwanderer aus Norwegen und weniger aus „Dreckslöchern“ wie Haiti und Afrika. Er hat die „Blutlinien“ von Henry Ford gepriesen, der in den 1920er Jahren eine Artikelserie unter dem Titel „Der internationale Jude. Ein Weltproblem“ veröffentlichte und darin die „Protokolle der Weisen von Zion“ in Amerika verbreitete. Im selben Jahrzehnt wurde der junge Fred

6 Der republikanische Politiker Barry Goldwater trat u.a. mit einer scharfen Ablehnung der Bürgerrechtsgesetzgebung hervor. Er begründete damit den Schwenk der Südstaaten von den Demokraten zu den Republikanern, was die Partei mit ihrer Southern Strategy festigte. Diese umwarb, wie der Reagan-Berater Lee Atwater später einräumte, weiße Wähler mit kodiertem Rassismus.

Trump (der spätere Vater von Donald) nach einer Schlägerei unter Beteiligung von Klansmen bei der Memorial-Day-Parade im New Yorker Stadtteil Queens verhaftet. Donald Trump soll in den 1990er Jahren die Reden Hitlers besessen haben. Er bestritt zwar, sie jemals gelesen zu haben – aber er ist ja auch unfähig, die Wahrheit zu sagen. Und kürzlich kündigte Donald Trump in Reaktion auf die Tötung von George Floyd und die Black-Lives-Matter-Proteste an, er würde eine Kundgebung in Tulsa abhalten – nur ein Jahr bevor sich dort das schlimmste Pogrom gegen Schwarze in der US-Geschichte zum hundertsten Mal jähren wird. Seinerzeit wurden nicht weniger als 300 Afroamerikaner getötet und 8000 obdachlos gemacht, die schwarze Gemeinde der Stadt war danach zerstört. Trumps Kundgebung hätte obendrein am 19. Juni stattfinden sollen, dem sogenannten Juneteenth, an dem das Ende der Sklaverei in den USA und die Emanzipation der Afroamerikaner gefeiert wird. In diesen Feiern schwingen aus komplexen historischen Gründen stets auch die Vertagung der Freiheit und des Wahlrechts, die verspätet gekommene volle Staatsbürgerschaft sowie die aktive Unterdrückung der Rechte der Schwarzen mit. (Nach breiter Empörung über die klare Provokation wurde die Veranstaltung um einen Tag verschoben. Trump nahm darauf für sich in Anspruch, das Land über Juneteenth aufgeklärt zu haben.)

Trumps Gespür für weißen Rassismus

Trump befasst sich nicht mit Geschichte, aber jemand in seinem Umfeld tut es ganz offensichtlich. Zugleich bedeutet Trumps gewaltige Ignoranz nicht, dass er die rassistische und faschistische Rhetorik, die er verwendet, nicht versteht. Wir müssen Trump nicht für einen Strippenzieher halten, der einen faschistischen Coup plant, um zu erkennen, dass er nachweislich ein Gespür dafür hat, wie White Supremacism in Amerika funktioniert, und zwar ohne dass er jemals seine Gedanken darüber zu ordnen bemüht war.

So ist der Faschismus in der Praxis immer vorgegangen: Wenn er etwas war, dann opportunistisch. Der Faschismus wird, wie Paxton schreibt, durch seine „mobilisierenden Leidenschaften“ beschleunigt und mehr von Gefühlen als von Gedanken angetrieben. Für Faschisten zählt nur „das historische Schicksal der Gruppe“, denn „ihr ein einziger moralischer Maßstab ist die Tapferkeit von Rasse, Nation, Gemeinschaft. Legitimität beanspruchen sie nach keinem universellen Standard außer dem darwinistischen Triumph der stärksten Gemeinschaft.“ Die „unklaren und synthetischen Doktrinen“ des Faschismus bedeuten in Verbindung mit seinem Ultra-Nationalismus und Anti-Intellektualismus, dass er nie über einen kohärenten Satz ideologischer Doktrinen verfügt. Gewalt tritt an die Stelle der Ideologie: Der faschistische Machthaber lebt die Vorstellung seiner Gefolgschaft von rechtmäßiger Dominanz ebenso aus wie deren Wut darüber, dass andere Gruppen ihre Ansprüche zurückweisen, indem sie Gleichheit befürworten.

Die heutigen faschistischen Energien in Amerika unterscheiden sich vom europäischen Faschismus der 1930er, aber das heißt nicht, dass sie nicht

faschistisch wären. Es heißt nur, dass sie nicht europäisch sind und wir nicht in den 1930ern leben. Sie bündeln sich weiterhin um klassisch faschistische Tropen nostalgischer Erneuerung, um Phantasien rassischer Reinheit, um die Feier eines authentischen Volks und der Nichtigmachung anderer, um die Suche nach Sündenböcken für wirtschaftliche Instabilität oder Ungleichheit, um die Ablehnung der Legitimität politischer Gegner, um die Dämonisierung von Kritikern, um Angriffe auf die freie Presse und um die Behauptung, der Volkswille rechtfertige das gewaltsame Aufzwingen militärischer Macht. Die Überreste des Faschismus der Zwischenkriegszeit wurden hervorgeholt, zurechtgemacht und einem heutigen Zweck zugeführt. Farbige Hemden mögen sich nicht mehr verkaufen, aber farbige Kappen laufen prima.

Wie eine Montage im Zeitraffer

Wenn man in Zeiten der Trump-Administration über die unausgereiften faschistischen Bewegungen im Amerika der 1930er liest, fühlt sich das weniger prophetisch als vorwegnehmend an. Es wirkt wie eine Montage im Zeitraffer, in der sich eine para-faschistische Ordnung langsam, über nahezu ein Jahrhundert hinweg zum Entstehen zwingt. Es ist gewiss nicht überraschend, dass in den Vereinigten Staaten unter Trump eine erkennbar faschistische Gewalt ausbricht: Sein Justizminister entsendet Truppen in die Hauptstadt, die dort wie eine Privatarmee agieren; bewaffnete paramilitärische Gruppen besetzen die Parlamentsgebäude von Bundesstaaten; Gesetze werden verabschiedet, die bestimmten Gruppen Staatsbürgerschaft und Rechte verweigern; und das Geburtsortprinzip, das der 14. Zusatzartikel der Verfassung garantiert, wird angegriffen. Wenn der Präsident das Wählen zu einer „Ehre“ statt einem Recht erklärt und „einen Witz“ darüber macht, Präsident auf Lebenszeit zu werden; wenn die Regierung zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine neue Frage zur Staatsbürgerschaft in die zehnjährliche Volkszählung aufnehmen will; und wenn landesweite Proteste in Reaktion auf rassistische Ungerechtigkeit zum Vorwand genommen werden, um das Kriegsrecht zu erwägen – dann beobachten wir, wie sich eine amerikanische faschistische Ordnung einen Ruck gibt.

Trump ist weder anormal noch originell. Ein nativistischer reaktionärer Populismus ist in Amerika nichts Neues – er hatte es bisher nur noch nie ins Weiße Haus geschafft. Letztlich zählt es wenig, ob Trump im Herzen ein Faschist ist, solange er faschistisch handelt. In „Das ist bei uns nicht möglich“ bemerkt einer von Lewis' Charakteren über den Diktator: „Buzz ist nicht wichtig – wir müssen die Krankheit behandeln, wegen derer wir ihn ausgespien haben.“

Der Kampf des Jahrhunderts

Washington, Peking und das Revival der Großmacht Konkurrenz

Von **Adam Tooze**

Das „kurze 20. Jahrhundert“, wie Eric Hobsbawm es nannte, soll 1989 mit dem Sieg der USA im Kalten Krieg geendet haben. Doch heute steht Amerika einem mächtigen und durchsetzungsfähigen China gegenüber – einem Einparteienstaat mit einer Staatsideologie, die er den Marxismus des 21. Jahrhunderts nennt, und der eifrig eine starke Armee aufbaut, wobei er sich auf eine Wirtschaft stützt, die in absehbarer Zukunft die größte der Welt werden will. Diese Entwicklung hat die Annahmen erschüttert, die in den vergangenen 30 Jahren den ökonomischen und sicherheitspolitischen Entscheidungen Washingtons zugrunde lagen.

Dieser Wandel der Umstände ist dramatisch. 2001 war es den USA nach Jahren schmerzhafter Verhandlungen gelungen, Chinas Beitritt zur kurz zuvor gegründeten Welthandelsorganisation (WTO) zu bewerkstelligen. Damit wurde die WTO, die die Regeln des Welthandels festlegt, zu einer wahrhaft globalen Organisation, die die große Mehrheit der Weltbevölkerung einbindet. Nun bestand die Hoffnung, wie es Bob Zoellick – der Handelsbeauftragte von Präsident George W. Bush – ausdrückte, dass China zum verantwortungsbewussten Teilhaber des globalen Systems werden würde. 20 Jahre später ist China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die USA und China sind über Handel und Investitionen tief miteinander verbunden. Und doch sind sie in einem Konflikt gefangen, der laut Präsident Donald Trump sogar zu einer vollständigen „Entkopplung“ beider Volkswirtschaften führen könnte. Die Trump-Regierung tut unterdessen alles, was sie kann, um die WTO zu sabotieren, und zwar hauptsächlich deshalb, weil es der Organisation nicht gelang, Chinas Aufstieg zu bändigen.

Die Coronakrise hat den schwelenden Handelskrieg zwischen den USA und China in den Hintergrund treten lassen, aber noch während der Pandemie hat diese ökonomische Rivalität die Gestalt eines dramatischen großstrategischen Patts angenommen. Der Finanzplatz Hongkong ist zum politischen Schlachtfeld geworden; die USA haben eine Großkampagne gegen Chinas führendes Technologieunternehmen Huawei gestartet; und beide Seiten haben Sanktionen gegen führende Politiker angekündigt. Statt wie

* Deutsche Erstveröffentlichung eines Textes, der unter dem Titel „Whose century?“ zuerst in der „London Review of Books“, 15/2020, erschienen ist. Übersetzung: Steffen Vogel.

zuvor Millionen von Menschen bewegen sich nun nur noch kleine Gruppen zwischen beiden Ländern. Ob sich dies nach der Coronakrise wieder ändern wird, ist völlig offen. Mehr noch: Der Konflikt greift auf Amerikas Verbündete über, darunter Australien, Kanada, Frankreich und Großbritannien. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass wir einen Punkt erreicht haben, an dem es zu einem historischen Bruch kommt.

Chinas Aufstieg und das westliche Kapital

Auf amerikanischer Seite begann die Neubewertung der Beziehungen zu China vor gut zehn Jahren, während der ersten Amtszeit von Barack Obama und unter Außenministerin Hillary Clinton. Sie hatte schon als First Lady in den 1990er Jahren großes Interesse an chinesischen Angelegenheiten gezeigt. Als Ministerin verlagerte sie 2011 die Trägergruppen der Navy, und damit die auffälligsten Waffen im strategischen Arsenal der USA, nach Asien. Die Transpazifische Partnerschaft (TPP), ein unbedeutendes Handelsabkommen, für das sich Amerika bis dahin kaum interessiert hatte, wurde zum Werkzeug zur Eindämmung Chinas umgestaltet. Wäre Clinton 2016 Präsidentin geworden, hätte die Beziehung zu China zweifellos im Zentrum ihrer Außenpolitik gestanden. Sie hätte für Kontinuität in der amerikanischen Haltung gestanden. Aber das bemerkenswerte Wachstum der chinesischen Wirtschaft hätte jeder Regierung eine neue strategische Antwort abverlangt. Selbiges gilt für Präsident Xi Jinpings Regime, das seit 2012 den Vorrang der Kommunistischen Partei Chinas, die Intoleranz gegenüber ideologischem Pluralismus, eine energische Geltendmachung der chinesischen Souveränität und eine umfassende neue Vision von Chinas Rolle in der Welt vorantreibt.

Donald Trumps unerwarteter Wahlsieg hat die Debatte verändert, weil er den Fokus wieder auf die USA richtete. Trumps Präsidentschaft ist ein Rorschachtest, auf den Analytiker ihre Diagnose einer Krise projizieren, die ebenso sehr amerikanisch wie sino-amerikanisch ist. Selbstkritische amerikanische Liberale betrachten seine Präsidentschaft als Ergebnis einer entgleisten Globalisierungspolitik der USA, vor allem im Verhältnis zu China: Der Groll der Industriearbeiter, der von Handelsungleichgewichten geschürt wurde, brachte Trump erst ins Amt. Trump und sein Team wiederum machen ihre Vorgänger in der Obama-, Bush- und Clinton-Administration für die China-Krise verantwortlich. Für Falken wie den US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer und Trumps bevorzugten Wirtschaftsberater Peter Navarro stellt sich die Frage, warum überhaupt versucht wurde, China in die Weltwirtschaft zu integrieren und wer von einem Experiment profitiert hat, das dermaßen schiefging. Trumps schlichte Interpretation, die vielleicht auch die freundlichste ist, besagt, dass die amerikanischen Unterhändler der 1990er und frühen 2000er Jahre Trottel waren, die von den Chinesen hereingelegt wurden. Die anspruchsvollere Version lautet, dass Bill Clintons Team zu sehr einer Modernisierungstheorie anhing, die Francis Fukuyama 1989 in seinem Essay über das „Ende der Geschichte“ entworfen hatte. Sie glaubten

die liberale Geschichte, dass in China mit der zunehmenden Entwicklung seiner Wirtschaft unweigerlich das Bedürfnis nach Rechtsstaatlichkeit und repräsentativer Demokratie entstehen würde. Sollte sich das kommunistische Regime dieser Logik verweigern und an seinen alten Gewohnheiten festhalten, würden die Gesetze der Sozialwissenschaft es zu wirtschaftlicher Stagnation verurteilen. In jedem Fall hätte Amerika nichts zu befürchten.

Rückblickend wird klar, dass die Politiker der 1990er und frühen 2000er Jahre ein paar Dinge falsch verstanden haben. Sie rechneten nicht mit Xis restaurativem, persönlichkeitszentriertem Führungsmodell. Aber das gilt auch für viele seiner Rivalen in Peking. Xi ist die konservative Variante eines transformativen Anführers. Was man aber vernünftigerweise nicht sagen kann, ist, dass die Clinton- oder die folgende Bush-Regierung mit Blick auf die Annäherung an China naiv waren. Die Bedingungen für den WTO-Beitritt des Landes waren anspruchsvoll, tausende chinesische Gesetze mussten in Übereinstimmung gebracht werden. Zhu Rongji, der als Premierminister das Abkommen ausgehandelt hatte, sah sich zuhause verbreiteter Kritik ausgesetzt, er habe sich an Amerika verkauft, wie der Autor Paul Blustein berichtet.¹ Die Bedingungen für Chinas WTO-Beitritt, so entfuhr es einem hochrangigen Parteikader, seien nicht besser als die berüchtigten „21 Punkte“, die das imperiale Japan der chinesischen Republik 1915 aufzuzwingen versucht hatte.

Chinas Exportboom im neuen Jahrtausend entsprang nicht einem beiderseitigen Entgegenkommen, sondern der außergewöhnlichen Mobilisierung von Arbeit und Kapital seit den 1990er Jahren. Und in diesem Prozess spielte westliches Kapital eine Schlüsselrolle. Die amerikanische Linke, aber auch einige nüchternere Rechte, fragt daher nicht, ob die US-Unterhändler naiv oder inkompetent waren, sondern wessen Interessen sie vertraten. Verhandelten sie im Namen des Durchschnittsamerikaners oder im Namen der amerikanischen Wirtschaft? Tatsächlich, das zeigen die Journalisten Bob Davis und Lingling Wei, hatten sich US-Wirtschaftspolitiker darauf festgelegt, die Interessen der amerikanischen Wirtschaft mehr oder weniger so voranzutreiben, wie es die Unternehmen ihnen gegenüber vorgebracht hatten.² US-Firmen wie Boeing, General Electric und Pepsi, Banken wie Goldman Sachs, Morgan Stanley und JP Morgan sowie der Versicherungsgigant AIG wollten alle diesen neuen Markt, und sie wollten die billigen Arbeitskräfte. 1994 gab die Clinton-Administration ihre harte Linie mit Blick auf Tiananmen auf und seitdem bestand der Tenor ihrer Politik darin, neue Märkte und Investitionsmöglichkeiten zu erschließen, trotz der starken Einwände der US-Gewerkschaften. Um die Zustimmung des Kongresses zu sichern, organisierte die amerikanische Wirtschaft die teuerste Lobbyaktion aller Zeiten. Die US-Firmen waren derart begierig, als engagiertester Unterstützer Chinas zu gelten, dass sie ein Komitee gründen mussten, um sich darüber nicht zu zerstreiten.

1 Paul Blustein, *Schism: China, America and the Fracturing of the Global Trading System*, Montreal und Kingston 2019.

2 Bob Davis und Lingling Wei, *Superpower Showdown: How the Battle between Trump and Xi Threatens a New Cold War*, New York 2020.

1949 quälte sich das amerikanische politische Establishment mit der Frage „Wer hat China verloren?“. Siebzig Jahre später steht die Frage im Raum, wie und warum Amerikas Elite das Interesse am eigenen Land verloren hat. Käme diese Frage von Bernie Sanders, wäre sie nicht überraschend. Bemerkenswerter ist es da schon, dass Trumps Justizminister William Barr die amerikanische Wirtschaft als „Teil des Problems“ beschreibt, da die Unternehmenschefs zu sehr auf ihre Aktienoptionen fokussiert seien und darüber die „nationale Sicht“ ebenso aus den Augen verloren hätten wie die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass „das nächste Jahrhundert ein westliches bleibt“. Sollten sie für China Lobbyismus betreiben, warnt Barr, könnten sie wie ausländische Agenten behandelt werden. Das ist weit entfernt von den 1990er Jahren, als Amerikas Unternehmenschefs darauf vertrauen konnten, dass ihre Weltsicht im politischen System der USA so tief verankert war, dass die ersehnte wirtschaftliche Integration mit China nicht auf Widerstand stoßen würde, wie hoch die Kosten für die US-Gesellschaft auch sein mochten. Sie bezogen China in ihre Unternehmensplanung ein, als ob es dabei nur um eine private Entscheidung gehe und nicht um eine umfassende Neu-Verdrahtung der Weltordnung. Diese Wette auf die Welt als eine Spielwiese für Konzernstrategien wird heute zunichtegemacht.

Die erste Fehlkalkulation bestand darin, die Kontrollfähigkeit des chinesischen Regimes zu unterschätzen. Bei Beschwerden von US-Seite weist Peking kühl darauf hin, dass Boeing, General Electric oder General Motors ja nicht gezwungen seien, auf dem chinesischen Markt zu investieren: Sie tun das um der Profite willen. Wenn US-Unterhändler für Handelsfragen jedes Jahr erneut Konzessionen von China und Veränderungen an seinem Wirtschaftssystem fordern, dann weil sie mehr Sicherheit und Transparenz wollen, was aber unweigerlich zu Lasten des souveränen Ermessens des Regimes gehen würde. Zudem wollen die Unterhändler, dass chinesische Unternehmen weniger leicht amerikanische Expertise erwerben und sich so in der Wertschöpfungskette nach oben arbeiten können. In Europa und den USA wird die heftige Konkurrenz durch chinesische Firmen zunehmend mit Besorgnis gesehen, ebenso wie die vielfältigen Subventionen, die China seinen Produzenten gewährt, damit sie auf dem heimischen Markt und im Ausland bestehen können.

Trump's Handelskrieger weisen darauf hin, dass die Bandbreite der von China im industriellen Wettbewerb eingesetzten Instrumente eine Handelspolitik nach den Definitionen der WTO ad absurdum führt. Komplexität und Undurchsichtigkeit bilden den Schlüssel zum Erfolg der China GmbH. Das Netzwerk staatlicher Unterstützung für die chinesische Industrie reicht von Zuschüssen der Zentral- und Lokalregierungen und Steuerbefreiungen über subventionierte Landkäufe, billigen Strom und eine ganze Menge subventionierter Kredite bis zu niedrigen Zinsen von der Regierung wie von öffentlichen und privaten Banken. Die Arrangements sind allumfassend, lassen sich aber nahezu vollständig abstreiten, wie die amerikanischen Anwälte chinesischer Firmen demonstrieren, wenn sie sich unbequemen Fragen des US-Handelsministeriums stellen.

Aber die industriepolitischen Instrumente sind nur ein Teil der Geschichte, wie der Journalist Matthew Klein und der Ökonom Michael Pettis zeigen.³ Der wesentliche Grund für das sino-amerikanische Handelsungleichgewicht ist ein makroökonomischer. Wenn wir die Weltwirtschaft insgesamt betrachten, ist der US-Dollar immer noch hegemonial. Die amerikanische Wirtschaft ist nach wie vor die größte, das US-Kapital am profitabelsten und die US-Elite die wohlhabendste. Und es war die US-Elite, die auf Chinas Aufnahme in die WTO drängte. Aber schauen wir stattdessen auf den weltweiten Strom von Geld und Waren, wird klar, dass er stets wesentlich von nicht-amerikanischen Akteuren geprägt wurde. Mit dem Dollarsystem als ihrem Anker haben merkantilistische, exportorientierte Volkswirtschaften wiederholt die Struktur des Welthandels verändert. Nach 1945 waren es die wiederauflebenden westeuropäischen Ökonomien, in den 1970er und 1980er Jahren Japan und die „asiatischen Tiger“. Und seit den 1990er Jahren sind es Deutschland und China.

Peking und der dreifache Klassenkampf

Für beide Staaten war 1989 ein Wendepunkt. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs erlangte Deutschlands produzierendes Gewerbe einen Zugang zu den Arbeitsmärkten Osteuropas. Zugleich schuf Pekings furchterregende Repression auf dem Tiananmen-Platz die Bedingungen für einen gewaltigen Exportschwenk: Er basierte auf dem Drücken der Lohnkosten, der Abstoßung von 70 Millionen Arbeitsplätzen in ineffizienten Staatsunternehmen und dem Niederhalten des Binnenkonsums. China wie Deutschland verzeichnen seit den 1990er Jahren eine dramatische Zunahme der Ungleichheit vor Steuern. Obwohl in China die Einkommen nahezu aller Haushalte einen großen Sprung nach vorn gemacht haben, fiel der Anteil ihrer Konsumausgaben am BIP bis auf 36 Prozent, so wie in der Sowjetunion während der forcierten Industrialisierung der 1930er Jahre. Die Ersparnisse schwolten an, obwohl die Zinsraten so niedrig waren, dass sie einer Besteuerung gleichkamen. Das schuf Raum für enorme Investitions- und Exportvolumina. Dieser Exportschwenk auf dem Rücken der chinesischen Arbeiterklasse ist ein Aspekt dessen, was Klein und Pettis einen „Klassenkampf“ nennen.

Dieses bewusste Hemmen der heimischen Kaufkraft führte zu einer Begrenzung von Importen und einem Anschwellen der Exporte, was den Rest der Welt mit billigen Gütern versorgte. Dieser exportgetriebene Wachstumsmotor hat hunderte Millionen Chinesen aus der Armut gebracht und Deutschlands Zukunft als Europas herausragendes industrielles Kraftzentrum gesichert. Benachbarte Niedrigkostländer wie Ungarn und die Slowakei in Osteuropa oder Vietnam in Ostasien wurden für weitere Kapazitäten neben den Hauptproduktionsstätten angeworben. Rohstofflieferanten wie Brasilien und Australien haben von diesen Goldrausch profitiert. Zur sel-

3 Matthew C. Klein und Michael Pettis, *Trade Wars Are Class Wars: How Rising Inequality Distorts the Global Economy and Threatens International Peace*, New Haven 2020.

ben Zeit wurden Amerikas gewaltige Verbrauchermärkte mit billigen Produkten geflutet. Das versetzte seinen Industriearbeitern einen Schlag, der manchmal als „China-Schock“ bezeichnet wird. Das ist der zweite Aspekt dieses „Klassenkampfes“.

Die Abhilfe, argumentieren einige amerikanische Konservative, bestehe darin, dass die USA ihre fiskalischen Angelegenheiten in Ordnung bringen. Würden die USA ihr Haushaltsdefizit senken und Austeritätspolitik betreiben, wären ihre Wirtschaft weniger überhitzt, ihre Firmen wettbewerbsfähiger und würde ihr Handelsdefizit verschwinden. Diese Interpretation geben die Daten aber nicht her: Wenn die USA in der Vergangenheit ihr Haushaltsdefizit gesenkt haben, fiel damit nicht auch immer ihr Handelsdefizit. Denn nicht nur die Regierung entscheidet über die Balance von Sparen und Investitionen, sondern Haushalte, Unternehmen und Regierung zusammen, und Effekte in den jeweiligen Bereichen heben einander weitgehend auf. Die Schwankungen in Amerikas Bilanz mit dem Rest der Welt resultieren vor allem aus dem Zufluss ausländischem Kapitals. Dieser wird angetrieben von Exportüberschussländern, insbesondere China, die ihre Exporteinnahmen in sichere amerikanische Anlagen investieren, vor allem US-Staatsschulden. 2013 waren die chinesischen Dollarbestände auf über drei Billionen angewachsen, was den Dollar nach oben trieb und amerikanische Produzenten verdrängte. Ein einfallsreicher US-Politiker hätte diesen Zufluss vielleicht wie Erträge aus Ölquellen behandelt und in einen zweckgebundenen Staatsfonds geleitet, mit dem man dringend nötige Infrastrukturprojekte oder eine Industriepolitik, die jener von China und Deutschland gleichkommt, finanzieren könnte. Stattdessen profitierte die Wall Street in ihrer Rolle als Hauptverbindungsline des globalen Finanzwesens – was eine dritte Front des Klassenkampfes eröffnete.

Zweifellos bietet dieses System, wenn man es so nennen will, einigen Parteien beträchtliche Vorteile. Das chinesische Regime kann seine Legitimität daraus beziehen, dass es die Lebensbedingungen von hunderten Millionen Menschen verbessert hat. Es hat zudem eine Schicht vermögender Geschäftsleute und eine Armee wohlhabender Berufssoldaten geschaffen, von denen viele in die Reihen der Partei aufgenommen wurden. Ausländische Firmen, die chinesische Arbeitskräfte einsetzen – Apple ist das bekannteste Beispiel – ernten durch die kostengünstige Montage enorme Profite. Weltweit nehmen sich Banker bei jeder dieser Transaktionen ihren Teil. Hongkong erlebte durch den Kapitalfluss nach und aus China einen Boom und wurde nach der Wall Street und London zum dritten Zentrum des dollarbasierten Finanzwesens sowie weltweit einer der unerschwinglichsten Orte zum Leben. Verbraucher auf der ganzen Welt wiederum profitierten von reichlich billigen Importen.

All dies konnte derart lang andauern, weil es genug mächtige Leute gibt, die daran ein Interesse haben. Aber zuletzt wurde es derart ins Extrem getrieben, dass nun vorsichtiges Handeln gefragt ist. In den letzten Jahren hat China die Aufwertung seines Wechselkurses zugelassen. Die Löhne sind stark gestiegen. Xi hat dazu unaufhörlich den chinesischen Traum gefeiert, positive Energie beschworen und, wenn dies nicht reichte, zu Repression gegriffen. Deutschland stand zwar beinahe vor einem Desaster in der Eurozone, aber

zumindest im Inland sorgen Sozialstaat und Steuersystem für eine bedeutende Umverteilung, so dass trotz steigender Ungleichheit vor Steuern die Einkommensunterschiede nach Steuern erheblich ausgeglichen werden. Wenn das flickwerkartige Weltwirtschaftssystem also heute in Gefahr ist, dann liegt das am spektakulären Versagen des amerikanischen politischen Establishments.

Das Versagen der amerikanischen Elite

Nicht alle Teile der US-Regierungsmaschine sind ausgefallen. Die Weltwirtschaft hängt vom Dollar als gemeinsamer Währung ab, und die US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) war unentbehrlich, um das System angesichts einer Reihe von Schocks zu stützen. Andere Zentralbanken wie die EZB, die Chinesische Volksbank, die Bank of Japan, aber auch kleinere Banken wie die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank haben ebenfalls ihren Beitrag geleistet. Mit gigantischen Liquiditätsmengen halten die Zentralbanken die Maschine am Laufen. Würden sich die Zentralbanken weigern, zu handeln, stünde die Weltwirtschaft vor einem plötzlichen Herzinfarkt. Wie das aussehen könnte, zeigte schonungslos die ruinöse Finanzkrise in der Eurozone zwischen 2010 und 2012, herbeigeführt durch die konservative, rücksichtslose Politik der EZB. Doch angesichts der Coronakrise scheint nun selbst die EZB ihre Lektion gelernt zu haben.

So zentral sie für die Weltwirtschaft auch ist, bleibt die Rolle der Fed doch auf technokratische Krisenbekämpfung beschränkt. Sie hat allenfalls indirekten Einfluss auf Arbeitsmarkt und Sozialstaatlichkeit im Inland; sie hat aber überhaupt keinen Einfluss auf die Handelspolitik und schon gar nicht auf den politischen Prozess. Und dort liegt das Versagen der amerikanischen Elite. Seit der Clinton-Ära hat das Establishment der Demokraten seinen Teil der Abmachung eingehalten und gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Globalisierung abgewendet. Womit es aber nicht gerechnet hat, ist der skrupellose Zynismus der Republikanischen Partei, die ihre Tür für fremdenfeindlichen, ignoranten weißen Nationalismus geöffnet und das Gerede vom betrogenen Land angefacht hat sowie auf Protektionismus eingeschwenkt ist. Die Demokraten hatten auch nicht in Betracht gezogen, dass die Republikaner sich hartnäckig weigern würden, sich an ihren Bemühungen, den Sozialstaat zusammenzuschustern, zu beteiligen, selbst – oder gerade – wenn es um so grundlegende Dinge wie Arbeitslosen- oder Krankenversicherung ging.

Jede entwickelte Volkswirtschaft der Welt – Japan, Südkorea, die europäischen Länder (besonders Italien) – spürte den „China-Schock“. Aber nur in den USA hat dies zu jener politischen Krise geführt, deren Zeugen wir seit 2016 werden. Genau das verlangt nach einer Erklärung.

Dank der sorgfältigen Arbeit von Arbeitsökonomern können wir die Auswirkungen chinesischer Importe für jeden Bezirk und den Verlust von Fabrikjobs in den USA nachvollziehen. Der Schock selbst ist offenkundig, aber sein bescheidenes Ausmaß ist es auch: Die höchsten Schätzungen gehen davon

aus, dass in den USA aufgrund chinesischer Exporte insgesamt 2,5 Millionen Jobs verloren gingen. Das sind kaum mehr als zwei Prozent der Erwerbsbevölkerung. Dies als „amerikanisches Gemetzel“ zu beschreiben, ist eine dramatische rhetorische Aufblähung. Entscheidend ist jedoch der Umstand, dass diese 2,5 Millionen 20 Prozent der Industriearbeiterschaft entsprechen. Das waren die legendären gutbezahlten manuellen Tätigkeiten, die für den verschwundenen amerikanischen Traum vom Arbeiterwohlstand stehen.

Angesichts der Ressourcen der US-Regierung hätte ein Schock dieser Größenordnung durch Investitionen in den Sozialstaat, Bildung, Reinvestitionen und Umsiedlung abgefedert werden können. Aber das hätte eine kreative Politik erfordert und genau einer solchen stellten sich die Republikaner in den Weg. Daher wurde dem Problem nicht begegnet, was eine allgegenwärtige Statusangst in der unteren Mittel- und Arbeiterklasse, vor allem unter Männern, entfesselte. In Bezirken, die aufgrund des „China-Schocks“ die meisten Jobs verloren, schnitt Trump bei der Wahl 2016 am besten ab. Es gab keinen massiven landesweiten Umschwung unter den Wählern, genauso wenig wie der „China-Schock“ eine große, nationale Arbeitsmarktkrise verursacht hatte. Aber dank der klapprigen Konstruktion einer Verfassung aus dem 18. Jahrhundert musste Trump für seinen Wahlsieg nichts weiter tun als eine Reihe konzentrierter lokaler Krisen auszubeuten.

Der Klang und die Wut des Handelskrieges ist eines der wenigen konsistenten Motive der Trump-Administration. Aber Trump ist zerrissen zwischen seinem Wunsch, als Held der Arbeiter zu posieren, und seinem obsessiven Interesse am Dow-Jones-Index, der auf seinen Wirtschaftsnationalismus nicht wohlwollend reagiert. Trumps Rhetorik betont zwar die Würde der Arbeit, aber selbst Ökonomen, die dem Protektionismus eher wohlwollend gegenüberstehen, ist es nicht gelungen, eine relevante Gruppe amerikanischer Arbeiter auszumachen, die von Trumps Zöllen profitiert. Kein großer Wirtschaftsverband unterstützt seine Handelspolitik. Immer wenn die Abrissbirne zu weit ausholt – als Trump beispielsweise drohte, das Freihandelsabkommen Nafta aufzukündigen, von dem wichtige Lieferketten in Kanada und Mexiko abhängen –, hält die Wirtschaftslobby dagegen. Es ist Finanzminister Steve Mnuchin, ehemals bei Goldman Sachs, der die traditionellere, wirtschaftsfreundliche republikanische Politik in die Trump-Administration lenkt. So ist Nafta nach einer Zitterpartie als das United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) neu erstanden. Aber wenn es um China geht, hat die Wirtschaft, die einst so aktiv auf Integration drängte, ihren Ton gewechselt. Peking hat seine gut vernetzten Kontakte wie den milliardenschweren Investor Stephen Schwarzman von der Blackstone-Investmentgesellschaft wiederholt gebeten, bei US-Unternehmenschefs zu vermitteln, nur um von diesen zu hören, sie hätten nicht den Einfluss oder seien nicht bereit, ihn zu nutzen. Sie fürchten sich, als unpatriotische Globalisten angeprangert zu werden. Und nach jahrelangen frustrierenden Verhandlungen mit China scheinen sie es Trumps Team bereitwillig zu erlauben, Peking alle erdenklichen Konzessionen abzurufen. Angesichts der jahrzehntelangen Investitionen, die damit verbunden sind, ist das ein Spiel mit hohem Einsatz.

In Washington hat sich eine politische Front gebildet, die aus Veteranen der Handelskämpfe der 1990er und 2000er Jahre beider Parteien besteht, Falken, die von Lighthizer, Navarro und dem Präsidenten angeführt werden. Die alten Schlachtrösser der US-Handelspolitik möchten erneut die Kämpfe von vor 15 Jahren ausfechten, als China seine Exporte mit niedrigen Lohnkosten und Währungsmanipulation in die Höhe trieb. Doch diese Tage sind längst vergangen. In China sind die Löhne im Vergleich zu seinen Nachbarn wie Vietnam relativ hoch. Und die Chinesische Volksbank unternimmt derzeit mehr Anstrengungen, den Yuan zu stützen als ihn abzuwerten. Aus unternehmerischer Sicht sind heute zudem nicht die Löhne entscheidend, sondern der Schutz geistigen Eigentums und der Zugang zu chinesischen Märkten. Aber das entspricht nicht Trumps Agenda. Er brennt darauf, die chinesischen Importe zu zügeln. Er betrachtet Handelsdefizite als den Abfluss von Amerikas „kostbaren Körperflüssigkeiten“. Er will sein Geld zurück. Er will China zahlen lassen, und Zölle sind seine Waffe. Seine fixe Idee besteht darin, dass es chinesische Exporteure sind, die die Last der Zölle tragen, und nicht US-Verbraucher sowie Einzel- und Großhändler. Zwischen den Runden von Zollerhöhungen schließt er gerne Abkommen ab, kassiert den Applaus der Wall Street und macht Foto-Termine mit dem majestätischen chinesischen Präsidenten. Peking glaubte, es habe einen Waffenstillstand ausgehandelt, als es Einkaufsquoten zustimmte. Im sogenannten Phase-I-Abkommen, das im Januar unterzeichnet wurde, verpflichtete sich China, in den kommenden zwei Jahren für zusätzliche 200 Mrd. Dollar Güter und Dienstleistungen zu erwerben. Die Coronakrise hat zwar den normalen Gang der Geschäfte unterbrochen, aber auch so fiel auf, dass viele Branchen, darunter Computerchip-Produzenten, gar kein Interesse an dem Abkommen zeigen. US-Mikroelektronikfirmen entscheiden auf Grundlage komplexer Strategien über Produktion- und Vertriebsarrangements. Das Letzte, woran sie ein Interesse haben, ist, ihre Lieferketten neu zu verhandeln, damit chinesische Staatsbürokraten die Ziele einhalten können, die sie mit Trump vereinbart haben.

Die Balance herstellen

Nichts von alledem berührt das Ungleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und Nachfrage, das letztlich in Chinas stark verzerrter Einkommensverteilung begründet liegt. Erst wenn die Löhne der chinesischen Arbeiter stärker dem Wert ihres Arbeitsergebnisses entsprechen und wenn chinesische Haushalte ein normales Konsumniveau erreichen, wird der Handel ein gesundes Gleichgewicht erreichen. Dieses Argument bemühen auch Matthew Klein und Michael Pettis im Rückgriff auf die klassische Studie zum Imperialismus, die der britische Ökonom John Hobson 1902 im Gefolge des Burenkrieges veröffentlichte. Hobsons Arbeit beeinflusste Lenins Verständnis des Ersten Weltkriegs als Auswuchs imperialistischer Konkurrenz; aber anders als Lenin war Hobson nicht der Auffassung, dass finanzielle Rivalität unvermeidlich zum Krieg führen muss. Der Schlüssel zur Befriedung

der internationalen Sphäre bestand für ihn im Ausgleich der Ungleichheit im Inland, sodass die Binnennachfrage der heimischen Produktion entspricht. Das war eine proto-keynesianische Antwort auf die Herausforderung des Imperialismus, ein liberales Win-win-Rezept, um internationale Spannungen zu entschärfen, indem man die Ungleichheit im Inland reduziert.

Doch wenn man versucht, in unserer heutigen Situation einen solchen keynesianischen Ausgleich zu finden, stellen sich sofort zwei Fragen: Wer wird ihn herbeiführen? Und wird eine ökonomische Anpassung ausreichen, um die Kollision internationaler Interessen zu entschärfen?

Was China angeht, hängt die Antwort entscheidend von der Kommunistischen Partei ab. Das Regime hat wiederholt versprochen, genau einen solchen Ausgleich zu leisten, indem es die Nachfrage ankurbelt und so Chinas Abhängigkeit von Investitionen und Exporten als Wachstumsmotoren reduziert. Aber es ist schwer, das bisherige Modell aufzugeben. Rund um die wichtigsten technischen Ministerien scharen sich mächtige Interessengruppen. Regionalregierungen, die ein ähnliches Ausmaß haben wie große europäische Staaten, sind den Infrastrukturausgaben verfallen. Peking aufzufordern, es möge den Ausgleich bewerkstelligen, indem es freie Gewerkschaften und Tarifverhandlungen zulässt, ist unrealistisch. Wahrscheinlicher ist da schon eine Anstrengung zur Verbesserung der Verhandlungsposition der geknechteten 174 Millionen Wanderarbeiter, die Chinas städtische Wirtschaft aufrechterhalten, und zur Ausdehnung des keineswegs generösen Sozialstaates.

Aber selbst wenn sich Peking auf ein Programm für einen gewaltigen Ausgleich im Inneren einließe, glauben wir wirklich, dass damit die Probleme zwischen China und den USA verschwinden würden? Geht es bei dem Handelskrieg wirklich um Handel? Vor einigen Jahren wäre das noch plausibel gewesen, aber die heutigen Spannungen gehen weit über Wirtschaftsfragen hinaus. Selbst im Handelsbereich wird die Diskussion derzeit nicht von Sojabohnen oder Industriearbeitsplätzen dominiert, sondern von Mikrochips, Cloud Computing, 5G und der Datensammlung durch TikTok. Auf dem Spiel stehen technologische Führerschaft und nationale Sicherheit.

Zwischen Handels- und Sicherheitspolitik besteht eine offenkundige Verbindung, die in der derzeit endenden Ära aber stets verleugnet wurde. Amerikas unipolare Dominanz nach dem Kalten Krieg gestattete es, eine klare Trennlinie zwischen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zu ziehen. Das von der Globalisierung angetriebene Wirtschaftswachstum war geopolitisch unschuldig. Im besten Fall würde, wie die Liberalen hofften, die wirtschaftliche Entwicklung eine politische und rechtliche Annäherung nach sich ziehen. China würde zum Partner in einem System, das die USA geformt hatten. Und wenn nicht, würde es keinen wirklichen Schaden anrichten können, da Amerikas militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft so überwältigend war, dass kein wirtschaftliches Ereignis, sei es eine historische Krise oder ein dramatischer Wachstumsschub, sie ernsthaft herausfordern könnte.

Das Wiederaufleben von Putins Russland enthüllte die Schwäche dieser Logik. Obwohl sein BIP kaum größer als das spanische ist, hat es Russland geschafft, mit seinen militärischen Kapazitäten die geopolitische Balance in

Westasien und dem Mittleren Osten auszuhebeln. Und das Ausmaß von Chinas Wachstum hat in Verbindung mit der Entschlossenheit seiner politischen Führung die begriffliche Trennung von Ökonomie und Sicherheitspolitik vollständig aufgehoben. Wenn ein Großteil der US-Elite sehr besorgt über China ist, dann hat das nichts mit Handelsungleichgewichten oder Industriejobs zu tun. Was zählt, ist das schiere Ausmaß an staatlicher Macht, das Peking durch das spektakuläre Wirtschaftswachstum erhält. Für Amerikas Falken verschiebt jeder zusätzliche Dollar für Chinas BIP und jede Technologie, die China erwirbt, die geopolitische Balance in die falsche Richtung.

Eine neue Generation von Falken

Dies muss man unbedingt erkennen, um die Politik der Trump-Administration nüchtern bilanzieren zu können. Wenn man sich, wie allzu oft geschehen, auf den erratischen Charakter des Präsidenten konzentriert und die Handelspolitik nach den Grundregeln der Prä-Trump-Ära zu interpretieren versucht – also annimmt, es gehe um soziale und ökonomische Interessen –, dann stößt man nur auf Inkohärenz. Aber für eine neue Generation amerikanischer Großstrategen liegt die wahre Inkohärenz in der Zeit davor, in der Periode von den 1990ern bis etwa 2010, als der zivile Flügel der US-Regierung die Integration Chinas in die Weltwirtschaft plante, während das Pentagon mögliche kriegsrische Auseinandersetzungen in der Taiwanstraße oder auf der koreanischen Halbinsel durchspielte. Im Rückblick betrachten die heutigen Falken dies als das sicherheitspolitische Gegenstück zum wirtschaftlichen Verrat der US-Elite. Während China aufstieg, schlief Amerika. Für sie markiert die Trump-Regierung ein lange überfälliges Erwachen. Neue Schlagworte sollen die Bedürfnisse einer Ära bedienen, in der Wirtschaft und Großstrategie untrennbar verbunden sind. So wurde Edward Luttwaks Begriff der „Geoökonomie“ wieder aufgegriffen, und in den vergangenen Monaten sprach man von „zur Waffe gemachter Interdependenz“. Dies mag auf die Inhaftierung von Huawei Finanzchefin Meng Wanzhou in Kanada für den Verstoß gegen die amerikanischen Iran-Sanktionen zutreffen oder auf Pekings Forderung, das Geldhaus HSBC und das Finanzunternehmen Standard Chartered sollten Chinas neues Sicherheitsgesetz in Hongkong unterstützen, oder auf die Gerüchte, die Trump-Administration könnte die Bindung von Hongkongs Dollar an die US-Währung attackieren. Es passt aber auch auf Trumps hetzerische Rede vom „Wuhan-Virus“ und der „Kung flu“ (vom englischen Wort für Grippe): Das ist die Vorstellung von Covid-19 als zur Waffe gemachtem Virus, den Horden von chinesischen Touristen und Geschäftsleuten im Westen verbreiten.

Das Pentagon hat bereits reagiert und ein neues ökonomisches Konzept der nationalen Sicherheit formuliert. Im Mai veröffentlichte dann die US-Regierung eine bedeutende Erklärung zur neuen Ära der Großmacht Konkurrenz mit China. Es beginnt mit der Zurückweisung der liberalen Prämisse einer möglichen Annäherung und der unverblühten Aussage, der Macht der KP Chinas und ihrem globalen Einfluss entgegenzutreten zu müssen.

Die US-Regierung fordert die Institutionen, einschließlich der Universitäten, auf, chinesische Partner mit neuem Misstrauen zu behandeln. Bei 5G werden Amerikas Verbündete, wie Großbritannien erfahren musste, unter Zugzwang gesetzt: Wer Huawei in sein Netzwerk aufnimmt, erhält nur noch begrenzten Zugang zu Geheimdienstinformationen.

Der Kalte Krieg hat nie geendet

Diese Neubewertung geht dezidiert über die Außenpolitik hinaus. Wenn dies ein neuer Kalter Krieg ist, sagt der konservative Historiker Hal Brands, dann muss Amerika sich an der Heimatfront sammeln. Es muss zu einer „besseren Version seiner selbst“ werden. So kritisiert der überaus produktive und unorthodoxe Konservative Michael Lind die, wie er sie nennt, „Überklasse“, die schleichend die amerikanischen Arbeiterklasse ausgrenze, und klingt dabei beinahe wie jemand aus dem Sanders-Lager.⁴ Er fordert einen demokratischen Pluralismus, der die Stimme der Arbeiterklasse institutionalisiert und ihr erneut Einfluss verleiht, so wie es Dreiparteienverhandlungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung einst getan haben. Der neue Kalte Krieg mit China sei eine Gelegenheit zur Neuausrichtung der US-Regierung als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung – nicht im Sinne von Reformen im Inland zur Entschärfung internationaler Spannungen, sondern von internationalen Spannungen als Triebfeder einer notwendigen Transformation im Inland. Tatsächlich gibt es eine Vielzahl historischer Beispiele, wie externe Krisen in diesem Sinne genutzt wurden, sie reichen von Alexander Hamilton über Franklin D. Roosevelt bis zu Ronald Reagan. Aber daraus zu schließen, dass jede internationale Krise solch eine Möglichkeit beinhaltet, hieße, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Das fortschrittliche Potential eines solchen Moments hängt maßgeblich davon ab, ob es ausgleichende Institutionen gibt, die diese Energien für Reformen kanalisieren können. Mitte des 20. Jahrhunderts waren dies die organisierte Arbeiterschaft und die Institutionen basisdemokratischer Politik. Diese sind heute aber massiv geschwächt. Sinnbildlich für die aktuelle Situation steht die Tatsache, dass ein Multi-Milliarden-Dollar-Paket für eine militärisch-industrielle Konfrontation mit China den Kongress passiert, während gleichzeitig Mitch McConnell, der republikanische Mehrheitsführer im Senat, offen die Idee zur Diskussion stellt, dass Bundesstaaten oder Städte Konkurs anmelden sollten, wenn sie nicht in der Lage sind, die Kosten von Covid-19 zu tragen. Einer der aktivsten Fürsprecher einer Anti-China-Gesetzgebung ist der Senator von Arkansas, Tom Cotton, der am 3. Juni in der „New York Times“ den Einsatz der Armee zur Niederhaltung der Black-Lives-Matter-Bewegung forderte. Als der Präsident und sein Verteidigungsminister über die Beherrschung der „Kampfzone“ Washington DC diskutierten, war es nur dem Widerstand der Generäle zu verdanken, dass Amerika vor einem katastrophalen Armee-

4 Michael Lind, *The New Class War: Saving Democracy from the Metropolitan Elite*, Washington 2020.

einsatz in seiner eigenen Hauptstadt bewahrt wurde. Unter solchen Bedingungen könnte die Idee, die Großmachtkonfrontation für innenpolitische Reformen zu nutzen, zu einer weiteren Militarisierung der Politik führen.

Man muss sich fragen, ob die Befürworter eines neuen Kalten Krieges verstanden haben, welche Herausforderung das China des 21. Jahrhunderts darstellt. Für Amerikaner sind die Anspielungen auf einen Kalten Krieg 2.0 auch deshalb reizvoll, weil sie zu wissen glauben, wie der erste geendet hat. Aber gerade unsere diesbezüglichen Gewissheiten sollten durch Chinas Aufstieg in Frage gestellt worden sein. Tatsache ist, dass die USA sich im Kalten Krieg in Asien nicht durchsetzen: Korea wurde nach einem Patt geteilt. Vietnam markierte ein demütigendes Scheitern. Um einen Ausweg aus diesem Debakel zu finden, wandten sich Präsident Richard Nixon und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger an Peking und begründeten eine neue Ära sino-amerikanischer Beziehungen. Amerikas Fähigkeit, das Gleichgewicht zulasten der Sowjetunion zu kippen, hing eng damit zusammen, dass es die Chinesen erfolgreich gegen die Sowjets ausspielte.

Das Massaker auf dem Tiananmen-Platz war kein zufälliger Schandfleck in der liberalen Landschaft von 1989; es war die Antwort der kommunistischen Partei Chinas auf die Berlin-zentrierte Erzählung vom „Ende der Geschichte“. Der Fehler in der Vorstellung, wir befänden uns in einem „neuen Kalten Krieg“ besteht darin, ihn uns als neu vorzustellen. Indem wir einen Strich unter 1989 ziehen, erklären wir vorzeitig den Sieg des Westens. Aus der Sicht Pekings gibt es aber kein Ende, sondern eine Kontinuität der Geschichte – selbstverständlich nicht ohne Brüche, dauerhaft Neuinterpretationen erfordernd, wie es jede lebendige politische Tradition tut, aber dennoch eine Kontinuität. Obwohl Amerikas Falken nur über ein grobes Verständnis der chinesischen Ideologie verfügen, liegen sie in dieser speziellen Frage tatsächlich richtig. Wir müssen das Sendungsbewusstsein der KP Chinas ernst nehmen. Wir sollten uns nicht mit dem Gedanken trösten, nur weil chinesische Politik heute hauptsächlich im nationalistischen Modus funktioniert, sei Xis Regierung bloß ein nationalistisches Regime. Vielmehr ist China unter Kontrolle der KP mit einem gigantischen und neuartigen sozialen und politischen Experiment beschäftigt, das ein Sechstel der Menschheit umfasst und ein historisches Projekt bedeutet, das den demokratischen Kapitalismus im Nordatlantik in den Schatten stellt.

Eine Entspannungspolitik für das Anthropozän

Doch diese ideologischen Einsätze als echt anzuerkennen, meint nicht automatisch, dass die USA und ihre Verbündeten sich für eine „siegreiche“ Konfrontation mit dem kommunistischen Feind rüsten sollten. Selbst die strategischen Erklärungen der Trump-Administration machen vernünftigerweise vor Forderungen nach Regime Change halt. Wir erkennen also, was schon lange offensichtlich gewesen sein sollte – dass es das chinesische Regime mit der Bewahrung und Ausdehnung seiner Macht ernst meint und sich auf einer

welthistorischen Mission sieht, die es mit allem in der Geschichte des Westens aufnimmt. Damit stellt sich die Frage, wie schnell wir uns in Richtung Entspannung bewegen können, also zu einer langfristigen Koexistenz mit einem Regime, das sich radikal von dem unseren unterscheidet. Das wäre ein dauerhaftes „leben und leben lassen“, bar aller Annahmen von Konvergenz und dem unausweichlichen historischen Triumph des ökonomischen, sozialen und politischen System des Westens. Es wäre eine langfristige Koexistenz, in der die USA sich mit der Zeit durchaus als Juniorpartner oder, bestenfalls, als Anführer einer Koalition kleinerer Mächte wiederfinden könnten, die das massive Gewicht Chinas ausgleichen. Angesichts der globalisierungsbedingten Verflechtung zwischen Ländern und Volkswirtschaften der jüngsten Jahrzehnte muss diese neue Entspannung eine Übereinkunft in Handelsfragen beinhalten. Das hängt von tiefgehenden Fragen der sozioökonomischen Balance im Inland ab, in den USA wie in China. Aber es kann dabei nicht nur um Handel gehen. Es gibt keinen Weg zurück in die 1990er Jahre, als das Wirtschaftswachstum im Zeichen der US-Hegemonie als geopolitisch neutral behandelt werden konnte. Diese Ära ist vorbei, gemeinsam mit der Unipolarität. Stattdessen haben wir (erneut) gelernt, dass Wirtschaftswachstum und Handel die Machtbalance bestimmen und somit Spannungen erzeugen, die schließlich eine internationale politische Lösung erforderlich machen. Die neue Entspannungspolitik muss sich daher direkt Fragen von Geopolitik und Sicherheit widmen. Zugleich müssen wir aber darüber hinausgehen. In den 1970er Jahren führte die existenzielle Bedrohung durch Atomwaffen schließlich zur Entspannung. Im 21. Jahrhundert stehen wir vor der existenziellen Herausforderung des Anthropozäns. Covid-19 markiert die erste umfassende Krise dieser neuen Ära. Trotz zahlreicher Warnungen hat sie uns überrascht und ein entmutigendes Urteil über die Regierungen Europas und der USA gefällt. Unterdessen schwelt die Klimakrise unvermindert weiter.

Es geht also nicht wie in den 1970er Jahren darum, ein nukleares Patt zu entschärfen, oder wie vor 1914 eine geoökonomische Rivalität von der Art, wie sie Hobson analysiert hat. Obschon wir heute beides auch tun müssen, stehen wir nun vor der neuartigen Herausforderung, wie wir das Wirtschaftswachstum als planetarische Bedrohung entwaffnen können. In diesem Moment, da China seinen 14. Fünfjahresplan erstellt, wägt Peking die Vorzüge einer Generation von Kraftwerken, die einen Großteil der Klimazukunft entscheiden werden. Die Infrastrukturprojekte der Neuen Seidenstraße werden die Energiezukunft vieler bedeutender Schwellenländer bestimmen. Auch Indien prüft seine Energieoptionen. Und die EU kämpft darum, ihren Green Deal mit Leben zu füllen. Aus gutem Grund sind die USA derzeit mit dem Erbe rassistischer Hierarchien und eines halben Jahrhunderts steigender Ungleichheit beschäftigt. Aber während ihre politische Klasse sich der Herausforderung des Wiederaufbaus widmet, stellt sich ihr schon eine neue Jahrhundertfrage: Gelingt ihr eine politische Abmachung im Inneren, damit die USA werden können, was sie derzeit nicht sind – ein kompetenter und kooperativer Partner im Management der kollektiven Risiken des Anthropozäns? Das versprach der Green New Deal. Nach dem Coronaschock ist er nun dringlicher denn je.

Vorbild und Verheißung: Roosevelts New Deal

Von Steffen Lehndorff

Gegenwärtig ist allerorten von der Notwendigkeit eines Green New Deal die Rede. Dabei verbirgt sich hinter dem Slogan eine Vielzahl von recht unterschiedlichen Konzepten.¹ Doch unabhängig davon, wie ernst „Grün“ und „Neu“ jeweils zu nehmen sind, ist allen Konzepten eines gemeinsam, die plakative Berufung auf den New Deal der USA in den 1930er Jahren, auf den sich auch der Präsidentschaftskandidat Joe Biden offensiv bezieht. Dabei taugt die New-Deal-Politik der Roosevelt-Regierung zu weit mehr als zu einem bloßen Werbebanner. Sie war ein großes, noch nie dagewesenes Reformprojekt. In einer Zeit, da Millionen von Menschen in Europa Mussolini und Hitler zujubelten oder in buchstäblicher Ehr-Furcht vor Stalin erstarrten, wurde in den USA ein demokratischer Ausweg aus den Folgen der Großen Depression gesucht und gefunden, der auf unbekanntes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Terrain führte und eine faszinierende politische Dynamik auslöste. Deshalb lohnt sich ein Blick zurück: Nicht allein auf das, was gemacht worden ist, sondern auch und vor allem darauf, wie es durchgesetzt wurde. Das Wechselspiel von Regierung und gesellschaftlichen Bewegungen, die Bereitschaft zum Experimentieren, die Lernfähigkeit, der Mut zum Konflikt mit mächtigen Interessengruppen in Wirtschaft, Politik und Medien – diese Erfahrungen können alle inspirieren, die sich heute mit einem Großprojekt sozialökologischer Reformen auf noch größeres und noch unbekannteres Neuland vorwagen wollen.

»Das einzige Licht in der Dunkelheit«

Als die Roosevelt-Regierung nach über drei Jahren Großer Depression im März 1933 mit ihrer Arbeit begann, herrschten Massenarmut und tiefe Resignation. Doch dann wurde innerhalb weniger Wochen ein riesiges Wiederaufbauprogramm in Gang gebracht, und zwar auf Wegen und mit Instrumenten,

* Der Beitrag basiert auf „New Deal heißt Mut zum Konflikt. Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können“, dem jüngsten Buch des Autors, das soeben im VSA: Verlag erschienen ist. Neben einer genaueren Beschreibung der Dynamik des New Deal finden sich dort auch die Quellenangaben, auf die hier aus Platzgründen verzichtet wird.

1 Zur Diskussion über einen Green New Deal in den USA vgl. den Beitrag von Naomi Klein, Radikal machbar: Neun Gründe für einen Green New Deal, in: „Blätter“, 12/2019, S. 67-77.

die bis dahin zumindest in Friedenszeiten und mit demokratischen Mitteln noch nie erprobt worden waren: Der Bankensektor wurde saniert und reguliert, und die Börse wurde einer staatlichen Aufsicht unterstellt; mit Hilfe verschiedenster Beschäftigungsprogramme wurden innerhalb weniger Monate über sechs Millionen bis dahin arbeitslose Menschen für den Bau von Schulen, Spielplätzen, Kindergärten, Straßen, Grünflächen, für Aufforstung und Landschaftspflege eingesetzt; mit weiträumigen Infrastrukturprojekten wurden Staudammsysteme zur Bewirtschaftung, Bewässerung und Elektrifizierung ganzer Regionen geschaffen.

Mit neu eingeführten Systemen sozialer Unterstützung gelang es, im Laufe der 1930er Jahre insgesamt einem Drittel der Bevölkerung staatliche Hilfe zukommen zu lassen. Die Steuern für hohe Einkommen, Erbschaften und Unternehmensgewinne wurden drastisch erhöht; erstmals wurden soziale Mindeststandards wie das Verbot der Kinderarbeit, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, ein Mindestlohn und eine Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden gesetzlich verankert; es wurde ein Sozialversicherungssystem eingeführt mit den Schwerpunkten einer Arbeitslosen- und einer Rentenversicherung; und last not least: 3000 Kulturschaffende verschiedenster Disziplinen wurden gefördert und brachten Kunst unters Volk.

Alles war neu und fast alles war umstritten – auch innerhalb der Regierung. Nichts war perfekt, und einiges endete in Halbheiten und Misserfolgen. Dennoch konnte das Ruder in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt herumgeworfen werden. Im Ergebnis war 1937 das Bruttoinlandsprodukt um rund 40 Prozent höher als 1932, und die Zahl der Beschäftigten wuchs rasant: von 38 Millionen 1933 auf 46 Millionen 1937. Damit sank die Arbeitslosenquote bis 1937 um immerhin rund zehn Prozentpunkte gegenüber dem Rekordwert von 25 Prozent im Jahre 1933.

Entscheidend war, dass energisches Handeln der Regierung große Teile der Bevölkerung zum Engagement ermutigte. So konnte aus internen Kontroversen und politischen Niederlagen vielfach die Initiative zu neuen, weitergehenden und wirkungsvolleren Maßnahmen hervorgehen. Es war eine fast beispiellose politische Dynamik, die – was heute wieder besonders hervorgehoben werden muss – eine demokratische Dynamik war! Der britische Sozial- und Geschichtsphilosoph Isaiah Berlin charakterisierte diese herausragende Besonderheit eindrucksvoll mit den Worten: „In diesen dunklen und bleiernen dreißiger Jahren waren die Regierung von Herrn Roosevelt und der New Deal in den Vereinigten Staaten das einzige Licht in der Dunkelheit.“

Dieser widerspruchsvolle Such-, Lern- und Durchsetzungsprozess zeigte sich an verschiedenen Schlüsselprojekten und Wegmarken des New Deal. Im Folgenden werfe ich kurze Schlaglichter auf drei davon, an denen sich besonders eindrucksvoll die Wechselwirkungen zwischen Regierungspolitik und gesellschaftlichem Druck beim Beschreiten von Neuland beobachten lassen. Es war eine Dynamik, die der Ökonom John K. Galbraith später als die Förderung und Wirkung gesellschaftlicher Gegenmacht („countervailing power“) beschrieb – und die heute für das Gelingen eines Grünen New-Deal-Reformprozesses von ausschlaggebender Bedeutung sein dürfte.

Eine der zahlreichen Anekdoten, die sich um den New Deal ranken, erzählt von einem Treffen Roosevelts mit Aktivisten, die ihn von einem Gesetzesvorhaben überzeugen wollten. Er hörte sich ihre Argumente an und soll dann gesagt haben: „Sie haben mich überzeugt. Jetzt gehen Sie raus und sorgen Sie dafür, dass ich es mache.“

»Graswurzel-Demokratie«

Die Basis-Verankerung staatlicher Projekte zeigte sich zum Beispiel an der im Mai 1933 gegründeten Tennessee Valley Authority (TVA). Sie war eine Bundesbehörde mit der Aufgabe, eine der ärmsten Regionen der USA wirtschaftlich und sozial zu entwickeln. In sieben Bundesstaaten im Süden der USA wurden insgesamt 21 Staudämme gebaut, Landwirtschaft und Dörfer an das Stromnetz angeschlossen, Wälder wieder aufgeforstet, landwirtschaftliche Flächen bewässert, die dörfliche Infrastruktur entwickelt, Flüsse mit Dämmen und Schleusen für die Transportschifffahrt erschlossen (was zugleich die Landwirtschaft vor Überschwemmungen schützte) und mit alledem auch Voraussetzungen für eine industrielle Entwicklung geschaffen. Integraler Bestandteil der TVA ebenso wie aller übrigen Infrastruktur- und Beschäftigungsprogramme war eine Anti-Korruptions-Untersuchungseinheit, die maßgeblich mit Hilfe von Armee-Offizieren organisiert wurde. Damit konnte erreicht werden, dass es – wie eine spätere Untersuchung durch den Kongress zeigte – keine größeren Korruptionsfälle gab. Der US-Ökonom Paul Krugman bezeichnet die Politiker des New Deal als „von der Korruptionsabwehr geradezu besessen“ und findet es angesichts des Umfangs der öffentlichen Programme „verblüffend, wie rein die Weste des New Deal geblieben ist“.

Ausschlaggebend für den Erfolg dieses Großprojekts war die Verbindung von zentraler Planung und dezentraler Beteiligung. Der Leitung dieser aus dem Boden gestampften Behörde war klar, dass sie auf die Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Institutionen und Akteuren angewiesen war. Der Direktor der Stromsparte, David Lilienthal, bezeichnete dieses Konzept als „ein Experiment der Verankerung von Aktivitäten der Bundesregierung in Basis-Initiativen“ (*grassroots administration of federal functions*). Insbesondere die Rolle der Kommunen wurde durch dieses Herangehen, das auch für andere New-Deal-Institutionen typisch werden sollte, erheblich aufgewertet.

Diese „grassroots democracy“, wie sie häufig genannt wurde, hatte zwar erhebliche Haken und Ösen, die den demokratischen Impetus sogar ins Gegenteil verkehren konnten. So blieben, da innerhalb der etablierten Strukturen der Südstaaten gearbeitet wurde, die dort tief verankerten rassistischen Strukturen unangetastet.² Dennoch muss sowohl aus damaliger als auch aus heutiger Sicht das Hauptaugenmerk den Potentialen dieser Herangehensweise gelten. Bei der TVA und den anderen Staudammprojekten

2 Derartige Beschränkungen des New Deal spielen heute in den Diskussionen über einen Green New Deal in den USA berechtigterweise eine große Rolle; vgl. dazu die Internetseite livingnewdeal.org, die auch eine große Vielfalt von Informationen über Roosevelts New Deal bietet.

wurden diese in dem Maße am deutlichsten, wie es der Regierung in vielen Regionen und Städten mehr und mehr gelang, Stromversorgung als eine öffentliche Aufgabe durchzusetzen. Bis dahin war Stromversorgung in den USA ausschließlich Sache privater Konzerne und Elektrizitätskartelle, und es fanden sich zunächst sogar Gerichte, die darin ein Vorrecht mit Verfassungsrang erblickten. Dies führte jedoch zu einer Unterversorgung von großen als unprofitabel geltenden Regionen, während in Städten und dichter besiedelten Gegenden die Strompreise häufig sehr hoch waren. Diesem Missstand traten nun staatliche Versorgungsunternehmen als Konkurrenten entgegen: Staatliche Unternehmen sicherten die Versorgung ländlicher Regionen und setzten den Maßstab für angemessene Preise. Es liegt nahe, dass dieser Provokation mit zahlreichen Gerichtsverfahren, politischen Blockadeversuchen und den üblich gewordenen Protesten gegen Kommunismus, Stalinismus und Diktatur begegnet wurde. All diese Obstruktionsversuche verzögerten und komplizierten zwar die Ausweitung öffentlicher Stromversorgung, konnten sie aber nicht verhindern.

Dabei hatten die Bundesbehörden Bürgermeister und andere lokale Akteure auf ihrer Seite, die – insbesondere in den Südstaaten – dem New Deal zuvor distanziert gegenübergestanden hatten. Es wurden etliche kommunale Versorgungsunternehmen gegründet, die den Strom von staatlichen Energieerzeugern bezogen, außerdem in ländlichen Gebieten viele Non-profit-Kooperativen von Landwirten, die an das staatliche Stromnetz angeschlossen wurden. Diese Dynamik wurde ab 1935 durch die Einrichtung einer Rural Electrification Administration weiter gefördert.

Anders als bei den heute üblichen Bekenntnissen zur notwendigen Nähe „der Politik“ zu „den Menschen“ stand damals am Beginn des Prozesses *big government*, der starke Staat: Die Bundesregierung legte Prioritäten und Ziele fest, die dann in einem dezentralen Beteiligungsprozess umgesetzt wurden. Es war ein sehr widersprüchlicher und konfliktreicher Prozess, der aber funktionieren konnte, weil derartige Großprojekte Symbole eines Wandels waren, der – wie sich dann in der Wahl 1936 zeigte – von einer Mehrheit der Bevölkerung engagiert unterstützt wurde.

»Der Präsident will, dass Du in die Gewerkschaft eintrittst«

Eine ähnlich starke Dynamik konnte der New Deal bei der Durchsetzung grundlegender Sozial- und Beschäftigungsstandards entwickeln. Ausgangspunkt dafür war die Gründung der National Recovery Administration (NRA) im Frühjahr 1933. Arbeitgeberorganisationen, Gewerkschaften und Verbraucherverbände sollten sich auf Branchen-Richtlinien („codes“) über Höchstarbeitszeiten, Mindestpreise, -löhne und andere soziale Mindeststandards wie das Verbot von Kinderarbeit und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation einigen, um Dumping-Konkurrenz zu beenden und die Wirtschaft zu beleben. In der Sache scheiterte dieses Experiment schon nach ein bis zwei Jahren, doch als wichtiger erwies sich die politische Dynamik, die es auslöste.

Chef der NRA wurde der Armee-General Hugh Johnson, der bereits nach wenigen Wochen zu der Überzeugung gelangte, dass dieses Vorhaben „ohne eine starke Welle öffentlicher Unterstützung überhaupt nicht umsetzbar“ sei. Um dies zu fördern, schuf Johnson ein Symbol des Patriotismus, mit dem sich alle Unternehmen schmücken durften, die die vereinbarten Richtlinien unterstützten: den berühmt gewordenen „Blue Eagle“. Der blaue Adler war eine der wichtigsten Identifikationsmarken dieser ersten Phase des New Deal. Überall im Land prangte er über den Toren von Betrieben und in den Schaufenstern der Geschäfte. Kundgebungen wurden organisiert, um ihn zu propagieren. Höhepunkt war die Blue Eagle Demonstration von rund 250 000 Menschen in New York im September 1933, deren Weg auf der Fifth Avenue von eineinhalb Millionen Menschen gesäumt wurde.

Das Konzept der NRA könnte als Versuch eines trilateralen Korporatismus beschrieben werden, oder einer Art formeller Sozialpartnerschaft, die durch die Regierung unter Druck herbeigeführt werden musste. Doch ungeachtet der gequälten Zustimmung der Chefs wichtiger Großkonzerne blieb die NRA im Arbeitgeberlager heftig umstritten. Auch wurde bald deutlich, dass die (ohnehin sehr schwachen) Gewerkschaften nur an einem Zehntel der Verhandlungen beteiligt gewesen waren, und die Verbraucherverbände noch seltener. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Richtlinien häufig nur auf dem Papier standen und in den wenigsten Fällen im Alltag respektiert wurden. Staatliche Instrumente zur Durchsetzung fehlten. Zu dieser Gemengelage kamen nun vermehrt Gerichtsurteile hinzu, die die National Recovery Administration als verfassungswidrig bewerteten. Nach einem abschließenden Urteil des Obersten Gerichtshofs musste die Institution dann zwei Jahre nach ihrer Gründung aufgelöst werden.

In der Zwischenzeit war jedoch der im Gesetz vorgesehene Schutz der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit vor Arbeitgeber-Repressalien zum Ausgangspunkt einer zugespitzten Klassenkonfrontation geworden. Der aufkommende Mut zur Organisierung unter Industriebeschäftigten stieß auf die erbitterte Gewerkschaftsfeindlichkeit vieler Arbeitgeber. Dies löste ab 1933 eine immer breiter werdende Welle von Streiks aus, in denen das Recht auf gewerkschaftliche Organisation im Zentrum stand. Zum Teil mündete dieser *grassroots unionism* in blutige Schlachten mit Todesopfern, weil Bürgermeister oder Gouverneure einiger Bundesstaaten die Streiks mit dem Einsatz von Polizei und Nationalgarde brutal niederschlugen.

Dies leitete einen radikalen Umbruch der Gewerkschaftsbewegung ein. Die Mehrheit der Gewerkschaftsverbände der USA war im Laufe der 1920er Jahre zu großen Teilen in einem bürokratischen Gehäuse traditionalistischer Berufsverbände erstarrt. Es waren nicht allein die Krisenfolgen und die häufig auch gewalttätige Feindseligkeit vieler Arbeitgeber, die den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zwischen 1920 und 1933 von zwölf Prozent auf weniger als sechs Prozent sinken ließen. Die Führung der American Federation of Labor (damals abgekürzt „AF of L“) lehnte – der Tradition „voluntaristischer“ Berufsverbände in Teilen der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts folgend – sowohl die Organisierung von Ungelernten in der

rasch anwachsenden Massenproduktion als auch jegliche Einmischung der Regierung in Probleme der Arbeitswelt ab. Dem *grassroots unionism* stand sie abwartend bis ablehnend gegenüber. So lag es nahe, dass ihr politischer Einfluss denkbar gering war. Aus Sicht von Arbeitsministerin Perkins „hatten die Gewerkschaften nie eigene Ideen; die meisten Arbeits- und Sozialgesetze dieser Zeit waren angesichts der Gleichgültigkeit der Gewerkschaften von Reformern der Mittelschicht herbeigeführt worden.“

Doch so sollte es nicht bleiben. Ausgangspunkt einer Erneuerung waren die Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie, die bereits seit den 1920ern Pioniere eines „New Unionism“ auf der Basis von Industriegewerkschaften gewesen waren. Ihre Minderheitenrolle änderte sich schlagartig, als 1933 der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft auf ihren Kurs umschwenkte und die in der AF of L vorherrschende Distanz zum New Deal über Bord warf. Die Bergarbeitergewerkschaft verkündete nun, dass die NRA „die größte Chance (sei), die die Arbeiterbewegung je hatte, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.“ In landesweiten Organizing-Kampagnen auf der Basis des Industriegewerkschafts-Prinzips wurde mit Aufrufen geworben wie: „Der Präsident will, dass Du in die Gewerkschaft eintrittst.“

Nach heftigen innergewerkschaftlichen Konfrontationen kam es in den Jahren 1935 bis 1937 schließlich zum Bruch. Die Industriegewerkschaften gründeten zunächst ein eigenes Komitee innerhalb der AF of L und begannen mit der Gründung konkurrierender Industriegewerkschaften; 1937 schließlich verließen sie den Dachverband und etablierten den Congress of Industrial Organizations (CIO) als neue Vereinigung der Industriegewerkschaften, die den New Deal aktiv unterstützte und die immer mehr Branchen nach dem Industrieprinzip organisierte. Dadurch stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von rund zwei Millionen in 1933 auf über zehn Millionen Mitglieder am Ende des Jahrzehnts; in der Industrie stieg der Organisationsgrad in den 1930er Jahren von weniger als zehn Prozent auf über ein Drittel (nach dem Krieg fusionierten beide Verbände zur heute noch bestehenden AFL/CIO).

Die sich zuspitzenden sozialen Konfrontationen lösten einen Umschwung in der Regierungspolitik aus. Roosevelt hatte die Gewerkschaften 1933 noch vor Streiks gewarnt, weil er dadurch sein Konzept des von allen sozialen Akteuren gemeinsam getragenen Auswegs aus der Krise gefährdet sah. Da er zunächst noch auf die Kooperationsbereitschaft der Arbeitgeber hoffte, um die National Recovery Administration zu einem Erfolg machen zu können, lehnte er ursprünglich auch eine umfassende und verbindliche Arbeits- und Sozialgesetzgebung ab. Doch die Obstruktionspolitik der Arbeitgeberverbände und das Scheitern der NRA beflügelten ein Umdenken, für das das Resümee des zum engeren Kreis der New Dealer gehörenden Ökonomen Gardiner Means typisch war: „Der größte Beitrag der NRA zu unserer Gesellschaft besteht darin, dass sie bewiesen hat, dass die Selbstregulierung durch die Industrie nicht funktioniert.“

Zu den wichtigsten Persönlichkeiten, die eine Neuorientierung vorantrieben, gehörte Arbeitsministerin Frances Perkins, die erste Ministerin in der US-Geschichte. Sie befürwortete, anders als Roosevelt, von Anfang an

die Schaffung eines Sozialstaats mit Arbeitslosen- und Krankenversicherung, Mindestlohn, Arbeitszeitbegrenzung und einem umlagefinanzierten Rentensystem. Mit manchem konnte sie sich zunächst nicht durchsetzen, mit der Schaffung einer gesetzlichen Krankenversicherung gar nicht. Aber mit Ausnahme des zuletzt Genannten wendete sich mit dem Scheitern der NRA und der Zunahme sozialer Konflikte das Blatt zu ihren Gunsten. Zusammen mit dem New Yorker Senator Robert Wagner trieb sie eine (erstmalig auch von Teilen der Gewerkschaften unterstützte) Gesetzesinitiative für ein wirkungsvolleres Arbeitsrecht voran, das nun auch die Unterstützung des zunächst skeptischen Präsidenten gewann. Der Wagner Act von 1935 schrieb gewerkschaftliche Rechte im Betrieb verbindlich fest, konnte aber erst nach weiteren Massenstreiks im betrieblichen Alltag der Großunternehmen verankert werden. Ihm folgten unmittelbar der Social Securities Act und 1938 schließlich der Fair Labor Standards Act, die für Paul Krugman das „Kronjuwel der Institutionen des New Deal“ bilden.

»Am wichtigsten ist: Wir müssen etwas ausprobieren«

Die konfliktreiche Dynamik, die zur Durchsetzung des US-amerikanischen Sozialstaats führte, ist ein Beispiel sowohl für die Wechselwirkungen zwischen Regierungspolitik und gesellschaftlicher „Gegenmacht“ als auch für die Lernbereitschaft der Regierung beim Beschreiten von Neuland. Roosevelt selber brachte letzteres vor seinem Amtsantritt so auf den Punkt: „Wir müssen die Fehler in unserem Wirtschaftssystem, unter denen wir jetzt leiden, notfalls mit drastischen Mitteln korrigieren. Das Land braucht und das Land verlangt beharrliches Experimentieren. Am wichtigsten ist: Wir müssen etwas ausprobieren.“ Zu diesem Zweck hatte er einen Braintrust um sich geschart, dessen Zusammensetzung sich im Laufe der Zeit immer wieder ändern sollte. Wichtig war: Inhaltlich war dieser nie homogen. Roosevelt legte Wert darauf, unterschiedliche wissenschaftliche und politische Strömungen in seinem engeren Umfeld vertreten zu haben. Typisch für seine Vorbereitung von Entscheidungen war, dass er die miteinander streitenden Personen zunächst anhörte und sie dann bat, sich zurückzuziehen und erst wiederzukommen, wenn sie sich auf ein Konzept geeinigt hätten – wenn er nicht nach dem Anhören der kontroversen Debatte bereits selbst seine Entscheidung verkündete.

Mit diesem experimentellen Charakter des New Deal, mit der Offenheit der aktiv Beteiligten für neue Ideen, waren selbstverständlich nicht nur Stärken, sondern auch Schwächen verbunden. Ein eindrucksvolles Beispiel für beides, das auch für einen Grünen New Deal von großer Bedeutung sein wird, ist die Haushaltspolitik des New Deal.

Im Zuge der Krisenbekämpfung stiegen die Ausgaben der Bundesregierung von 1932 bis 1936 von 6,8 Prozent auf 10,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Einnahmesteigerungen hielten damit nicht Schritt, so dass erhebliche Haushaltsdefizite entstanden. Dies widersprach sowohl den Wahlversprechen von 1932 als auch Roosevelts orthodoxem Glauben an den

ausgeglichenen Staatshaushalt (der allerdings nicht von allen in der Regierung geteilt wurde). Zwar verteidigte der Präsident zunächst die Notwendigkeit der Staatsverschuldung, aber nach seiner Wiederwahl 1936 setzte er die Streichung einiger Ausgabenprogramme durch – was sofort eine Rezession und einen schmerzhaften erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit auslöste. Die Wirtschaft erholte sich erst wieder, nachdem diese Ausgabenkürzungen nach und nach wieder rückgängig gemacht wurden. Zeitgleich mit dem Hin und Her in der Ausgabenpolitik setzte jedoch ein weiterer Lernprozess ein. Ab 1935 wurde in drei aufeinanderfolgenden Gesetzen die Belastung hoher Einkommen deutlich erhöht. 1936 und 1937 wurde außerdem die Steuereintreibung verschärft und eine Besteuerung von nicht ausgeschütteten Unternehmensgewinnen sowie eine hohe Erbschaftsteuer eingeführt.

Wichtiger als die – zunächst begrenzten – unmittelbaren Einnahmefekte war der Paradigmenwechsel, der mit diesen Steuergesetzen eingeleitet wurde. Es war der Beginn einer staatlichen Umverteilungspolitik, die während des Zweiten Weltkrieges und dann bis in das „Goldene Zeitalter“ der Nachkriegsjahrzehnte hinein zu einer Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer auf schließlich 91 Prozent, des Spitzensatzes der Erbschaftsteuer auf schließlich 77 Prozent und der durchschnittlichen Bundessteuer auf Unternehmensgewinne auf über 45 Prozent führte. (Erst seit der neoliberalen Wende unter Ronald Reagan in den 1980er Jahren wird diese Umverteilungspolitik wieder massiv zurückgedreht.³) Auch diese sehr populäre Umverteilungspolitik war Teil jener Radikalisierung des New Deal ab 1935, die sich an den zuvor skizzierten Beispielen beobachten lässt. In dieser Reformdynamik gewann ein Faktor eine immer zentralere Bedeutung: der Mut der Regierung zu einer Konfrontationspolitik gegenüber den mächtigsten Interessengruppen des Finanz- und Großkapitals.

Roosevelt »verweigerte den Reichen die Ehre, sich vor ihnen zu fürchten«

Zunächst waren viele Konzernmanager durch die auf Kooperation mit dem Big Business angelegte Herangehensweise der ersten ein bis zwei Regierungsjahre beruhigt. Nicht wenige von ihnen beteiligten sich an der Blue-Eagle-Kampagne und reagierten erst in dem Maße feindselig, wie die Beschäftigten ihrer Unternehmen begannen, die Einhaltung der vereinbarten Sozialstandards mit Streiks einzufordern. Im Frühjahr 1934 begann sich der Wind aber erkennbar zu drehen. Die Wirtschaft war jetzt erstmals seit 1929 wieder auf Wachstumskurs, und die konservative Opposition begann sich zu sammeln. Auf politischer Ebene formierte sich der Widerstand zunächst in der Republikanischen Partei, aber gefährlicher war die Opposition wichtiger Teile des Establishments der Demokratischen Partei, die bereits 1932 versucht hatten, Roosevelts Kandidatur zu verhindern. Im Sommer 1934 gründeten einige von ihnen eine gemeinsame Lobby- und Kampag-

3 Vgl. dazu den Beitrag von Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, Wie die Ungerechtigkeit triumphierte, in: „Blätter“, 6/2020, S. 67-79.

nenorganisation mit mächtigen Konzernchefs und Finanzmagnaten, der sich später auch einzelne Republikaner anschlossen: die „American Liberty League“. Auch die großen Verleger schlugen sich 1934/35 auf die Seite der Regierungsgegner. Den mehr und mehr üblich werdenden Duktus fasste der Chef des Hearst-Zeitungsimperiums in die Worte, die Regierung sei „kommunistischer als die Kommunisten“, und den dafür verantwortlichen Präsidenten solle man „Stalin Delano Roosevelt“ nennen. Als besonders schlimm wurde von den Wirtschaftseliten empfunden, dass Roosevelt als Angehöriger der reichen Ostküstenoberschicht einer der ihren war. Jetzt galt er in diesen Kreisen als „Verräter seiner Klasse“. Roosevelt aber war weder finanziell noch kulturell von der Oberschicht zu beeindrucken oder gar zu beeinflussen, wie der US-Historiker Arthur Schlesinger sehr schön beschreibt: „Er hatte die Reichen zu lange und zu gut gekannt, um sie sehr ernst zu nehmen. [...] Er verweigerte den Reichen die Ehre, sich vor ihnen zu fürchten.“

Die New-Deal-Regierung stand auch von einer anderen Seite unter massivem Druck. Zwar blieb der Faschismus in den USA verschwommen und wenig organisiert, doch die stimmungsmäßigen Übergänge zu einer weitaus gefährlicheren Strömung waren fließend: In einer Welle des – in den USA traditionsreichen – Populismus wurde der Präsident ebenfalls als Teil der Eliten angegriffen (dass Teile der Eliten diesen Populismus selber förderten, tat der Anti-Eliten-Propaganda keinen Abbruch). Wichtigster politischer Repräsentant dieser Strömung war Huey Long, zunächst Gouverneur und dann bis zu seiner Ermordung im September 1935 Senator von Louisiana. Sein Südstaaten-Rassismus war selbstverständliche Geschäftsgrundlage, während seine Rhetorik einem „wir hier unten gegen die da oben“-Duktus folgte. Die von ihm geführte „Share our Wealth“-Bewegung propagierte eine radikale Umverteilung „unseres Reichtums“, während sie zugleich Kinderarbeit tolerierte und der erstarkenden aktivistischen Gewerkschaftsbewegung feindselig gegenüberstand. Long prangerte sowohl die Anfänge des New Deal als auch die Sozialgesetzgebung von 1935 als kompromisslerisch an.

Unter diesen turbulenten Bedingungen geriet der New Deal 1934/35 in eine Phase zunehmender Orientierungslosigkeit. Doch nun begann Roosevelt, sich vom Konzept der Planung im Einvernehmen mit den Großkonzernen zu lösen, und die Obstruktionspolitik des Obersten Gerichtshofs beschleunigte diese Umorientierung. Anstelle von Beschwichtigungsversuchen der Regierung und der Suche nach Kompromissen, die normalerweise zu erwarten gewesen wären, gelang ihr der erfolgreiche Ausweg aus der politischen Krise durch die Hinwendung zu einem illusionsloseren und entschiedeneren Herangehen als in der ersten Phase des New Deal.

Diese Radikalisierung der Regierungspolitik drückte sich auch im öffentlichen Auftreten des Präsidenten aus. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 1936 musste sich Roosevelt erneut gegen Teile des Establishments seiner eigenen Partei durchsetzen, die ihn in der „Liberty League“ bekämpften. Nach den üblichen Maßstäben von „Realpolitik“ wäre dies ein Nachteil gewesen, aber Roosevelt drehte den Spieß um: „Der Präsident dachte“, schreibt der US-Historiker William E. Leuchtenburg, „dass ihm nichts mehr helfen würde,

als wenn sich Zeitungen, Bankiers und Unternehmen gegen ihn verbündeten, denn ihre Angriffe würden ihm nur mehr Stimmen einbringen.“ Ein Beispiel für die offensive und mobilisierende Antwort auf die von rechts betriebene politische Polarisierung war Roosevelts Wahlkampfreden im New Yorker Madison Square Garden vom Oktober 1936, in der er „Industrie- und Finanzmonopole, Spekulanten und rücksichtslose Banken“ wie folgt angriff: „Sie hatten begonnen, die Regierung der Vereinigten Staaten als ein bloßes Anhängsel ihrer eigenen Geschäfte zu betrachten. Wir wissen jetzt, dass die Regierung durch das organisierte Geld genauso gefährlich ist wie die Regierung durch das organisierte Verbrechen. Niemals zuvor in unserer Geschichte waren diese Kräfte so vereint gegen einen Kandidaten, wie sie es heute sind. Sie sind sich einig in ihrem Hass auf mich – und ich begrüße ihren Hass.“⁴

Die New Dealer gingen nun zur gesellschaftlichen Basismobilisierung über. Innerhalb der Demokratischen Partei gab es eine starke Graswurzelbewegung, deren aktivster Teil die Frauenorganisation war. Über die Partei hinaus bildeten Persönlichkeiten des öffentlichen und politischen Lebens (einschließlich prominenter Republikaner) ein „Progressive National Committee“. Zahlreiche Bürgermeister unterschiedlicher Parteizugehörigkeit mobilisierten die Bevölkerung in Großstädten für die Wiederwahl von Roosevelt. Eine ebenso für riskant gehaltene wie erfolgreiche Initiative war die Bildung einer breitgefächerten „Good Neighbor League“, in der sich Angehörige unterschiedlichster religiöser und ethnischer Minderheiten zusammaten, die sich traditionell voneinander abschotteten – Katholiken, verschiedene protestantische Gruppierungen, jüdische Gemeinden und viele andere. Ein wichtiges Element war dabei der geglückte Versuch, die afroamerikanische Bevölkerung (soweit diese überhaupt die Chance hatte zu wählen⁵) von ihrer traditionellen Unterstützung der Republikaner abzubringen. Sowohl quantitativ als auch organisatorisch und finanziell war die aktive Teilnahme der sich erneuernden Gewerkschaften an der „Roosevelt Koalition“ von besonders großer Bedeutung. Auch muss die Rolle von Kulturschaffenden hervorgehoben werden, deren Förderung im Rahmen der New-Deal-Programme Teil eines kulturellen und moralischen Aufbruchs war, der auch das politische Klima prägte. Und nicht zuletzt wirkten die legendären *fireside chats*, in denen der Präsident jede Woche ebenso sachlich wie verständlich die Regierungspolitik erläuterte, geradezu wie Straßenfeger. All diese Initiativen, Bündnisse und Aktivitäten trugen dazu bei, die ethnische, religiöse, kulturelle, regionale und soziale Vielfalt der US-Gesellschaft von einem Nebeneinander (häufig auch Gegeneinander) separater *communities* in ein Moment

4 „Organisiertes Verbrechen“ ist meine freie Übersetzung. Roosevelts Formulierung lautete: „We know now that Government by organized money is just as dangerous as Government by organized mob.“ Die normale Bedeutung von „mob“ ist „Mob“ im Sinne von „Pöbel“, aber in den USA war „the Mob“ seinerzeit auch die übliche Bezeichnung für die Mafia. Deshalb dürfte er mit „organized mob“ bei allen seinen Zuhörer*innen eine durchaus beabsichtigte Assoziation ausgelöst haben, die bei einer Übersetzung ins Deutsche nicht verloren gehen sollte.

5 Zu den immer noch bestehenden faktischen Einschränkungen des Wahlrechts für Nicht-Weiße vgl. die Beiträge von Michael Tomasky, Biden auf dem Weg nach links, in: „Blätter“, 8/2020, S. 55-64, und Karl-Dieter Hoffmann, Black Votes Matter. Wie die Republikaner vorbestrafte US-Bürger ihres Wahlrechts berauben, in: „Blätter“, 8/2020, S. 65-70.

der Stärke zu verwandeln. Roosevelt erzielte bei der Wahl am 3. November (!) 1936 mit über 60 Prozent der Stimmen, darunter die größten Mehrheiten in der Arbeiterschaft sowie insbesondere in der afroamerikanischen und der jüdischen Bevölkerung, den bis dato höchsten Sieg der Demokratischen Partei.

»Viel zu viel kostbare Zeit ist vergangen«

Das fünfte und das sechste Jahr des New Deal markieren jedoch nicht nur seinen Höhe-, sondern auch seinen Endpunkt. Roosevelts Aufmerksamkeit richtete sich immer stärker auf Europa, der New Deal trat in den Hintergrund. Die politische Polarisierung verschob sich auf den Kriegseintritt der USA, gegen den die Rechte ab 1939 mobilisierte und ein „America First Committee“ gründete (richtig gelesen, es hieß wirklich so). Sein Sprecher war der populäre Pilot Charles Lindbergh, stolzer Träger eines Ordens, den ihm wenige Jahre zuvor Joseph Goebbels im Namen Adolf Hitlers verliehen hatte.

Die rechte Opposition bekam auch deshalb Auftrieb, weil die Regierung – wie oben beschrieben – aus neoklassisch inspirierter Angst vor steigender Staatsverschuldung mit zu wenig Nachdruck an die Schlüsselfrage der öffentlichen Infrastruktur heranging. Dies brachte die New Dealer erstmals in eine Defensivposition. John Maynard Keynes kritisierte in einem „privaten und persönlichen Brief“ an Roosevelt vom Februar 1938 die Ausgabenkürzungen. Er warnte vor einem zu zögerlichen Herangehen der Regierung an öffentliche Ausgaben für Wohnungsbau, Eisenbahnen und regionale Energieversorgung und empfahl eine wesentlich entschlosseneren Ausweitung öffentlichen Eigentums in diesen Sektoren. Zurückhaltung in den Zielen führe dazu, dass noch vorhandene Möglichkeiten nicht mit dem erforderlichen Nachdruck genutzt würden: „Eine überzeugende Politik [...] zur Förderung von Investitionen in großem Umfang [...] ist eine dringende Notwendigkeit. Diese Dinge brauchen Zeit. Viel zu viel kostbare Zeit ist vergangen.“

Die Dynamik des New Deal endete ab 1937/1938 also auch wegen der Selbstbeschränkung seiner führenden Akteure hinsichtlich der für notwendig gehaltenen Maßnahmen. Dieses Problem wird sich bei einem Green New Deal in noch dramatischerer Weise stellen: Der Klimawandel ist mit derartigen Selbstbeschränkungen nicht zu stoppen. Im Gegenteil: Der von ihm ausgehende Problemdruck wird in den vor uns liegenden Jahren zu- und nicht abnehmen. Umso wichtiger wird es sein, aus der Erfahrung des New Deal der 1930er Jahre zu lernen: Dass der Funke energischen Regierungshandelns ermutigend auf große Teile der Bevölkerung übersprang, war 1933 der Ausgangspunkt einer enormen Reformdynamik. Auch in den 2020er Jahren wird die wechselseitige Verstärkung von Regierungspolitik und gesellschaftlichem Veränderungsdruck nicht allein über das Wie, sondern bereits über das Ob eines Grünen New Deal entscheiden. Und dies wird nur funktionieren, wenn die Regierungen eines Grünen New Deals mindestens ebenso große Konfliktbereitschaft gegenüber den mächtigen Interessengruppen aufbringen wie das historische Vorbild, auf das sie sich berufen.

Corona oder: Die Krise als Chance für eine sozial-ökologische Transformation

Von Jörg Hofmann

Durch den Ausbruch der Corona-Pandemie und ihre globalen Auswirkungen sind Milliarden von Menschen in ihrer Existenz betroffen. Kaum ein Lebens- und Arbeitsbereich blieb davon verschont. Und zu viele – vermeintliche – Gewissheiten wurden über Nacht auf den Kopf gestellt. Das gilt auch und gerade für die über 75 Jahre weitgehend von Kontinuität geprägte Bundesrepublik. Der durch die Pandemie ausgelöste Lockdown gesamter Sektoren führte das Land in die tiefste Rezession der Nachkriegsgeschichte. Dabei zeichnet sich die Coronakrise im Vergleich zu den uns bekannten Wirtschaftskrisen durch ein besonderes Spezifikum aus – nämlich durch das Zusammentreffen und sich gegenseitige Verstärken von Angebots- und Nachfragekrisen in den einzelnen Wirtschaftssektoren.

Einerseits erleben wir eine massive Angebotskrise durch die regulative Stilllegung in zahlreichen Sektoren, etwa der Gaststätten, des Kulturbetriebs oder des Einzelhandels, aber auch durch den Ausfall der globalen Lieferketten – etwa der norditalienischen Maschinenbauzulieferer. Damit sind Branchen und Beschäftigte betroffen, die in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie eine Krise dieses Ausmaßes durchleben mussten. Andererseits wurde durch den coronabedingten Abbruch privater Investitionstätigkeit die bereits vor der Pandemie existierende Nachfragekrise in der Industrie erheblich verschärft. Und all das geschieht inmitten eines der gewaltigsten Transformationsprozesse der Geschichte – ausgelöst durch beschleunigende Digitalisierung und Dekarbonisierung –, der vor allem auch die Industrie dazu drängt, ihre Wertschöpfung und die nötigen Investitionen voll darauf auszurichten.

Die Reaktionen auf die Krise waren weltweit durchaus unterschiedlich, und zwar nicht nur in der Frage des Lockdowns und der politisch durchgesetzten Hygiene- und Schutzmaßnahmen, sondern auch in der Fiskal-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Für die deutsche Politik darf Folgendes durchaus anerkennend festgehalten werden: Der Staat reagierte energisch und schnell; er warf dabei viel ideologischen Ballast über Bord – etwa die Schwarze Null – und betrieb ein aktives Krisenmanagement. Mit ihrer akuten Notfallmedizin aus Liquiditätshilfen, der Kurzarbeit als erfolgreich reaktiver Brücke und dem erleichterten Zugang zur Grundsicherung konnte

die Bundesregierung die erste, unmittelbare Schockwelle des Lockdowns erfolgreich abfedern. Die Gewerkschaften haben das Regierungshandeln im Großen und Ganzen begrüßt, als eine der Not gehorchende, konsequente Antikrisenpolitik, und zugleich im Falle sozialer Schieflagen den Finger in die Wunde gelegt.

Diese „Rückkehr des handelnden Staates“ war vorrangig die Stunde der Exekutive. Die bis an die Schmerzgrenze reichende Beschleunigung demokratischer Prozesse ging zugleich mit einem Verlust an demokratischer Partizipation einher. Und sie stellt eine erhebliche Einschränkung individueller Freiheitsrechte dar, die nicht unwidersprochen geblieben ist. Auch wenn die temporäre Abweichung von den Regeln der Vorkrisenzeit durch die Krise geboten war, drängt der Ethikrat der Bundesregierung daher zu Recht auf eine schnelle Rückkehr zur gewohnten demokratischen Praxis.

Drohender Demokratieverlust in der Arbeitswelt

Der fehlende demokratische Diskurs über das Für und Wider der Krisenmedizin mag ein Teil der Ursache des schillernden Bürgerzorns sein – eines Zorns, der sich bei den diversen Anti-Corona-Demos Luft verschafft und dabei durchaus dem Populismus Vorschub leistet. Eher außerhalb des öffentlichen Radars, nämlich in der Arbeitswelt, droht dagegen ein weit gravierenderer Demokratieverlust.

Die Pandemie hat zu einer erheblichen Schieflage in der Balance zwischen Arbeit und Kapital geführt. Geschwächt infolge der Krise ist die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit in der Tarifpolitik und in der Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb. Hinzu kommt die Auflösung eingetübter Strukturen solidarischer Interessensvertretung: Während sich Teile der Belegschaften im Home Office befinden, ist ein anderer Teil in Kurzarbeit. Ein weiterer Teil arbeitet wie eh und je im Betrieb, teilweise durchgängig auch in der Phase des Lockdowns. Diese neue Unübersichtlichkeit ist ein Vorgeschmack auf die absehbare weitere Fragmentierung der Belegschaften: Raum und Zeit für gemeinsames Handeln variieren beträchtlich, die Kanäle und Wege für Austausch und Gemeinschaftlichkeit differenzieren sich aus. Gewerkschaftliche Interessensvertretung muss und kann sich dem durchaus anpassen. In Zeiten der Pandemie stellt dies Betriebsräte und Vertrauensleute gleichwohl vor eine enorme Herausforderung. Zudem geraten die noch verbliebenen Orte gemeinsamen Austauschs unter Druck: Viele Betriebsversammlungen wurden mit Verweis auf den Infektionsschutz abgesagt.

All das schwächt die betriebliche und gewerkschaftliche Interessensvertretung. Sich dagegen zu stemmen gelingt dort, wo gewerkschaftliche Organisation stark ist. Die IG Metall und ihre Betriebsräte haben das in den letzten Wochen mehrfach unter Beweis gestellt. Betriebliche Arbeitskämpfe gegen Standortschließungen, wie etwa beim Maschinenbauer Voith Sonthofen, gelangen, kreativen Lösungen sei Dank, trotz der Einschränkungen der Pandemie, genau wie bundesweite Aktionstage, wie bei ZF Friedrichs-

hafen, dem fünftgrößten Automobilzulieferer der Welt. Doch dort, wo gewerkschaftliche Organisationskraft schwach ist, haben sich die Bedingungen zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen erheblich verschlechtert.

Auffällig ist, dass nahezu keine der staatlichen Krisenmaßnahmen hierzu wirksame Gegengewichte geschaffen hat. Weder wurden die Milliarden zur Liquiditäts- und Eigenkapitalsicherung an Verpflichtungen zur Beschäftigungssicherung gebunden, oder auch an die verpflichtende Einbeziehung der Gewerkschaften und Betriebsräte. Noch weist das Konjunkturpaket der Bundesregierung Gewerkschaften oder Betriebsräten eine aktive Rolle zu, damit die staatlichen Mittel zur Krisenbewältigung und Transformation auch im Interesse der abhängig Beschäftigten eingesetzt werden.

Kurzum: Das Revival des starken Staates fördert ein in der Gesellschaft immer weiter verbreitetes etatistisches Grundverständnis der Regulierung von Arbeit. Die Interessenslagen der abhängig Beschäftigten kommen damit jedoch nicht zur Geltung und die Arbeitgeber werden nicht angemessen an den Kosten der Transformation beteiligt. Auf diese Weise wird das Erforderliche nicht gelingen, nämlich über die jetzige Verfasstheit der Wirtschaft hinaus zu denken. All dies ist nachhaltig nur dann möglich, wenn die Beschäftigten als politische Akteure beteiligt sind.

So exemplarisch wie lehrreich ist die richtige, aber zu kurz gegriffene Reaktion des Staates auf die massiven Infektionsfälle in Betrieben der Fleischindustrie und Landwirtschaft. Nachdem das Problem evident geworden war, wurde es mit dem Verbot von Werkverträgen exekutiert. Richtig und nachhaltiger wäre es gewesen, die faktisch kaum vorhandenen Mitbestimmungsrechte bei Werkverträgen zu stärken sowie mehr Branchen in das Entsendegesetz einzubeziehen und damit die Tarifbindung in den Werkvertragsunternehmen zu erhöhen. So würde man Ausbeutungsverhältnissen entgegenwirken und für gute Arbeit sorgen.

Eine erste Schlussfolgerung aus der Coronakrise muss daher lauten, gerade jetzt mehr Tarifbindung und Mitbestimmung in der Wirtschaft zu fordern, um das Primat des Politischen gegenüber der Marktlogik zu stärken und das schiefe Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zu korrigieren. Neben dem Betrieb müssen auch regionale Wirtschaftsstrukturen im Transformationsprozess für demokratische Beteiligung geöffnet werden. Käme es dagegen infolge der Krise tatsächlich dauerhaft zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, würde dies den Forderungen der Arbeitgeberverbände Vorschub leisten, wonach im Zeichen von Corona sozialstaatliche Reformpolitik zurückgedreht werden soll.

Die aktuelle Rezession trifft eine Wirtschaft, die sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess befindet. Die Digitalisierung und ihre Folgen für die Arbeit, die Dekarbonisierung von Industrie und Gesellschaft, globale Handelskonflikte und zunehmende Verteilungsgungerechtigkeit – all das wird durch die Krise teilweise nur überlagert, teilweise aber auch massiv verstärkt und beschleunigt. Gleichzeitig eröffnet sich in einer derart „aus den Fugen geratenen Welt“ die Chance, die Debatte über ein neues, solidarisches und nachhaltiges gesellschaftliches Miteinander offensiv zu führen.

Drei Fragen stellen sich dabei besonders dringlich. Da ist zunächst die Frage, wie sich die Globalisierung weiterentwickelt und welche Rolle Europa dabei in Zukunft spielt.

Allenthalben ist heute von „De-Globalisierung“ die Rede. Die Krise bestärke den ohnehin vorhandenen Drang, sich hinter nationalstaatliche Mauern zurückzuziehen. Man kann dagegen nicht oft genug betonen: Hunderttausende Arbeitsplätze, Gehälter und Aufstiegschancen hängen hierzulande vom Export ab. Abschottung bedeutet für uns Abstieg. Aber: Nicht jede Lieferbeziehung über zehntausende Kilometer, nicht jede Standortverlagerung über Billiglohn-Grenzen hinweg ist sinnvoll. Die ökonomische Globalisierung benötigt ein sozial-ökologisches Update, auch um die enorme Anfälligkeit für Schocks wie Corona zu reduzieren. Dazu braucht es geschlossene Wertschöpfungsketten in Europa. Soll das europäische Innovations- und Sozialmodell im globalen Verteilungskampf um die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Stärke nicht unter die Räder kommen, muss Europa die Innovationsfelder selbst besetzen. Daher ist es so elementar, die Fehler der europäischen Finanzkrisenbewältigung nach 2008 zu vermeiden. Das Handeln der EU in den letzten Wochen zeigt mit der Aufnahme von gemeinsamen Schulden einen wichtigen, wenn auch noch unvollständigen Paradigmenwechsel. Das Gleiche gilt für die nationale Ebene: Es ist begrüßenswert, dass die Schwarze Null gleich mit explodiert zu sein scheint. Es bleibt allerdings die zweite, entscheidende Frage: Wer bezahlt für die Coronakrise?

Wer kommt auf für die Kosten der Krise?

Nach der Bankenkrise von 2008 muss der Staat nun ein weiteres Mal mit ungeheuren Summen die Wirtschaft stützen. Damals wurde es leider versäumt, von den Vermögenden – und zugleich Begünstigten – eine angemessene Beteiligung an den Kosten der Krise zu verlangen. Die öffentliche Hand muss bereits heute enorme Aufgaben übernehmen, vor allem auch durch den laufenden Strukturwandel. Und nun explodieren die Kosten der Krise.

Es gilt daher klare rote Linien dort zu ziehen, wo gesellschaftliche Solidarität als Einbahnstraße zum Erhalt und Ausbau privaten Eigentums verstanden wird. Wer Liquiditätshilfen erhält und diese nutzt, um Entlassungen zu finanzieren, handelt genauso eigennützig wie derjenige, der staatliche Unterstützung für sich reklamiert, zugleich aber geschlossene Ausbildungsverträge kündigt und so tausenden von jungen Menschen die Zukunft verbaut.

Corona demonstriert, wie notwendig es ist, künftig alle Erwerbstätigen in die Sozialversicherung einzubeziehen. Die steuerfinanzierte Milliardenhilfe zur Existenzsicherung von Selbstständigen war eine notwendige Sofortmaßnahme. Staatliche Stützung in Krisenfällen bedeutet aber noch keine nachhaltige Absicherung von Lebensrisiken. Jedes Solidarsystem braucht vergleichbare Regeln für alle und jeder hat Anspruch auf Sicherheit.

Das DIW hat kürzlich ermittelt, dass das reichste Prozent der Bundesbürger über 35 Prozent des Gesamtvermögens der Haushalte besitzt, und die

obersten zehn Prozent über 67 Prozent. Diese massive Vermögens- und Einkommensungleichheit, die sich durch Vererbung immer weiter vergrößert, können wir als Gesellschaft nicht akzeptieren. Umso kurioser erscheint angesichts dieser Zahlen die Debatte in den einschlägigen Meinungsspalten, in der das durchschnittliche Tarifeinkommen eines Beschäftigten in der Automobilindustrie von über 4000 Euro zum „Privileg“ erklärt wird – verglichen mit der prekären Situation vieler Erwerbstätiger. Hier wird ein falscher Spalt in der Gesellschaft aufgerissen, der Ursache und Wirkung verschleiert. Das vermeintliche Privileg speist sich aus aktiv gelebter Solidarität, nämlich organisiertem gewerkschaftlichem Handeln, mit dem die Beschäftigten diese Entgelte erstritten haben. Diese praktizierte Solidarität kann nicht ersetzt werden durch eine bloß abstrakte Forderung nach Solidarität der Gesellschaft. Der Ungerechtigkeiten ausgleichende, gesellschaftlich befriedend wirkende Staat bleibt im Kapitalismus solange eine Illusion, solange keine Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit existiert. Das beginnt mit der Primärverteilung und dem Ringen um faire Erwerbseinkommen und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, statt immer höherer Renditen. Ohne starke organisierte zivilgesellschaftliche Unterstützung wird auch der politische Mut fehlen, die Besteuerung von Kapitaleinkommen und hoher Vermögen endlich anzugehen. Hierzu müssen die Gewerkschaften auch durch eine Verbreiterung ihrer angestammten Basis beitragen. Daher ist die Frage von eminenter Bedeutung, wie gewerkschaftliche Organisation in Zeiten der Transformation gestärkt werden kann – also auch in Startups, neuen Dienstleistungsbereichen und für Beschäftigte jenseits der Stammebelegschaften.

In der Corona-Pandemie stellt sich die Frage: Wer kommt für die Kosten der Krise auf? Und zugleich wird ein Zeitfenster geöffnet für die dringend erforderliche Verständigung über die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Die IG Metall hat sich, nach durchaus nicht einfachen internen Debatten, eindeutig zu diesem Leitbild bekannt und verpflichtet. Unser Ziel ist ein industrielles Entwicklungsmodell, das sozial und ökologisch nachhaltig ist, also wirtschaftlichen Wohlstand, gute Arbeit und eine lebenswerte Umwelt verbindet. Ein Entwicklungsmodell, das den Weg in eine klimaneutrale Industriegesellschaft weist und zukunftsgerichtete Beschäftigung für alle sichert. Wie kann die Coronakrise die sozial-ökologische Transformation befördern?

Das führt mich zur dritten und wichtigsten Frage: Wie können wir die Coronakrise nutzen, um die Transformation noch entschiedener sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten? Das verlangt im öffentlichen Diskurs zunächst die Anerkennung immanenter Widersprüche. Ja, Klimaschutz kann gegen Beschäftigung stehen; Bürgerrechte können ökologischen Umbau behindern; und neue Wachstumsmodelle können die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates in Frage stellen. Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Wie wichtig dieser Diskurs ist, hat sich in der Debatte um das Konjunkturpaket der Bundesregierung gezeigt. Hier ging es auch um die Frage, ob es einen Nachfrageimpuls für die Leitbranche Automobilindustrie geben soll, der auch die Förderung von Fahrzeugen mit emissionsarmen Verbrennungs-

motoren beinhaltet. Die IG Metall formulierte dabei einen Vorschlag, der auf drei Prämissen basierte: Beschäftigungswirksam wird eine solcher Nachfrageimpuls kurzfristig nur dann sein, wenn er die 90 Prozent der Beschäftigten bei Herstellern und Zulieferern erreicht, die heute (noch) an Verbrennermotoren arbeiten. Der Impuls muss zweitens ökologisch wirksam sein, indem nur Fahrzeuge gefördert werden, die emissionsarm sind, und zugleich ein Altfahrzeug mit hohen Emissionen verschrottet wird. Und der Impuls muss drittens verteilungsgerecht sein, indem die Hersteller verpflichtet werden, ihre Verdienstmarge durch Preisnachlässe zu senken. Damit stellte sich die IG Metall dezidiert gegen die Forderung nach unkonditionierten staatlichen Kaufhilfen durch die Lobbyisten der Automobilindustrie. Sie erhielt aber auch nicht die Zustimmung von Umweltverbänden und jenen Teilen der Politik, die jegliche Förderung von Verbrennern ablehnen. Kurzum: Es gelang nicht, einen sinnvollen Kompromiss zwischen Beschäftigungs-, Umwelt- und Verbraucherinteressen durchzusetzen.

Corona als historisches Zeitfenster für Richtungsentscheidungen

Im Ergebnis wird jetzt mit der allgemeinen Mehrwertsteuerabsenkung um drei Prozent jedes Fahrzeug gefördert – ganz egal, was aus dem Auspuff rauskommt. Die Maßnahme ist jedoch nicht nur ungenau, sondern bisher nur mit begrenzter Wirkung auf die Nachfrage: Diese stagniert weiter, was den Unternehmen als Grund dafür dient, Beschäftigung abzubauen. Gewonnen hat im Ergebnis also keiner: weder die Beschäftigten, noch die Umwelt, noch die Verbraucher. Corona eröffnet ein Zeitfenster für dringend erforderliche Richtungsentscheidungen. Das Beispiel verweist zudem darauf, wie brüchig zivilgesellschaftliche Allianzen werden können, wenn die Widersprüche einer sozial-ökologischen Transformation nicht hinreichend berücksichtigt und ausdiskutiert werden. Dies gilt auch für die zentrale Rolle von Wachstum – nicht nur für die industrielle Wertschöpfung, sondern auch für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation.

Wachstumskritik ist zweifellos notwendig, ja angesichts wachsender Ungleichheit und der ansteigenden Gefährdung von Klima und Umwelt geradezu zwingend. Aber statt auf Degrowth und den vermeintlichen Segen der Deindustrialisierung zu schwören, plädiert die IG Metall für ein qualitatives Wachstum, das Produkte, Prozesse und Ressourcenverbrauch nachhaltig umsteuert. Anzustreben ist eine die Ökologie und das Klima verbessernde Produktionsweise, die in eine umfassende gesellschaftliche Transformation etwa des Mobilitäts- und Energiesektors eingebettet ist.

Entscheidend ist aber nicht nur die Entstehungsseite des Wachstums, sondern auch die gerechte Verteilung der Ergebnisse der Wertschöpfung. Statt immer höhere Renditeziele auszugeben, gilt es, gute Arbeit und soziale Sicherheit für alle durchzusetzen. Auch das wird nur gelingen, wenn starke Gewerkschaften und eine flankierende staatliche Steuer-, Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zusammenwirken.

Aktuell erleben wir einen immensen Druck auf Strukturen und Kosten in den Betrieben, was flächendeckend zu massiven Auseinandersetzungen um Entgelte, Arbeitsbedingungen, Standorte und die Zukunft ganzer Wirtschaftsregionen führt. Wir erleben auch, dass hart erkämpfte Rechte auf mehr Selbstbestimmung und gleiche Chancen von Beschäftigten jenseits der Stammbeschaften unter dem Druck der Krise massiv leiden. Zugleich erfordert die sozial-ökologische Transformation hohe Zukunftsinvestitionen in Forschung, Entwicklung und Qualifizierung – und dass in einer Phase, in der gerade die entsprechenden Budgetposten häufig vorschnell dem Rotstift geopfert werden. Doch anstatt die Kapitalseite an den Kosten der Krise angemessen zu beteiligen, wird die Rechnung an die Beschäftigten weitergereicht, und zwar in der üblichen „Währung“: Teilverzicht auf Entgelt und tarifliche Zusatzleistungen, flexible Nutzung von Arbeitszeitkonten, Absenkung lang erkämpfter Standards und – in letzter Konsequenz – Stellenabbau in Form von Sozial- und Standortsicherungstarifverträgen durch Zugeständnisse der Belegschaften. Und dennoch: Soweit es sich um global agierende Konzerne handelt, wird am Ende oft doch die „Flucht“ ins Ausland angetreten. Dorthin, wo weder die sozialen noch die ökologischen Standards gelten, die wir in Deutschland und Europa erkämpfen konnten.

Für die IG Metall geht es dagegen um die langfristige Sicherung von Beschäftigung an den betroffenen Standorten, durch Investition in ökologisch nachhaltige Produkte und Prozesse und eine entsprechende Qualifikation der Beschäftigten. Dieser Transformationsprozess muss alle beteiligen. Angesichts der engen Verflechtung der Betriebe in den Wertschöpfungsketten der Industrie ist das eine eminent herausfordernde Aufgabe fundamentalen strukturellen Wandels. Bisher kennen wir vor allem Ausstiegsmodelle, wie in der Kohle- oder Atomindustrie, oder die Vernichtung ganzer Branchen durch disruptive Technologiesprünge, wie in der Uhrenindustrie oder der Konsumelektronik. Stattdessen müssen stabile Brücken für die Beschäftigten gebaut werden, durch Kurzarbeit und Arbeitszeitreduzierung, etwa durch die Vier-Tage-Woche als Antwort auf den Strukturwandel in der Automobilindustrie, aber auch und vor allem durch den Anspruch auf Qualifizierung für neue Aufgaben. Gelingt es uns in Deutschland nicht, die sozial-ökologische Transformation der Industrie durch Innovation und Qualifikation ohne einschneidende Wohlstandverluste und Massenarbeitslosigkeit zu meistern, stärkt das weltweit jene Kräfte, die ohnehin auf den Raubbau an Mensch und Natur setzen.

Ob und wie wir einen Weg aus der Krise finden, wird auch darüber entscheiden, ob ein sozial-ökologisches Reformprojekt eine Zukunftsperspektive hat. Die Corona-Pandemie hat ein historisches Gelegenheitsfenster – ein *window of opportunity* – geöffnet, das jedoch nicht lange offen bleiben wird, sondern in zwei radikal gegensätzliche Richtungen kippen kann: Entweder erleben wir den von vielen reaktionären Kräften herbeigesehnten Rollback. Oder wir nutzen gemeinsam mit anderen politischen und zivilgesellschaftlichen Verbündeten die sich bietende Chance für eine mutige Transformationspolitik, die unsere Gesellschaft sozial, ökologisch und demokratisch gestaltet und damit wirklich zukunftsfähig macht.

Die »Carbon Bubble«: Finanzwirtschaft am Kipppunkt?

Wie Umweltbewegung und BlackRock die Klimakrise bekämpfen könnten

Von Jörg Haas und Barbara Unmüßig

Im Januar 2020 wurden die Zuschauer*innen des amerikanischen Wirtschaftsfernsehens CNBC Zeuge einer ungewöhnlichen Szene. Der US-Börsenguru Jim Cramer, bekannt geworden als Autor von Büchern, in deren Titeln zumeist die Formulierung „Get Rich“ auftaucht, wurde von der Moderatorin nach den Chancen von Öl- und Gasaktien wie Chevron oder Exxon befragt. Seine überraschende Antwort: Er habe fossile Energien satt, sie seien erledigt. Und er begründete dies damit, dass die Finanzmanager*innen, die Pensionsfonds, aus den fossilen Energien ausstiegen und die jungen Leute gegen diese Aktien seien.¹ Diese Aussage aus dem Munde eines Mannes, der nun nicht gerade für Altruismus und ökologische Motivation bekannt ist, mag nur anekdotischen Wert habe. Aber auch Anekdoten können ein Indiz sein. Denn Jim Cramer ist nicht allein: Fast zur gleichen Zeit schrieb Larry Fink, der Chef des weltgrößten finanziellen Vermögensverwalters BlackRock, einen offenen Brief an die Unternehmenslenker*innen der Firmen, an denen BlackRock beteiligt ist – und das sind fast alle börsennotierten Unternehmen. Er forderte nichts weniger als „eine fundamentale Umgestaltung der Finanzwelt“. Klimarisiken seien Investitionsrisiken, es brauche deshalb entsprechende Transparenz für Anteilseigner*innen, und es müsse umgeschwenkt werden auf mehr Nachhaltigkeit generell bei allen Investitionen.²

Erleben wir also gerade einen Kipppunkt in der Beziehung zwischen Finanzwelt und fossiler Wirtschaft? Wendet sich der Herdentrieb der Finanzmärkte gegen die fossilen Energien? Ist das nur Greenwashing? Oder kann die Finanzwirtschaft gar zu einem zentralen Hebel werden, um den Klimakollaps doch noch aufzuhalten? Und wie muss die Politik diesen Prozess steuern und begleiten? Um diese Fragen zu beantworten, kommt es zunächst darauf an, die Entwicklungen zwischen Finanzwirtschaft und fossilen Energien im vergangenen Jahrzehnt zu verstehen, also den Stand der Debatten und Initiativen in verschiedenen Teilen des Finanzsystems nachzuvollziehen.

1 Michelle Lewis, Jim Cramer on Chevron and Exxon declines: „I’m done with fossil fuels. They’re done... This is the other side of Tesla“, www.electrek.co, 31.1.2020.

2 Larry Fink, Eine grundlegende Umgestaltung der Finanzwelt, www.blackrock.com.

Dabei spielten zwei große Initiativen eine besondere Rolle: erstens, die mächtige Erzählung von der „Carbon Bubble“, dem Risiko für Finanzinvestoren und Finanzmärkte durch Klimawandel und Klimaschutz, Rendite im fossilen Sektor zu verlieren. Sie wirkte vor allem bei privaten Finanzmarktakteuren und den Finanzmarktregulatoren. Und zweitens, ein wenig beachteter Artikel im Pariser Klimaabkommen, der die Ausrichtung von Finanzströmen auf den Klimaschutz fordert und vor allem für öffentliche und multilaterale Banken ein wichtiger Grund ist, sich aus fossilen Krediten zurückzuziehen.

Die »Carbon Bubble« – eine wirkmächtige Erzählung

Schaut man sich die jüngere Geschichte der Verknüpfung von Klimawandel und Finanzmärkten an, stößt man auf zwei Menschen, die sich in ihren Talenten kongenial ergänzen und die gemeinsam eine wirkmächtige Erzählung entwickelten: Mark Campanale und Bill McKibben. Der Brite Campanale hatte schon mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrung in der Finanzindustrie und in nachhaltigem Investment gesammelt, als er 2011 die Carbon Tracker Initiative gründete. Der erste Bericht der Initiative, publiziert im November 2011, entwickelte das Konzept der Carbon Bubble: Die Börsenbewertung von fossilen Firmen beruhe in erheblichem Maße auf ihren Reserven an fossilen Brennstoffen. Doch diese Reserven bestünden zu einem großen Teil aus „unburnable carbon“: Kohlenstoff, der nicht verbrannt werden darf. 80 Prozent der Reserven der 100 größten Kohle- und der 100 größten Öl- und Gas-Aktiengesellschaften müsse in der Erde bleiben, wenn die Menschheit ihr bereits bei der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 verabschiedetes 2-Grad-Limit einhalten will. Damit seien fossile Firmen massiv überbewertet, es drohe das Platzen dieser Blase, mit erheblichen Risiken für die Anteilseigner*innen und die Stabilität des Finanzsystems.³

Im Frühjahr 2020 hat die Carbon Tracker Initiative die ursprüngliche Analyse noch einmal grundlegend aktualisiert. Der neue Bericht „Decline and Fall: The Size and Vulnerability of the Fossil Fuel System“ stellt die These auf, dass eine grundlegende Disruption des Energiesystems in naher Zukunft bevorstehe, die riesige Vermögenswerte entwerten könne. Betroffen seien 39 Billionen US-Dollar an Kohle, Öl- und Gasreserven, 10 und 22 Billionen Dollar an Infrastruktur zur Versorgung mit bzw. Verbrennung von fossilen Brennstoffen, 18 und 8 Billionen Dollar an börsennotierten Aktien und Unternehmensanleihen, sowie eine etwa auf das Vierfache geschätzte Zahl von nicht börsennotierten Finanzanlagen. Wenn wir diese Zahlen zum globalen Bruttoinlandsprodukt von 142 Billionen Dollar (2019) ins Verhältnis setzen, dann zeigt sich die Dimension des Problems.⁴ Der erste Carbon-Tracker-Bericht von 2012 erwies sich als außerordentlich fruchtbar. Ihm folgte

3 Carbon Tracker Initiative, Unburnable Carbon: Are the World's Financial Markets Carrying a Carbon Bubble? Carbon Tracker Initiative, <https://carbontracker.org>, 13.7.2011.

4 Kingsmill Bond, Ed Vaughan, Harry Benham, Decline and fall. The size and vulnerability of the fossil fuel system, www.carbontracker.org, 4.6.2020.

eine ganze Serie von weiteren, detaillierten Studien, die auf der Grundlage dieser Grundannahme die Risiken des Klimawandels für das Finanzsystem in immer größerem Detail ausleuchteten.

Der Bericht wäre dennoch vielleicht eine Fußnote der Geschichte geblieben, hätte der Finanzfachmann Campanale nicht im amerikanischen Publizisten Bill McKibben einen Mitstreiter gefunden: McKibben schrieb den Aufsatz „Global Warming’s Terrifying New Math“, der im Juli 2012 im amerikanischen Magazin „Rolling Stone“ erschien, und trug damit Campanales Erzählung wortgewaltig in die Welt. Er sollte einer der meistgelesenen und wirkmächtigsten Aufsätze in der Geschichte des Kampfes gegen den Klimawandel werden.⁵ Die erschreckende Rechnung, die McKibben darin aufmacht, ist einfach und beruht auf drei Zahlen: *Zwei Grad Celsius* ist die maximale Erhöhung der Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau, auf die sich die Welt als gerade noch erträgliche Grenze geeinigt hat. Wenn wir die durchschnittliche globale Erwärmung unter zwei Grad halten wollen, dann dürfen wir nur noch ein begrenztes CO₂-Budget in die Atmosphäre entlassen – damals waren das *565 Gigatonnen CO₂*. Demgegenüber steckten *2795 Gigatonnen CO₂*, das Fünffache des Zulässigen, in den nachgewiesenen Reserven an Kohle, Öl und Gas. Reserven, gehalten von oft börsennotierten Konzernen und Ländern wie Venezuela und Kuwait, die wie fossile Konzerne agierten. Den Marktwert dieser fossilen Brennstoffe kalkulierte McKibben überschlägig auf 27 Billionen US-Dollar, und wenn man davon 80 Prozent als „überschüssig“, weil unverbrennbar, in den Wind schreiben müsse, dann müssten die Finanzmärkte einen Verlust von 20 Billionen Dollar hinnehmen. Die US-Immobilienblase, die die Finanzkrise von 2007/2008 auslöste, sei klein im Vergleich. McKibben lieferte mit dieser Rechnung nicht nur eine ökonomische Analyse, sondern auch eine hoch plausible Erklärung für den mangelnden Fortschritt beim Klimaschutz: Die fossilen Firmen haben sehr, sehr viel zu verlieren und damit ein starkes Motiv, ihre gewaltigen Lobbyressourcen gegen Klimapolitik ins Feld zu führen.

Politökonomisch gesprochen ist es ganz einfach: Der an den Finanzmärkten schon eingepreiste zukünftige Wert des unverbrennbaren Kohlenstoffs drängt auf seine Realisierung durch Förderung und Verkauf des fossilen Rohstoffs an den Weltmärkten und kauft sich entsprechenden politischen Einfluss.⁶ Die neue Erzählung von McKibben weicht in erheblichem Maße von anderen, damals wie heute gängigen Erzählungen über die Klimakrise ab. Statt auf Emissionen an einer Myriade von Orten lenkt er den Blick auf die fossilen Reserven, die an einer überschaubaren Zahl von Orten im Boden lagern und dort bleiben müssen, wenn wir den Klimawandel begrenzen wollen. Statt auf die Verbraucher*innen, die mit ihrem Konsumverhalten den Klimawandel anheizen, richtet er den Scheinwerfer auf die fossilen Konzerne, die ein massives Interesse an der weiteren Verbrennung fossiler Brennstoffe

5 Bill McKibben, Global Warming’s Terrifying New Math. Three simple numbers that add up to global catastrophe – and that make clear who the real enemy is, in: „Rolling Stone“, www.rollingstone.com, 19.7.2012.

6 Lynn Parramore, Finally, The Clearest Evidence That Shows How Money Shapes America’s Elections. Oversight of two generations of social scientists have weakened democracy, www.economicx.com.

haben. Statt um globale Verhandlungsprozesse zwischen Staaten auf Klimakonferenzen geht es um Investitionen und Vermögenswerte, um die Mechanismen auf Finanzmärkten und den Einfluss von Konzernen auf die Politik.

So unglaublich es klingt, so hat doch die Erzählung von der Carbon Bubble und den Klimarisiken für den Finanzmarkt in zwei, eigentlich hoch verschiedenen Milieus ihre Wirkung entfaltet. Denn, was die Verbreitung dieser Erzählung enorm beförderte: Campanale und McKibben hatten enorme Glaubwürdigkeit in zwei höchst unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Während Campanale in der Finanzwelt mit ihrem Zentrum in London Wirkung entwickelte, war McKibben das Idol einer wachsenden Bewegung von Klimaaktivist*innen.

»Do the Math«: Die ersten Erfolge der Divestment-Kampagne

Bill McKibben ist Mitbegründer der Organisation 350.org, einer vor allem von jungen Leuten getragenen Klimakampagnenorganisation, die sich von amerikanischen Universitäten ausgehend über größere Teile der Welt ausgebreitet hat. 350.org trug die Erzählung McKibbens in einer großen Kampagne „Do the Math“ in viele Teile der Welt. Und sie organisierte eine Kampagne für das Gegenmittel, das McKibben propagiert hatte: Divestment, das Abziehen von Geldern aus fossilen Geldanlagen. Ausgangspunkt waren Städte, Gemeinden, Universitäten und Kirchen, die auf Druck der jungen Aktivist*innen ihre Gelder aus fossilen Portfolios zurückzuziehen begannen. Die Kombination von moralischen Argumenten mit einem Appell ans finanzielle Eigeninteresse – dem Risiko des Platzens der Kohlenstoffblase – erwies sich als äußerst wirkungsvoll. Nur eines von beidem hätte wohl nicht diese Durchschlagskraft entfaltet. Was an Universitäten, bei Kirchen und Städten begann, erreichte mit gezielten NGO-Kampagnen bald institutionelle Anleger wie Pensionsfonds und Versicherer. Neben der Furcht vor einem Reputationsverlust ist der Rückzug aus fossilen Energieträgern vor allem dem Risikomanagement geschuldet. Wenn politische Entscheidungen für mehr Klimaschutz fallen, dann könnte das angelegte Geld zu einem „stranded asset“, zu verlorenen Vermögenswerten, werden.

Die Divestment-Kampagne hat nicht nur ein Bewusstsein für diese Zusammenhänge geschaffen, sondern institutionelle Anleger wie den norwegischen Pensionsfonds oder die Allianz-Versicherung dazu gebracht, sich wenigstens partiell aus fossilen Anlagen zurückzuziehen. Mehr als 1000 Institutionen mit einem Gesamtvermögen von fast 8 Billionen US-Dollar hatten sich bis Ende 2018 verpflichtet, ihre Investitionen in fossile Energieunternehmen abzuziehen.⁷ 2015 fand die Erzählung von der Carbon Bubble, die die Finanzmarktstabilität gefährdet, dann Eingang in die höchste Ebene globaler Governance der Finanzmärkte. Die G20 beauftragte das Financial Stability Board (FSB) unter Vorsitz des Gouverneurs der Bank of England, Mark

⁷ 350.org, Divestment-Bewegung erreicht wichtigen Meilenstein: Über 1000 Institutionen ziehen Investitionen aus Kohle-, Öl- und Gasunternehmen ab, www.350.org, 13.12.2018.

Carney, Überlegungen anzustellen, wie der Finanzsektor Klimarisiken für das Finanzsystem berücksichtigen könnte. Das FSB war 2009 von den G20 im Nachgang der globalen Finanzkrise gegründet worden.

Mit diesem Mandat griff Carney am 29. September 2015 in einer Rede in der Versicherungsbörse Lloyd's of London die Analyse von Campanale und McKibben auf. Carney sprach von der „Tragedy of the horizons“, nach der die katastrophalen Klimaschäden jenseits des Handlungshorizonts zentraler Institutionen lägen – jenseits des Geschäftszyklus, jenseits der politischen Zyklen wie Wahlperioden und jenseits des Horizonts von technokratischen Einrichtungen wie Zentralbanken. Als Konsequenz forderte Carney in dieser Rede die Einrichtung einer Task Force for Climate Related Financial Disclosure (TCFD), einer Arbeitsgruppe für klimabezogene finanzielle Offenlegung.⁸ Diese wurde vom FSB während des Pariser Klimagipfels am 4. Dezember 2015 ins Leben gerufen, zusammengesetzt aus zentralen Persönlichkeiten der privaten Finanzwelt unter Vorsitz von Michael Bloomberg, dem CEO des US-Finanzdatenkonzerns Bloomberg. Dass dies auf dem Pariser Klimagipfel geschah, ist keineswegs Zufall: Denn das Pariser Klimaschutzabkommen beinhaltet – wenn auch viel zu wenig beachtet – auch einen wesentlichen Auftrag an Finanzmärkte und private wie öffentliche Banken. Zum einen verschärfte das Abkommen auf Druck der am meisten verwundbaren Entwicklungsländer das globale Temperaturziel: die Erderwärmung soll nun auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzt werden, und die Staaten verpflichteten sich, Anstrengungen zu unternehmen, möglichst bei 1,5 Grad zu landen. Das CO₂-Budget schrumpft dadurch erheblich.

In Artikel 2.1c des Abkommens haben sich die Unterzeichnerstaaten zudem dazu bekannt, Finanzströme mit den Zielen des Abkommens in Einklang zu bringen. Konkret heißt es: „Finanzströme in Einklang zu bringen mit einem Entwicklungspfad hin zu niedrigen Treibhausgasemissionen und einer klimaresistenten Entwicklung.“⁹ Dies lässt kaum einen anderen Schluss zu, als dass alle Geldflüsse und -anlagen – öffentliche wie private – so reguliert werden müssen, dass die daraus resultierenden wirtschaftlichen Aktivitäten die Temperaturziele des Abkommens einhalten.¹⁰

Der Auftrag der Task Force um Michael Bloomberg: die Entwicklung von Standards für die freiwillige Offenlegung von klimabezogenen Risiken durch Firmen für ihre Investoren, Gläubiger*innen, Versicherer und andere Interessengruppen. Dabei sollen physische, politisch-regulatorische und Haftungsrisiken durch den Klimawandel berücksichtigt werden.

Mitte 2017 gab die Task Force ihre Empfehlungen ab, auf welche dann vom G20-Gipfel in Hamburg Bezug genommen wurde. Im Dezember 2019 hatten sich 930 Organisationen mit einer Marktkapitalisierung von 11 Billionen

8 Mike Carney, Breaking the tragedy of the horizon – climate change and financial stability, www.bankofengland.co.uk, 29.9.2015.

9 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Übereinkommen von Paris, www.bmu.de, 4.6.2016.

10 Leider ist Artikel 2.1c des Pariser Abkommens kaum in breitere öffentliche und politische Diskussionen vorgedrungen. Immerhin orientieren sich bi- und multilaterale Entwicklungsbanken um und versuchen ihr Geschäftsgebaren mit Artikel 2.1c des Pariser Klimaabkommens besser in Einklang zu bringen.

Dollar hinter diese Empfehlungen gestellt.¹¹ Der Grund dafür: Anders als US-Präsident Donald Trump können es sich Finanzmarktakteure nicht leisten, die Realität der Klimakrise dauerhaft zu ignorieren. Dabei mache man sich keine Illusionen – es geht hier nicht um humanitäre Überlegungen: Ob Inseln im Pazifik untergehen oder Hurrikane Kleinbäuer*innen in Mittelamerika obdachlos machen, interessiert die Finanzmärkte wenig. Denn arme Menschen sind nicht versichert und haben kein Vermögen – und auf den Finanzmärkten werden nur geldwerte Vermögen gehandelt.

Drei Risikokategorien für die Finanzmärkte

Carney hat in seiner Rede bei Lloyd's die Klimarisiken für die Finanzmärkte in drei Kategorien eingeteilt, die bis heute relevant sind: Es sind zunächst die physischen Risiken: die Zerstörung von Vermögenswerten, Schäden an Infrastrukturen und Eigentum (etwa an Gebäuden und Produktionsanlagen) durch Extremwetterereignisse wie Stürme und Hochwasser in Folge des Klimawandels, aber auch die Unterbrechung von wirtschaftlichen Aktivitäten in ihrer Folge. Man denke an die Hurrikane Sandy und Harvey, die enorme Schäden in New York bzw. Houston (Texas) anrichteten. Diese Risiken schlagen zuerst bei den Versicherungen und Rückversicherern auf, die bei Katastrophen zu Zahlungen an ihre Klienten verpflichtet sind. Die Münchener Rückversicherung warnt schon seit den frühen Nullerjahren vor den Folgen des Klimawandels für die Versicherer und Finanzmärkte insgesamt. Und so ist es kein Zufall, dass Carney seine Rede ausgerechnet bei Lloyd's hielt, dem traditionsreichsten Versicherungsmarkt.

Zum Zweiten geht es um Transitionsrisiken, die aus dem Übergang in eine Nullemissionswirtschaft vor allem für Firmen entstehen, die hohe Emissionen verursachen. Dabei geht es zum einen um den forcierten technologischen sowie um den Wertewandel: Werden Daimler oder BMW den Übergang zur Nullemissionsmobilität bewältigen? Welche Einbußen werden Fluglinien hinnehmen, wenn sich die „Flugscham“ ausbreitet? Ein anderes Transitionsrisiko ist das eher wünschenswerte „Risiko“ von abrupten klimapolitischen Entscheidungen (etwa Verbote, harte Reduktionsziele, hohe CO₂-Preise, Kürzungen von klimaschädlichen Subventionen oder Gerichtsurteile). Sie können Anlageinvestitionen entwerten und die Märkte und das Konsumverhalten plötzlich einbrechen lassen. Auch wenn bisher die Politik viel zu zögerlich auf die Klimakrise reagiert hat: Irgendwann wird sie reagieren *müssen* – und sei es als Ergebnis eines Gerichtsverfahrens wie in den Niederlanden, wo ein von jungen Leuten angestrebter Prozess die Regierung zu mehr Klimaschutz verpflichtete. Zunehmend wird hier von der „inevitable policy reponse“ gesprochen, der unausweichlichen politischen Antwort auf die Klimakrise.¹²

11 TCFD Supporters, Task Force on climate-related Financial Disclosure, www.fsb-tcfid.org.

12 UN PRI, The Inevitable Policy Response. Preparing financial markets for climate-related policy/regulatory risks. Principles of Responsible Investment, www.unpri.org.

Das dritte Risiko besteht in Haftungsrisiken. Beispielhaft ist hier das Gerichtsverfahren, das vom peruanischen Bergführer und Landwirt Saul Luciano Lliuya gegen den deutschen Stromkonzern RWE vor deutschen Gerichten angestrengt wurde. Das Abschmelzen der Gletscher in den peruanischen Anden könnte Flutwellen auslösen und das Bergdorf, in dem Lliuya wohnt, zerstören. Ein Konzern wie RWE, der über Jahrzehnte merklich zu dem CO₂-Anstieg in der Atmosphäre beigetragen hat, wird nun darauf verklagt, zu Schutzmaßnahmen beizutragen. Auch wenn der konkrete eingeklagte Betrag von RWE „aus der Portokasse“ bezahlt werden könnte, wäre ein Urteil gegen den Konzern bahnbrechend und könnte massive Auswirkungen auf den Unternehmenswert CO₂-intensiver Firmen haben.¹³

BlackRock: Vom Saulus zum klimapolitischen Paulus?

Wie aber sah das Verhalten der größten Finanzinstitutionen tatsächlich aus? Und vor allem: Woran hätte es sich zu orientieren, um dem Auftrag von Paris gerecht zu werden? 2016 veröffentlichte ein Konsortium von 15 Nichtregierungsorganisationen unter Führung von Oil Change International die Studie „The Sky’s Limit“. Ihr zufolge enthalten die vorhandenen, bereits in Produktion befindlichen Vorkommen an Kohle, Öl und Gas genug Kohlenstoff, um das verbleibende CO₂-Budget zu überschreiten.¹⁴ Daraus leiten die Autor*innen ab, dass jegliche Finanzierung der Erschließung von neuen Kohle-, Öl- und Gasvorkommen und der damit verbundenen Infrastruktur (Pipelines, Häfen, Eisenbahnen etc.) nicht mit den Pariser Klimazielen vereinbar sei.

2019 analysierte ein in der renommierten Zeitschrift „Nature“ publizierter Forschungsbericht¹⁵ die Vereinbarkeit existierender CO₂-intensiver Infrastruktur (vor allem Kraftwerke, Industrieanlagen und Verkehr) mit dem CO₂-Budget bei einem 1,5-Grad- und einem 2-Grad-Szenario. Auch diese Studie kam zu dem Schluss, dass – je nach Temperaturlimit und Annahmen, die dem Budget zugrunde liegen – keine oder nur sehr wenig CO₂-intensive Infrastruktur noch neu in Betrieb gehen darf und dass existierende Infrastrukturen voraussichtlich vorzeitig außer Betrieb genommen werden müssen.

Die Carbon Tracker Initiative (CTI) ging mit ihrer Analyse über börsennotierte Stromversorger sogar noch weiter: Im Auftrag der Investoreninitiative Climate Action 100+, analysierte CTI das Risikoprofil aller großen börsennotierten Stromversorger hinsichtlich der Vereinbarkeit ihres Anlagevermögens in Kohlekraftwerken – detailscharf auf Kraftwerksebene – mit den Pariser Klimazielen.¹⁶ Das Ergebnis für die großen deutschen Stromkonzerne: Während E.ON nach der Abgabe aller Kohlekraftwerke gut dasteht, wird das

13 Germanwatch, Der Fall Huaraz, www.germanwatch.org.

14 Oil Change International, The Sky’s Limit: Why the Paris Climate Goals Require a Managed Decline of Fossil Fuel Production, www.priceofoil.org, 22.9.2016.

15 Dan Tong et al., Committed emissions from existing energy infrastructure jeopardize 1.5 °C climate target, in: „Nature“, 8/2019, S. 373-377, www.nature.com.

16 Carbon Tracker Initiative, Making it mainstream – CA100+ power utility profiles, www.carbontracker.org, 11.7.2019.

Anlagevermögen von RWE – wie auch das weiterer Stromversorger mit zahlreichen Kohlekraftwerken – als nicht Paris-kompatibel eingeschätzt.

Was man zu RWE wissen muss: Sein zweitgrößter Anteilseigner ist BlackRock, der mit 7,4 Billionen Dollar größte Vermögensverwalter der Welt, der in vielen Firmen einer der drei größten Anteilseigner ist. BlackRock-Chef Fink hat mit seinem bereits erwähnten Brief an die CEOs ein kräftiges – manche nennen es gar ein historisches – Zeichen gesetzt. Darin kündigte er an: „Angesichts der wachsenden nachhaltigkeitsbezogenen Anlagerisiken sind wir zunehmend geneigt, Vorständen und Aufsichtsräten unsere Zustimmung zu verweigern, wenn ihre Unternehmen bei der Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen und den ihnen zugrunde liegenden Geschäftspraktiken und -plänen keine ausreichenden Fortschritte machen.“¹⁷ Im Mai 2020 machte BlackRock dann ernst, stimmte für Klimaschutzresolutionen auf der Hauptversammlung von ExxonMobil und Chevron und übte Druck auf den südkoreanischen Stromkonzern KEPCO aus, weil dieser Kohlekraftwerke in Indonesien und Vietnam geplant hatte.¹⁸

Noch allerdings führt BlackRock die Liste der 30 wichtigsten institutionellen Anleger an, die in Firmen investieren, die Kohleprojekte entwickeln („Dirty Thirty“). Nach Analysen der NGO Urgewald und anderen hält BlackRock Anleihen und Unternehmensanteile von 86 Entwicklern von Kohlekraftwerken mit einem Gesamtwert von 17,6 Mrd. US-Dollar.¹⁹ Ein im Mai 2020 veröffentlichtes Update zu den Ankündigungen vom Januar zeigt, dass BlackRock allmählich ernst macht und beispielsweise aus der Finanzierung von Kohlebergwerken aussteigen wird. Und eine im Februar 2020 veröffentlichte Analyse des BlackRock Investment Institute kommt immerhin zu dem Schluss, dass nachhaltige Anlagestrategien keine geringeren Erträge generieren als die marktüblichen.²⁰ Das mag BlackRock den Wechsel zur Nachhaltigkeit erleichtern. Doch sein wichtigstes Geschäftsmodell steht einer klimapolitischen Umkehr im Wege: BlackRock vertreibt vor allem passiv gemanagte Fonds (Exchange Traded Funds – ETFs), das sind Fonds, die meist bestimmte Indizes am Aktien- oder Anleihemarkt nachbilden. Das bedeutet, die Entscheidung über die Zusammensetzung dieses Fonds ist festgelegt und kann nicht einfach umgeschichtet werden. Nur bei aktiv gemanagten Fonds und neu aufgelegten ETFs plant BlackRock, aktiv zu werden.²¹

Aber nicht nur BlackRock ist aktiv: Wie nie zuvor koordinieren sich die weltgrößten Versicherungen, Pensionsfonds und andere institutionelle Anleger, um gemeinsam Einfluss auszuüben. Sie gründeten im Dezember 2017 beim One Planet Summit in Paris die Plattform Climate Action 100+, um ihre klimabezogenen Aktivitäten zu bündeln. Die 450 beteiligten Investoren

17 Larry Fink, Eine grundlegende Umgestaltung der Finanzwelt, www.blackrock.com.

18 Nick O'Malley, 'Everyone was watching': BlackRock is showing its hand on coal, in: „Sydney Morning Herald“, 8.6.2020.

19 Urgewald, Media Briefing & Press Conference. Banks and Investors Against Future: NGO Research Reveals Top Financiers of New Coal Power Development, www.coalexit.org, 6.12.2019.

20 Blackrock Investment Institute, Sustainability: The tectonic shift transforming investing, blackrock.com, 28.2.2020.

21 Tim Buckley, Tom Sanzillo und Melissa Brown, IEEFA update: BlackRock takes first step towards aligning US\$7 trillion fund with Paris Agreement, www.ieefa.org, 15.1.2020.

repräsentierten im März 2020 rund 40 Billionen US-Dollar Vermögenswerte. Sie wollen ihr Gewicht in die Waagschale werfen, und zwar bei 100 „systemisch wichtigen Emittenten“, welche für zwei Drittel der globalen industriellen Emissionen verantwortlich sind, sowie bei 61 weiteren Konzernen mit signifikanten Potentialen für die Energiewende. Die Investoren fordern von den betroffenen 161 Unternehmen Emissionsminderungen über ihre gesamte Wertschöpfungskette in Einklang mit dem „deutlich unter 2-Grad“-Ziel von Paris, eine bessere Governance von Klimarisiken auf Vorstandsebene und bessere klimabezogene Offenlegung im Einklang mit den Maßstäben der TCFD. Im ersten Fortschrittsbericht von Climate Action100+ werden Firmen von Nestlé über Heidelberg Zement bis VW genannt, die sich zu klimaneutralem Handeln („net zero“) bis 2050 selbst verpflichten.²² Doch auch hier gilt es genau hinzuschauen, was „klimaneutral“ im Einzelnen bedeutet: das Absenken der Emissionen auf null oder nur den Ankauf dubioser Offset-Zertifikate?

Die privaten Geschäftsbanken: Kleine, viel zu zaghafte Schritte

Neben den Vermögensverwaltern sind die privaten Großbanken besonders relevant. Wie sehen ihre Geschäftsstrategien nun tatsächlich aus? Ein Zusammenschluss US-amerikanischer und europäischer NGOs legt jährlich eine Studie vor, die das Finanzierungsgebaren der 35 größten privaten Banken der Welt seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 untersucht. Kanadische, europäische, japanische, chinesische und US-Banken haben nach dem jüngsten Bericht seit dem Pariser Klimagipfel, also von 2016 bis einschließlich 2019, 2,7 Billionen Dollar in den fossilen Sektor gepumpt.²³ Sie kanalisieren riesige Summen in den Abbau von Teersanden, die Förderung von Erdöl und Erdgas in der Arktis, in Tiefseegewässern oder durch Fracking. Vier amerikanische Banken – JPMorgan Chase, Wells Fargo, Citi, Bank of America – führen die Liste der 35 Banken an, die in den fossilen Sektor investieren. Absoluter Spitzenreiter ist die US-amerikanische Bank JPMorgan Chase.

Kohlebergwerke stehen ganz hoch auf der Agenda chinesischer und japanischer Finanzinstitutionen. Obwohl ihre Finanzierung von Kohlekraftwerken rückläufig ist, sind Chinas vier größte Banken weltweit immer noch für mehr als die Hälfte der Finanzierungen von Kohleminen und -kraftwerken verantwortlich. Insgesamt sind aufgrund des öffentlichen Drucks und der weltweiten Kampagnen vor allem die Kredite für die Kohleinfrastruktur rückläufig: Zwischen 2016 und 2019 sind die Kredite an die 30 größten Kohlebergbauinvestoren um sechs Prozent, bei den 30 größten Kohlekraftwerksbetreibern um 13 Prozent gesunken.

Bemerkenswert ist angesichts der prominenten Rolle der amerikanischen Großbank JPMorgan ein im Januar 2020 von JPMorgans Research Unit verfasster und inzwischen geleakter 22seitiger Bericht. Er fasst die wesentlichen

²² Climate Action 100+, 2019 Progress Report, www.climateaction.org, 9/2019.

²³ Rainforest Action Network, Banking on Climate Change. Fossil Fuel Finance Report 2020, www.ran.org, 18.3.2020.

Erkenntnisse der Klimawissenschaft zusammen und kommt zu dem Schluss: „Wir können katastrophale Folgen [des Klimawandels] nicht ausschließen, bei denen das menschliche Leben, wie wir es kennen, bedroht ist.“²⁴

Die Schlussfolgerung ist dann am Ende doch ernüchternd: Das wahrscheinlichste Szenario sei „business as usual“, also dass weiter wie bisher gewirtschaftet werde, mit dem Risiko katastrophaler, irreversibler Klimaschäden. Das Magazin „The New Republic“ betitelte seinen Artikel über den Report mit dem bezeichnenden, schwer zu übersetzenden Wortspiel: „The Planet Is Screwed, Says Bank That Screwed the Planet.“²⁵ Ob dieser Bericht mit seiner pessimistischen Schlussfolgerung dem Management von JP Morgan zur Rechtfertigung für seine verantwortungslose Geschäftsstrategie dient oder doch zum Umdenken führt, wissen wir nicht. Dass JPMorgan im Februar 2020 ankündigte, sich aus dem Geschäft mit Firmen, die vorwiegend Kohlebergbau betreiben, bis 2024 zurückziehen zu wollen, ist zumindest ein kleiner, wenn auch viel zu zaghafter Schritt.²⁶ Dennoch wehrte das Management von JPMorgan auf der Hauptversammlung der Bank im Mai 2020 eine klimafreundliche Resolution von Anteilseignern ab – wenn auch nur knapp.²⁷

Hoffnungsschimmer in Europa?

Wie sieht es dagegen in Europa aus? Zehn europäische Banken haben sich restriktive Regeln für die Kreditfinanzierung von Teersandprojekten gegeben, und weltweit haben 21 der untersuchten 35 Geschäftsbanken Auflagen für Kohleprojekte oder sie zogen sich daraus zurück.²⁸ In Europa gibt Barclays 85 Mrd. Dollar Kredite für den laufenden Betrieb des fossilen Sektors und 24 Mrd. Dollar für die Erschließung und Ausweitung desselben. Die Deutsche Bank steht auf der Liste der 35 Privatbanken auf Platz 19. Sie hat alleine in den drei Jahren nach der Verabschiedung des Paris-Abkommens rund 53 Mrd. US-Dollar in den fossilen Sektor investiert. 2017 überarbeitete die Bank dann ihre Richtlinie für die Kohlefinanzierung. Die Deutsche Bank samt Tochtergesellschaften verpflichten sich damit, keine neuen Kohleprojekte zu finanzieren. Das bestehende Engagement im Kohlesektor will die Bank zurückfahren. Mit der Umsetzung dieser Richtlinie hapert es aber ganz offensichtlich. Denn auch 2019 war die Deutsche Bank einer der größten Finanziers Europas im Kohlesektor.²⁹

Das Fazit insgesamt: Die gute Nachricht ist, dass sich immer mehr Banken bei fossilen Investitionen beschränken. Noch liegt hier der Schwerpunkt

24 David Mackie und Jessica Murray, Risky business: the climate and the macroeconomy, in: „JP Morgan Markets“, 14.1.2020, abzurufen über: <https://rebellion.earth>.

25 Kate Aronoff, The Planet Is Screwed, Says Bank That Screwed the Planet, in: „The New Republic“, www.newrepublik.com, 25.2.2020.

26 JP Morgan Chase & Co., JPMorgan Chase Expands Commitment to Low-Carbon Economy and Clean Energy Transition to Advance Sustainable Development Goals, www.jpmorganchase.com, 25.2.2020.

27 Cecilia Keating, JP Morgan Chase climate shareholder resolution narrowly defeated, www.businessgreen.com, 20.5.2020.

28 Banking on Climate Change – Fossil Fuel Finance Report Card 2019, www.banktrack.org.

29 Vgl. Deutsche Bank, Überarbeitete Richtlinie für die Kohlefinanzierung, www.db.com, 31.1.2017 sowie Urgewald, Neue Studie zeigt anhaltende Kohlegeschäfte, www.urgewald.org, 23.5.2019.

bei Kohle, aber langsam und allmählich verpflichten sich Banken auch zum Rückzug aus Neuerschließungen bei Öl und Gas in der Arktis oder der Tiefsee und aus Teersandprojekten. Gemessen an den Zielen des Pariser Klimaabkommens dürften jedoch gar keine Investitionen und Kredite mehr in den fossilen Sektor fließen. Im Gegenteil: Es müsste der große Rückzug gestartet werden – davon allerdings kann bisher keine Rede sein.

Aufgrund des weitgehenden Versagens des Bankensektors haben die NGO-Aktivist*innen ihre Aufmerksamkeit in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Versicherungen gerichtet. Und zwar nicht nur in ihrer Rolle als große Vermögensverwalter, sondern auch in ihrer Rolle als Versicherer von großen fossilen Anlageinvestitionen wie Kohlekraftwerken. Ebenso wie man keine Hypothek für ein Gebäude bekommt, wenn es keine Versicherung gegen Feuer und andere Schäden hat, so ist es auch schwierig – oder zuweilen sogar unmöglich –, ein Kohlekraftwerk oder -bergwerk zu bauen oder zu betreiben, ohne entsprechende Versicherungen vorweisen zu können.

Die „Unfriend Coal“-Kampagne von 13 NGOs aus Europa, Nordamerika und Australien hat bereits erfolgreich zahlreiche Versicherungen zum Ausstieg aus der Kohle gedrängt. Ende 2019 vermeldete das Bündnis, dass Versicherungen als Geldanleger bereits bei 37 Prozent ihrer Vermögenswerte – fast 9 Billionen US-Dollar – ein Divestment beschlossen hätten. Und bereits 46 Prozent der Rückversicherer (nach Marktanteil) haben Politiken beschlossen, die zumindest das Neugeschäft mit Versicherungen von Kohlekraftwerken oder -bergwerken, zum Teil aber auch das Altgeschäft, ausschließen.³⁰

Hier zeigt sich: In einem nicht unerheblichen Teil der globalen Finanzmärkte gibt es ein Momentum gegen CO₂-intensive Geldanlagen wie Kohle oder Teersande. Dabei spielen realwirtschaftliche Entwicklungen wie die inzwischen massiv gesunkenen Kosten von erneuerbaren Energien oder Batterien ebenso eine Rolle wie der wachsende Druck von zivilgesellschaftlichen Kampagnen. Auch die immer deutlicher werdenden Klimaschäden, wie die massiven Waldbrände in Australien im November 2019 bis Januar 2020, führen vor Augen, dass die Thematik nicht länger ignoriert werden kann.

Der Staat springt ein

Es gibt Anzeichen, dass Projekte und Firmen mit hohen CO₂-Emissionen Schwierigkeiten bekommen, sich an den Kapitalmärkten Geld zu beschaffen. So zitiert die „Financial Times“ einen Analysten der Ratingagentur Moody's, dass der weltgrößte börsennotierte Kohlekonzern Peabody sich an den Märkten keine Finanzierung für ein Joint Venture mit dem Rivalen ArchCoal beschaffen konnte.³¹ Das bereits im Bau befindliche polnische Kohlekraftwerk Ostroleka C wurde im Februar 2020 unter Verweis auf Finanzierungs-

³⁰ Peter Bosshard, Insuring Coal no more. The 2019 Scorecard on Insurance, Coal, and Climate Change, www.unfriendcoal.com, Dezember 2019.

³¹ Attracta Mooney und Billy Nauman, Climate campaigners turn their fire on the financial world, www.ft.com, 20.2.2020.

schwierigkeiten von den Konzernen Enea und Enega auf Eis gelegt. Presseberichte erwähnen dabei auch die neue Energiepolitik der EIB.³² Die hoch umstrittene Teersand-Grube Teck Frontier Mine im kanadischen Alberta stoppt ihre Pläne mit explizitem Verweis auf den Wunsch von Investoren nach möglichst „sauberen“ Produkten.³³

Dan Murtaugh berichtet unter Berufung auf eine Analyse von Bloomberg New Energy Finance, die Hälfte der geplanten 41 Kohlekraftwerke in Vietnam und Indonesien hätte bisher keine Finanzierung, und es werde angesichts der zunehmend restriktiven Politiken der Banken in Japan, Korea und Singapur immer unwahrscheinlicher, dass ihnen dies jemals gelänge.³⁴ Auch der Börsengang von Saudi Aramco konnte nicht an einem der großen Finanzplätze der Welt, sondern musste an einer saudischen Börse stattfinden. Die „Financial Times“ berichtet, dass der Rekordertrag des Börsengangs wenig globales Kapital anzog und stattdessen fünf Mrd. Dollar aus Abu Dhabi dafür erhalten mussten – Vermögen von der Korruption Beschuldigten und großzügige Kredite saudischer Banken an Privatinvestoren.³⁵

Nun, im Frühjahr 2020, kommt noch der massive Verfall der Ölpreise hinzu – hervorgerufen durch die weltweite, durch das Coronavirus ausgelöste Wirtschaftskrise und den Preiskrieg zwischen Saudi-Arabien und Russland. Er führt zu einer massiven Verschlechterung der Ertragssituation von Öl- und Gaskonzernen und wird die Attraktivität dieses Marktsegments für Finanzinvestoren weiter reduzieren. Hier ist es deshalb so extrem wichtig, dass Staaten nicht in Ersatzleistungen gehen und eigens Hilfspakete für die fossilen Industrien schnüren. Doch leider ist oft das Gegenteil der Fall: Wo das private Kapital aussteigt, springen Regierungen ein. Die Carmichael-Mine des indischen Adani-Konzerns in Queensland (Australien) war Gegenstand intensiver NGO-Kampagnen, die Druck auf potentielle Finanziere ausübten. Nachdem sich inzwischen fast alle privaten Geldgeber*innen zurückgezogen haben, gibt nun die Regierung massive Subventionen: Auf 4,4 Mrd. australische Dollar (etwa 2,35 Mrd. Euro) beziffert der Thinktank IEEFA die staatlichen Subventionen für das Projekt,³⁶ das der Adani-Konzern einst selbst finanzieren wollte. Auch in Kanada sprang der Staat ein und kaufte das äußerst umkämpfte Transmountain-Pipeline-Projekt für 4,5 Mrd. kanadische Dollar (2,8 Mrd. Euro), nachdem der ursprüngliche private Betreiber und Investor Kinder Morgan aufgegeben hatte.³⁷ Die Kosten sind inzwischen explodiert – auf 12,6 Mrd. kanadische Dollar.³⁸ Die Pipeline soll äußerst klimaschäd-

32 Artjom Maksimenko, Aus für Steinkohle-Kraftwerksblock „OSTROLEKA C“, www.energatemessenger.de, 14.2.2020.

33 Teck Withdraws Regulatory Application for Frontier Project, Pressemitteilung, www.teck.com, 23.2.2020.

34 Dan Murtaugh, Banks Shunning Coal Financing Bodes Badly for New Plants in Asia, www.bloomberg.com, 25.2.2020.

35 Simeon Kerr, Mohammed bin Salman: a combustible royal blazes a trail, www.ft.com, 13.12.2019.

36 Tim Buckley, Tom Sanzillo und Melissa Brown, IEEFA update: BlackRock takes first step towards aligning US\$7 trillion fund with Paris Agreement, www.ieefa.org, 16.1.2020.

37 John Paul Tasker, Ottawa may have overpaid for Trans Mountain by up to \$1B, parliamentary budget officer says, www.cbc.ca, 31.1.2019.

38 Vassy Kapelos und John Paul Tasker, Cost of Trans Mountain expansion soars to \$12.6B, www.cbc.ca, 7.2.2020.

liches Öl aus Teersanden in Alberta an die Küste bei Vancouver bringen, von wo es in alle Welt verschifft werden soll. Die sich sonst oft progressiv gebende Regierung von Justin Trudeau versucht, das ökologisch katastrophale Projekt gegen den massiven Widerstand aus breiten Teilen der Bevölkerung British Columbias, vor allem aber vieler indigener Gruppen, mit allen Mitteln durchzusetzen.

Und als im Zuge der Coronakrise und des Verfalls der Ölpreise die kanadische Ölindustrie ins Wanken kam, schnürte die kanadische Bundesregierung für sie ein Rettungspaket, das auf 15 Mrd. kanadische Dollar (rund 9,4 Mrd. Euro) beziffert wird.³⁹ Der britische Think Tank Vivideconomics untersuchte Rettungspakete in 17 großen Ländern und beobachtet dabei ganz überwiegend „braune“, umwelt- und klimaschädliche Maßnahmen.⁴⁰

Der Herdentrieb der Märkte

Auch Finanzinstitutionen aus Japan und vor allem China sind weiterhin dabei, auch im Ausland Kohlekraftwerke und ähnliche CO₂-intensive Investitionen zu finanzieren. Allerdings kommen japanische Finanziere nun zunehmend unter Druck durch eine koordinierte NGO-Kampagne, die das Land anlässlich der G20-Präsidentschaft 2019 und der Olympischen Spiele 2020-21 aufs Korn nimmt. Und während es aus China viel Rhetorik hinsichtlich einer „Grünen Seidenstraße“ gibt, bleiben konkrete Politiken, die die fossile Finanzierung deutlich einschränken würden, bisher aus.

Und schließlich füllen heute zudem neue private Investoren die Lücke, die einige Banken hinterlassen. So argumentiert Patrick Jenkins in der „Financial Times“, dass private Kapitalinvestoren verstärkt Interesse an Teilen der fossilen Industrie zeigten. „Solange der Cashflow attraktiv ist, werden sie auf Kohle, Öl und Gas setzen, unabhängig davon, ob die traditionellen Banken und großen Vermögensverwalter dabei sind oder nicht.“⁴¹

Kurzum: Auch wenn es einen klaren Trend weg von den Fossilen gibt, so wäre es doch voreilig, nun schon das Ende für Kohle, Öl und Gas am Kapitalmarkt auszurufen. Wir wissen bisher nicht, ob die Carbon Bubble gerade platzt und der Herdentrieb der Märkte sich definitiv und massiv gegen die fossilen Geldanlagen wendet. Die großen Injektionen von Liquidität durch Zentralbanken könnten das angeschlagene fossile Imperium noch einmal stabilisieren. Doch immerhin gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass nicht nur in den Ökosystemen, sondern auch im Finanzsystem bald ein Kipppunkt erreicht werden könnte. Das würde zweifellos neue wirtschaftliche Risiken bringen – doch diese müssen eingegangen werden, um die weitere Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu verhindern.

39 Robert Fife, Emma Graney und Kelly Cryderman, Ottawa prepares multibillion-dollar bailout of oil and gas sector, www.theglobeandmail.com, 19.3.2020.

40 Vivideconomics Finance for Biodiversity Initiative, Green Stimulus Index, www.vivideconomics.com, Update 3.6.2020.

41 Patrick Jenkins, Energy's stranded assets are a cause of financial stability concern, www.ft.com, 2.3.2020.

Wer hätte das für möglich gehalten: Dieses eine Mal hat die SPD tatsächlich die Nase vorn, nämlich bei der Nominierung ihres – ja, kann man ihn überhaupt so nennen – Kanzlerkandidaten Olaf Scholz. Das aber ist auch kein Wunder: Bei der SPD gab es schließlich gar kein Wett-, sondern bloß ein Wegrennen um die Kandidatur.

Söders Zerstörung der CDU

Ganz anders ist die Lage in der Union: Sie nimmt den Wettkampf durchaus ernst, schließlich geht es bei ihr auch um etwas. Es kann nur einen Kanzler geben – und einer will es offensichtlich ganz besonders wissen. Markus Söder spielt Hase und Igel mit der Konkurrenz von der CDU. Was immer auch den Luschen von der Schwesterpartei einfällt, Söder ist allda. Koste es, was es wolle – wenn nötig auch die CDU. Dagegen war es nur ein laues Lüftchen, als Rezo die Zerstörung der CDU ausrief. Söder macht wirklich Tabula rasa. Die drei CDU-Kandidaten hat er jedenfalls längst erledigt – allein schon durch das bekannte und nach ihm benannte Söder-Maß: „Nur wer Krise kann, kann auch Kanzler.“ Laschet kann es offensichtlich nicht – und Merz und Röttgen können nicht einmal können, weil sie nicht in Amt und Würden sind.

Bleibt also nur noch Söder. Inzwischen wird es aber einigen in CDU und CSU etwas mulmig. Was nämlich, wenn am Ende die gesamte Union zerstört ist – wenn sich nämlich der hyperaktive CSU-Chef noch einmal so eine „Panne“ (Söder) wie die sträflich verbaselten Corona-Tests leistet und er sich dann nicht mehr so frech aus der Affäre ziehen kann? Dann nämlich stünde die Union ganz ohne Kandidaten da.

Dumm nur, dass die CDU also partout noch einen Parteivorsitzenden

braucht und Söder gegen diesen immer putschen wird. Dagegen gibt es nur eine Lösung: Söder muss CDU-Mitglied werden! Auf dem Parteitag im Dezember 2017 in Nürnberg (sic!) – dem sogenannten Söder- oder Christkindl-Parteitag – hat dessen eigene Partei bereits per Satzungsänderung beschlossen, dass CDU-Mitglieder künftig auch in die CSU eintreten dürfen. Und was der CSU recht ist, sollte der CDU doch billig sein. Zumal Söder sowieso gar kein richtiger Bayer, sondern Franke ist – genau wie Ludwig Wilhelm Erhard, seines Zeichens zweiter Bundeskanzler und Kurzeit-Vorsitzender der CDU.

Und es kommt noch doller: Söder hat auch die Gnade der richtigen Geburt, genauer: des richtigen Geburtstags. Geboren am 5. Januar, genau wie Konrad Adenauer – wenn das kein Omen ist! Kurzum: Söder ist eindeutig der richtige Mann in der falschen Partei: Wie gnadenlos er alle seine Rivalen in der CSU kaltgestellt hat – und jetzt am Ende auch noch die ganze CDU-Spitze. Das hat eindeutig Adenauer-Kohl-Merkel-Niveau. Und es ist weit entfernt von bayerisch bramarbasierenden Gemütsmenschen vom Schlage Strauß und Stoiber, die am Ende doch immer als Bettvorleger enden.

Nein, Söder ist der geborene CDU-Chef, an ihm führt kein Weg vorbei. Das weiß längst auch die Kanzlerin. Schließlich blökte Merkel 2002 selbst noch „Öde, öder, Schröder“ – und prompt wurde der Gerhard wieder Kanzler. Und jetzt heißt es halt „Öde, öder, Söder“ – und am Ende macht's der Markus. Schließlich begreift man auf diese Weise auch, warum Merkel mit einem so breiten Lächeln auf den Lippen auf Söders Kutsche fuhr – weil nun nämlich 2021 irgendjemand genauso zum Kandidaten Söder nach Nürnberg wird pilgern müssen, wie sie einst nach Wolfratshausen zum Kandidaten Stoiber. Was kann doch Rache schön sein!

Jan Kursko

Feministinnen für den Frieden: Der Kampf gegen Netanjahu

Von Alexandra Senfft

Crime Minister“ lautet einer der Slogans, mit dem tausende Israelis seit Mitte Juli mehrfach wöchentlich in israelischen Städten, vor allem aber vor der Residenz von Benjamin Netanjahu in der Jerusalemer Balfour Straße demonstrieren. Sie fordern nichts weniger als den Rücktritt des Ministerpräsidenten, der sich wegen Korruption vor Gericht verantworten muss. Auch der Ärger über das miserable Krisenmanagement der Regierung angesichts der Covid-19-Pandemie bricht sich bei den Protesten Bahn. Israel befindet sich inmitten einer zweiten Infektionswelle, das Virus treibt die Arbeitslosigkeit in die Höhe. Die Demonstranten sind hartnäckig, und sie zeigen neue Qualitäten: spontan, kreativ und vor allem feminin. Frauen sind ganz eindeutig die treibende Kraft der Bewegung, die nach Wandel ruft. „Israel braucht eine Mutter“ oder „eine Frau in die Führung“, lauten einige der Forderungen.

„Wir sind nicht organisiert und haben keine Hierarchien“, erklärt Sahar M. Vardi, eine der Aktivistinnen. Viele Frauen setzen neuerdings ihre Körper als Ausdrucksmittel ein: Sie bilden Menschenketten, um die Demonstrantinnen vor der Polizei zu schützen. Als Superwoman verkleidet kletterte eine Frau auf einen Wasserwerfer, um dessen Einsatz gegen die Protestierenden zu behindern. Eine Filmemacherin aus Tel Aviv, von einem Mann als Linke beschimpft und wegen ihrer Achselbehaarung beleidigt, vertrieb diesen, indem sie ihm ganz andere Haare zeigte: die unter ihrem Rock.

Das Vorzeigen der Genitalien und andere bunt-kreative Aktionen machen Schlagzeilen¹ und verwirren die von Chauvinismus und Militär stark geprägte Gesellschaft. Längst geht es dabei nicht mehr nur um die Kritik am Ministerpräsidenten, sondern auch um Polizeigewalt, Gewalt gegen Frauen oder die Besetzung der Westbank. „Viele von uns Demonstrantinnen verbinden unterschiedliche politische Anliegen miteinander, und wir wollen einen nachhaltigen Diskurs über das Wesen unserer Demokratie in Gang setzen“, erklärt die 30jährige Vardi. Die Jerusalemerin hat 2008 den Militärdienst verweigert und saß dafür fünf Monate im Gefängnis.²

Die Welle des Protests hat aber auch Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft erfasst, die nie zuvor auf die Straße gegangen sind und die nun ihren Unmut artikulieren. Eine repräsentative Umfrage des Israel Demo-

1 Lee Yaron, As anti-Netanyahu protests ramp up, women take charge, in: „Haaretz“, 1.8.2020.

2 Vgl. Five Months in Prison Didn't Stop Her, www.youtube.com, 9.11.2014.

cacy Institute ermittelte im Juli 2020, dass 58 Prozent der Befragten die Demonstrationen befürworteten. Nur 38 Prozent sehen hingegen die Zukunft ihrer Demokratie optimistisch, 54 Prozent äußerten sich über deren Erhalt pessimistisch.³ Netanjahu gibt sich unterdessen belustigt und bezichtigt die Demonstrantinnen und Demonstranten in üblicher Manier, feindliche Linke und Anarchisten zu sein. Sein Sohn Yair, der schon häufig wegen frauenfeindlicher und rassistischer Bemerkungen aufgefallen ist, verspottete die Demonstrantinnen gar als „Aliens“, als Außerirdische.⁴ Er veröffentlichte die Adressen von Aktivisten auf Twitter und rief zu Protesten vor deren Häusern auf, was ihm schließlich ein Gericht untersagte.⁵ Dennoch gehen die Widerstandsbekundungen nicht spurlos am Premier vorbei – das zeigt nicht zuletzt die harsche Reaktion der Polizei, die mit Wasserwerfern und zu Pferd massiv eingreift und dutzende Demonstranten verhaftet.

Die neue Protestbewegung habe das Potential, einen politischen Paradigmenwechsel einzuleiten, zumal viele junge Israelis an ihr mitwirkten, die von Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind, schätzt Sahar M. Vardi: „Wir konfrontieren unsere hochgradig militarisierte Gesellschaft mit Weiblichkeit und setzen uns für Demokratie für alle ein.“ Damit ist die neue Bewegung nicht allein: In Israel gibt es beeindruckend viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bewegungen, die sich für Gleichberechtigung, Menschenrechte und den Frieden stark machen.⁶ Sie verfolgen verschiedene Ansätze und konzentrieren sich dabei insbesondere auf schwächere Bevölkerungsgruppen, wie etwa Juden aus Äthiopien und der ehemaligen Sowjetunion, Misrahim (Juden aus muslimischen Ländern und Afrika) sowie palästinensische Staatsbürger, Drusen oder Beduinen. Frauen spielen dabei schon lange eine maßgebliche Rolle, ihr Engagement übersetzt sich allerdings noch immer nicht in die Führungsebenen der Gesellschaft, auf denen sie weiterhin stark unterrepräsentiert sind. Vor allem in der Politik klafft eine riesige Lücke zwischen der Basis und den Entscheidungsträgern – nur gut ein Viertel der 120 Knesset-Mitglieder sind Frauen⁷ –, und bislang finden die breiten Bemühungen der Grassroots-Bewegungen dort wenig Widerhall. Diese Diskrepanz wollen viele NGOs verringern: Sie wollen mehr Frauen in die Führungsebenen bringen und einen kulturellen Sinneswandel herbeiführen.

Derzeit beobachten viele der Aktivistinnen allerdings mit Sorge, dass die Regierung die Pandemie ausnutzt, um verschärft auf das Militär zurückzugreifen – als handele es sich bei Corona um einen Kriegsgegner. So kamen in Corona-Hotspots Soldaten zum Einsatz, Militärs informierten allabendlich im Fernsehen über das Virus, und einem Ex-Offizier wurde die Verantwortung für die Kontaktverfolgung übertragen. Der Geheimdienst Shin Beit, normalerweise damit beschäftigt, mutmaßliche palästinensische Terroris-

3 Israeli Voice Index, Only 25% of Israelis Approve of Netanyahu's Handling of the Corona Crisis, <https://en.idi.org.il>, 5.8.2020.

4 Netanyahu Supports Son's Comments Calling Protesters „Aliens“, www.haaretz.com, 4.8.2020.

5 Intel: Israeli court orders Netanyahu's son to stop tweeting personal details of protest leaders, www.al-monitor.com, 3.8.2020.

6 Hier kann leider nur ein Bruchteil der vielen Organisationen vorgestellt werden.

7 Four Israeli women who've broken new political ground, www.washingtonpost.com, 7.8.2020.

ten zu überwachen, begann, mit derselben Technologie und ohne rechtliche Grundlage, auch die Mobiltelefone der Bürgerinnen und Bürger zu verfolgen. Am Holocaust-Gedenktag bediente Netanjahu angesichts dessen seine üblichen Interpretationsmuster: „Anders als beim Holocaust erkennen wir die Gefahr dieses Mal rechtzeitig“, sagte er.⁸

Zur Bekämpfung von Covid-19 setzte der Premier den Nationalen Sicherheitsrat ein, der seinem Büro direkt unterstellt ist. Zunächst saßen ausschließlich Männer, überwiegend aus dem Militär, in dem völlig intransparent agierenden Expertenrat. Über ihre Organisation „Itach Maaki, Rechtsanwältinnen für soziale Gerechtigkeit“ stellte die Rechtsanwältin Netta Loevy einen Antrag an den Obersten Gerichtshof (High Court of Justice), die Regierung solle gemäß der UN-Resolution 1325 und israelischem Recht ihre Pflicht erfüllen und auch Frauen in den Rat aufnehmen.⁹ Mit Erfolg: Nach der ersten Corona-Welle wurde ein zweites Expertenteam gebildet, in dem Frauen nun sogar die Mehrheit innehatten, darunter auch eine palästinensische Israelin und eine Frau aus dem ultra-orthodoxen Spektrum. Die Belange von Frauen waren bis dahin völlig ignoriert worden, obwohl diese unter den Corona-Einschränkungen privat und beruflich am meisten leiden. Doch mittlerweile hat Netanjahu abermals ein neues Team zusammengestellt, wieder ohne Frauen.

UN-Resolution 1325: Frauen an die Verhandlungstische

Seit 2007 arbeiten Itach Maaki und 35 andere Organisationen daran, dass die UN-Resolution 1325 in einen Nationalen Aktionsplan gegossen und damit endlich in die Praxis umgesetzt wird. Die Resolution der Vereinten Nationen wurde im Jahr 2000 zum Schutz von Frauen und für deren Beteiligung an Verhandlungstischen verabschiedet.¹⁰ Israel war das erste UN-Mitglied, das Teile der Resolution in nationales Recht übersetzte, darin auch die Klausel, Frauen in öffentliche Komitees und nationale Regierungsteams mit einzubinden; doch bis dato ist davon wenig umgesetzt worden. „Wir bilden Frauen aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und aus dem gesamten politischen Spektrum aus, um sie für diese Resolution als politisches Instrument zu sensibilisieren und sie zu stärken, sich am politischen Prozess zu beteiligen“, sagt die 41jährige Frauenrechtlerin Loevy. In ihrer Organisation arbeiten sowohl Hebräisch als auch Arabisch sprechende Rechtsanwältinnen, die einkommensschwache Frauen beraten und auch auf politischer Ebene für Geschlechtergleichheit kämpfen.

Auch die Aktivistinnen von Women Wage Peace (WWP) beziehen sich auf die UN-Resolution 1325. Die Bewegung gründete sich nach dem Gaza-Krieg 2014, als bei vielen Frauen und Müttern mit Söhnen in der Armee das Fass überlief. Sie formulieren nicht explizit, wie eine politische Lösung aussehen

8 Vgl. www.ynet.co.il, 20.4.2020.

9 Zu Deutsch: Ich bin bei Dir, www.itach.org.il/?lang=en.

10 Vgl. auch: Ines Kappert, Gut gemeint, schlecht gemacht: Feministische Außenpolitik à la Maas, in: „Blätter“, 6/2019, S. 17-20.

sollte, drängen aber darauf, dass es überhaupt eine Lösung gibt. Durch landesweite Aktionen wuchs die Basisbewegung rasch. WWP verlangt Friedensverhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis, in die Frauen gemäß der UN-Resolution 1325 einbezogen werden sollen. Die Aktivistinnen fordern, dass diplomatische Möglichkeiten stets zuerst ausgeschöpft werden müssen, bevor, wie sonst üblich und fast schon automatisch, Krieg geführt wird. Dazu haben sie eine entsprechende Gesetzesinitiative in der Knesset eingereicht, bislang jedoch ohne Erfolg. Die Frauen der Bewegung agieren bewusst überparteilich, fern von Kategorien wie links, Mitte oder rechts, weshalb sie Bürger ganz unterschiedlicher politischer Couleur ansprechen. „Vage zu sein ist unsere Stärke“, so eine Mitstreiterin. Damit befremden sie allerdings manch andere Aktivistinnen, die eine eindeutige politische Haltung für die bessere Strategie halten.

Vage sein – das ist ganz und gar nicht Rela Mazalis Sache. Als eine der herausragenden Feministinnen Israels engagiert sie sich seit Jahrzehnten für soziale und politische Gerechtigkeit. Mazali ist Mitbegründerin von New Profile, einer nicht-hierarchischen feministischen Bewegung, die sich für die Demilitarisierung der israelischen Gesellschaft einsetzt und Wehrdienstverweigerer unterstützt.¹¹ „Traumata, Angst und Angstmache sind potente und zentrale Inhaltsstoffe von Israels Militarismus“, sagt die mittlerweile 71jährige. „Eine Bevölkerung, die mit Gefahren von außen beschäftigt ist, übersieht im Inneren die akuten Versäumnisse der Regierung und ist anpassungswilliger. Aus Angst füttern wir das Militär weiter mit unseren Kindern.“ Auch eines ihrer drei Kinder leistete vor langer Zeit Wehrdienst. Mazali erinnert sich, dass an Wochenenden das Gewehr ihres Sohnes im Haus war, dessen unangenehme Präsenz die Familie ausblendete. Die Gesellschaft habe das Militärische so internalisiert, sagt sie, dass dessen Zusammenhang mit der Gewalt gegen Frauen meist unerkannt bliebe.

Durch die weitgehend unkontrollierte Verbreitung von Schusswaffen, deren Anschaffung durch stets weiter gelockerte Gesetze gefördert wird, hat die Bedrohung im häuslichen Umfeld akut zugenommen. Gerade während des Corona-Lockdowns, von März bis Mai, verzeichnete die Polizei einen 16prozentigen Anstieg gemeldeter häuslicher Gewalt – befindet sich im Haushalt eine Schusswaffe, steigt generell die Gefahr, dass diese auch eingesetzt wird.¹² Angesichts solcher Trends gründete Mazali bereits 2010 die Organisation Gun Free Kitchen Tables (Waffenfreie Küchentische, GFKT), um den Besitz von Kleinwaffen zu reduzieren und schärfer zu kontrollieren. GFKT arbeitet in einer Koalition aus 17 Organisationen unter dem Dach von Isha L'Isha, der ältesten feministischen Basisorganisation in Haifa, die 1983 gegründet wurde.¹³

Netta Loevy war für ihre Organisation Itach Maaki an einer Petition an Israels Obersten Gerichtshof gegen die Reform des Waffengesetzes beteiligt.

11 Vgl. Alexandra Senfft, Israel: Zivilcourage der Verweigerer, in: „Blätter“ 3/2003, S. S. 278-281.

12 Henriette Chacar, The coronavirus crisis is a „pressure cooker“ for domestic violence, in: „+972 Magazin“, 4.5.2020, www.972mag.com.

13 Vgl. <http://isha2isha.com/english>.

„Hunderttausende jüdische Bürger Israels erfüllen die Basiskriterien für den Besitz von Waffen, weil Männer in Vorbereitung ihrer Wehrpflicht ein umfassendes Waffentraining absolvieren müssen, das für einen Waffenschein ausreicht“, sagt sie. Und ihre Mitstreiterin Rela Mazali verweist auf das strukturelle Problem: „Waffen sind dermaßen Teil des Alltags, dass die meisten jüdischen Israelis sie als unproblematisch wahrnehmen.“ Sie gelten als Verteidigungs-, Schutz- und Prestigeobjekte. Aus Sicht der Antimilitaristinnen sind sie indes eine mörderische Bedrohung und Motor organisierter Kriminalität. Wenn Waffen in die Privatsphäre gelangen, sind oft Frauen die ersten Opfer – jährlich werden rund 20 Frauen von ihren Angehörigen erschossen.

Vernachlässigt und bedroht: Palästinensische Israelinnen

Am größten sei „das Risiko für Frauen, die zu Minderheiten oder jüdischen Neueinwanderergruppen gehören [...], nicht weil diese Gruppen gewalttätiger wären, sondern weil diese Frauen keinen Zugang zu Aufklärungsinformationen oder den entsprechenden sozialen Diensten haben“.¹⁴ Laut Schätzungen waren im Jahr 2016 in Israel rund 270 000 lizenzierte Waffen im Umlauf, dazu kommen rund 400 000 illegale Waffen, die meisten davon im Besitz von Israelis palästinensischer Herkunft.¹⁵ Und tatsächlich belegt die Statistik, dass palästinensische Israelinnen und Beduininnen überproportional gefährdet sind: Zwischen 2014 und 2016 gehörten 42 Prozent der erschossenen Frauen diesen Gruppen an.¹⁶ In den Communities dieser ohnehin schon diskriminierten Gruppen, deren Rechte durch das antiarabische Nationalstaatsgesetz von 2018 sogar per Gesetz noch weiter zurückgestuft wurden, wird selbst das laxe Gesetz zum Waffengebrauch selten bis nie durchgesetzt.

„Es geht hier um jahrelange Vernachlässigung durch den Staat, der zugunsten seiner eigenen Interessen konservativ-patriarchale und repressive Strukturen unter seinen palästinensischen Bürgern fördert“, sagt Meisa Irshaid, Rechtsberaterin von GFKT. Die Rechtsanwältin beklagt, dass die Regierung keinerlei Plan habe, geschweige denn Gelder zur Verfügung stelle, um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen. „Wenn sowohl der Mörder als auch das Opfer Palästinenser sind, wird das juristisch meist gar nicht erst verfolgt. Denn der Staat betrachtet uns nicht als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen und -bürger, obwohl wir 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen“, berichtet sie. „Palästinensische Israelinnen und Menschen aus der LGBT-Community sind am meisten von direkter Gewalt betroffen und leiden unter mehrfachen Diskriminierungen.“

Die 33jährige Irshaid erlebt in ihrer Nachbarschaft in Nazareth hautnah, wie mit Kleinwaffen Angst geschürt und Terror verbreitet wird. Die Ohnmacht gegenüber einem überwältigenden Problem, um das sich niemand

14 Rela Mazali und Meisa Irshaid, Schusswaffen in Israel. Realität, Politik und feministische Kritik“, Rosa-Luxemburg-Stiftung –Israel Office (Hg.), www.rosalux.org, 23.10.2019.

15 Vgl. <https://gfkt.org/en>.

16 Vgl. Unregistered arms in Palestinian society in Israel, <https://gfkt.org>.

kümmert, ist dabei ein geradezu paralyisierender Faktor. Denn wenn Frauen sich schließlich entscheiden, Anzeige gegen ihren Peiniger zu erstatten, gefährden sie als vermeintliche Verräterinnen ihr Leben – oder bekommen, wie eine Freundin von Irshad, anzügliche Angebote von den Polizisten. Auch deshalb hat die palästinensische Community Israels wenig Vertrauen in die Polizei, die sie als Vertretung der jüdischen Israelis und im Zweifel der Männer wahrnimmt. Irshad betont, wie sehr das Leben der palästinensischen Israelis von der ständigen Bedrohung durch Waffen dominiert ist. Allein staatliche Intervention könnte dem effektiv entgegenwirken. Misstrauen und Angst führten hingegen dazu, dass noch mehr Waffen angeschafft würden – eine Gefahr für den bereits stark bedrohten sozialen Frieden. „Deshalb ist es wichtig, die Frauen ins Gespräch zu bringen, das Schweigen zu brechen und sie aus der Isolation zu holen“, sagt Irshaid.

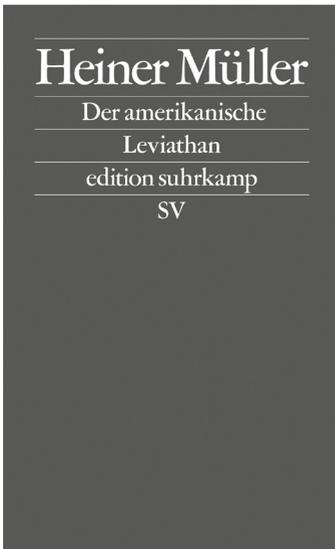
Auch Samah Salaime setzt sich für die Stärkung palästinensischer Israelinnen ein. „Es reicht, wir müssen dieses Gemetzel beenden“, schrieb sie 2018 in einem scharfen Text für die israelische Tageszeitung „Ha'aretz“.¹⁷ Die Bloggerin und Sozialarbeiterin gilt als eine der einflussreichsten Feministinnen Israels. Als Nachfahrin palästinensischer Flüchtlinge setzten ihre Eltern alles daran, ihr und ihren drei Schwestern eine gute Ausbildung zu ermöglichen: „Wir haben alles verloren“, sagt Salaime, „aber Bildung kann uns niemand nehmen.“ Das gibt die 45jährige auch an die jüngere Generation weiter: „Wir müssen die Gesellschaft feministischer gestalten“, ist sie überzeugt. Die Aktivistin wohnt seit zwanzig Jahren in Neve Shalom – Wahat al-Salam, einem Dorf, in dem Juden und Palästinenser gemeinsam leben und sich für Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Frieden einsetzen. Die Mutter dreier Söhne ist dort für die Öffentlichkeitsarbeit des Erziehungssystems verantwortlich. 2009 gründete sie in Lod Na'am – Arab Women in the Center,¹⁸ um arabischsprachige Frauen über ihre Rechte aufzuklären und ihnen zu helfen, sich vor Gewalt zu schützen. „In den vergangenen zehn Jahren wurden Dutzende Gesetze verabschiedet, die auf die Exklusion der arabisch-palästinensischen Bürger abzielen, kulminierend im Nationalstaatsgesetz“, bemerkt die Bloggerin. Die Menschen, die jetzt für Wandel demonstrieren, „verbreiten bewundernswert eine Botschaft von Hoffnung gegen die Hetze und Diskriminierungen in diesem Lande. Aber bislang sind die Demonstranten überwiegend jüdische Israelis, es ist ein ‚Jewish Spring‘, ein jüdischer Frühling. Wir sind noch nicht Teil dieses Diskurses, der an der Lebensrealität palästinensischer Israelis und der Palästinenser unter der Besatzung vorbeigeht.“ Doch es gibt hoffnungsvolle erste Zeichen: Anfang August demonstrierten über zehntausend Israelis und weitere tausende im ganzen Land. Dieses Mal nahmen auch arabischsprachige Studierende teil, Seite an Seite mit ihren jüdischen Kommilitonen. Erst wenn es jedoch einen Dialog über Inklusion gibt und Israelinnen und Israelis aller Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt für Veränderungen kämpfen, kann aus dem jüdischen Frühling ein gesamtisraelischer werden.

17 The Slaughter of Israeli Arab Women Must End, www.haaretz.com, 15.6.2018.

18 Siehe www.awc-naam.com.

Der planetarische Klassiker aus Ostberlin

Von Achim Engelberg



Heiner Müller, *Der amerikanische Leviathan*, Herausgegeben und mit einem Nachwort von Frank M. Raddatz, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, 341 Seiten, 18 Euro.

Als am 10. November 1989 die Massen auf dem Ku'damm feierten, flog Heiner Müller für eine Veranstaltung nach New York und erlebte so, fast zufällig, die Tage nach dem Mauerfall in den USA. Als die Welt tatsächlich auf diese Stadt Berlin schaute, in der ein Großteil seines Werks entstanden war, wo er als Grenzgänger zwischen Ost und West internationale Bekanntheit erlangt hatte, gab er vor dem Hintergrund des ikonischen Wolkenkratzerwalds Interviews. Darin sprach er davon, dass ein fingierter Sozialismus ohne bürgerliche Freiheiten den realen Kapitalismus nicht überwinden kann.

Nach Lektüre des soeben aus dem Müller-Nachlass erschienenen neuen Bandes erscheint dieses US-Momentum weniger zufällig, was es ja tatsächlich war, sondern fast zwangsläufig. In Amerika hatte der Weltautor aus Ostberlin unser heraufkommendes planetarisches Zeitalter erlebt. Ohne seine früheren Erfahrungen in den USA wären jene Werke, die vorrangig seine Renaissance der

letzten Jahre begründeten, nicht in dieser Weise geschrieben worden.

Grundstürzend für Müller war seine, für einen DDR-Bürger völlig außergewöhnliche, große USA-Reise im Jahr 1975, die ihm die ungeheure Landschaft und den Einbruch der Dritten Welt in die Metropolen erleben ließ, und wenig später die Erfahrung Mexiko. Exzessiv sah Heiner Müller in den USA Kinofilme, oft mehrere an einem Tag. Das veränderte entscheidend sein Schaffen. Die Weite der Landschaft, die reale und die im Film, prägte sein Werk fortan, als er – zur Überraschung mancher – in die DDR zurückkehrte.

„Der amerikanische Leviathan“ basiert nicht zuletzt auf diesen Erfahrungen. Er verbindet Essays und Interviewauszüge, Szenen aus Stücken und Gedichte. Der Herausgeber Frank M. Raddatz, der wissenschaftlich zu Mül-

ler arbeitet und zahlreiche Gespräche mit ihm führte, strukturiert prägnante Passagen als Lexikon von A wie Amerikaerfahrung bis Z wie Zweiter Weltkrieg, an dessen Ende der jugendliche Heiner Müller jenseits von Disney und Karl May seinen ersten echten Amerikanern begegnete. Erfahrungen und Vorstellungen gehen immer wieder ineinander über, ebenso Anziehung und Abstoßung. Nicht im Buch, sondern im Heiner-Müller-Archiv findet man diese handschriftliche Notiz aus dem Jahr 1992: „Die Erfahrung der Landschaft / Das hätte ich wahrscheinlich / auch in Rußland / haben können, aber / ich war nur 2 x / ein paar Tage lang / in Moskau. Auch eine Ver- / weigerung vielleicht, / weil ich wußte, daß man/mir in der sozial[istischen] / UdSSR s/meinen Marxismus / leichter verlieren/abhanden kommen konnte als in / den kapitalistischen USA“ (HMA, 5067/1). Die Hoffnungen der kommunistischen Weltbewegung hatte Müller in einer immer noch gültigen Form in „Zement“ beschrieben, die aber – so Müller bereits im Eingangstext von 1975 – so nicht mehr möglich sei. Der Panzerzug des sowjetischen Kommunismus fuhr unaufhaltsam weiter auf leichenunterfütterten Schienen in Richtung eines Kopfbahnhofs, wo er zum Stehen kommen musste – eine Umkehr – re-revolution im eigentlichen Sinne – vorbei an den rechts und links des Schienenstranges türmenden und verscharrten Leichen blieb die einzige mögliche Bewegung. Wer eine solche Revolution erlitten hat, will keine mehr machen, sondern will zurück in eine forcierte Normalität.

Diese jedoch war, ist und bleibt versperrt im Zeitalter des planetarischen Kapitalismus. Es war nicht allein die Erfahrung der amerikanischen Landschaft, die für Heiner Müller augenöffnend war, sondern er erlebte die dort zuerst hervortretenden Widersprüche des 21. Jahrhunderts: vom „Krieg der Landschaften“, wenn die Lebenden nicht mehr kämpfen, von der weltumfassenden Flucht- und Migrationsbewegungen bis hin zu den jäh in Reich und Arm entkoppelten Gesellschaften. „Die USA sind das reichste Armenhaus in der Welt“, formuliert Müller bereits 1991. Schon Ende der 1980er Jahre hatte das „Downsizing of America“ begonnen: Arbeitsplätze wurden reduziert oder ins Ausland verlagert und Arbeitsmigranten zunehmend wichtiger. Bei tieferem Nachdenken gibt es weit weniger die Müller oft nachgesagte Prophetie, sondern viele Sätze von klassischer Tiefe: „Was die Menschheit eint, sind vielleicht die Geschäfte, was sie trennt, ist jedenfalls das Geld.“

Da eine Revolution in den USA nicht möglich war, auch weil revolutionäre Impulse, wie Müller es bereits 1985 ausdrückte, in die Kriminalität abgelenkt und kanalisiert wurden als „Gier auf den Konsum der Oberschicht“, war der Sieg im Kalten Krieg kein Ende der Geschichte in einem liberalen Kapitalismus. Vielmehr wuchsen Widersprüche, die Müller, aus einem anderen Bezugssystem kommend und dadurch verfremdet wahrnehmend, früh erkannte und benannte. Seitdem mutierten diese Widersprüche bis hin zum Scheinausweg durch den lügenden, betrügenden Diktaturliebhaber, der die neue sowjetische Phase der USA einleitete. Ob danach ein hoffentlich glücklicherer amerikanischer Gorbatschow kommt, ist offen. Möglicherweise sind die Auswirkungen der Pandemie, die die Schwächen der Vereinigten Staaten so brutal offenlegen, tatsächlich eine Variation der Reaktorkatastrophe in

Tschernobyl, nach der eine junge Generation in der Sowjetunion entschiedene Veränderungen forderte. Auf jeden Fall bedürfte es in den USA einer veränderungswilligen Gesellschaft, die nicht so erschöpft ist wie die sowjetische und eine kräftige Erzählung einer anderen, offenen Zukunft. Heiner Müller jedenfalls misstraute früh dem Selbstbild der USA als friedlichem Schmelztiegel der Kulturen. Schon 1990 erkannte er – unter Wahrnehmung der Achsenverschiebung gen Asien – die Collage der Minderheiten als Zukunft, „eine Collagegesellschaft, so wie sie ganz auffällig in Kalifornien und Los Angeles jetzt schon existiert. Es gibt eine riesige vietnamesische Stadt in Los Angeles, die ist absolut vietnamesisch, nichts anderes. Und eine chinesische Stadt ist dort chinesisch. Die schwarzen Ghettos, das mischt sich noch am ehesten traditionell.“ So entwickelte sich Heiner Müller stärker als gemeinhin angenommen durch seine Amerikaerfahrung zu einem zunehmend klassischen Autor, weil er dadurch eine Tradition, in der er bereits stand, erneuerte. Bereits während seines ersten US-Aufenthalts 1975 hatte er formuliert: „Und dazu kommt, daß große Dramatik, auch große nationale Dramatik, noch nie entstanden ist ohne internationalen Kontext. Der Auslöser für die deutsche Klassik war eigentlich die amerikanische Revolution, etwas überspitzt gesagt. Die kommt zum ersten Mal bei Schiller in ‚Kabale und Liebe‘ vor. Und da fängt das deutsche realistische Drama an.“

Im Wimmelbild des „Amerikanischen Leviathan“ gibt es immer wieder Fragmente, die Samen sein könnten, die heute andere einpflanzen müssen, damit Früchte für kommende Ernten wachsen, die aber das bereits Klassische, das Mustergültige also, von Müllers großen Werke wie „Der Auftrag. Erinnerung an eine Revolution“ nicht erreichen. Der Band enthüllt auch vielfältige Beziehungen zu amerikanischen Künstlern, von der Freundschaft mit Robert Wilson, der Müllers „Hamletmaschine“ spektakulär inszenierte, bis zu Begegnungen wie die mit dem zurückgezogen lebenden Romancier Thomas Pynchon. Sie lesen sich heute wie ein Vorschein auf die Wiederkehr von Müllers Werk auf die Bühnen der Welt.

In der „Erfahrung“ Amerikas wuchs der 1929 geborene Heiner Müller zu einem planetarischen Autor. Heute gibt es keine „Hauptstadt des 21. Jahrhunderts“, wie sie Walter Benjamin für das 19. Jahrhundert in Paris sah, oder wie es im 20. Jahrhundert New York, zeitweilig auch Moskau, war. In den weltumspannenden, ineinander übergehenden, aber nicht zu dem einen Großkonflikt verschmelzenden Auseinandersetzungen zeigt sich ein neues, hoch zerklüftetes Zeitalter, auf das Müllers Werk bereits hinweist. In diesem kann keine Geschichte mehr erzählt werden, als wäre sie die einzige, wie John Berger einmal bemerkte. Für die Gedenkfeier nach der Beerdigung Heiner Müllers im Berliner Ensemble schrieb Berger einen hellsichtigen Text, den Susan Sontag im Januar 1996 für den eingeschneiten Autor vortrug. Darin bezeichnet er Müller als „Experte für Brüche“, der die Fragmente der Welt zusammensetzt. Mit diesem Gespür für das Bruchstückhafte der neuen Welt gehört Heiner Müller, zusammen mit etlichen Zeitgenossen – man denke auch und gerade an Gabriel García Márquez –, heute bereits zu einer neuen, planetarischen Klassik.

Auf unserer Website www.blaetter.de stellen wir fortlaufend wichtige Dokumente zum aktuellen Zeitgeschehen bereit. Sie finden dort unter anderem:

- **»Der Welt droht eine Covid-Generation, deren Bildungschancen dauerhaft zunichte gemacht werden«**
Offener Brief an die G 20, 18.8.2020 (engl. Originalfassung)
- **»Im Jemen zerstört alle zehn Tage ein Luftangriff Krankenhäuser, Brunnen und Wassertanks«**
Analyse von Oxfam, 18.8.2020
- **»Jeder sechste Deutsche lebt an der Armutsgrenze«**
Report des Statistischen Bundesamts, 13.8.2020
- **»Mit dem massiven Einsatz heutiger Atomwaffen kann sich die Menschheit in 24 Stunden selbst auslöschen«**
Erklärung des Willy-Brandt-Kreises, 6.8.2020
- **»Die US-Polizei hat schwere Menschenrechtsverletzungen gegen die Black-Lives-Matter-Bewegung verübt«**
Bericht von amnesty international, 3.8.2020
- **»Wir müssen wachsam sein gegenüber den dunkleren Strömungen unserer Geschichte«**
Rede von Barack Obama auf der Trauerfeier für John Lewis, 30.7.2020 (engl. Originalfassung)
- **»Wegen der Trockenheit: Schadholzeinschlag 2019 im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht«**
Auswertung des Statistischen Bundesamts, 27.7.2020
- **»Wir erwarten eine Initiative von Bundesregierung und EU, um die völkerrechtswidrige Annexion palästinensischer Gebiete zu verhindern«**
Deutsch-israelischer Offener Brief an Angela Merkel, 24.7.2020
- **»Die freie Welt muss über Chinas neue Tyrannei triumphieren«**
Rede von US-Außenminister Mike Pompeo, 23.7.2020 (engl. Originalfassung)
- **»Die junge Generation fühlt sich nicht repräsentiert«**
Sinus-Jugendstudie 2020, 23.7.2020
- **»Wir sitzen nicht alle im selben Boot – einige sitzen in Superyachten«**
Rede des UN-Generalsekretärs António Guterres, 20.7.2020 (engl. Originalfassung)
- **»Wir sind bereit, eine Verhängung von Sanktionen in Betracht zu ziehen«**
Gemeinsame Erklärung von Angela Merkel, Giuseppe Conte und Emmanuel Macron zu Libyen, 18.7.2020
- **»Stellen Sie sich dem Klimanotstand«**
Offener Brief an die Regierungschefs der EU, 16.7.2020 (engl. Originalfassung)

Chronik des Monats Juli 2020

1.7. – EU. Deutschland übernimmt den Ratsvorsitz der Europäischen Union für die Monate Juli bis Dezember d.J. Bundeskanzlerin Merkel setzt sich am 8.7. vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel mit Nachdruck für den Zusammenhalt der Europäischen Union ein. „Ich bin überzeugt von Europa, nicht nur als Erbe der Vergangenheit, sondern als Hoffnung und Vision für die Zukunft.“ Die Bundeskanzlerin formuliert fünf Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft: Erhalt der Grundrechte, Zusammenhalt des Kontinents, Klimaschutz, Digitalisierung sowie „Europas Verantwortung in der Welt“. Die Grundrechte, betont die Kanzlerin, seien das Fundament, auf dem Europa ruht. – Am 13.7. befürworten Deutschland und Frankreich bei einem Außenministertreffen in Brüssel eine abgestimmte Reaktion der Europäischen Union auf das Vorgehen Chinas in Hongkong. – Vom 17. bis 21.7. verhandeln die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten in Brüssel über ein milliardenschweres Finanzpaket im Kampf gegen die Coronakrise. Der Gipfel steht mehrfach am Rande des Scheiterns. Zur Entscheidung stehen ein schuldenfinanziertes Konjunktur- und Investitionsprogramm im Umfang von 750 Mrd. Euro sowie der EU-Haushaltsrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 von 1074 Mrd. Euro. Die endgültige Entscheidung über die Verteilung des Finanzpakets fällt nach heftigen Auseinandersetzungen in einer nächtlichen Sitzung, die bis in die Morgenstunden des 21.7. dauert. Die Einigung sieht vor, dass für den Wiederaufbau nach der Krise 360 Mrd. Euro an Krediten und 390 Mrd. als nicht rückzahlbare Zuschüsse an betroffene Länder fließen sollen. Dänemark, Österreich, die Niederlande und Schweden, die in den Medien als Gruppe der „Sparsamen Vier“ bezeichnet werden, hatten sich ursprünglich gegen jede schuldenfinanzierten nicht rückzahlbaren Zuschüsse ausgesprochen. Kritik kommt aus den Reihen des Europäischen Parlaments, das den Beschlüssen noch zustimmen muss. Die Fraktionschefin der Grünen, Ska Keller, vermisst ein starkes Zeichen für den europäischen Zusammen-

halt, die Staats- und Regierungschefs hätten ein „schäbiges Gefeielsche“ geliefert. Nach Abschluss des Gipfels erklärt der ungarische Regierungschef Orban in Anwesenheit seines polnischen Amtskollegen Morawiecki vor der Presse, „alle Versuche, EU-Gelder mit rechtsstaatlichen Kriterien zu verbinden“, seien abgewehrt worden.

– **China.** Das vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Peking am Vortag beschlossene Sicherheitsgesetz für Hongkong tritt in Kraft (vgl. „Blätter“, 8/2020, S. 127). Das umstrittene Gesetz umfasst 66 Paragraphen und stellt alle Maßnahmen unter Strafe, die eine Bedrohung für die „nationale Sicherheit“ darstellen. Genannt werden Gefährdung des Staates, Terrorismus sowie geheime Verabredungen mit ausländischen Kräften. Als schwere Gewalttaten gelten u.a. die Zerstörung von Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs. Die Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam kündigt an, das Sicherheitsgesetz werde „rigoros“ durchgesetzt und warnt vor ernsthaften Konsequenzen, sollte es bei Demonstrationen zu Verstößen gegen das Gesetz kommen. – Am 2.7. erklärt Bundeskanzlerin Merkel, die Beziehungen zu China seien „von strategischer Bedeutung“. Im Dialog mit Peking müsse festgestellt werden, ob der in Hongkongs Verfassung festgeschriebene Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“ unter dem Sicherheitsgesetz seine Geltung behalte. – Am 31.7. werden die für den 6. September d.J. in Hongkong geplanten Wahlen um ein Jahr verschoben. Die Regierungschefin begründet ihre Anordnung mit den steigenden Covid-19-Fallzahlen.

– **Nahost-Konflikt.** In Gaza, Ramallah, Jericho und anderen Städten protestieren Palästinenser gegen die israelischen Pläne zur Annexion von Teilen des besetzten Westjordanlandes. Der 1. Juli d.J. war als Stichtag in dem von US-Präsident Trump und Israels Regierungschef Netanjahu vorgelegten Plan zur Beilegung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern genannt worden (vgl. „Blätter“, 3/2020, S. 127).

3.7. – Kohleausstieg. Bundestag und Bundesrat stimmen einem „Fahrplan“ zu, der die

Stilllegung von Kohlekraftwerken bis spätestens 2038 vorsieht. Für die Kohleregionen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg sind Strukturhilfen in Höhe von 40 Mrd. Euro vorgesehen. Betreiber von Kohlekraftwerken sollen Milliardensummen an Entschädigungen erhalten. NRW-Ministerpräsident Laschet, so heißt es, halte einen früheren Ausstieg in den Jahren 2030, 2032 oder 2034 für denkbar, falls die Versorgungssicherheit garantiert sei.

6.7. – UNO. Die USA vollziehen offiziell den angekündigten Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation WHO (vgl. „Blätter“, 7/2020, S. 127). Die Mitgliedschaft soll am 6. Juli 2021 enden. – Am 13.7. heißt es in einem Bericht über die Welternährung, im Jahr 2019 seien rund 690 Millionen Menschen unterernährt gewesen, knapp neun Prozent der Weltbevölkerung. In den Jahren 2017/2018 hätten Konflikte und extreme Klimasituationen die Ernährungssicherheit negativ beeinflusst. Für 2020 verdüsterten die Corona-Pandemie und eine „beispiellose Heuschreckenplage“ in Ostafrika die Aussichten drastisch. – Am 17.7. veröffentlichten die Vereinten Nationen den größten Spendenaufruf ihrer Geschichte. Um die schlimmsten Folgen der Coronakrise in den ärmsten Ländern einzudämmen, würden 10,3 Mrd. Dollar benötigt. Mit dem Geld sollten insbesondere Gesundheitsprojekte finanziert werden, für die Vorbeugung gegen Hungerkrisen seien 500 Mio. Dollar vorgesehen. Das Programm sieht die Unterstützung von 63 Ländern vor, vor allem in Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten. – Am 21.7. legt die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO eine Auswertung zum Waldzustandsbericht 2020 vor. Darin heißt es, Afrika habe Südamerika überholt, was die Fläche der jährlichen Abholzung betreffe. In Afrika seien im vergangenen Jahrzehnt jährlich im Schnitt rund 3,9 Mio. Hektar Waldfläche verschwunden. In Südamerika habe der Verlust 2,6 Mio. Hektar im Jahr betragen.

7.7.–Bundesregierung. Die Deutsche Presseagentur berichtet, in den vergangenen zehn Jahren habe Deutschland fast eine Mrd. Euro für die Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland gezahlt. Davon seien 648,5 Mio. Euro auf Baumaßnahmen und 333,9 Mio. auf Verteidigungsfolgekosten entfallen. Dazu zählen u.a. Beihilfezah-

lungen an ehemalige Beschäftigte der US-Streitkräfte. Es handele sich um Angaben des Bundesfinanzministeriums.

– **Österreich.** Der Nationalrat schreibt einen Preis für besonderes zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Antisemitismus und für Projekte zur Aufklärung über den Holocaust aus. Der Preis ist mit 30000 Euro dotiert und nach dem Publizisten und Holocaust-Überlebenden Simon Wiesenthal (1908-2005) benannt.

9.7. – USA. Der designierte Präsidentschaftskandidat der Demokraten Jo Biden übt in einer Rede in Scranton (Pennsylvania) scharfe Kritik an seinem politischen Gegner. Biden verspricht einen entschlossenen Kampf gegen die Pandemie und den Rassismus und kündigt die Schaffung von fünf Millionen Arbeitsplätzen mit Hilfe eines riesigen Investitionsprogramms an. Präsident Trump kümmere sich nicht um die einfachen Amerikaner. – Am 14.7. wird erstmals seit 2003 wieder ein Todesurteil auf Bundesebene vollstreckt. Nach widersprüchlichen Entscheiden verschiedener Gerichte hatte der Supreme Court mit einer Fünf-zu-Vier-Mehrheit die Hinrichtung als rechtmäßig bezeichnet.

– **USA/China.** Die amerikanische Regierung genehmigt die Lieferung eines „Rüstungspakets“ im Wert von mehreren Hundert Millionen Dollar an Taiwan, das sich „Republik China“ nennt und von Peking als „abtrünnige Provinz“ bezeichnet wird. – Am 16.7. unterzeichnet Präsident Trump ein Gesetz, das der Regierung ermöglicht, Sanktionen gegen die Volksrepublik China zu verhängen. Peking, so Trump im Rosengarten des Weißen Hauses, solle wegen seiner repressiven Aktionen gegen die Einwohner Hongkongs zur Rechenschaft gezogen werden. – Am 21.7. verfügt das amerikanische Außenministerium überraschend die Schließung des chinesischen Konsulats in Houston (Texas). Peking führe seit Jahren „illegale Spionage- und Beeinflussungsoperationen in den USA“ durch. Das geistige Eigentum und die privaten Informationen von Amerikanern müssten geschützt werden. Als Gegenmaßnahme ordnet die chinesische Regierung die Schließung des US-Konsulats in Chengdu, der Hauptstadt der südwestchinesischen Provinz Sichuan an. Den Diplomaten werden „unsachgemäße Aktivitäten“ vorgeworfen.

10.7. – Türkei. Der Staatsrat hebt einen Regierungsbeschluss aus dem Jahr 1934 auf. Damit wird das bekannteste Gebäude Istanbuls, die Hagia Sophia, nach 86 Jahren wieder zu einem islamischen Gotteshaus. Der säkulare Gründer der türkischen Republik Mustafa Kemal Atatürk hatte die Hagia Sophia mit ihrer bewegten Geschichte im Jahr 1934 zum Museum erklärt. Präsident Erdoğan spricht von der Vollendung der Eroberung Konstantinopels. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt am 25.7., der türkische Präsident sei schon seit Jahren dabei, die säkularen Reformen des Staatsgründers rückgängig zu machen.

12.7. – Polen. Präsident Andrzej Duda gewinnt die Stichwahl und kann damit eine zweite Amtszeit antreten. Das Ergebnis ist äußerst knapp. Duda, der von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützt wird, erhält 51,1 Prozent der Stimmen, auf seinen Gegenkandidaten Rafal Trzaskowski von der Bürgerkoalition (KO), Bürgermeister der Hauptstadt Warschau, entfallen 48,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei 68 Prozent.

13.7. – Nato. Generalsekretär Stoltenberg begrüßt in einem Gespräch mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ die Anstrengungen der Europäischen Union im Bereich der Verteidigung. Die EU könne jedoch „nicht die Nato ersetzen“. Stoltenberg befürwortet „eine neue Art der Rüstungskontrolle“. Es gehe um neue Technologien, neue Arten ihrer Verknüpfung und „nicht zuletzt auch um künstliche Intelligenz“. Es sei „völlig klar“, dass auch China in diesen Prozess einbezogen werden müsse. Zu den Beziehungen mit Russland befragt, verweist Stoltenberg auf seine Erfahrungen als norwegischer Premierminister. Auch „in den allerältesten Phasen des Kalten Kriegs“ habe man immer eine pragmatische Verständigung mit dem russischen Nachbarn erreicht.

16.7. – Türkei/BRD. Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel wird von einem Gericht in Istanbul in Abwesenheit zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Dem Journalisten wird Propaganda für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zur Last gelegt. Der Vorwurf der Volksverhetzung wird fallengelassen. Yücel war im Februar 2018 nach einjähriger Untersuchungshaft entlassen worden und nach Deutschland ausgeweisert. Erst danach wurde Anklage erhoben.

21.7. – USA/Großbritannien. Der amerikanische Außenminister Pompeo trifft in London mit Premierminister Johnson zusammen. Neben einem Handelsabkommen geht es vor allem um ein gemeinsames Auftreten gegenüber der Volksrepublik China. Großbritannien hatte am Vortag das Auslieferungsabkommen mit Hongkong ausgesetzt.

26.7. – Russland. Präsident Putin kündigt am Tag der Marine die Ausstattung der Flotte mit modernsten Hyperschallwaffen an. Mit diesen in der Welt einmaligen Waffen würden die militärischen Möglichkeiten der russischen Seestreitkräfte ausgeweitet.

27.7. – Korea. In einer Rede zum 67. Jahrestag des Endes des Koreakriegs (1950-1953) erklärt Nordkoreas Führer Kim Jong-un, man werde trotz des internationalen Drucks an der Entwicklung eigener atomarer Waffen festhalten. Dank unserer zuverlässigen und wirksamen Abschreckung zur Selbstverteidigung werde es „ein Wort wie Krieg“ in diesem Land nicht mehr geben.

27.-28.7. – OSZE. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bestätigt zahlreiche Verstöße gegen die neue Waffenruhe im Osten der Ukraine. Schon am ersten Tag des Inkrafttretens der Feuerpause seien mehr als 100 Verstöße festgestellt worden.

28.7. – BRD/Schweiz. Bundesinnenminister Seehofer (CSU) empfängt die Schweizer Bundesrätin Keller-Sutter. Thema des Gesprächs ist die europäische Asyl- und Migrationspolitik. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen plant dazu für September d.J. eine Grundsatzzrede. In Berlin heißt es, die Bundesregierung, die z.Zt. den Ratsvorsitz führt, bemühe sich um die Einbeziehung der Schweiz in die gemeinsamen Regelungen.

28.-30.7. – Russland/USA. Experten beider Seiten verhandeln in Wien über Möglichkeiten, den stagnierenden Abrüstungsprozess zu beleben und in eine neue Phase der nuklearen Rüstungskontrolle einzutreten. Das Außenministerium in Moskau nennt als Themen: Militärdoktrinen, Bedrohungspotentiale, Transparenz und Verifikation.

29.7. – USA/BRD. Der amerikanische Verteidigungsminister Esper bestätigt Pläne, die Zahl der 36 000 in Deutschland stationierten Soldaten um fast 12 000 zu reduzieren. Rund 6 400 sollen in die USA zurückkehren, weitere 5 600 in andere Nato-Länder verlegt werden. Esper spricht von einer Erhöhung der „strategischen Flexibilität“.

Zurückgeblättert...

Vor 20 Jahren analysierten die »rechte Dominanzkultur« und den »normalisierten Fremdenhass« im vereinigten Deutschland der Soziologe Ulrich Beck (Deutsche Lebenslügen, in: »Blätter«, 9/2000, S. 1061-1068) sowie die Politologen Hajo Funke und Lars Rensmann (Kinder der Einheit oder: Die soziale Dynamik des Rechtsextremismus, ebd., S. 1069-1078).

Die beiden Texte finden Sie wie gewohnt auf www.blaetter.de

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

Verlag:	Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Berlin, Torstraße 178, 10115 Berlin; Postfach 40147, 10061 Berlin Amtsgericht Berlin Charlottenburg HRB 105991 B Finanzamt für Körperschaften II, Berlin St.-Nr. 30/231/31389
Gesellschafter:	Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel
Geschäftsführerin:	Annett Mängel, Telefon 030/3088 - 36 43, Fax 030/3088 - 36 45
Bankverbindung:	Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147993-502 IBAN: DE54370100500147993502, BIC: PBNKDEFF
Vertrieb:	Berit Lange-Miemiec, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 40147, 10061 Berlin Telefon 030/30 88 36 44, Fax - 36 45 (wochentags außer Mittwoch von 10:30 bis 17 Uhr) E-Mail: abo@blaetter.de , Internet: www.blaetter.de
Redaktion:	Anne Britt Arps, Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen Vogel
Anschrift:	Torstraße 178, 10 115 Berlin; Postfach 40147, 10061 Berlin Telefon 030/3088 - 36 40 (Zentrale), - 36 41 (Arps), - 36 41 (Vogel), - 36 42 (v. Lucke), - 36 43 (Mängel), - 36 46 (Leisegang) Fax 030/3088 - 36 45, E-Mail: redaktion@blaetter.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher etc. keine Gewähr. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Auflage:	12 000
Anzeigen:	Telefon 030/3088 - 36 46. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 30.
Druck:	LOCHER Print + Medien GmbH, Lohmar



Die gemeinnützige **Blätter-Gesellschaft – Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V.** gibt in Verbindung mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift die »Blätter für deutsche und internationale Politik« heraus. Ihr stehen Dr. Corinna Hauswedell, Dr. Wolfgang Zellner und Christoph Wagner vor. Die »Blätter« erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft. Beiträge – ab 12,50 Euro monatlich – und Spenden sind steuerabzugsfähig. Sitz: Bonn, Beringstr. 14, 53 115 Bonn; Büro Berlin: Postfach 40147, 10061 Berlin. Bankverbindung: Santander Bank IBAN: DE26 5003 3300 1028 1717 00, BIC: SCFBDE33XXX.

Preise: Einzelheft 10 Euro, im Abonnement jährlich 84,60 Euro (ermäßigt 67,20 Euro). Alle Preise inklusive Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint zeitgleich mit der Dezemberausgabe auf www.blaetter.de. Heft 10/2020 wird am 1.10.2020 ausgeliefert.

© Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416. G 1800 E

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Marco Alves, geb. 1981 in Bad Segeberg, Ökonom, Koordinator der Medikamentenkampagne von „Ärzte ohne Grenzen“ in Deutschland.

Andreas Bohne, geb. 1978 in Berlin, Afrikawissenschaftler, Politischer Referent beim Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER).

Sarah Churchwell, geb. 1970, PhD, Literaturwissenschaftlerin, Professorin für Amerikanische Literatur an der School of Advanced Study der University of London.

Gerhard Drekonja-Kornat, geb. 1939 im Lesachtal in Kärnten/Österreich, Dr. phil., Professor em. für außereurop. Geschichte an der Universität Wien.

Moritz Elliesen, geb. 1991 in Frankfurt a.M., Politikwissenschaftler und Journalist.

Achim Engelberg, geb. 1965 in Berlin, Dr. phil., Historiker, Journalist und Buchautor.

Fredson Guilengue, geb. 1984 in Beira/Mosambik, Politikwissenschaftler, Projektmanager der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg/Südafrika.

Jörg Haas, geb. 1961, Geograph, Referent für internationale Politik bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

Jürgen Habermas, geb. 1929 in Düsseldorf, Dr. phil., Philosoph und Sozialwissenschaftler, Professor em. für Philosophie an der Universität Frankfurt a. M., Mitherausgeber der „Blätter“.

Jörg Hofmann, geb. 1955 in Oppelsbohm, Ökonom, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Heike Holdinghausen, geb. 1972 in Frankfurt a.M., Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin, Redakteurin bei der „tageszeitung“.

Jan Kursko, geb. 1967 in Hildesheim, freier Journalist in Berlin.

Steffen Lehndorff, geb. 1947 in Berlin, Dr. rer. pol., Volkswirt, Research Fellow am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen.

Albrecht von Lucke, geb. 1967 in Ingelheim am Rhein, Jurist und Politikwissenschaftler, „Blätter“-Redakteur.

Klaus Naumann, geb. 1949 in Bremen, Historiker und Politikwissenschaftler, bis 2017 wiss. Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, Mitherausgeber der „Blätter“.

Maximilian Pichl, geb. 1987 in Bad Kreuznach, Rechts- und Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität Kassel.

Maximilian Riegel, geb. 1991 in München, Politikwissenschaftler.

Alexandra Senft, geb. 1961 in Hamburg, Islamwissenschaftlerin und freie Publizistin.

Adam Tooze, geb. 1967 in London, PhD, Historiker, Professor für Zeit- und Wirtschaftsgeschichte und Leiter des European Institute an der Columbia University in New York.

Barbara Unmüßig, geb. 1956 in Freiburg, Politikwissenschaftlerin, seit 2002 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Robert Watson, geb. 1948, PhD, Chemiker, Klima- und Umweltforscher, Prof. em. an der University of East Anglia/Großbritannien, ehem. Vorsitzender des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).

Hinweis: In dieser Ausgabe finden Sie Beilagen der Wochenzeitung »der Freitag« und von »Plan International«. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Der »Blätter«-Reader zur Klimakrise

Naomi **Klein**, Greta **Thunberg**,
Harald **Welzer**, Christiane **Grefe**,
Julia **Fritzsche**, Wolfgang **Sachs**,
Markus **Wissen**, Kate **Raworth**,
Elmar **Altvater**, Ulrich **Brand**,
Gregor **Hagedorn** u.v.a.



336 S. | 18 Euro | ISBN 9783982132303

Jetzt bestellen – im Buchhandel und auf [blaetter.de](https://www.blaetter.de)